

# UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

151 · Mai 2003

*Monatliche Publikation,  
herausgegeben von der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

|  |     |
|--|-----|
| VorSatz  | 387 |
| Essay  |     |
| WOLFRAM ADOLPHI<br>Kriegsdiktatur  | 389 |
| Gesellschaft: Analysen & Alternativen  |     |
| CHRISTOPH BUTTERWEGGE<br>Migrant(inn)en, multikulturelle Gesellschaft<br>und Rechtsextremismus in den Massenmedien | 395 |
| RONALD LÖTZSCH<br>Widersprüche in der bundesdeutschen Minderheitenpolitik  | 406 |
| Geschichte & Politik   |     |
| FRITZ VILMAR<br>»... nur noch ein Haufen kalter Asche«.<br>Aufstieg und Zusammenbruch des Sozialismus. Was tun?    | 415 |
| STEPHEN ERIC BRONNER<br>»Was tun?« und Stalinismus   | 425 |
| FRANK RICHTER<br>Für eine Rekonstruktion des historischen Materialismus  | 435 |
| STEPHAN WOHANKA<br>Ist die Vergangenheit für die Gegenwart verantwortlich?<br>Geschichte als Interpretation        | 446 |
| Standorte  |     |
| ANDREAS HEYER<br>Politische Utopien der europäischen Neuzeit   | 456 |
| ULRICH BUSCH<br>Vergessene Utopien:<br>Friedrich Nietzsches Vision vom Übermenschen                                | 460 |

## Festplatte

WOLFGANG SABATH  
Die Wochen im Rückstau 468

## Bücher & Zeitschriften

Christoph Butterwegge  
(unter Mitarbeit von Lüder Meier):  
Rechtsextremismus  
Detlef Joseph:  
Nazis in der DDR. Die deutschen Staatsdiener  
nach 1945 – woher kamen sie?  
(STEFAN BOLLINGER) 470

Michael Hardt, Antonio Negri :  
EMPIRE. Die neue Weltordnung  
(DIETRICH WAHL) 472

Hans-Jürgen Wirth:  
Narzissmus und Macht. Zur Psychoanalyse  
seelischer Störungen in der Politik  
(STEFANIE HOLUBA) 474

Christoph Butterwegge u. a.:  
Themen der Rechten – Themen der Mitte.  
Zuwanderung, demographischer Wandel  
und Nationalbewusstsein,  
(ANETTE DIETRICH) 475

Heinrich-Böll-Stiftung, Werner Schulz (Hrsg.):  
Der Bündnis-Fall. Politische Perspektiven  
10 Jahre nach Gründung des Bündnis 90  
(JOCHEN WEICHOLD) 476

Summaries 478

An unsere Autorinnen und Autoren  
Impressum 480

# VorSatz

*Als Dresden zerstört wurde, war ich dabei. Erinnern kann ich mich aber nicht, denn ich war gerade anderthalb Jahre alt. Meine Erinnerungen setzen erst reichlich vier Jahre nach Kriegsende ein, das war wenige Wochen nach meiner Einschulung. Die Bilder, die ich zu sehen bekam, haben sich fest in mir eingebrannt. Berge von Schutt, brandgeschwärzte hohle Fassaden mit toten Fensteraugen. Ruinen kannte ich, die gab es auch in der Stadt, in der wir als Ausgebombte untergekommen waren. Aber das waren einzelne. Das in Dresden war etwas anderes. Fast die gesamte Straßenbahnfahrt zwischen dem zerstörten Bahnhof und der Wohnung meiner Großmutter ging an toten Häusern vorbei. Das nahm kein Ende. Zerfetzte und verkohlte Linden sah ich, aus denen trotzig neue, grüne Zweige sprossen.*

*Als ich acht Jahre später die Grundschule hinter mir hatte, war Dresden immer noch gebrandmarkt. Zwar war der Zwinger wieder errichtet und der Altmarkt von neuen Häusern umbaut. Aber gleich dahinter erstreckte sich eine riesige wüste Brache bis zum Hauptbahnhof, von ein paar Trampelpfaden zum Hygienemuseum durchzogen. Hier waren die Trümmer mittlerweile geräumt. Aber die meisten Ruinen waren noch da, und sie sahen durch die kleinen Birken, die auf ihnen wuchsen, nicht freundlicher aus.*

*Dresden brauchte Jahrzehnte, um sich von den Wunden zu erholen, die jene zwei Bombennächte geschlagen hatten. Bagdad ist drei Wochen lang bombardiert worden. In Dresden war die Spitzentechnologie der Vernichtung von damals eingesetzt worden, die Kombination von Spreng- und Brandbomben hatte einen Feuersturm entfacht. In Bagdad ist die heute modernste Vernichtungstechnologie verwendet worden, die Raketen und Bomben haben eine um ein Vielfaches größere Sprengkraft. Die neuen Systeme seien präziser, so wird versichert, satellitengesteuert. Einige davon sind so beschaffen, daß sie sich Etage für Etage ihren Weg sprengen, um dann in Bunkerkellern ihre eigentliche gigantische Sprengladung zu zünden.*

*Der Krieg ist weit weg, und doch werden wir zu Teilnehmern gemacht. Rund um die Uhr werden Bilder und Worte von den Schlachtfeldern geliefert, aber sie fügen sich nicht zu Informationen. Was wirklich geschieht, wird nicht erkennbar. Mitunter sind die Bildsequenzen unscharf und verwackelt wie in einem zehn Jahre alten Amateur-Video. Die technischen Möglichkeiten von heute werden nicht für Klarheit genutzt, sondern für Verfremdung. So sehen gefilmte Lügen aus. Auch dieser Krieg ist zugleich ein Krieg um die Köpfe. Angenommen diese modernen Waffen wurden wirklich so genau auf mi-*

litärische Ziele und Einrichtungen der irakischen Diktatur eingesetzt, dann sollte die Zahl von täglich etwa 100 Verletzten aus der Zivilbevölkerung und einer nicht mitgeteilten Zahl von Toten erst recht die Weltöffentlichkeit aufrütteln. Allenthalben wird Erleichterung zum Ausdruck gebracht, daß dieser Krieg so schnell zu Ende gebracht wird. Ist das realistisch? Vor ein paar Tagen drangen die US-Truppen mit Panzern ins Zentrum von Bagdad vor und nahmen die Stadt ein. Aber können sie die Metropole auch kontrollieren? Von Heckenschützen ist die Rede.

Deutlich wurde, was von Beginn an klar war: Keines der zur Legitimation benannten Kriegsziele ist umsetzbar, Massenvernichtungswaffen wurden nicht gefunden, es gibt keinen Hinweis auf eine Zusammenarbeit des Iraks mit der Terrororganisation von Bin Laden. Und dann die Entwaffnung des Diktators. Sie war offenbar vor Beginn des Krieges bereits erfolgreich abgeschlossen, durch Embargo und Waffeninspektionen. Die Bombardierungen taten ein Übriges. Die irakische Armee hatte Maschinenpistolen und ein paar lächerliche Blechröhren, Panzerbüchsen genannt. Der Irak hatte der modernsten und stärksten Militärmaschinerie nichts entgegenzusetzen.

Aus dem, was aus konservativen Denkfabriken der USA an die Öffentlichkeit sickert, läßt sich schließen, daß es um etwas ganz anderes geht. Danach ist der Angriff auf den Irak der Beginn einer »umfassenden Neuordnung« des Nahen Ostens und darüber hinaus. Fällt das Regime im Irak, so sollen mit einem Dominoeffekt auch andere Diktaturen fallen, notfalls mit militärischer »Hilfe« der USA, vom Iran, von Syrien und von Saudi-Arabien war in diesem Zusammenhang schon die Rede. Aber damit würden alle Konflikte in der Region neue Nahrung erhalten und verstärkt entfacht: der zwischen Kurden und Irakern und Türken, der zwischen Israel und den Arabern in Palästina und im Libanon. Es gibt keine militärischen Mittel, die derartiges dauerhaft unter Kontrolle halten können.

Der übergeordnete Begriff ist »neue Weltordnung«. Nach den Vorstellungen der herrschenden politischen Eliten der USA heißt das, die Welt nach dem eigenen Bild zu formen, und zwar nur nach dem eigenen. Das ist es, womit die westeuropäischen politischen Eliten nicht einverstanden sind. Sie wollen beteiligt sein. In der Regierungserklärung, die Gerhard Schröder am 3. April vortrug, stehen Sätze, die größte Aufmerksamkeit erfordern. Es war davon die Rede, die NATO »... den neuen Bedrohungen und Konfliktstellungen in der Welt anzupassen – womöglich noch stärker, als wir das bereits getan haben«. Bezogen auf die Europäische Union und ihre gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wurde in Aussicht gestellt: »Europa muß seine militärischen Fähigkeiten so weiterentwickeln, daß sie unserem Engagement und unserer Verantwortung für Konfliktprävention und Friedenssicherung entsprechen.« Was das konkret heißt, blieb offen. Die Bildung der task forces der NATO und nicht genug damit auch der EU sind schon im Gange. Offenbar ist das erst der Anfang.

Aber es reicht nicht, solche Entwicklungen zu beklagen und markig anzuprangern. Was wirklich gebraucht wird – und das wäre eine politische Aufgabe der Linken – ist ein weltweites Programm zur Überwindung von Armut und Unterentwicklung.

DIETMAR WITTICH

## WOLFRAM ADOLPHI

# Kriegsdiktatur

Da diese Zeilen in Druck gehen, ist Kriegsopfern in unbekannter Zahl zu gedenken. Irakischer Frauen und Männer, Kinder und Greise, Soldaten und Milizionäre. Amerikanischer und britischer Soldatinnen und Soldaten unterschiedlicher Hautfarbe, meist aus den Reihen der Armen und Ärmsten in ihren Ländern stammend, nun gegen die noch Ärmeren im Irak in Marsch gesetzt. Journalistinnen und Journalisten aus aller Welt.

Es ist unklar, ob wir die wirklichen Zahlen der Getöteten und Verwundeten je erfahren werden. Die Zahlen des Golfkrieges von 1991 sind bis heute vage, exakte Angaben werden uns vorenthalten. Wo, wie damals und heute von Seiten der USA und Großbritanniens im Irak massenhaft geschehen, die Durchschlagskraft der Waffen mit abgereichertem Uran verstärkt wird, kann man auch zehn Jahre nach der überstandenen Schlacht noch an dieser zugrunde gehen. Weil das »Abgereicherte« nach dem Auftreffen dennoch radioaktive Strahlung aussendet. In Basra, wird berichtet, nahmen nach 1991 die Krebserkrankungen dramatisch zu. In den USA werden Zehntausende solcherart leidtragender Soldaten mit ihrem Schicksal allein gelassen. Im Irak sind seit 1991 im Ergebnis von Krieg und Sanktionen Hunderttausende Kinder verhungert oder durch verseuchtes Wasser zu Tode gekommen. Sie alle sind Kriegsopfer, zu denen nun viele neue gekommen sind und weitere kommen werden.

Wird es helfen, wenn wir die Zahlen kennen? Die, die Kriege wollen, bauen wesentlich auf Geschichtsvergessenheit. Und darauf, daß Zahlen ohne Gesichter bleiben.

Die Sprache des Krieges verschleiert, lügt, lenkt fehl. Das Bedauern um den Tod von Zivilisten bei direkten Kampfhandlungen, die in dieser Sprache immer »unschuldige Zivilisten« sind, suggeriert, daß es am Tode von Schuldigen nichts zu bedauern gäbe. Wer aber sind im überfallenen Irak die toten Schuldigen? Die Soldaten? Wenn es so ist, daß der Diktator Saddam Hussein so abgrundtief gefährlich ist, daß ihm nicht anders beizukommen ist als durch Krieg, dann erst recht sind die Soldaten des Landes nicht Freiwillige, sondern durch eben diesen Saddam Hussein in die Armee gepreßt worden, und dann hatten sie bei Strafe ihres Untergangs keine Chance, sich diesem Schicksal zu entziehen. Nun sind sie tot, umgebracht auf eigener Erde, »schuldig« nur des zufälligen Ortes ihrer Geburt. Und auch die, die dem Diktator willig dienten, haben sich nicht der Teilnahme an einem Angriffskrieg schuldig gemacht, sondern lediglich des Widerstands. Kein Mitleid? Nichts zu bedauern?

Wolfram Adolphi – Jg. 1951; Dr. sc. phil., Diplomstaatswissenschaftler, Mitglied der Redaktion von *UTOPIE kreativ*. Veröffentlichungen zu Themen der internationalen Beziehungen und der chinesischen Außenpolitik. Zuletzt zu diesem Thema in *UTOPIE kreativ: Zäsur* 11. September, in: Heft 133, November 2001, S. 977-989; und: 16. November 2001 *Zum Bundestagsbeschluß über die deutsche Beteiligung am »Krieg gegen den Terrorismus«*, in: Heft 136, Februar 2002.

1 Zu verweisen ist an dieser Stelle nachdrücklich auf die detaillierte Untersuchung der Vorgänge um den 11. September bei Bröckers, Mathias: *Verschwörungen, Verschwörungstheorien und die Geheimnisse des 11. 9.*, Verlag Zweitausendeins, Frankfurt a. M. 2002.

2 Golo Mann: *Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Frankfurt a. M. 1958, 20. Auflage 1989, S. 838. – Und auch dies schrieb Golo Mann zum Reichstagsbrand: »Wenn die Führer der Opposition diesen, jedem Kinde offenbaren Schwindel (wonach die Kommunisten den Reichstag angezündet hätten – W. A.) nicht hin nahmen, wenn sie den wahren Brandstifter, H. und seine Leute, stark und einstimmig beim Namen nannten, dann mußten Präsident und Armee und Konservative, ob sie wollten oder nicht, den Entschluß vom 30. Januar rückgängig machen. Was dann gekommen wäre, kann niemand sagen. Wenn umgekehrt Adel und Bürgertum die Untat hin nahmen, den Feuerzauber zu glauben vorgaben, dann mußten sie von nun an schlucken, was ihnen geboten wurde, selbst noch viel tollere Dinge, und waren ihre politischen Besitztümer, Parlamentarismus, Parteien, Rechte der Länder, Rechte der Beamten schaft, Rechts sicherheit überhaupt, Geistesfreiheit und Handlungsfreiheit verloren. Sie nahmen hin.« – Ebenda, S. 818.

Der Krieg, von dem die Rede ist, ist der Krieg der USA und Großbritanniens gegen den Irak, angekündigt und in aller Offenheit vorbereitet seit über einem Jahr, begonnen am 20. März 2003. Es ist ein Aggressionskrieg, ein Angriffskrieg, ein Überfall. Das Völkerrecht verbietet nicht nur ihn selbst, sondern schon seine Androhung.

Am 9. April verkünden die Agenturen und Fernsehsender, daß die irakische Hauptstadt Bagdad fast vollständig in der Hand der US-Truppen ist. Die Erleichterung ist allgemein. Auch bei den europäischen Gegnern dieses Krieges. Denn wer könnte hier eine Fortsetzung der ununterbrochenen Bombardements wünschen? Wer eine Fortsetzung der Kämpfe der Bodentruppen? Wer also eine noch größere Zahl von Opfern? Und wer sollte nicht erleichtert sein über den an diesem Tag verkündeten Sturz Saddam Husseins?

Die Medienkommentare am Abend dieses Tages machen die Größe der Verlockung deutlich, aus der Erleichterung schnell nachträgliche Rechtfertigung zu machen. Hat er nicht doch einen Sinn bekommen, der Tod der Vielen, durch diesen raschen Sieg? Der zwar nicht ganz so rasch und »chirurgisch präzise« ging wie einst angekündigt, aber doch viel schneller, als zwischendurch zu denken war? Und sprechen die Bilder jubelnder Menschen nicht von Hoffnung und Chance? In der Rechtfertigung dieses Krieges liegt die Vorbereitung des nächsten.

Als am 20. März, dem Tag des Kriegsbeginns, die Fernsehanstalten in einen grotesken Wettbewerb um das hautnaheste, wahrhaftigste, ununterbrochenste »Dabeisein« traten, leistete sich der Privatsender »Vox« in der Hauptsendezeit einen seltsamen Alleingang: Er beließ den Spielfilm im Programm – einen Hollywood-Streifen mit dem Titel »Dave«. Darin zu sehen: Ein fröhlicher und sinnenfroher, den Dingen des Lebens zugewandter, sozial engagierter, ganz normal mit den Menschen über Arbeit, Sozialprojekte, Kultur und Liebe redender US-Präsident. Auch im Film kein echter, freilich. Sondern einer, der Vertretung spielt für den ins Koma gefallenen wirklichen.

Was für ein utopisches Bild: Eine US-Administration, die sich ganz einfach um ihr eigenes Land kümmert, um die 250 Millionen Menschen darin, und die sich dessen bewußt ist, daß sie mit diesen 250 Millionen nicht die ganze Menschheit repräsentiert und auch nicht die Hälfte oder ein Zehntel oder ein Zwanzigstel, sondern ein Fünfundzwanzigstel – und zwar ein von außen so gut wie unbedrohtes.

Denn das ja ist die Hauptlüge dieses Krieges: Daß die USA von irgendwo außen bedroht seien. Sie wird nicht wahrer durch ständige Wiederholung. Mochte Ronald Reagan 1980 noch in der Konfrontation der Blöcke einen plausiblen Grund für sein Aufrüstungsprogramm gesehen haben: mit der Implosion der Supermacht Sowjetunion war diese Art Bedrohung ein für allemal in sich zusammengestürzt, und eine andere war nicht entstanden. Das Tor stand sperrangelweit offen für eine Welt der Abrüstung und des friedlichen Ausgleichs. Es stand weit offen dafür, den weltweit angehäuften Reichtum an Wissen, Können und Geld endlich für die Bekämpfung der wirklichen Bedrohungen der Menschheit einzusetzen, als da sind: Hunger und

Durst, Armut, alte, neue und noch unbekannte Krankheiten, Zerstörung der Umwelt, Zerstörung der Energie-, Wasser- und Ernährungsressourcen. Die USA haben diese Tür zugeschlagen.

Und der Terrorismus? Gehört er nicht zu diesen Bedrohungen? Doch, das tut er. Auch der Terrorismus ist eine Bedrohung für die ganze Menschheit. Aber eben genau das – und nicht eine etwa nur den USA geltende. Und so kann dieser Terrorismus eben auch nicht durch Krieg bekämpft werden, sondern nur durch ein ganzes Bündel abgestimmter nicht-kriegerischer Maßnahmen. Zu denen gehört ein demokratisches System internationaler Beziehungen, in dem Gleichberechtigung und gegenseitige Achtung der unterschiedlichen Zivilisationen Selbstverständlichkeiten sind, und es gehört dazu ein weltweit abgestimmtes, ausnahmslos alle Staaten einbeziehendes Instrumentarium polizeilicher und gerichtlicher Strafverfolgung. Und der 11. September 2001? War er keine Bedrohung der USA von außen? Zu viele Fragen sind offen, um diese Frage beantworten zu können. Noch immer haben die USA keine gerichtsfesten Beweise für ihre seit der Stunde der Anschläge kolportierte These präsentiert, die Verantwortung läge bei Al-Qaida oder irgendeiner anderen arabischen Organisation. Der Ermittlungsstand scheint immer noch der gleiche zu sein wie am Tage nach den Anschlägen. Nicht nur, daß die mit rechtsstaatlichen Methoden geführten Untersuchungen bisher keine Ergebnisse brachten – was an sich schon ein höchst fragwürdiger Vorgang ist angesichts der Dimension und Komplexität der Terrorakte und der vielen unbeantworteten Fragen zu selbst einfachsten Sachverhalten in ihrem Umfeld<sup>1</sup> –: Auch die mit diesen Terrorakten begründeten Eingriffe in die bürgerlichen Freiheitsrechte im eigenen Land, auch der mit ihnen begründete völkerrechtswidrige Krieg gegen Afghanistan und auch der in dessen Gefolge vollzogene vielfache Bruch der Menschenrechte bei der Behandlung der Gefangenen im für niemand zugänglichen Guantanamo haben die Wahrheitsfindung nicht einen einzigen Schritt weiter gebracht.

So ungeklärt die Vorgänge vom 11. September, so klar liegt heute auf der Hand, in welcher zielstrebigeren und lange vorbereiteter Weise die Ereignisse dieses Tages instrumentalisiert worden sind und weiter instrumentalisiert werden. Es »missverstehe«, schrieb Golo Mann 1958 mit Bezug auf den Reichstagsbrand, »die politische Geschichte«, wer sie »mit Argumenten aus der Pyrologie schreiben will. Der Brand wurde politisch benutzt und noch ehe er gelöscht war von einem Hexenkreis politischer Lügen umgeben.«<sup>2</sup>

Indem die USA den Schleier, der über dem 11. September liegt, nicht zerreißen, erhalten sie sich die Ereignisse dieses Tages als eine allgemeine Kriegs- und Strategiebegründung, in die sprunghaft und nie mehr nach Ergebnissen geprüft andere Begründungen unberechenbar eingefügt werden können. Der Krieg gegen Afghanistan wurde als Krieg gegen den Terrorismus und zur Ergreifung Osama bin Ladens verkündet und geführt, obwohl die Beweise für eine Verbindung zwischen Taliban und 11. September immer äußerst dünn blieben. Käme man auf die Idee, in der Logik der Kriegsbegründung weiter zu denken, müßte man nach dem »Sieg« der USA – den sie

3 Die Angaben siehe [www.bessereWeltlinks.de/iraqwar.htm](http://www.bessereWeltlinks.de/iraqwar.htm); die Berechnungen basieren lt. dortigen Angaben auf Zahlen aus dem US Congressional Budget Office (CBO) 9/02 sowie auf Darstellungen der American Academy of Arts & Sciences (AAAS) 12/02 und von Prof. William D. Nordhaus, Yale University 12/02.

4 Dietmar Ostermann: Unberechenbare USA. In: *Frankfurter Rundschau*, Frankfurt a. M., 17. 06. 2002. In diesem Kommentar heißt es außerdem u. a.: In der neuen Bush-Doktrin »werden zwei neue Begriffe auftauchen. Die alten Pfeiler Abschreckung und Eindämmung sollen ergänzt werden durch ›Prävention‹ und ›defensive Intervention‹. ... Offenkundig glaubt Washington, sich nicht erst irgendwo ein Mandat für Erstschläge holen zu müssen. Weil ›defensive Interventionen‹ dem Schutz der eigenen Bevölkerung dienen, ist die eigene Verfassung der Regierung Vollmacht genug. ... Und um Irak geht es ja wohl, wenn die neue Bush-Doktrin irgendwann in der Praxis erprobt werden wird. ... Was ist, wenn andere Staaten das Recht auf ›defensive Intervention‹ für sich beanspruchen? Wer qualifiziert sich alles als künftige Bedrohung? Wem wird hier gedroht und wem nicht? Muß sich China angesprochen fühlen, der ›strategische Konkurrent‹ und wahrscheinlichste Gegner der USA in einem hypothetischen Kalten Krieg des 21. Jahrhunderts?«

5 H. Norman Schwarzkopf: *Man muß kein Held sein. Die Autobiographie*, München 1992, S. 640. Zu dem, was Saddam Hussein nach dem Krieg von 1991 an militärischer Stärke übrig geblieben war, sagt Schwarzkopf an anderer Stelle: Saddam war »gezwungen, sich hinter die Grenzen seines Landes zurückzuziehen. Seine Anlagen zur Erzeugung nuklearer, biologischer und chemischer Waffen sind zerstört, und das wird auch so bleiben, wenn es uns gelingt, zu verhindern, daß er sie künftig auf gleiche Weise einrichten kann wie bisher – mit Hilfe skrupelloser westlicher und östlicher Firmen, die sich mehr für den materiellen Gewinn als für den Weltfrieden interessieren. Saddams Streitkräfte haben eine vernichtende Niederlage hinnehmen müssen und stellen keine Bedrohung mehr für irgendeine Nation dar.« – Ebenda, S. 642.

erklärten, ohne Osama bin Laden gefaßt zu haben – schlußfolgern, nun sei die Gefahr des Terrorismus geringer geworden. Aber das war nicht der Fall. Im Gegenteil: US-Präsident Bush verkündete, daß die Bedrohung weiter zugenommen habe.

Wenn ein Krieg also trotz »Sieg« die Bedrohung nicht verringert, sondern verstärkt hat – welchen Grund sollen dann neue Kriege haben? Um solche Fragen zu vermeiden, haben die USA im Afghanistan-Krieg immer mal wieder neue Kriegsziele formuliert. Die Kriegsdiktatur in Sachen Meinungsbildung sorgt heute dafür, daß auch nach der Erreichung dieser Ziele nicht gründlicher nachgefragt wird. Wer fragt nach der angekündigten Entwicklung demokratischer Strukturen, nach der Befreiung der Frauen, und wer fragt nach dem wirtschaftlichen Aufbau? Einzige Nachricht der großen Agenturen in den letzten Wochen: Angriffe von B-52-Bombern auf Stellungen regierungsfeindlicher Gruppierungen im Süden des Landes. Und um wen handelt es sich dabei? Um Gruppierungen jenes Hektmatjar, dessen Mudjaheddin seinerzeit ebenso wie Osama bin Ladens Gefolgsleute mit offener und verdeckter USA-Hilfe für den Kampf gegen die sowjetische Besatzungsmacht mobilisiert worden waren.

Die Begründungen für den Irak-Krieg des Jahres 2003 durchliefen noch schnellere Wandlungen als die für den Afghanistan-Krieg. Es waren je nach Lage der Dinge versteckte Chemie-, Bio- oder Atomwaffen – ohne daß je plausibel erklärt wurde, wie es dem Irak seit seiner vernichtenden militärischen Niederlage von 1991 und angesichts der nachfolgenden Sanktionen, Flugverbotszonen und Inspektionen eine Herstellung derselben gelungen sein könnte –; dann sollte die 1998 durch Saddam Hussein begonnene Inspektionsverweigerung ein Kriegsgrund sein; dann, 2002, als die Inspektoren wieder im Land waren, ein Mangel an Kooperation mit ihnen; schließlich, als noch immer keine Massenvernichtungsmittel gefunden waren, reichte die um 25 Kilometer zu große Reichweite von 100 Raketen als Kriegsgrund aus. Nun, da die USA die »Sieger« sind, sind sie in der angeblichen Hauptkriegsfrage der Chemie-, Bio- oder Atomwaffen nicht ein Deut erfolgreicher gewesen als die Inspektoren: Sie haben nichts gefunden.

Was also ist am Ende zu all diesen Kriegsgründen zu sagen? Sie sind vorgeschoben und konstruiert. Ihre Funktion ist eine doppelte: Sie sollen die wahren Ziele der USA verschleiern, und sie sollen die Suche nach Alternativen verhindern.

Die klarsten Alternativen drücken sich in Zahlen aus. 74 Milliarden US-Dollar hat Bush während des Krieges zu seiner Bezahlung angefordert. Niemand weiß, wieviel Prozent der tatsächlichen Kriegskosten das sind. Aber mit 100 Milliarden US-Dollar könnte man: reichliche drei Jahre lang alle Kinder dieser Welt mit ausreichend Nahrung, einer medizinischen Grundversorgung, Grundschulbildung und sauberem Wasser versorgen; oder 13 Jahre lang den gesamten Haushalt der UNO einschließlich Friedenssicherung und Sonderorganisationen bestreiten; oder 540 Jahre lang die Arbeit der OSZE bezahlen.<sup>3</sup>

Überfallen haben die USA den Irak. Aufdiktiert haben sie diesen Krieg der ganzen Welt. Sie haben den Beweis erbracht, daß sie be-



reit und willens sind, auf nichts anderes in der Welt Rücksicht zu nehmen als auf das, was sie als ihre »nationale Sicherheit« und ihre »nationalen Interessen« bezeichnen. Es interessieren sie in diesem Zusammenhang weder drohende weltwirtschaftliche Zusammenbrüche noch andere Kulturkreise und Lebensformen, weder Völkerrecht noch Grundprinzipien der Demokratie. Diese Kriegsdiktatur ist die Diktatur der Willkür und Unberechenbarkeit. So, wie Kriegsgründe beliebig herbeizitiert werden, werden potentielle Kriegsgegner beliebig benannt, Kriegstermine und Kriegsszenarien beliebig entwickelt, Nachkriegsordnungen beliebig bestimmt. »Die Ambivalenz«, kommentierte Dietmar Ostermann in der *Frankfurter Rundschau* im Juni 2002, »hat Methode; Washington will unberechenbar sein. Das ist die neue Grundlage der Abschreckung.«<sup>4</sup>

Wenn den USA wirklich an der Beseitigung der Diktatur im Irak gelegen gewesen wäre, hätten sie natürlich 1991 schon den ganzen Irak besetzen und Saddam Hussein stürzen können. Damit wären dem Irak 12 Jahre Diktatur und der Welt – folgt man der Bush-Logik – 12 Jahre Bedrohung erspart geblieben. Warum aber haben die USA anders entschieden? H. Norman Schwarzkopf, damaliger Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte, gibt darauf die folgende Antwort: »Hätten sich die Vereinigten Staaten und Großbritannien entschlossen, Bagdad ... zu besetzen, hätte man uns als Besatzungsmächte angesehen, und wir hätten daher *alle* Kosten tragen müssen, die eine Wiedereinsetzung einer irakischen Regierung und anderer Dienstleistungen für die Bevölkerung des Irak verursachten. Aus den Erfahrungen, die ich in der kurzen Zeit gesammelt habe, die wir nach dem Krieg im besetzten irakischen Gebiet geblieben sind, habe ich die Überzeugung gewonnen, daß wir nach einer Besetzung des ganzen Irak das Land nicht einfach hätten wieder verlassen können, und daß wir, und nicht die Vereinten Nationen, die Besatzungskosten hätten tragen müssen. Und ich bin überzeugt, daß der ohnedies stark beanspruchte amerikanische Steuerzahler diese Last nicht gerne auf sich genommen hätte.«<sup>5</sup>

Damals war es ein Krieg mit UN-Mandat, heute, da die USA wirtschaftlich keineswegs besser dastehen als damals, ist es ein Alleingang, und nun soll auch die Nachkriegsordnung im Alleingang diktiert werden? Dies folgt scheinbar keiner Logik – mit Ausnahme der einen: der der weltherrschaftlichen Hybris, der weltherrschaftlichen Anmaßung.<sup>6</sup>

Wie sehr das Vorgehen der USA als Kriegsdiktatur empfunden wird, verdeutlicht der weltweite Protest gegen den Krieg. Er hat – natürlich – viele unterschiedliche Ausdrucksformen.<sup>7</sup> In den USA selbst hat sich eine wiedererstartete Friedensbewegung mit Demonstrationen, Unterschriftenaktionen und öffentlichen Erklärungen von Intellektuellen und Künstlern zu Wort gemeldet. Einige der schärfsten und klarsten Analysen kommen von dort. Der Papst sieht sich zu entschiedenstem Widerspruch herausgefordert. Die zum Teil von Gewalttätigkeit begleiteten massenhaften Proteste in der arabischen und muslimischen Welt machen die Dimension der Demütigung sichtbar, die diesen beiden Zivilisationen von den USA zugefügt wird. Indem Frankreich, Deutschland und viele andere europäische

6 Den Begriff »weltherrschaftliche Hybris« habe ich in einem Kommentar von Karl Grobe in der *Frankfurter Rundschau* vom 14. 03. 2002 gefunden. Grobe stellt dort unter dem Titel »Panik und Bombenpläne« fest: »Es gibt eine Vorgeschichte; und die macht die Entwicklung einer Weltstrategie sichtbar. ... Die erste Phase war der Aufruf, die Urheber der Verbrechen vom 11. September zu fassen, tot oder lebendig; was bisher fehlgeschlagen ist. Die zweite Phase war die Vernichtung des Taliban-Regimes, Kollateralschäden inbegriffen, doch das Stabilitäts-Ziel für Afghanistan ist bisher verfehlt worden. Die dritte Phase ist die mit Nummer eins und zwei begründete, aber weiter reichende Etablierung von Militärstützpunkten, von Jemen bis Usbekistan, von den Philippinen bis Georgien. Die vierte ist die Erfindung der ›Achse des Bösen‹, Kriegsvorbereitung gegen den Irak inbegriffen. Die fünfte Etappe erklärt den Atomkrieg für führbar. Das Denken enthält nicht nur die Verquickung von Öl- und Pipeline-Interessen mit dem Kampf gegen den Terrorismus ... Es enthält – als wahrscheinlich stärkstes Element – weltherrschaftliche Hybris.«

7 Kaum etwas spricht so sehr vom allgemeinen Bedrohungsgefühl, das die Kriegsdiktatur erzeugt, wie die spontanen Schülerdemonstrationen. Zehntausende, die am 11. September 2001 mit den USA trauerten, sind jetzt entsetzt darüber, was aus und mit diesem Ereignis für eine Politik entwickelt worden ist.

8 Emmanuel Todd: Weltmacht USA. Ein Nachruf, München/Zürich 2003, S. 252.

9 Ebenda.

10 Wer jedoch, so Brie weiter, »sich auf Freiheit, Menschenrechte, Demokratie und freie Märkte beruft, aber dann zu Mitteln greift, die im konkreten Fall jeweils Unterordnung unter die USA, Verletzung aller Rechtsnormen und monopolistischen Zugriff auf wesentliche globale Ressourcen beinhalten, gerät zwangsläufig in eine Legitimationsfalle.« (Michael Brie: Amerikanismus. Fünf Thesen zur Ideologie der Willigen und zur Realität des Imperiums, in *Freitag*, Berlin, Nr. 14 vom 28. 03. 2003, S. 6.)

11 Die USA-Bevölkerung bildet – ich komme auf einen der Ausgangspunkte meiner Betrachtungen zurück – ein Fünfundzwanzigstel der Weltbevölkerung. Kriegsdiktatur gefährdet nicht nur andere Fünfundzwanzigstel – sie gefährdet auch das Fünfundzwanzigstel USA.

Staaten den USA die Gefolgschaft verweigert haben, offenbart sich die Kluft, die in den Interessenlagen diesseits und jenseits des Atlantik entstanden ist. Rußland, Japan und China sehen sich durch die USA getrieben, sich zu zeitweiligen Allianzen zusammenzufinden. Aber all das hat diesen Irak-Krieg nicht zu verhindern vermocht.

Die Kriegsdiktatur hat sich die UNO zum Opfer gemacht. Unendlich schwerer als noch Ende der neunziger Jahre scheint es derzeit, daß die UNO in anderen schon lodernen Konflikten wie dem israelisch-palästinensischen oder schwärenden wie dem indisch-pakistanischen friedensstiftend einzugreifen in der Lage wäre.

Und doch liegt in dieser tiefen Krise auch Hoffnung. Das Buhlen der USA um Stimmen für eine zweite Resolution im UN-Sicherheitsrat, mit der sie sich ihren Krieg gar zu gern hätten absegnen lassen, selbst bei sonst von ihnen gar nicht beachteten afrikanischen Ländern – war es nicht ein Zeichen dafür, daß man sich sehr wohl der Gefahr der vollständigen Isolierung bewußt ist? Das Hoffen der Weltwirtschaft auf einen nach den Monaten der Androhung des Krieges möglichst kurzen Krieg – ist es nicht ein Zeichen dafür, daß diese Weltwirtschaft viel zu global, viel zu vernetzt ist, als daß sie in Kriegen tatsächlich gewinnen könnte? »Im 20. Jahrhundert ist es keinem Land gelungen, seine Macht durch Krieg oder auch nur durch Aufrüstung zu vergrößern.«<sup>7</sup>

Aber wird es gelingen, die USA mit diesen Beispielen zu einer Umkehr zu bewegen? Wenn Europa den Fehler machen sollte, seine Militärmacht zu vergrößern, um auf diese Weise den USA zwar nicht Paroli bieten zu können – das ist angesichts der amerikanischen Überlegenheit ganz und gar undenkbar –, ihnen aber vielleicht doch mehr Respekt abtögen oder sich als dienstbare Helfer in einem erneuerten »Krieg gegen den Terror« zur Verfügung stellen zu wollen, ganz zweifellos nicht. Nein, was von Europa gefordert ist, ist tatsächlich eine ganz andere Strategie: die der endgültigen Orientierung auf friedliche Konfliktbewältigung. Für die gilt es Verbündete in der ganzen Welt zu finden, für die gilt es Geld und Kraft bereit zu stellen. »Wagen wir es, stark zu sein, indem wir den Militarismus ablehnen und bereit sind, uns auf die inneren und wirtschaftlichen Probleme unserer Gesellschaften zu konzentrieren«, sagt Todd in diesem Zusammenhang.<sup>8</sup>

Ja, wagen wir es. Und scheuen wir uns um der Klarheit der Auseinandersetzung willen auch nicht, die Dinge deutlich beim Namen zu nennen. In der Annahme, sich einem sie bedrohenden Islamismus ausgesetzt zu sehen, hat die Bush-Regierung etwas entwickelt, was treffend mit »Amerikanismus« bezeichnet werden kann. In der Tat – wir stehen, wie Michael Brie kürzlich treffend im *Freitag* formulierte, einem »imperialen Amerikanismus« gegenüber, »der sich vor allem auf direkte Gewalt und unilaterales Handeln unter Aussetzung des Völkerrechts stützt.«<sup>9</sup>

Anti-Amerikanismus ist das Sich-zur-Wehr-Setzen gegen diese Kriegsdiktatur. Er hat nichts mit, wie immer wieder gergewöhnt wird, einer Feindschaft gegenüber der Bevölkerung der USA zu tun, nichts mit einer Leugnung von Kultur, feindseliger Ablehnung von Lebensweise oder Geringschätzung historischer Leistung.

# CHRISTOPH BUTTERWEGGE

## Migrant(inn)en, multikulturelle Gesellschaft und Rechtsextremismus in den Massenmedien

Ausgehend von einem medientheoretischen Konzept, das zu erklären sucht, welche Rolle die Massenmedien im Rahmen der Ethnisierung unserer Gesellschaft, einer »Kulturalisierung« von Politik und der Entpolitisierung sozialökonomischer Konflikte spielen, analysiert dieser Beitrag, wie Migrant(inn)en bzw. ihre Nachkommen zu »Fremden« gemacht werden, welches Bild der »multikulturellen Gesellschaft« die Medien vermitteln und wie sie über organisierten Rechtsextremismus, Rassismus und Nationalismus als Erscheinungen berichten, die das friedliche Zusammenleben von Einheimischen und Minderheiten in Frage stellen.

### *Massenmedien als Motoren und Multiplikatoren der Ethnisierung sozialer Konflikte*

»Ethnisierung« ist ein sozialer Exklusionsmechanismus, der Minderheiten schafft, diese (negativ) etikettiert und Privilegien einer dominanten Mehrheit zementiert. Sie bildet eine mögliche Reaktion auf die fortschreitende Globalisierung, wodurch national(staatliche) Entscheidungsspielräume scheinbar beschnitten werden. Je mehr die Konkurrenz im Zuge der Globalisierung, genauer: der neoliberalen Modernisierung, ins Zentrum zwischenstaatlicher und -menschlicher Beziehungen rückt, desto leichter läßt sich die ethnische bzw. Kulturdifferenz politisch aufladen.

Wenn ethnische Differenzierung als Voraussetzung der Diskriminierung und als dominanter Mechanismus einer sozialen Schließung gegenüber Migrant(inn)en charakterisiert werden kann, treiben die Massenmedien den Ausgrenzungsprozeß voran, indem sie als Motoren und Multiplikatoren der Ethnisierung wirken. Sondergesetze für und behördliche Willkürmaßnahmen gegen Migrant(inn)en, die man »institutionellen Rassismus« nennen kann, kennen deutsche »Normalbürger/innen« hauptsächlich aus den Massenmedien und bestätigen ihre eigenen Klischeevorstellungen. Umgekehrt benutzt der Staat durch Medien millionenfach verbreitete Ressentiments gegenüber »den Ausländern«, um diese strukturell benachteiligen zu können. Im Rahmen der 1991/92 kampagneartig zugespitzten Asyldebatte rechtfertigten Politiker die Änderung des Artikels 16 GG mit der »Volksmeinung«. Schließlich erhalten Rassismus und Rechtsextremismus durch die Medien ein öffentliches Forum, was auch ihre zunehmende Massenwirksamkeit erklärt.

Massenmedien filtern für die Meinungsbildung wichtige Informationen und beeinflussen so das Bewußtsein der Menschen, für die

Christoph Butterwegge – Jg. 1951; Professor für Politikwissenschaft an der Universität Köln; zahlreiche Veröffentlichungen zu den Themen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Zuletzt in *UTOPIE kreativ*: Globalismus, Neo-liberalismus und Rechtsextremismus, Heft 135 (Januar 2002).

Einschränkend sei angemerkt, daß es »die Medien« natürlich nicht gibt. So wenig die *FAZ* und die *taz* gleichzusetzen sind, so wenig vergleichbar sind Boulevardzeitungen und Nachrichtenmagazine, von audiovisuellen und Printmedien sowie öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunkanstalten ganz zu schweigen. Nicht einmal den Wirtschafts- oder Politikteil und das Feuilleton einer großen Tageszeitung wie der *FAZ* darf man über einen Kamm scheren.

Medien fungieren dabei als Bindeglieder zwischen *institutionellem* (strukturellem, staatlichem), *intellektuellem* (pseudowissenschaftlichem) und *individuellem* bzw. Alltagsrassismus.

Als *Hintergründe* sind zu nennen: die ungerechte Weltwirtschaftsordnung und die Ausbeutungspraktiken industrieller Großkonzerne, der Ökokolonialismus, die Waffenexporte »unserer« Rüstungsindustrie u. a. m.

Besonders stark ausgeprägt ist dieser Dualismus in der Lokal- und Boulevardpresse: Beide bringen das »Ausländerproblem« oft mit einer drohenden »Überbevölkerung« sowie einer Gefährdung der inneren Sicherheit in Verbindung.

»Folgen weltweiter Migrationsprozesse und das Entstehen multikultureller Tendenzen werden in einer Semantik der Gefahren präsentiert. Die vorhandenen und zukünftigen sozialen Veränderungen werden nicht als entscheidend und gestaltbar, sondern als katastrophal und schicksalhaft dargestellt.« (Georg Ruhmann)

sich gesellschaftliche Realität zunehmend über die Rezeption von Medien erschließt. Während beispielsweise die Berichterstattung über Fluchtursachen und deren *Hintergründe* mehr als defizitär zu nennen ist, behandeln die Reportagen aus der *Dritten Welt* überwiegend Kriege und Bürgerkriege, Natur- und Technokatastrophen, Militärputsche und Palastrevolutionen, wodurch das Vorurteil genährt wird, »die Afrikaner«, »die Asiaten« usw. seien zwar Nutznießer der westlichen Zivilisation und der modernen Technologien, zu rationaler Daseinsgestaltung und demokratischer Selbstverwaltung aber unfähig.

Jede Identifikation und Negativklassifikation des »Fremden« dient auch dem Zweck, die (»nationale«) Identität des eigenen Kollektivs schärfer hervortreten zu lassen. Das für die politische Machtentfaltung nach außen unverzichtbare Selbstbewußtsein einer »Volks-« bzw. »Standortgemeinschaft« kann nur geschaffen oder gefestigt werden, wenn sich »die anderen« klar und deutlich davon abheben. Bei dem Versuch einer Reorganisation der »nationalen Identität« im vereinten Deutschland spielten die Medien eine Schlüsselrolle. So zeigte Nora Rätzhel (1993; 1997), wie die Asyldebatte benutzt wurde, um ein homogenes deutsches Volk (als Opfer der Überfremdung, Ausbeutung bzw. Ausplünderung durch »die anderen«) zu konstruieren.

#### *Ausländerkriminalität und Asylbetrug: Angeblich mißbrauchen Zuwanderer »das deutsche Gastrecht«*

Über Ausländer/innen in der Bundesrepublik berichten Massenmedien ganz ähnlich wie über das Ausland, nämlich praktisch nur im Ausnahmefall, der möglichst spektakulär sein und katastrophische Züge tragen sollte, wodurch Zuwanderer mit Unordnung, Chaos und Gewalt in Verbindung gebracht werden. Der medial konstruierte und deformierte »Fremde« ist überflüssig und/oder gefährlich, zu bedauern oder zu fürchten – meistens allerdings beides zugleich (vgl. Böke 1997: 191). Dies gilt heute vor allem im Hinblick auf Muslimen und Muslime aus der Türkei, die mit Abstand größte Zuwanderergruppe Deutschlands (vgl. Pinn 1997).

Im deutschen Migrationsdiskurs dominieren semantische Exklusionsmechanismen. Dabei überwiegen konventionelle Metaphern aus den Bereichen »Krieg«, »Handel« und »Wasser« (vgl. Jung u. a. 2000: 131). Beispielhaft genannt seien: »Einmarsch«, »Invasion« und »Ansturm«; »Import«, »Export« und »Schmuggel«; »(Zu-)Strom«, »Welle« und »Flut«. In dem Begriff »einschleusen« überlappen sich die zuletzt genannten Bereiche. Migrant(inn)en und Allochthone werden in deutschen Medien vorwiegend als »Ausländer/innen« bezeichnet. In diesem Sprachgebrauch manifestiert sich der dominante Trend zur Aus- bzw. Abgrenzung von Menschen, die den Einheimischen »fremd« sind. Dadurch, wie Journalist(inn)en über Ausländer/innen, Flüchtlinge und Zuwanderer berichten, zementieren sie eine im Bewußtsein der Bundesbürger ausgebildete Hierarchie, wonach bestimmte Gruppen von Ausländern als »Fremde« betrachtet werden, andere hingegen willkommene Gäste sind.

Aus den Zeitungen erfährt man selten Positives über Ausländer/innen. Mord und Totschlag, Diebstahl, (Banden-)Raub und (Asyl-)

Betrug sind Delikte, über die im Zusammenhang mit ethnischen Minderheiten häufig berichtet wird. Ein angelsächsisches Bonmot (»Only bad news are good news«) abwandeln, kann man konstatieren: Nur böse Ausländer sind gute Ausländer für deutsche Medien! Georg Ruhrmann (1999: 102) spricht daher von einem »Negativsyndrom«, das die Berichterstattung kennzeichne.

Häufig spielt die *Bedrohung* deutscher Ressourcen durch ethnische Minderheiten, vor allem jedoch durch »Wirtschaftsflüchtlinge« und »Asylbetrüger«, eine Rolle. Teun A. van Dijk gelangt aufgrund diskursanalytischer Untersuchungen in Großbritannien und den Niederlanden zu dem Schluß, daß Rassismus durch den Mediendiskurs induziert bzw. verstärkt wird, wobei er die Presse selbst als Teil des Problems identifiziert. Der »kriminelle Ausländer«, welcher im Extremfall spätestens seit dem 11. September 2001 als islamischer Fundamentalist und Terrorist firmiert, repräsentiert für Rainer Geißler die nur grellste Facette des medialen Bedrohungsszenarios. Deutsche werden überwiegend als »Einzeltäter« dargestellt, wohingegen Migrant(inn)en eher im Kollektiv auftauchen, auch wenn nicht explizit von »ausländischen Banden« die Rede ist (vgl. dazu: Jäger u. a. 1998).

Problematisch ist schon die Nennung der nichtdeutschen Herkunft von Tatverdächtigen und Straftätern in Berichten über Verbrechen, weil dadurch der Eindruck vermittelt wird, die Amoralität eines Gesetzesbrechers hänge mit dessen Abstammung oder Herkunft zusammen (vgl. Topitsch 1997: 136). Identifizierende Hinweise auf Nationalität und Hautfarbe sind nur dann zu rechtfertigen, wenn sie die aktuelle Fahndung erfordert (vgl. Merten 1987: 77). Allerdings bedarf es keiner Schlagzeile wie »Tod im Gemüseladen: Türke erschöß Libanesen« (*Weser-Kurier*, 22. 5. 1999: 1), um den Rassismus zu stimulieren. Schon eine scheinbar »objektive« Polizeistatistik zur Ausländerkriminalität, die weder kommentiert noch richtig interpretiert wird, enthält die Botschaft, Menschen anderer Hautfarbe/Herkunft seien aufgrund ihrer biologischen und/oder kulturellen Disposition für Straftaten anfälliger. Tatsächlich sind Ausländer/innen nicht krimineller als Deutsche, und es gibt kaum ein rechtes »Argument«, das durch kritische Reflexion und fundierte Analysen überzeugender zu widerlegen wäre (vgl. Geißler 1995).

### *Die fatalen Folgen der Asyldiskussion für das Flüchtlingsbild und die politische Kultur*

Heribert Prantl, Ressortleiter Innenpolitik der *Süddeutschen Zeitung*, hat die Folgen der sich über Jahre hinziehenden Asyldiskussion für die politische und Medienkultur des Landes herausgearbeitet. Flüchtlinge wurden zu »Betrügern«, »Sozialschmarotzern« und »Störenfriedern« gestempelt, die durch ihr Hiersein oder ihr Verhalten den Wohlstand und das friedliche Zusammenleben in der Bundesrepublik gefährden. Dabei gab es reihenweise »Dramatisierungen, Skandalisierungen, Exotisierungen, Sensationierungen, Verzerrungen und Falschmeldungen«, die Bernd Scheffer (1997: 33) als »Manipulationen« kennzeichnet. Aber auch in solchen Massenmedien, die auf eine gezielte Beeinflussung und absichtliche Desinformation ihrer Nutzer/innen verzichteten, dominierten fast durchgängig negative Assoziationsketten bzw. pejorative Konnotationen.

»Die Strategien, Strukturen und Verfahren der Nachrichtenbeschaffung, die Themenauswahl, der Blickwinkel, die Wiedergabe von Meinungen, Stil und Rhetorik richten sich alle darauf, »uns« positiv und »sie« negativ darzustellen. Minderheiten haben zudem einen relativ schwierigen Zugang zur Presse; sie werden als weniger glaubwürdig angesehen; ihre Sache gilt nur dann als berichtenswert, wenn sie Probleme verursachen, in Kriminalität oder Gewalt verstrickt sind oder wenn sie als Bedrohung der weißen Vorherrschaft dargestellt werden können.« (Teun A. van Dijk 1993: 125 f.)

»Es knüpft an bestehende Vorurteile gegenüber ethnischen Minderheiten an, verstärkt diese gleichzeitig und bereitet damit sozialpsychologisch den Boden für Aktionen gegen ethnische Minderheiten – im harmloseren Fall für politische Beschränkungen, im schlimmeren Fall für Fremdenhaß und brutale Gewaltausbrüche gegen ethnische Minderheiten.« (Rainer Geißler, 1999: 35)

»Wie kaum eine andere Auseinandersetzung in der Geschichte der Bundesrepublik hat der sogenannte Asylstreit das Klima in Deutschland verändert – und zwar so sehr, daß es notwendig wurde, in Demonstrationen und Lichterketten die Fundamentalnorm des Gemeinwesens zu verteidigen: »Die Würde des Menschen ist unantastbar.« Das war etwa so, als müßte die Mathematik das Einmal-eins verteidigen.« (Heribert Prantl, 1994: 53 f.)

»Durch die unreflektierte Verwendung dieser Schlüsselbegriffe haben die Medien mit dazu beigetragen, bei bestimmten Gruppen Handlungsbereitschaften zur Gewalt zu erzeugen bzw. Gewaltanwendung als notwendig und legitim erscheinen zu lassen.« (Brosius/Esser 1995: 215)

Mark Terkessidis (2000: 202) bemerkt zu dieser Fotomontage: »In einem Akt perfider journalistischer Zuspitzung faßte der SPIEGEL das hegemoniale Angstphantasma über ›Ausländer‹ zusammen: Fanatismus, Fundamentalismus, Kriminalität, Gewalt.«

Wie Alexander Häusler (2002: 67) nachweist, »kann sich die Publizistik der extremen Rechten in ihrer Propaganda gegen Zuwanderung und multikulturelle Gesellschaft auf im öffentlichen Diskurs vertretene rechtspopulistische bzw. nationalistische Positionen stützen und sich durch in der Bevölkerung vorherrschende Stimmungen bestätigt sehen.«

Ohne den »Volkszorn« gegen Asylsuchende schürende Berichte wären rassistische Übergriffe wie in Hoyerswerda (September 1991) und in Rostock-Lichtenhagen (August 1992) kaum vor laufenden Fernsehkameras mit Applaus bedacht worden. Im deutschen Mediendiskurs dominierten aber seit 1989/90 Kollektivsymbole wie »brechende Dämme« und das »volle Boot«, die (neo)rassistischen Positionen entsprechen. »Asylantenfluten« ergossen sich über Deutschland, das als »Wohlstandinsel« galt. Nicht nur durch ständige Benutzung der Flutmetaphorik, sondern auch mittels »Killwörtern« (Jürgen Link) wie »Scheinasylanten« oder »Wirtschaftsflüchtlinge« wurde die Stimmung angeheizt.

Im sog. Bremer Kurdenskandal wurden zu Beginn des Jahres 2000 ca. 500 angeblich aus der Türkei stammende Asylbewerber von der Polizei und der Lokalpresse bezichtigt, sich in betrügerischer Absicht als staatenlose Libanesen ausgegeben sowie Aufenthaltsrechte und Sozialleistungen erschlichen zu haben. Statt sich auch mit dem geschichtlichen Hintergrund und den besonderen Umständen der Migration bzw. Flucht von Kurden (vgl. Akbayir/Morres 2000) zu beschäftigen, übernahmen alle Printmedien die Anschuldigungen des Innensensors. Mißbrauchsvorwürfe, die sich aus rassistischen Klischees speisen, geben diesen neue Nahrung, so daß man durchaus von einem Teufelskreis sprechen kann, den zu durchbrechen selbst linksliberalen Journalist(inn)en nicht gerade leicht fällt.

#### *Die multikulturelle Gesellschaft im Zerrbild der Massenmedien*

Medien liefern nicht nur (Zerr-)Bilder von Migrant(inn)en und ethnischen Minderheiten, die das Denken und Handeln der Einheimischen beeinflussen, sondern prägen auch deren Haltung im Hinblick auf die Modelle des Zusammenlebens zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion, indem sie Möglichkeiten und Grenzen der Integration ausloten und öffentliche Debatten darüber führen. Besonders das in der Bundesrepublik seit den 80er Jahren diskutierte Konzept einer »multikulturellen Gesellschaft« wurde von Journalist(inn)en kommentiert, (fehl)interpretiert und wiederholt überzogen, aber nicht überzeugend kritisiert.

In seiner Titelgeschichte »Deutsche und Ausländer: Gefährlich fremd« vom 14. April 1997 erklärte der SPIEGEL die multikulturelle Gesellschaft für gescheitert. Auf dem Titelbild des Magazins schwenkte eine Frau mit dunklem Teint und geschwollener Halschlagader eine rote (türkische) Fahne. Daneben saßen Mädchen mit Kopftüchern auf endlos lang wirkenden Bankreihen einer Koranschule. Unter der wehenden Fahne trieb eine männliche, mit Messern und Tschakos bewaffnete Jugendgang ihr Unwesen.

Wenngleich viele Zeitungen und Zeitschriften, die das Thema aufgriffen, differenzierter urteilten (vgl. Sarigöz 1999), bestimmte der SPIEGEL als Leitmedium zunächst das Klima. Man verabschiedete sich von einem sozialliberalen Konzept der Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik, dem das konservative Dogma der Nachkriegszeit gegenüberstand, die Bundesrepublik sei kein Einwanderungsland und dürfe es auch nicht werden. Sogar seriöse Presseorgane polemisierten gegen das Konzept der »multikulturellen Gesellschaft«, mit dem (Ausländer-)Kriminalität, Bandenkriege und Chaos in Verbindung gebracht wurden.

Dazu paßte die im Sommer 1998 vom damaligen Berliner Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) als Gegenmodell zum Multikulturalismus erhobene, gut zwei Jahre später von seinem Parteifreund Friedrich Merz (CDU) aufgegriffene Forderung, Zuwanderer müßten sich der »deutschen Leitkultur« unterwerfen, worüber in den Medien eine längere Kontroverse entbrannte, bei welcher es um die »nationale Identität« und die Salonfähigkeit eines neokonservativen Kulturrassismus ging. In diesem Zusammenhang fungierten Vertreter demokratischer Parteien wiederholt als Stichwortgeber rechts-extremer Publikationsorgane, die sich gern auf Stellungnahmen und Positionen bürgerlicher Kreise berufen, um ihre Reputation zu erhöhen.

Die multikulturelle Realität der Einwanderungsgesellschaft erfährt in den Medien eine oft genug bewußt betriebene Umdeutung zur Bedrohung oder unzumutbaren Belastung für die autochthone Bevölkerung, was in der Diskussion über die »deutsche Leitkultur« deutlich zum Ausdruck kam.

### *Globalisierung, Arbeitsmigration und Green Card: »nützliche« und »unnütze« Ausländer*

Migration ist so alt wie die Menschheit, nimmt im Zeichen der ökonomischen Globalisierung jedoch neue Züge an (vgl. Galtung 2000; Nuscheler 2000). Gesellschaften werden labiler und ihre Mitglieder der Tendenz nach immer mobiler. Aufgrund der sich durch die modernen Kommunikations-, Informations- und Transporttechnologien verbessernden Gelegenheiten überwinden Menschen heute leichter riesige Entfernungen. Transkontinentale Wanderungen verändern die ganze Welt, und Gesellschaften entsprechen kaum mehr dem überkommenen Muster homogener Nationalstaaten.

Globalisierung, soziale Polarisierung und Pauperisierung großer Teile der Weltbevölkerung fördern die Migration, welcher aufgrund einer multimedial erweiterten Informations- und Kommunikationsstruktur künftig noch mehr Bedeutung zukommt. Bedingt durch Spaltungstendenzen zwischen wie innerhalb der einzelnen Nationalstaaten differenziert sich auch die Migration aus: Während die transnationale Eliten- und Expertenmigration positiv, als »Standortvorteil« bewertet wird, gilt Armutsmigration bzw. Flucht den Bewohnern reicher Länder als »Standortnachteil«, der zu vermeiden oder zu verringern ist.

Zuwanderung wird nicht nur in Deutschland seit jeher unter dem Gesichtspunkt ihres volks- oder betriebswirtschaftlichen Nutzens diskutiert. So wies Wengeler (2000) in einem Diskursvergleich zwischen der Bundesrepublik, der Schweiz und Österreich nach, daß dieser Topos schon während der 70er Jahre überall eine Spitzenstellung unter den die Immigration befürwortenden Argumentationsmustern einnimmt.

Einen neuen Fokus der Medienberichterstattung bildet das Thema »illegale Migration«, meist verbunden mit Horrorszenarios im Hinblick auf eine Invasion der hungernden Massen Afrikas, und die Grenzöffnung nach der EU-Osterweiterung. Da der Landweg für Armutsflichtlinge durch die sog. Drittstaatenregelung weitgehend versperrt ist, spielt das Meer neuerdings eine besondere Rolle.

»Medien der extremen Rechten zitierten Politiker und Wissenschaftler aus der ›gesellschaftlichen Mitte‹, die der multikulturellen Gesellschaft und den ›Parallelgesellschaften‹ den Kampf ansagten und sich für eine deutsche Leitkultur stark machten, und dokumentierten Artikel bzw. Kolumnen, die zuvor in den etablierten Medien veröffentlicht worden waren und die Forderungen nach einer deutschen Leitkultur mit der sog. Inländerfrage und dem ›deutschen Nationalstolz‹ verknüpften.« (Hentges 2002: 113 f.).

Mit der Schlagzeile »Lebenslüge Multikultur« überschrieb beispielsweise die Rheinische Post am 30. Oktober 2000 einen Kommentar ihres Chefredakteurs Reitz, in dem dieser Umdeutungsmechanismus griff. »Multikultur ist eine Illusion«, hieß es da, »sogar eine nicht einmal wünschenswerte, weil Parallelgesellschaften sich herausbilden würden und ein womöglich gar blutiger Kampf um Vorherrschaft in der Gesellschaft anfinke«. Folglich wurde die Leitkultur als Schutzschild gegenüber kultureller Überfremdung, schleichender Islamisierung und Bürgerkrieg betrachtet.

Besagte »Dualisierung« der Migration spiegelt sich heute auch in einer stärkeren Differenzierung seitens der Massenmedien wider: Während der wirtschaftliche Nutzen einer vermehrten Experten- und Elitenmigration klarer herausgestellt wird, akzentuiert man auch die schädlichen Auswirkungen von Armutswanderungen und Fluchtbewegungen mehr.

Am 17. Juni 2002 erschien der *SPIEGEL* mit einem Titelbild, das unter der Überschrift »Ansturm der Migranten: Europa macht dicht« ein mit verlumpt aussehenden Menschen vollgepfropftes Flüchtlingsschiff zeigt. Anlaß dafür bot der EU-Gipfel in Sevilla, auf dem vier Tage später die Verschärfung der Grenzkontrollen und eine völlige Entrechtung der »Illegalen« beschlossen wurden.

In der sehr breit angelegten Diskussion über Green und/oder Blue Card dominierte erstmals wieder nach 1945 offen das »deutsche Interesse«, wobei weniger *völkische* als *standortnationalistische* Argumentationsmuster hervortraten.

Nach dem 11. September 2001 wurde der erhoffte Paradigmawechsel in der (arbeitsmarktbezogenen) Migrationspolitik aber durch einen autoritären Sicherheitsdiskurs konterkariert: Der von Otto Schily vorgelegte und später noch wiederholt modifizierte Entwurf für ein Zuwanderungsgesetz erfüllte die durch eine von ihm berufene Kommission geweckten Erwartungen nicht einmal ansatzweise.

Wie manche Journalist(inn)en das Spezialproblem »illegale Zuwanderung« behandeln, grenzt ohnehin an Heuchelei: Man empört sich wortreich über die Rücksichtslosigkeit der Schlepper- bzw. Schleuserbanden, die zwecks eines hohen Gewinns selbst den Tod von Migrant(inn)en aus der sog. Dritten Welt in Kauf nehmen, fragt aber nicht, ob sich Menschen wie jene 58 Chinesen, deren tragischer Erstickungs- bzw. Kältetod in einem Kühllastwagen gegen Ende Juni 2000 als »Drama von Dover« tagelang Presseschlagzeilen machte, vielleicht nur deshalb zweifelhaften Organisationen anvertrauen, weil sich Westeuropa – aus ähnlich egoistischen Gründen, wie sie diesen vorgeworfen wurden – immer mehr abschottet und gegenüber dem Flüchtlingsschiff verschließt.

Im Frühjahr 2000 erfuhr die Zuwanderungsdebatte eine neue Wendung, als Bundeskanzler Schröder auf der Computermesse CeBIT anregte, gezielt IT-Fachleute aus Nicht-EU-Ländern anzuwerben, und das Arbeitsministerium eine Green-Card-Verordnung nach US-amerikanischem Muster, aber mit weniger großzügigen Aufenthaltsregelungen vorbereitete. Die seither auch in den Medien verstärkt erörterte Frage »Nutzen uns die Zuwanderer oder nutzen sie uns aus?« beruht auf nationalistischen und rassistischen Prämissen, welche der proklamierten Weltoffenheit eigentlich Hohn sprechen. Sie grenzt ein nationales Kollektiv, die deutsche »Wir«-Gruppe, »den anderen« bzw. »den Fremden« gegenüber ab.

Nach mehreren Jahrzehnten massiven Widerstandes in der politischen Öffentlichkeit schien sich aufgrund der Green-Card-Initiative von Bundeskanzler Schröder ein gesellschaftlicher Grundkonsens darüber herauszubilden, daß es keine Alternative zur Einwanderungsrealität gibt und daß man sich damit arrangieren muß. Es wurde im Unterschied zur »Gastarbeiter«-Diskussion 1970 bis 1973 einerseits und zu den Asyldebatten 1980 bis 1983 bzw. 1991 bis 1993 andererseits mehrheitlich für eine Öffnung der Bundesrepublik und für die (begrenzte) Einwanderung plädiert. Seit dem Anwerbestopp im November 1973 bestanden nie so große Chancen für eine breite Akzeptanz von Immigration, obwohl kritisch einzuschränken bleibt, daß die Interessen der Wirtschaft am Import von Arbeitskräften den Anstoß dazu gaben und der Nützlichkeitsaspekt die Bereitschaft zur Erteilung befristeter Arbeitsgenehmigungen und Aufenthaltserlaubnisse für ausländische Fachkräfte förderte.

Migration und Integration spielten im Wahlkampf keine unwichtige Rolle, weil die Union den Konflikt um das von ihr abgelehnte, nach einer umstrittenen Abstimmung im Bundesrat am 22. März 2002 verabschiedete und knapp drei Monate später von Bundespräsident Rau unterzeichnete Zuwanderungsgesetz fortführte und das Schlüsselthema »Bekämpfung der Arbeitslosigkeit« in demagogischer Manier mit dem »Ausländerproblem« zu verkoppeln war. Vor allem in der Boulevardpresse erschien Zuwanderung einmal mehr als eine Bedrohung und Belastung für »die Deutschen«. Man brachte sie mit Arbeitsplatzverlust, »Überfremdung«, Wohnungsknappheit, (Gewalt-)Kriminalität und Sozialleistungsmissbrauch in Verbindung. Bedeutsam war dabei die Komposition von Artikeln, Kommentaren und Berichten. *BILD* plazierte zum Beispiel am 9. Juli 2002 die



Meldung, daß die Zahl der Arbeitslosen im Monat davor wieder auf knapp 4 Millionen gestiegen war, und einen Bericht über den drohenden Bankrott des Maschinenbaukonzerns Babcock-Borsig (»Jetzt stehen rund 13 500 deutsche Jobs auf dem Spiel«) direkt unter der Ankündigung eines Streitgesprächs zwischen den beiden Spitzenkandidaten zu mehreren Themen mit der Überschrift »Schröder und Stoiber im Duell bei *BILD*: Wie viele Ausländer sind genug?« Neben einer schwarzen Bikini-Schönheit ging da die Kurzmeldung »Weniger Asylbewerber« über einen Rückgang von 11,2 Prozent gegenüber dem Vorjahreshalbjahr nahezu unter.

### *Rahmenbedingungen, Chancen und Grenzen der Rechtsextremismus-Diskussion*

»Rechtsextremismus« ist ein Medienthema, das Konjunkturen und Debattenzyklen kennt, die von der weitgehenden Tabuisierung bis zur Dramatisierung und von der Bagatellisierung bis zur Skandalisierung reichen. Manchmal gehen Verharmlosung und Hysterie sogar Hand in Hand. Trotz der breit angelegten Diskussion, die nach dem 27. Juli 2000 (Bombenanschlag in Düsseldorf) begann und am 23. November 2000 mit der *BILD*-Titelzeile »Neonazis ertränken Kind« ihren Höhepunkt und Abschluß erreichte, hat sich die Öffentlichkeit mit dem Rechtsextremismus, Hintergründen und Urhebern nie ernsthaft auseinandergesetzt. Vielmehr erfüllt die emotionalisierte Debatte eine politische Ablenkungs-, Entlastungs- und Legitimationsfunktion.

Die entsetzte Reaktion des Auslandes war der Auslöser dafür, daß die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in den Medien zum ersten Mal seit fast zehn Jahren wieder breiten Raum einnahm. Bis heute spürbar ist eine Sensibilisierung großer Teile der Öffentlichkeit für (ethnische) Minderheiten betreffende Diskriminierungsmaßnahmen, rassistische Ausgrenzung und Tendenzen zur ultrarechten Formierung. Gleichwohl weicht man der zentralen Erkenntnis von Fachwissenschaftlern immer noch aus: Es handelt sich beim modernen Rechtsextremismus keineswegs um ein Randphänomen, etwa das Aufbegehren sozial Benachteiligter, Randalen oder einen »stummen Protestschrei« vernachlässigter Jugendlicher, sondern um ein Problem, das uns alle betrifft, das »aus der Mitte unserer Gesellschaft« kommt und das nur sie selbst bewältigen kann, aber weder Polizei und Justiz noch Lehrer/innen und Sozialarbeiter/innen allein zu lösen vermögen.

Fast ausschließlich ereignisorientiert berichtend, also kaum strukturelle Zusammenhänge erhellend, verkürzen die Massenmedien das Thema »Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt« vielfach auf Sensationshascherei. Dabei stehen die (meist männlichen) Täter eindeutig im Zentrum des Interesses, während die Hintermänner, Opfer und Folgen rechtsextremer bzw. rassistisch motivierter Übergriffe (beispielsweise für die politische Kultur unseres Landes) häufig im dunkeln bleiben. Brigitta Huhnke (1993: 243) hat einschlägige Berichte zweier großer Wochenzeitschriften (*Bild am Sonntag* und *SPIEGEL*) miteinander verglichen, beschreibt eindrucksvoll, was sie »Täter-Opfer-Umkehrung« nennt, und zeigt am Beispiel eines *BamS*-Artikels über die Ermordung eines Türken, wie rechte Gewalt als Konsequenz einer gestörten Adoleszenz verharmlost wurde. Mi-

Das Thema »Zuwanderung« geriet in den Strudel des Bundestagswahlkampfes, weil CDU und CSU im Januar 2002 mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber einen Politiker zu ihrem Kanzlerkandidaten kürten, der sowohl für restriktive Regelungen bei der Arbeitsmigration wie neuerliche Einschränkungen des Asylrechts warb (vgl. Reißlandt 2002: 241 ff.).

So überdeckt der Themenkomplex *Jugendgewalt* die Gewalttätigkeit der Erwachsenen bzw. der von ihnen geprägten Welt; erschwert die kritische Reflexion über politische Fehler und Versäumnisse im deutschen Einigungsprozeß; schließlich rechtfertigt man damit autoritäre Erziehungsstile und Entwicklungstendenzen.

Erst als der »Wirtschaftsstandort D« in Verruf geriet und ausländische Großinvestoren nach Hetzjagden auf Schwarze sowie der Schändung jüdischer Friedhöfe und Synagogen vor allem Ostdeutschland rechts liegen zu lassen drohten, schenkte man der rassistischen Gewalt die nötige Beachtung und forderte die Bürger/innen zur Zivilcourage auf.

»Rechtsextrem motivierte Straftaten und daraus resultierende Gegenaktivitäten stellen sie in den Vordergrund, während Berichte über rechtsextreme Aktivitäten, die keine Straftaten sind, und latenten Rechtsextremismus kaum oder gar nicht vorkommen.« (Pfeiffer u. a. 2002: 275)

litante Skinheads erschienen als »verunsicherte Jugendliche«, Neonazis und Rechtsterroristen als »unpolitische Schlägertypen«.

Problematisch war, daß die Journalist(inn)en besonders spektakuläre Fälle, mit dem »Mord« an dem kleinen Joseph Abdulla aus Sebnitz im November 2000 auch noch einen offenbar bloß konstruierten, ins Zentrum ihrer Berichterstattung rückten. Darüber geriet die »Normalität« des alltäglichen Rassismus, der sich nicht in Türkenwitzen erschöpft, sondern auch in Vorurteilen, Klischees und Stereotypen über die Angehörigen ethnischer Minderheiten manifestiert, gänzlich aus dem Blickfeld.

Zu kurz kam insbesondere die Ursachenforschung: Statt nach überzeugenderen Erklärungen zu suchen, die den gesellschaftlichen Institutionen womöglich eine Mitverantwortung an der weiten Verbreitung ultrarechter Ideologien bescheinigt hätten, bezog man sich lieber auf Deutungsmuster, die Entschuldigungen für die Gewalttäter glichen. Rasch konzentrierte sich die Öffentlichkeit auf den Vorschlag des bayerischen Innenministers Beckstein, die NPD verbieten zu lassen. Es gibt aber kein Patentrezept, und wer überhaupt nicht analysiert, wie, wo und warum der Rechtsextremismus entsteht, kann ihn schwerlich mit Erfolg bekämpfen. Gegenmaßnahmen greifen nur, wenn sie an den Wurzeln ansetzen.

Schon nach einer kurzen Beschäftigung mit Theorien über Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt fällt auf, daß es keinen überzeugenden Erklärungsansatz, sondern eine Vielzahl von Deutungsmustern gibt, die sich zum Teil widersprechen und wechselseitig ausschließen. Dabei korreliert die Beliebtheit der einzelnen Theorien bzw. Theorieersatzstücke oft mit ihrer Beliebtheit. Die in der Tagespublizistik vorherrschende Tendenz zur Simplifizierung eines letztlich unbegriffenen Problems fand man übrigens auch in seriösen Fachorganen, wo Rechtsextremismus als »Jugendprotest« und handfest ausgetragener Generationskonflikt interpretiert wurde.

Durch die Gleichsetzung ultralinker und -rechter Gewalt im Rahmen der Diskussion über die »Sponti«-Vergangenheit von Außenminister Fischer sowie die Haltung von Umweltminister Trittin zum »Mescalero«-Artikel eines Göttinger Studenten, der 1977 zwar »klammheimliche Freude« über den Tod von Generalbundesanwalt Buback geäußert, sich aber unmißverständlich von dem Mord und terroristischen Methoden generell distanziert hatte, wurde der Rassismus verharmlost. Denn wenn die organisierten Hetzjagden auf wehrlose Asylbewerber nur die zeitgemäße Form der Straßenschlachten darstellen, die sich jugendliche Demonstranten und Polizisten während der 60er oder 70er Jahre lieferten, dann kann das Wüten des rechten Mobs so schlimm nicht sein.

*»Deutsche(s) zuerst!« – Diskurse der Rechten wandern in die gesellschaftliche Mitte und die Mainstream-Medien*

Während man den »Aufstand der Anständigen« proklamierte bzw. landauf, landab »Bündnisse für Demokratie und Toleranz« initiierte, wanderten vermehrt ursprünglich rechte Diskurse in die bürgerliche Mitte. Hier sei nur jener Argumentationsstrang genannt, den ich als Demographie-Diskurs bezeichne. Was sich früher als Sorge um die Größe und die Reproduktionsfähigkeit des eigenen Volkes in ultra-

»Durch die überwiegende Berichterstattung im ›Fall Joseph‹ hat die Presse ihrem Auftrag und vielfach erklärten Anspruch, drängende, aber vernachlässigte Themen auf die politische Agenda zu setzen und das gesellschaftliche Problembewußtsein zu schärfen, einen Bärendienst erwiesen.« (Pfeiffer u.a. 2002: 287)

Vgl. hierzu ausführlich Butterwegge 2001 und 2002 a: 101 ff.

rechten Presseorganen wie *Nation und Europa*, *Deutsche Stimme*, *National-Zeitung* oder *Der Republikaner* artikuliert, wird heute in den Mainstream-Medien thematisiert. Die »demografische Apokalypse« wird beschworen, um ein Rollback des konservativen Familienidylls und reaktionärer Praktiken der Bevölkerungspolitik durchsetzen zu können. Dabei nimmt man billigend in Kauf, daß rechtsextreme Kernideologeme (Biologismus, Sozialdarwinismus und Sexismus), die ähnliche Forderungen beinhalten, an politischem Einfluß gewinnen.

Neben begrenzter Zuwanderung (möglichst aus »benachbarten Kulturkreisen«) wird aktive Geburtenförderung als Mittel favorisiert, das eine weitere Schrumpfung der Population aufhalten oder umkehren soll. Die von dem CDU-Politiker Rüttgers im Jahr 2000 ausgegebene, von den REPublikanern auf ihre Wahlplakate übernommene Parole »Kinder statt Inder« zieht sich wie ein roter Faden durch Diskussionen über eine Wende in der Familien- und eine Rückkehr zur »nationalen Bevölkerungspolitik« (Edmund Stoiber).

Unter der Überschrift »Kinder als Schicksal« verliet die neurechte *Junge Freiheit* am 14. Januar 2000 ihrer Überzeugung Ausdruck, daß Immigration den Geburtenrückgang nicht stoppen könne. Am 14. August 2000 erschien die *ZEIT* mit der Schlagzeile »Kinder, Kinder!« Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, dessen Publizistik seit Jahrzehnten eine familienpolitische Großoffensive verlangt, beklagte Susanne Mayer hier, daß die Zahl »der Deutschen« rapide falle und eine Familienpolitik noch immer fehle. Um eine pronatalistische Sozial- und Familienpolitik ging es auch in ihrem Artikel »Die betrogene Familie« vom 1. Februar 2001, der sich seiner Diktion, hysterischen Aufgeregtheit und dramatisierenden Beschwörungsformeln nach kaum von entsprechenden Beiträgen in rechtsextremen Publikationsorganen unterscheidet, zumal diese aus taktischen Gründen eher Zurückhaltung bei den Formulierungen üben. Auch die Art und Weise, wie »Kinderarmut«, die es zunehmend auch wieder in der Bundesrepublik gibt, nicht mehr als soziale Notlage junger Menschen, sondern als »Mangel an (deutschen) Kindern« begriffen und zum Hauptproblem der Gesellschaft hochstilisiert wird, erinnert an ultrarechte Gazetten.

Während man die Alten, weil für den »Standort D« nicht mehr produktiv, in der öffentlichen Meinung herabsetzt und das Alter entwertet (vgl. Guha 2000), erhalten (deutsche) Kinder nicht nur in den rechtsextremen Medien einen Kultstatus und Familien geradezu Fetischcharakter. In demagogischer Weise werden die Generationen gegeneinander ausgespielt. Während Mayer den »Notfall«, daß »immer mehr Frauen und Männer (...) einfach keine Kinder mehr (bekommen)«, einerseits durch weitere Steuerfreibeträge für Familien (Umwandlung des Ehegatten- in ein Familiensplitting, das besonders kinderreiche Spitzenverdiener begünstigen würde) bekämpfen möchte, sollen andererseits Strafabgaben (»Wenn eine Familie für ein Kind im Monat 800 Mark aufbringt, könnten doch Kinderlose einen vergleichbaren Betrag an das Finanzamt abführen.«) eingeführt und die Mittel für Ältere drastisch beschnitten werden.

Rechtsextreme Gazetten berufen sich ihrerseits auf die Berichte und Berechnungen bürgerlicher Massenmedien, um ihre teilweise

»Sterben die Deutschen (bald) aus?« fragte zum Beispiel die rheinische Boulevardzeitung *EXPRESS* im Sommer 2000 wiederholt, und der *SPIEGEL* benutzte am 23. Oktober 2000 die eine Nazi-Parole ins Gegenteil wendende Überschrift »Raum ohne Volk«.

»Massive Zuwanderung zwecks Rentenabsicherung ist zwar originell, aber mit seriösen ökonomischen Argumenten nicht zu begründen. Stattdessen schweigt die politische Klasse zum eigentlichen Thema: wie die Deutschen schlicht ermutigt werden können, wieder mehr Kinder in die Welt zu setzen.« (*Junge Freiheit*)

Kindermangel, meinte Mayer, bedrohe die »Substanz des Staates«. Sie fragte denn auch: »Wer soll einst für die Älteren sorgen? Woher sollen die Ärzte, die Ingenieure, die Wissenschaftler, die Lehrer und Computerfachleute kommen, um unserem Land eine Zukunft zu geben? Aus dem Internet? Wollen wir nur noch (?) Fachkräfte aus der Dritten Welt abwerben?« Die *ZEIT*-Redakteurin behauptet allen Ernstes, »daß jede (?) Rente schon heute viel zu hoch ist, aufgebläht durch Summen, die eigentlich anderen zustehen – Eltern nämlich, deren Tätigkeit in Haushalt und Kindererziehung spätere Erwerbsarbeit überhaupt erst ermöglicht, die zum Rentenbezug berechtigt.« Dabei übersah sie, daß viele

ältere Frauen von Kleinstrenten leben müssen, die unter dem Betrag liegen, den die Bundesregierung ihrer Meinung nach regelmäßig für jedes Kind ausgeben soll. Als wäre das Gebären und die Aufzucht von Kindern eine staatsbürgerliche Pflicht bzw. eine besondere Leistung, für die Eltern zu entlohnen wären!

In dem »Ein Segen für die Familie« genannten SPIEGEL-Artikel vom 9. April 2001 wurden die Karlsruher Richter besonders gelobt, weil ihr Spruch den Gesetzgeber zu einer Antwort auf das »demografische Desaster« zwingt: »So pathetisch das klingen mag: Es geht um den Bestand des deutschen Volks.«

So kommentierte die *Frankfurter Rundschau* den Streit um das Zuwanderungsgesetz unter Würdigung der Einwände der CDU/CSU-Opposition am 14. Februar 2002 wie folgt: »Natürlich muß Zuwanderung gesteuert werden; angesichts sinkender Kinderzahlen müssen viele junge Leute nach Deutschland kommen, ob über Green Cards oder andere Formen der Zuwanderung; die Wirtschaft weiß das längst.«

absurden Behauptungen seriös erscheinen zu lassen. Hier sei nur die Parteizeitung *Der Republikaner* genannt, wo Michael Wiesberg unter der Überschrift »Rot-grüne ›Rentenreform‹: Deutsche Kinder unerwünscht?« nach mehreren Zitaten aus dem *ZEIT*-Artikel Susanne Mayers behauptete: »In einer Zeit, in der von morgens bis abends die rot-grüne Mehrheit im Bundestag eine Rentenreform, die auf eine Bestrafung von Kindern hinausläuft. Die Folge wird sein, daß noch weniger deutsche Paare Kinder bekommen werden. Da drängt sich die Frage auf, ob nicht genau dies gewünscht ist. Die Rechnung der rot-grünen Gesellschaftsingenieure: Je weniger deutsche Kinder auf die Welt kommen, desto mehr Zuwanderer können ins Land strömen.«

Fast alle Medien der Bundesrepublik begrüßten das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Pflegeversicherung überschwenglich, wonach Eltern, weil sie auch einen »generativen Beitrag« zur Funktionsfähigkeit dieses Sozialversicherungssystems leisteten, geringere Beiträge zahlen sollen. Die *Junge Freiheit* sprach von einem »Sieg für die Familie«, titelte »Kinder sind unser Kapital« und frohlockte: »Familienpolitik wird nach diesem Urteil zu einem beherrschenden Thema im Bundestagswahlkampf 2002 werden.«

Nur selten melden sich Stimmen zu Wort, die mäßigend wirken und die befürchteten Folgen des demographischen Wandels relativieren. So bemerkte Heik Afheldt am 17. Mai 2001 in der *ZEIT*, 65 Millionen Einwohner seien für die Bundesrepublik ausreichend. Allerdings kam der Artikel nicht ohne Warnung vor zu viel (Arbeits-) Migration aus, die in alarmistischer Manier dargestellt wurde: »Man kann sich leicht ausrechnen, was für ein dramatischer Wettbewerb um »gute Einwanderer« entbrennen wird. Einwanderer, die möglichst kulturverwandt, arbeitswillig und gut ausgebildet, sprachbegabt und damit leicht integrierbar sind. Und Kinder sollten sie auch noch kriegen wollen. Das alles verlangt viel eher nach Kopfprämien als nach huldvoll gewährten Sondergenehmigungen wie Green Cards.«

Zuwanderung wird heute vermehrt mit der demographischen Entwicklung begründet. Es ist zu erwarten, daß der Diskurs über den Geburtenrückgang, fehlende (deutsche) Kinder und die negativen Auswirkungen für den »Wirtschaftsstandort D« bzw. das System der sozialen Sicherung die mediale Öffentlichkeit künftig noch stärker beeinflussen wird. Er birgt die Gefahr einer weiteren Verquickung bzw. Überlappung rechtsextremer und etablierter Positionen der »Mitte« in sich. Der demographische Wandel könnte auch dazu genutzt werden, darüber zu streiten, ob das nationalistische Konstrukt »deutsches Volk« überhaupt noch zeitgemäß ist und die Aufmerksamkeit der Massenmedien verdient oder ob umgekehrt die Globalisierung – hier verstanden als Prozeß eines Zusammenwachsens der Welt – nicht zu einer kosmopolitischen Orientierung führen muß.

#### Literatur

- Akbayir, Hamide/Morres, Monika (2000): Hintergründe von Migration und Flucht am Beispiel der Kurd(inn)en, in: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hrsg.), *Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik*, Opladen, S. 62-74.
- Böke, Karin (1997): Die »Invasion« aus den »Armenhäusern Europas«. Metaphern im Einwanderungsdiskurs, in: Matthias Jung/Martin Wengeler/Karin Böke (Hrsg.), *Die Sprache des Migrationsdiskurses. Das Reden über »Ausländer« in Medien, Politik und Alltag*, Opladen, S. 164-193.
- Bukow, Wolf-Dietrich (1996): *Feindbild: Minderheit. Die Funktion von Ethnisierung*, Opladen.
- Butterwegge, Christoph (1997): *Ethnisierungsprozesse, Mediendiskurse und politische Rechts-*

- tendenzen, in: Ders. (Hrsg.), NS-Vergangenheit, Antisemitismus und Nationalismus in Deutschland. Beiträge zur politischen Kultur der Bundesrepublik und zur politischen Bildung, mit einem Vorwort von Ignatz Bubis, Baden-Baden, S. 172-216.
- Butterwegge, Christoph (1999): Massenmedien, Migrant(inn)en und Rassismus, in: Ders./Gudrun Hentges/Fatma Sarigöz (Hrsg.), Medien und multikulturelle Gesellschaft, Opladen, S. 64-89.
- Butterwegge, Christoph (2001): Entschuldigungen oder Erklärungen für Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt?, Bemerkungen zur Diskussion über die Entstehungsursachen eines unbegriffenen Problems, in: Ders./Georg Lohmann (Hrsg.), Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente, 2. Aufl. Opladen, S. 13-36.
- Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (2001): »Ausländer und Asylmissbrauch« als Medienthema: Verantwortung und Versagen von Journalist(innen), in: Christoph Butterwegge/Georg Lohmann (Hrsg.), Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt, a. a. O., S. 83-99.
- Butterwegge, Christoph (2002 a): Rechtsextremismus, Freiburg im Breisgau/Basel/Wien.
- Butterwegge, Christoph (2002 b): Globalismus, Neoliberalismus und Rechtsextremismus, in: UTOPIE kreativ, H. 135 (Januar 2002), S. 55-67.
- Butterwegge, Christoph/Cremer, Janine/Häusler, Alexander/Hentges, Gudrun/Pfeiffer, Thomas/Reißbladt, Carolin/Salzborn, Samuel (2002): Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewußtsein, Opladen.
- Dijk, Teun A. van (1993): Eliten, Rassismus und die Presse, in: Siegfried Jäger/Jürgen Link (Hrsg.), Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien, Duisburg, S. 80-130.
- Galtung, Johan (2000): Globale Migration, in: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hrsg.), Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik, Opladen, S. 9-19.
- Geißler, Rainer (1995): Das gefährliche Gerücht von der hohen Ausländerkriminalität, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung [Das Parlament] 35, S. 30-39.
- Geißler, Rainer (1999): Der bedrohliche Ausländer. Zum Zerrbild ethnischer Minderheiten in Medien und Öffentlichkeit, in: Markus Ottersbach/Sebastian K. Trautmann (Hrsg.), Integration durch soziale Kontrolle?, Zu Kriminalität und Kriminalisierung allochthoner Jugendlicher, Köln, S. 23-37.
- Guha, Anton-Andreas (2000): Von der Entwertung des Alters. Einige unsystematische Anmerkungen zu einem schwierigen Problem, in: Vorgänge 150, S. 37-43.
- Häusler, Alexander (2002): Multikulturalismus als Bedrohung deutscher Identität. Migration und Integration in Medien der extremen Rechten, in: Christoph Butterwegge u. a., Themen der Rechten..., a. a. O., S. 67-91.
- Hentges, Gudrun (2002): Das Plädoyer für eine »deutsche Leitkultur« – Steilvorlage für die extreme Rechte?, in: Christoph Butterwegge u. a., Themen der Rechten..., a. a. O., S. 95-121.
- Huhn, Brigitta (1993): Intermediale Abhängigkeiten bei der Inszenierung rassistischer Feindbilder seit Mitte der achtziger Jahre am Beispiel der Wochenzeitungen Bild am Sonntag und Der SPIEGEL, in: Siegfried Jäger/Jürgen Link (Hrsg.), Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien, Duisburg, S. 213-266.
- Jäger, Margret/Cleve, Gabriele/Ruth, Ina/Jäger, Siegfried (1998): Von deutschen Einzeltätern und ausländischen Banden. Medien und Straftaten, Duisburg.
- Jung, Matthias/Niehr, Thomas/Böke, Karin (2000): Ausländer und Migranten im Spiegel der Presse. Ein diskurshistorisches Wörterbuch zur Einwanderung seit 1945, Wiesbaden.
- Merten, Klaus (1987): Das Bild der Ausländer in der deutschen Presse, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Ausländer und Massenmedien. Bestandsaufnahme und Perspektiven. Vorträge und Materialien einer internationalen Fachtagung vom 2. bis 4. Dezember 1986, Bonn, S. 69-78.
- Nuscheler, Franz (2000): Globalisierung und ihre Folgen: Gerät die Welt in Bewegung?, in: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hrsg.), Zuwanderung..., a. a. O., S. 20-31.
- Pfeiffer, Thomas u. a. (2002): Vom Aufstand der anständigen Presse. Rechtsextremismus-Berichterstattung in deutschen Tageszeitungen, in: Christoph Butterwegge u. a., Themen der Rechten..., a. a. O., S. 267-288.
- Pinn, Irmgard (1997): Muslimische Migranten und Migrantinnen in deutschen Medien, in: Gabriele Cleve/Ina Ruth/Ernst Schulte-Holtey/Frank Wichert (Hrsg.), Wissenschaft – Macht – Politik. Interventionen in aktuelle gesellschaftliche Diskurse, Münster, S. 215-234.
- Räthzel, Nora (1993): Zur Bedeutung von Asylpolitik und neuen Rassismen bei der Reorganisation der nationalen Identität im vereinigten Deutschland, in: Christoph Butterwegge/Siegfried Jäger (Hrsg.), Rassismus in Europa, 3. Aufl. Köln, S. 213-229.
- Räthzel, Nora (1997): Gegenbilder. Nationale Identität durch Konstruktion des Anderen, Opladen.
- Reißbladt, Carolin (2002): Rot-grüne Migrationspolitik und die Zuwanderungsdebatte. Vom »Paradigmenwechsel« zum Wahlkampfthema?, in: Kai Eicker-Wolf u. a. (Hrsg.), »Deutschland auf den Weg gebracht«. Rot-grüne Wirtschafts- und Sozialpolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Marburg, S. 213-251.
- Ruhrmann, Georg (1999): Medienberichterstattung über Ausländer: Befunde – Perspektiven – Empfehlungen, in: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges/Fatma Sarigöz (Hrsg.), Medien und multikulturelle Gesellschaft, Opladen, S. 95-108.
- Sarigöz, Fatma (1999): Die multikulturelle Gesellschaft im Spiegel der Medien, in: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges/Fatma Sarigöz (Hrsg.), Medien..., a. a. O., S. 9-28.
- Scheffer, Bernd (1997): Eine Einführung: Medien und Fremdenfeindlichkeit. Alltägliche Paradoxien, Dilemmata, Absurditäten und Zynismen, in: Ders. (Hrsg.): Medien und Fremdenfeindlichkeit. Alltägliche Paradoxien, Dilemmata, Absurditäten und Zynismen, Opladen, S. 17-71.
- Terkessidis, Mark (2000): Wir selbst sind die Anderen. Globalisierung, multikulturelle Gesellschaft und Neorassismus, in: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hrsg.), Zuwanderung..., a. a. O., S. 188-209.
- Topitsch, Rainer (1997): Soziobiologie, Fremdenfeindlichkeit und Medien, in: Bernd Scheffer (Hrsg.): Medien und Fremdenfeindlichkeit..., a. a. O., S. 123-142.
- Wengeler, Martin (2000): Von »Belastungen«, »wirtschaftlichem Nutzen« und »politischen Zielen«. Die öffentliche Einwanderungsdiskussion in Deutschland, Österreich und der Schweiz Anfang der 70er Jahre, in: Thomas Niehr/Karin Böke (Hrsg.): Einwanderungsdiskurse. Vergleichende diskurslinguistische Studien, Wiesbaden, S. 135-157.

## RONALD LÖTZSCH

# Widersprüche in der bundesdeutschen Minderheitenpolitik

Gegenstand der folgenden Darlegungen ist die Politik der Bundesrepublik gegenüber den nationalen bzw. ethnischen Minderheiten. Ich habe mich zwar schon mehrfach zu diesem Thema geäußert<sup>1</sup>, doch sind inzwischen einige neuere Gesichtspunkte zu berücksichtigen.

Die von vielen Autoren postulierte Unterscheidung der Attribute *national* und *ethnisch* in Verbindung mit dem Begriff *Minderheit* ist ähnlich schwierig wie die zwischen den Kategorien *Nation* und *Ethnos* bzw. *Volk*. In vielen Kontexten ist sie praktisch gegenstandslos. Auch hier gilt, daß Ableitungen von der griechischen Wurzel *ethn-* den Obergriff bilden. So wie der Begriff *Nation* die spezifische Entwicklung des *Ethnos* im Zusammenhang mit der Herausbildung des Kapitalismus impliziert, könnte man auch mit der *nationalen* im Unterschied zur *ethnischen Minderheit* spezifische Merkmale verbinden.

Georg Brunner, 1936 in Budapest geborener Osteuropaexperte, Professor für öffentliches Recht, Allgemeine Staatslehre und Ostrecht, hat 1996 in 2. Auflage<sup>2</sup> ein Buch mit dem Titel *Nationalitätenprobleme und Minderheitenkonflikte in Osteuropa* herausgebracht. Darin vertritt er folgende Auffassung: »Eine nationale Minderheit tendiert wegen der Staatsbezogenheit des Nationsbegriffs zur staatlichen Existenz und sollte deshalb zur Kennzeichnung solcher Gemeinschaften verwendet werden, die für sich allein oder als Teil einer außerhalb der Grenzen ihres Heimatstaats lebenden Nation zur Staatsbildung fähig sind« (S. 23). Unklar bleibt dabei, worin diese »Fähigkeit zur Staatsbildung« besteht und worin sie zum Ausdruck kommt.

Hier sollen unter *ethnischen* bzw. *nationalen Minderheiten* Teile der Bevölkerung eines Staates verstanden werden, die nicht zur dominierenden Nationalität gehören wollen und dadurch meist verschiedenen Benachteiligungen ausgesetzt sind.<sup>3</sup> Bezogen auf Deutschland also Menschen, die zwar ständig hier leben, aber dennoch keine Deutschen sein wollen. Ich meine damit nicht sog. »Antideutsche«, die die Parole »Deutschland verrecke!« an die Wände schmierer. Und auch nicht solche, die sich für nationslose »Europäer« oder »Weltbürger« halten. Es geht vielmehr um Migranten bzw. ihre Nachkommen, die vielfach schon in Deutschland geboren und hier aufgewachsen sind, oder um Angehörige von Bevölkerungsgruppen, deren Siedlungsgebiet schon vor Jahrhunderten – in der Regel gewaltsam – an deutsche Staaten angegliedert wurde.

Die Benachteiligungen können darin bestehen, daß Angehörigen von Minderheiten der Zugang zu bestimmten Berufen, Ämtern oder

Ronald Lötzsch – Jg. 1931; Prof. Dr., Sprachwissenschaftler (Arbeiten vor allem zur Sprachtypologie und Kontaktlinguistik) und Minderheitenforscher (Sorabist), Berlin. Zuletzt in *UTOPIE kreativ*: Was ist ein Volk und was eine Nation?, Heft 103/104 (Mai/Juni 1999).

1 Am ausführlichsten in meiner 2001 von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in ihrer Reihe *Manuskripte* (Nr. 16) veröffentlichten Studie *Die Linke und ihr Verhältnis zu Nation und Nationalstaat. Nationalismus und nationale Minderheiten* (im folgenden angeführt als *rls-Studie*).

2 Die 1. Auflage erschien 1993 im Verlag der Bertelsmann Stiftung.

3 Näheres zum terminologischen Aspekt s. *rls-Studie* S. 86-89.

Erwerbsmöglichkeiten verwehrt wird. Besonders häufig sind Beschränkungen hinsichtlich des Gebrauchs der Muttersprache. Diese sind oft per Gesetz geregelt, während andere Benachteiligungen eigentlich ungesetzlich sind und dennoch praktiziert werden.

Die allgemeinste Restriktion bildet in vielen Staaten die Erschwerung des Erwerbs der Staatsbürgerschaft für Zuwanderer. Meist ist ihnen dadurch die Wahrnehmung staatsbürgerlicher Rechte, selbst des aktiven Wahlrechts auf kommunaler Ebene, generell verwehrt. Betroffen sind davon allein in Europa Millionen Menschen, die seit dem Zweiten Weltkrieg hier eingewandert sind. In ihrer Heimat wurden sie entweder wegen ihrer politischen Haltung verfolgt oder durch ethnische Säuberungen gefährdet. Viele kamen als »Wirtschaftsflüchtlinge« oder als »Gastarbeiter«.

Sie bilden in allen europäischen Ländern sog. *allochthone* Minderheiten, die einen beträchtlichen Teil der Staatsbevölkerung ausmachen. Nur in den seltensten Fällen werden sie als Minderheiten anerkannt.<sup>4</sup> Im Unterschied dazu gehören die *autochthonen* Minderheiten zur alteingesessenen Bevölkerung. In der Regel besitzen ihre Angehörigen die Staatsbürgerschaft ihres Heimatstaates.

Gilt in diesem die Doktrin der sog. »Staatsnation«, nach der die Nation von allen Staatsbürgern unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit gebildet wird<sup>5</sup>, bedeutet dies die Verweigerung des Minderheitenstatus. Dies hat fast überall einschneidende Restriktionen hinsichtlich des Gebrauchs der Muttersprache zur Folge. Leugnet die politische Klasse eines Vielvölkerstaates dessen multinationalen Charakter nicht, schließt das eine völlig unterschiedliche Behandlung der Minderheiten keineswegs aus.

Wird die Existenz von Minderheiten nicht geleugnet, wird in der Regel verschwiegen, daß der Anschluß ihres Siedlungsgebietes meist im Ergebnis feudaler bzw. imperialer Eroberungen, durch gewaltsame Unterwerfung einer oft erbitterten Widerstand leistenden Bevölkerung zustande kam.

Der Umgang der herrschenden Kreise von Vielvölkerstaaten mit den nationalen und sprachlichen Minderheiten kann sehr unterschiedlich sein. Von rigorosester Assimilierungspolitik wie in Frankreich bis zu völliger Gleichberechtigung wie in der Schweiz reicht da das Spektrum. Feststellen läßt sich auch, daß im 20. Jahrhundert und verstärkt nach dem Zweiten Weltkrieg in Westeuropa bei nach wie vor vorhandener Tendenz zur Ignorierung bzw. Assimilierung der Minderheiten gewisse Fortschritte auf dem Gebiet des Minderheitenschutzes zu verzeichnen sind.

Eine zunehmend minderheitenfeindliche Politik entwickelte sich im Gegensatz dazu in den meisten »realsozialistischen« Staaten, insbesondere in der Sowjetunion.<sup>6</sup>

Ein besonderer Typ nationaler Minderheiten entsteht mit dem Zerfall von Vielvölkerstaaten. In der Regel dominiert in solchen Staaten eine Nationalität. Deren Angehörige – selbst die der Unterschichten – nehmen eine privilegierte Stellung ein.<sup>7</sup> Dies hat zur Folge, daß sich kleinere oder auch größere Gruppen von ihnen mit der Zeit außerhalb ihres ursprünglichen Siedlungsgebietes inmitten der Minderheiten niederlassen. Viele von ihnen, zumal Angehörige der Oberschichten, empfinden sich als die eigentlichen Repräsentanten

4 Eine solche Ausnahme bilden aus Griechenland stammende Makedonier, die nach dem Ende des griechischen Bürgerkrieges in die Tschechoslowakei emigrierten. In der Tschechischen Republik sind sie heute als nationale Minderheit anerkannt.

5 Ausführlicher in Verf., Was ist ein Volk und was eine Nation, in: *UTOPIE kreativ* 103/104 (Mai/Juni 1999), S. 15-30 (im folgenden angeführt als *Was ist ein Volk*) sowie in der *rls-Studie*, S. 74-80.

Dort gehe ich auch näher auf die Minderheitenpolitik Frankreichs ein, die in Westeuropa mit dem 1793 verhängten generellen Verbot ihres offiziellen Gebrauchs das krasseste Beispiel für eine auf vollständige Assimilierung ausgerichtete Haltung gegenüber Minderheitensprachen liefert. Andererseits kann auf die Schweiz verwiesen werden, deren alteingesessene Bürger, ganz gleich, ob sie Deutsch, das heißt normalerweise einen alemannischen Dialekt, Französisch, Italienisch oder Bündnerromanisch sprechen, sich als Angehörige einer Nation, der schweizerischen oder eidgenössischen, verstehen. Dies wurde möglich, weil alle vier Sprachgemeinschaften gleichberechtigt sind.

6 Näheres auch hierüber in der *rls-Studie* (S. 80-83, 93-130).

7 Hinsichtlich der Sowjetunion s. hierzu Verf., Sowjetische Nationalitätenpolitik von Lenin bis Gorbatschow, in: Lothar Hertzfeldt (Hg.), *Die Sowjetunion. Zerfall eines Imperiums*, Frankfurt/M. 1992, S. 67-101 (Anmerkungen S. 317-320) bzw. *rls-Studie*, S. 101-105.

des Staatsvolkes und begegnen den Minderheiten oft ausgesprochen überheblich. Zerfällt nun der multinationale Staat in seine »nationalen Bestandteile«, finden sich Hunderttausende, wenn nicht Millionen Angehörige der vorher dominierenden Nationalitäten gewissermaßen als Ausländer in den neuen, ihnen völlig fremd erscheinenden Staaten wieder. Deren gerade an die Macht gelangte Eliten sind natürlich an nichts weniger interessiert als an der Aufrechterhaltung der alten Privilegierung. Dachten die meisten der vorher zur dominierenden Nationalität Gehörenden in der Regel gar nicht daran, die Sprachen ihrer jeweiligen Umgebung zu erlernen, sollen sie nun nicht selten dazu gezwungen werden. Ein solches Schicksal widerfuhr nach der Auflösung Österreich-Ungarns am Ende des Ersten Weltkrieges vielen Deutschösterreichern und Ungarn.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion waren davon nicht nur die 25 264 385 (= 17,4 Prozent) außerhalb der Rußländischen Föderation lebenden Russen betroffen, die sich bei der letzten sowjetischen Volkszählung von 1989 zu dieser Nationalität bekannt hatten. Nicht viel anders erging es auch den Angehörigen aller nichtrussischen Nationalitäten, die, soweit sie nicht in deren geschlossenem Siedlungsgebiet lebten und dieses eine gewisse Autonomie besaß, zwangsläufig zur Russifizierung verurteilt gewesen waren.

Die Integration solcher Minderheiten in die Bevölkerung der neuen Staaten ist eine äußerst heikle Aufgabe. Ihre Lösung hängt nicht zuletzt vom guten Willen der Eliten der nunmehr im Staat dominierenden Nationalität ab. Wie der Umgang mit den so entstandenen russischen Minderheiten in manchen Nachfolgestaaten der Sowjetunion zeigt, ist ein rationales Herangehen an dieses Problem keineswegs eine Selbstverständlichkeit.<sup>8</sup>

In der Politik der Bundesrepublik Deutschland, um die es hier gehen soll, spielt dieser Minderheitentyp verständlicherweise keine Rolle. Hinsichtlich des Umgangs mit den autochthonen und allochthonen Minderheiten ist sie ausgesprochen widersprüchlich, um nicht zu sagen schizophren. So besteht ein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen der Behandlung der Sorben, Dänen und Friesen sowie der Sinti und Roma, die von der Bundesregierung als *nationale Minderheiten* anerkannt werden, einerseits und den allochthonen Minderheiten andererseits.

Die *Charta der Regional- und Minderheitensprachen* des Europarats<sup>9</sup> hat die Bundesregierung bereits 1992 unterzeichnet. Ihre Ratifizierung wurde jedoch durch die Kohl-Regierung bis zu deren Abwahl hinausgezögert. Erst die rot-grüne Regierung hat die Charta 1998 vom Bundestag ratifizieren lassen. Der Grund des Zögerns war die mangelnde Bereitschaft der Konservativen, auch Sinti und Roma den Status einer autochthonen ethnischen Minderheit zuzuerkennen. Die Vertretungen der als solche anerkannten Sorben, Dänen und Friesen hatten jedoch darauf bestanden, daß auch dieses seit dem 14. Jahrhundert in Deutschland lebende Volk, das zudem vom Völkermord der Nazis betroffen gewesen war, in die Geltung der Charta mit einbezogen wurde. Das Inkrafttreten der Charta am 1. 1. 1999 hatte unter anderem die Gründung eines *Komitees für die Bundesrepublik Deutschland* zur Folge, das eng mit dem in Brüssel wirkenden *European Bureau for Lesser Used Languages* zusammenarbeitet.

8 Besonders kraß war die Mißachtung der Interessen der russischen Minderheit in den neunziger Jahren in Lettland. Hierzu s. *Was ist ein Volk*, S. 29, bzw. *rls-Studie*, S. 83. Das Bestreben, möglichst bald Mitglied der EU werden zu können, hat inzwischen zu einer Annäherung an deren postulierte und in einigen EU-Staaten auch teilweise realisierte Maßstäbe geführt.

9 Der englische Text wurde veröffentlicht in Tove Skutnabb-Kangas/Robert Phillipson (Eds.): *Linguistic Human Rights. Overcoming Linguistic Discrimination*, Berlin – New York 1995, p. 383-395.



Am 16./17. November 2001 veranstalteten diese beiden Organisationen im Gebäude der Landesvertretungen Niedersachsens und Schleswig-Holsteins in Berlin einen Kongreß zum Thema *Sprachenvielfalt und Demokratie in Deutschland*, an dem sich neben Vertretern der Sprachminderheiten sowie einschlägig befaßten Sprachwissenschaftlern auch hochkarätige Repräsentanten der Bundes- und Länderpolitik beteiligten. Letztere – die damalige Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister des Inneren, die Präsidenten der Landtage von Niedersachsen und Brandenburg, Staatssekretäre aus sächsischen und schleswig-holsteinischen Ministerien – sparten dabei nicht mit Eigenlob. Die Diskussionsbeiträge der unmittelbar Betroffenen, der Sprecher der Regional- und Minderheitensprachen<sup>10</sup> klangen weniger euphorisch. Besonders beeindruckend war der Beitrag des Rundfunkjournalisten und nach Jurij Bržan wohl bekanntesten sorbischen Schriftstellers Jurij Koch.<sup>11</sup> Er berichtete unter anderem darüber, daß das sächsische Kultusministerium unter Berufung auf Demokratie und Gleichheit vor dem Gesetz gegen den massiven Protest der Betroffenen sorbische Schulen schließt. Koch spricht von Schulen, die sich die Sorben »aus DDR-Zeiten hinübergerettet haben«. Und zweifellos ist das Umdenken in der Haltung der BRD-Politik gegenüber den autochtonen Minderheiten auch durch die Bekanntschaft mit der Sorbenpolitik der DDR gefördert worden.

Unmittelbar nach dem Anschluß der DDR an die Alt-BRD gab es Versuche, beispielsweise die zweisprachigen Orts- und Straßennamenschilder abzuschaffen, weil diese den BRD-Bestimmungen widersprächen.<sup>12</sup> Die Reaktion der Domowina, der 1912 gegründeten, 1937 von den Nazis verboten und in der Oberlausitz bereits 1945 neu gegründeten Dachorganisation sorbischer Vereine, auf die Versuche, hinter die bewährte DDR-Praxis zurückzugehen, war jedenfalls so, daß sie bald eingestellt wurden. Die Forderung, den Minderheitenschutz in das Grundgesetz aufzunehmen, scheiterte am hartnäckigen Widerstand der Konservativen.

In einer Protokollnotiz zum Einigungsvertrag war jedoch vereinbart worden: »Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik erklären im Zusammenhang mit Art. 35 des Vertrags:

1. Das Bekenntnis zum sorbischen Volkstum und zur sorbischen Kultur ist frei.
2. Die Bewahrung und Fortentwicklung der sorbischen Kultur und der sorbischen Traditionen werden gewährleistet.
3. Angehörige des sorbischen Volkes und ihre Organisationen haben die Freiheit zur Pflege und zur Bewahrung der sorbischen Sprache im öffentlichen Leben.
4. Die grundsätzliche Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund und Ländern bleibt unberührt.«

Zuständig für den Minderheitenschutz sind danach die Länder. In die Landesverfassungen Sachsens und Brandenburgs wurden Bestimmungen zum Schutz und zur Förderung der sorbischen Minderheit aufgenommen.

In der Verfassung des Freistaates Sachsen lauten diese:

- »(4) Im Siedlungsgebiet der Sorben können neben den Landes-

10 Nachzulesen in *Sprachenvielfalt und Demokratie in Deutschland*. Dokumentation des Kongresses vom 16.-17. November 2001 in den Landesvertretungen Niedersachsen und Schleswig-Holstein, Berlin. Zusammengestellt von Alastair G. H. Walker. Herausgegeben von European Bureau for Lesser Used Languages, Komitee für die Bundesrepublik Deutschland, Brüssel 2002.

11 Dokumentation, S. 89 f.

12 In der Tat spielen Dänisch und Nordfriesisch in der Öffentlichkeit Schleswig-Holsteins keine Rolle. Daß in Flensburg die Hinweise für die Benutzung von Parkautomaten auch eine dänische Version aufweisen, ist wohl weniger den einheimischen Dänen als den Besuchern aus Dänemark zu verdanken. Straßennamen in Sörling, der nordfriesischen Inselmundart, sieht man verschiedentlich auf Sylt. Der obersorbischen Zeitung *Serbske Nowiny* ('Sorbische Zeitung') vom 20. Juli 2001 war zu entnehmen, daß die circa 2500 Ostfriesen im niedersächsischen Saterland begonnen haben, zweisprachige Ortsschilder aufzustellen.

13 Mit der zusätzlichen Verwendung dieses Namens kommen die brandenburgischen Behörden den Bestrebungen von Niedersorben entgegen, sich auch auf diese Weise von den Sorben der Oberlausitz sprachlich abzugrenzen. Denn die Obersorben verwenden seit der Befreiung vom Naziregime als deutsche Entsprechung der alten Sorben gemeinsamen muttersprachlichen Eigenbezeichnung *Sorb* nur noch das davon abgeleitete *Sorbe*. Gleiches gilt für die von den Ethnonymen *Wende* bzw. *Sorbe* abgeleiteten Adjektive *wendisch* bzw. *sorbisch*. Der Name *Wende* und das damit korrespondierende Beziehungsadjektiv *wendisch* gehen auf Wörter zurück, mit denen die Germanen ursprünglich alle Slawen bezeichneten. In Deutschland und Dänemark, den beiden germanischsprachigen Staaten, in denen von allem Anfang an auch Slawen lebten bzw., wie in Deutschland, noch immer leben, wurde dieser Sprachgebrauch beibehalten. Allerdings unter Beschränkung auf die im Lande siedelnden Minderheiten. Auch die Sorben verwendeten, wenn sie deutsch sprachen oder schrieben, früher die Fremdbezeichnungen *Wende* und *wendisch*. Da diese im Sprachgebrauch von Deutschen nicht selten eine pejorative Nebenbedeutung erhielten, wurden sie von national bewußten Sorben zunehmend vermieden und stattdessen *Sorbe* bzw. *sorbisch* gebraucht. Die Ersetzung von Fremdbezeichnungen durch von den Eigenbezeichnungen abgeleitete Ethnonyme entspricht einer weltweiten Tendenz. Auch Roma und

farben und dem Landeswappen Farben und Wappen der Sorben ... gleichberechtigt geführt werden.« (Art. 2);

»(1) Dem Volk des Freistaates Sachsen gehören Bürger deutscher, sorbischer und anderer Volkszugehörigkeit an...

(2) Das Land gewährleistet und schützt das Recht nationaler und ethnischer Minderheiten deutscher Staatsangehörigkeit auf Bewahrung ihrer Identität sowie auf Pflege ihrer Sprache, Religion, Kultur und Überlieferung.« (Art. 5).

In der Verfassung des Landes Brandenburg hat der Artikel 25 (Rechte der Sorben {Wenden}<sup>13</sup>) folgenden Wortlaut:

»(1) Das Recht des sorbischen Volkes auf Schutz, Erhaltung und Pflege seiner nationalen Identität und seines angestammten Siedlungsgebietes wird gewährleistet. Das Land, die Gemeinden und Gemeindeverbände fördern die Verwirklichung dieses Rechtes, insbesondere die kulturelle Eigenständigkeit und die wirksame politische Mitgestaltung des sorbischen Volkes.

(2) Das Land wirkt auf die Sicherung einer die Landesgrenzen übergreifenden kulturellen Autonomie hin.

(3) Die Sorben haben das Recht auf Bewahrung und Förderung der sorbischen Sprache und Kultur im öffentlichen Leben und ihre Vermittlung in Schulen und Kindertagesstätten.

(4) Im Siedlungsgebiet der Sorben ist die sorbische Sprache in die öffentliche Beschriftung einzubeziehen. Die sorbische Fahne hat die Farben Blau, Rot, Weiß.

(5) Die Ausgestaltung der Rechte der Sorben regelt ein Gesetz. Dies hat sicherzustellen, daß in Angelegenheiten der Sorben, insbesondere bei der Gesetzgebung, sorbische Vertreter mitwirken.«

Das entsprechende *Gesetz zur Ausgestaltung der Rechte der Sorben im Land Brandenburg (Sorbengesetz)* wurde 1994 erlassen<sup>14</sup> und beim Landtag ein so genannter *Sorbenrat* gebildet.

Die Finanzierung der Förderung der sorbischen Minderheit erfolgt über eine *Stiftung für das sorbische Volk*, an der der Bund mit 50 Prozent und die Länder Sachsen und Brandenburg mit zwei Dritteln bzw. einem Drittel der zweiten Hälfte beteiligt sind. Im Zusammenhang mit Eichels »Sparkurs« kam es in den letzten Jahren zur Verzögerung der Auszahlung und zu Versuchen der Reduzierung der zugesagten Mittel.

In der am 1. August 1990 in Kraft getretenen neuen Landesverfassung von Schleswig-Holstein ist der Minderheitenschutz in Artikel 5 geregelt. Er lautet:

»(1) Das Bekenntnis zu einer nationalen Minderheit ist frei; es entbindet nicht von den allgemeinen staatsbürgerlichen Pflichten.

(2) Die kulturelle Eigenständigkeit und die politische Mitwirkung nationaler Minderheiten und Volksgruppen stehen unter dem Schutz des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Die nationale dänische Minderheit und die friesische Volksgruppe<sup>15</sup> haben Anspruch auf Schutz und Förderung.«

In einem *Memorandum zur Errichtung einer Stiftung für das friesische Volk* forderten die Vorsitzenden nordfriesischer Organisationen im Februar 1992 den Bund auf, die Förderung friesischer Belange mit zu unterstützen. Hier hatte offensichtlich das sorbische

Beispiel Pate gestanden. Enge freundschaftliche Beziehungen zwischen nordfriesischen Vereinigungen und der Domowina bestanden schon zu DDR-Zeiten.

Zwischen den in den Länderverfassungen ziemlich großzügig formulierten Bestimmungen zum Minderheitenschutz und der Verfassungswirklichkeit auf der Bundesebene klafft ein eklatanter Widerspruch. Während dort von *nationalen Minderheiten*, vom sorbischen *Volk* die Rede ist, steht dem hier der Artikel 116 GG entgegen. Danach wird jeder, der die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, zum »Deutschen« erklärt. Diese Festlegung gilt also auch für die Angehörigen der autochthonen nationalen Minderheiten, denn diese sind Bundesbürger.

Geradezu makaber muß eine solche Bestimmung viele Sorben anmuten. Seit über tausend Jahren war der Gegensatz zwischen Sorbentum und Deutschtum eine konstituierende Komponente des sorbischen Identitätsbewußtseins, die durch die sorbenfeindliche Politik reaktionärer deutscher Obrigkeiten immer neu emotional aufgeladen wurde. Als die Domowina-Führung sich 1937 weigerte, der Forderung der Nazis nachzukommen und sich in einer neuen Satzung zur Organisation »wendischsprechender Deutscher« zu erklären, wurde dies vom Regime zum Anlaß genommen, alle sorbischen Vereinigungen zu verbieten und ihr Eigentum zu konfiszieren. Sorbische Funktionäre wurden verhaftet und wegen angeblicher Vorbereitung zum Hochverrat abgeurteilt. Sorbische Geistliche und Lehrer wurden aus der Lausitz ausgewiesen, die national bewußten Lehrer durch stramme Nazis ersetzt. Jeder sorbische Sprachunterricht wurde eingestellt und der öffentliche Gebrauch der sorbischen Sprache verboten.<sup>16</sup>

Sorbenfeindliche Politik als Ursache für sorbisch-deutsche Animositäten ist zwar nach dem Zweiten Weltkrieg sukzessive abgebaut worden. Der nationale Unterschied besteht jedoch nach wie vor und läßt sich auch mit noch so »verfassungspatriotischen« Argumenten nicht wegdiskutieren. Eigentlich wäre es kein Problem gewesen, nach dem Anschluß der DDR bei der an sich notwendigen Überarbeitung des Grundgesetzes die abwegige Formulierung »Deutscher ist ..., wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat« durch eine zutreffende zu ersetzen. Selbst die einfache Ersetzung von »Deutscher« durch »Bundesbürger« wäre angemessener, präziser auf jeden Fall »Bürger der Bundesrepublik Deutschland«.

Ohne die umstrittene Verquickung mit der »deutschen Volkszugehörigkeit« wäre die Definition allerdings eine Tautologie und somit völlig überflüssig. So aber ist die Formulierung des Grundgesetzes verfassungsrechtlicher Ausdruck des vereinnahmenden deutschen Nationalismus, der Nichtdeutsche per Gesetz zu »Deutschen« macht, ob sie solche werden wollen oder nicht.

Diese Art von gesetzlicher »Zwangsgermanisierung« führt an sich schon die nicht nur in den Massenmedien unentwegt kolportierte Behauptung ad absurdum, im Staatsbürgerschaftsrecht der Bundesrepublik habe bis zu seiner Novellierung durch Rot-Grün der Grund-

Sinti, Saamen oder Inuit wollen nicht mehr »Zigeuner«, »Lappen« bzw. »Eskimos« genannt werden. Die gegenläufigen Bestrebungen einiger brandenburgischer Sorben sind ein Anachronismus. Mit dieser Problematik setzt sich die in Sielow bei Cottbus geborene, aber nicht mehr zweisprachig aufgewachsene Sorbin Marianne Buckwar-Raak in ihrem Buch *Wendin? Sorbin? Lusizerin! Auf den Spuren unserer Geschichte* (2000) auseinander.

14 Das Land Sachsen hatte bereits 1948, vor seiner 1952 im Rahmen der Verwaltungsreform der DDR erfolgten Abschaffung, ein entsprechendes Gesetz angenommen. Nach der Wiederherstellung der Länder 1990 wurde die Gültigkeit dieses Gesetzes nicht angefochten.

15 In der Minderheitenpolitik des BRD-Landes Schleswig-Holstein wird, wenn auch nicht konsequent, zwischen der »Volksgruppe« der Nordfriesen und der »nationalen Minderheit« der Schleswiger Dänen unterschieden. Für die Nordfriesen bietet der Terminus »Volksgruppe« den Vorteil der Überbrückung der jahrzehntelangen Auseinandersetzung zwischen »deutschgesinnten« und »nationalen« Friesen. Näheres hierzu in der *rls-Studie*, S. 87f.

16 Ausführlich in *Geschichte der Sorben*, Band 3, Bautzen 1976, S. 117-182).

17 So zum Beispiel Sigrid Aversch in der *Berliner Zeitung* vom 16. Oktober 1998 in einem Artikel mit der Überschrift »Nach 95 Jahren ist das deutsche Blutsrecht passé«.

18 Christoph Butterwegge: Globalismus, Neoliberalismus und Rechtsextremismus, in: *UTOPIE kreativ*, Heft 135 (Januar 2002), S. 61.

19 Vgl. *Der SPIEGEL*, Nr. 30/2002, S. 27. Etwas näher gehe ich auf diese Frage in der *rls-Studie* (S. 138 f.) ein. Eine ausführlichere Darstellung, die auch den historischen Aspekt berücksichtigt, muß jedoch einer speziellen Arbeit vorbehalten bleiben.

20 Eine junge Türkin mit deutschem Paß formulierte es gegenüber dem *SPIEGEL* (2/1999, S. 29) folgendermaßen: »Natürlich bin ich Türkin, und meine Kinder werden es auch sein. Und deren Kinder wohl auch.«

21 In der Kontroverse um Bundesinnenminister Schilys Forderung nach Assimilation der allochthonen Minderheiten, auf die noch einzugehen ist, zitiert die *Tageszeitung* vom 28. Juni 2002 den innenpolitischen Sprecher der SPD Dieter Wiefelspütz, der die Auffassung vertrat, seine Partei fordere lediglich »Integrationsbereitschaft«. Ob sich ein Zuwanderer assimilieren lassen wolle, sei »eine freie Entscheidung«.

satz gegolten bzw. gelte noch immer: »Nur wer deutsches Blut in seinen Adern hat, ist auch Deutscher«.<sup>17</sup>

Auch Politikwissenschaftler scheuen keineswegs gleichbedeutende Formulierungen. So behauptet beispielsweise Christoph Butterwegge, das BRD-Staatsbürgerschaftsrecht stütze sich auf die »völkische Abstammungslehre des ›deutschen Blutes‹«.<sup>18</sup>

Selbst Bundeskanzler Schröder hat sich diese Legende zu eigen gemacht. In einem *SPIEGEL*-Interview bescheinigt er seiner Regierung eine Modernisierung des Staatsbürgerschaftsrechts »jenseits von Blut und Boden«, denn: »Das knapp hundert Jahre alte Blutsrecht wurde abgeschafft«.<sup>19</sup>

Die Definition des »Deutschseins« im Grundgesetz erweist sich jedoch auch als ernsthaftes Hindernis bei der Einbürgerung und Integration von Zuwanderern. Viele Nichtdeutsche erklärten in den Medien während der Kampagne der Unionsparteien gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, mit der die CDU Anfang 1999 die Landtagswahlen in Hessen gewann, gegenüber Journalisten, sie möchten zwar Bundesbürger werden, jedoch nicht ihre Nationalität aufgeben, also keine »Deutschen« werden.<sup>20</sup> Während dieser Kampagne wurde auch deutlich, daß es nicht nur den per Grundgesetz sanktionierten vereinnahmenden, sondern auch einen keineswegs nur latenten ausgrenzenden deutschen Nationalismus gibt. Nicht wenige Deutsche verhehlten bei der Unterschriftensammlung nicht, daß sie überhaupt gegen die Einbürgerung von Ausländern sind. Und diese Haltung nehmen keineswegs nur rassistisch gesinnte Rechtsextremisten ein. Auch die etablierten Konservativen stemmen sich gegen eine Erleichterung der Einbürgerung.

Eigentlich müßten sich die Konservativen freuen. Auch sie führen doch ständig die Notwendigkeit der »Integration« der »ausländischen Mitbürger« im Munde. Allerdings meinen sie etwas anderes. Sie fordern Assimilation.

Selbstverständlich darf keinem *Nichtdeutschen* verwehrt sein, *Deutscher* zu werden, wenn er sich wirklich assimilieren lassen will. Völlig unzulässig aber ist, in dieser Hinsicht Druck auszuüben, wie dies all die tun, die unentwegt von der deutschen »Leitkultur« schwadronieren.<sup>21</sup>

Es geht darum zu gewährleisten, daß alle ständig in Deutschland lebenden Nichtdeutschen, seien es Polen, Russen, Türken, Kurden, Mongolen, Vietnamesen, Tamilen, Tutsi oder Angehörige eines beliebigen anderen Ethnos, so sie wollen, ihre Nationalität behalten dürfen und gleichzeitig das Recht erhalten, nach möglichst großzügig definierten und gehandhabten rechtlichen Bestimmungen gleichberechtigte Bundesbürger werden zu können. Sofern sie religiös sind, müssen sie auch das ungeschmälerte Recht behalten, sich ohne jede Beeinträchtigung zu ihrem christlich orthodoxen, jüdischen, islamischen, buddhistischen, hinduistischen oder sonst wie immer gearteten Glauben zu bekennen, dessen Feste zu feiern und seine Gebräuche zu praktizieren, es sei denn, diese verstießen gegen die allgemein akzeptierten Menschenrechte. Anders läßt sich die vielbeschworene *interkulturelle* Gesellschaft nicht gestalten.

Es gilt also, die Vermengung von Nationalität und Staatsbürgerschaft, mit der wir vor allem im Umgang mit Altbundesbürgern stän-

dig konfrontiert werden, zu überwinden. Als Bezeichnung eines Bürgers der Bundesrepublik Deutschland unabhängig von seiner Nationalität erschiene mir *Deutschländer*<sup>22</sup> geeignet.

Den gleichen Terminus hatte Rolf Koch 1996 schon vorgeschlagen und folgendermaßen begründet: »Er grenzt nicht aus, ist auch keine Negativ-Definition wie Nichtdeutsche, sondern drückt einerseits die biographische Verbundenheit mit der Bundesrepublik aus, läßt andererseits aber auch Raum für kulturelle Identitäten und Selbstdefinitionen.«<sup>23</sup> Der »gelernte Ossi« weiß eigentlich, daß man seine Nationalität nicht durch einen administrativen Akt ablegen kann, um gleichzeitig eine andere anzunehmen. Es ist pure Heuchelei, wenn die Konservativen beteuern, sie wollten die Integration der »Ausländer«. So, wie sie diesen Begriff umschreiben, handelt es sich um Assimilation, um völlige Aufgabe der ursprünglichen Identität.

Da sie wissen, daß sie die Germanisierung nicht erzwingen können, gestehen sie implizit auch ein, daß sie gar keine Integration wollen. Sie wollen, was sie früher offen hinaus posaunten, heute aber nicht mehr zu sagen wagen: »Ausländerrückführung« im Sinne des westdeutschen *zurückführen* = *reduzieren*.

Natürlich erweisen auch die einer echten Integration keinen guten Dienst, die, wie manche Vertreter bzw. Anhänger der derzeitigen Regierung unentwegt wiederholen, man müsse es Ausländern erleichtern, »Deutsche zu werden.«<sup>24</sup> Ohne es zu wollen, schüren sie damit geradezu Vorbehalte gegen die Einbürgerung.

Wenn also die Minderheitenpolitik der Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich der keine 150 000 Seelen ausmachenden autochthonen Minderheiten zweifellos gewisse Fortschritte aufzuweisen hat, begegnet sie den mehrere Millionen zählenden allochthonen Minderheiten mit einer nicht nachvollziehbaren Ratlosigkeit. Dem Vorwort Alastair G. H. Walkers zur bereits zitierten Dokumentation des Kongresses vom November 2001 ist zu entnehmen, zunächst sei eine Einbeziehung der Sprachen »sowohl autochthoner (alteingesessener) als auch allochthoner (kürzlich eingewanderter)« Minderheiten vorgesehen gewesen. »Im Zuge der weiteren Vorbereitungen wurde jedoch beschlossen, den Kongreß auf die autochthonen Sprachen zu beschränken.«

Die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister des Inneren der ersten rot-grünen Regierung, Frau Sonntag-Wolgast, bemerkte in ihrer Kongreß-Einführung, vielleicht ließen sich »einige Prinzipien, die in den zwei Tagen des Kongresses ausgearbeitet werden«, auch auf die Sprachen der allochthonen Minderheiten übertragen.

Den Eindruck völliger Ratlosigkeit mußte man auch aus den widersprüchlichen Äußerungen von Bundesinnenminister Schily und seinen ständigen Konzessionen an die Union gewinnen. Kaum im Amt, sprach er sich entschieden gegen zweisprachige Straßennamenschilder in Kreuzberg aus.<sup>25</sup> Daß er keine »türkischen Enklaven« und keine »zweisprachigen Ortsschilder« will, erklärte er im Januar 2000 in Hamburg vor Delegierten der *Türkischen Gemeinde in Deutschland* (TGD).<sup>26</sup> Dann wieder versicherte er allen Nichtdeutschen, niemand wolle ihnen die Aufgabe der eigenen Identität abverlangen.

22 Die Homonymie mit dem Namen einer Wurstsorte sollte uns nicht stören. Ivo Bozic, der in der *Jungle World* vom 13. Februar 2002 darauf anzuspielen scheint, ist offenbar nicht bekannt, daß in Deutschland lebende Türken dieses Wort in deutschsprachigen Texten als Äquivalent für das türkische Wort mit der Bedeutung »Deutsch(land)türke« verwenden. Erstaunlicherweise überschrieb das *Neue Deutschland* am 15./16. Februar dieses Jahres im Zusammenhang mit den erneuten Kontroversen zum Zuwanderungsgesetz einen Kommentar von Claus Dümde ohne jede weitere Erläuterung mit dem Wort »Deutschländer«. Man kann vermuten, daß damit einbürgerungswillige und nach Auffassung des Kommentators einzubürgernde Nichtdeutsche gemeint sind.

23 Rolf Koch: *Medien mögen's weiß. Rassismus im Nachrichtengeschäft. Erfahrungen von Journalisten in Deutschland und USA*, München 1996. Zitiert nach der Besprechung von Peter Böhm in *junge Welt* vom 30. Juli 1996.

24 Geradezu penetrant plazieren manche Zeitungen derartige Losungen in dicken Balkenüberschriften. So die *Tageszeitung* zu Artikeln über Einbürgerungshemmnisse »Deutschwerden dauert« (22./23. Januar 2000) oder »Schneller deutsch werden« (10. Juli 2002). Oder am 9. Februar dieses Jahres die *Berliner Morgenpost* »34 000 Berliner wollen Deutsche werden«. Gemeint sind natürlich Berliner Migranten.

25 So in einem am 15. November 1998 im *Tagespiegel* veröffentlichten Interview.

26 Nach *Tageszeitung* vom 24. Januar 2000.

27 Lediglich die zweisprachigen Orts- und Straßennamenschilder im sorbischen Siedlungsgebiet scheinen Schily nicht zu stören. Jedenfalls hat er sich während seines mit »großem Bahnhof« bedachten Besuchs bei der Domowina im letzten Jahr dazu nicht geäußert. Haben ihm etwa die in den Medien thematisierten verwandtschaftlichen Beziehungen zu Sorben, die er entdeckt haben will und die er auch im SZ-Interview erwähnt, gewisse Rücksichten auferlegt?

28 O-Ton Schily: »Ich will nicht, dass sich eine homogene Minderheit entwickelt, deren erste Sprache Türkisch ist ... Die Muttersprache muß Deutsch sein oder werden.«

29 *Tageszeitung* vom 28. Juni 2002.

Wenige Wochen vor der dann knapp gewonnenen Bundestagswahl ließ er die Katze aus dem Sack. Am 27. Juni überschrieb die *Süddeutsche Zeitung* ein fast eine Seite füllendes Interview, das Innenminister Schily dem SZ-Redakteur Heribert Prantl gegeben hatte, mit dem Satz »Ich möchte keine zweisprachigen Ortsschilder haben.« Nun kommt dieser Satz im Text des Interviews nicht vor. Es muß sich jedoch allmählich herumgesprochen haben, daß es Schily bei seinen vergeblichen Versuchen, zu einer vertretbaren Zuwanderungs- und Minderheitenpolitik zu gelangen, vor allem darauf anlegt, den Migranten den unbehinderten Gebrauch ihrer Muttersprachen zu verweigern und daß dabei Ortsschilder eine Rolle spielen.<sup>27</sup> Er wählt also das denkbar untauglichste Mittel, das geeignet ist, jedwede Integration zunichte zu machen. Denn es ist absurd, ausge-rechnet der zahlenmäßig stärksten nichtdeutschsprachigen Minderheit die Aufgabe der Muttersprache abzuverlangen.<sup>28</sup>

Die beste Integration sei also die Assimilation, die völlige Aufgabe der eigenen Identität. Dem ehemaligen Linksradikalen und nunmehrigen SPD-Minister war das Kunststück gelungen, die Konservativen rechts zu überholen. Er hatte sich für die reaktionärste Variante der Minderheitenpolitik entschieden. An Realitätsblindheit ist eine solche Haltung nicht zu überbieten. Denn es geht ja gar nicht darum, die »Entwicklung« von Minderheiten, von »Parallelgesellschaften«, wie es im Jargon der Kohlregierung meist hieß, zu verhindern. Sie existieren ja längst.

Das Echo auf Schilys Provokation war merkwürdig verhalten. Die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung Marieluise Beck nannte Schilys Äußerungen »nicht glücklich«. Müntefering warnte vor »problematischen Begriffen«. Der innenpolitische Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion Cem Özdemir meinte immerhin, der Begriff erwecke den Eindruck einer »Leitkultur-Debatte auf sozialdemokratisch«. Die Formulierung »Koalitionskrach um Schily«, mit der *Neues Deutschland* am 28. Juni seine Sammlung von Auszügen aus Agenturmeldungen überschrieb, erscheint jedenfalls reichlich übertrieben.

Mit verständlicher Empörung reagierten eigentlich nur die unmittelbar Betroffenen. Der Vorsitzende des Bundesausschusses für die Türkei Mehmet Kilic, warf Schily vor, einen »rechtspopulistischen Wahlkampf mit sozialdemokratischem Etikett« zu führen.<sup>29</sup> Und damit dürfte er den Nagel auf den Kopf getroffen haben.

Der in Schilys Assimilierungspostulat zum Ausdruck kommende vereinnahmende deutsche Nationalismus muß durch seine extreme Ausprägung zu entsprechendem Widerstand herausfordern. Damit spielt er zwangsläufig auch dem ausgrenzenden Nationalismus der extremen Rechten in die Hände. Die rot-grüne Koalition indes sah nach ihrer vielleicht auch dadurch ermöglichten Wiederwahl keinen Grund, auf eine erneute Ernennung des Bundestagsalterspräsidenten Schily zum Bundesinnenminister besser zu verzichten.

FRITZ VILMAR

## »... nur noch ein Haufen kalter Asche«. Aufstieg und Zusammenbruch des Sozialismus. Was tun?

In einem Kriminalroman<sup>1</sup> heißt es von einem alten Marseiller Arbeiter, daß er am Stammtisch mehr und mehr verstummte: »Il fallait fermer sa geule ... parce que il avait été communiste, et le communisme n'était plus aujourd'hui dans le monde qu'un tas de cendres froides«. Wir Linken wollen es noch nicht so ganz glauben, aber wir müssen aufwachen und uns eingestehen: *Der Sozialismus ist nur noch »ein Haufen kalter Asche«.*

Auch ich muß es mir eingestehen, und es ist bitter. Der Sozialismus war – trotz aller kritischen Distanz – ein halbes Jahrhundert lang das Zentrum meines geistigen und politischen Lebens, und im letzten Jahrzehnt habe ich diese bittere Erkenntnis vor mir her geschoben: daß er zu einem Haufen kalter Asche geworden ist. Hätten wir nicht gleichwohl in diesem halben Jahrhundert einiges für die Menschen erreicht, so müßte ich mich fragen, ob nicht auch *meine* geistige und gesellschaftliche Arbeit zu einem Haufen kalter Asche geworden ist.

Wie hat diese größte Hoffnung und Errungenschaft des 20. Jahrhunderts derart zuschanden werden können? Wie konnte es nach einem solchen Aufstieg zu einem solchen *Zusammenbruch* kommen? Wie konnte es passieren, daß ein großer Teil der ausgebeuteten, abhängigen Massen jener Idee und Politik von den Fahnen lief, die seit Ende des 19. Jahrhunderts zu ihrer Befreiung aufgebrochen waren? *Denn dies war und ist doch das am tiefsten Erschreckende: daß der Sozialismus im Laufe dieses Jahrhunderts nicht die Glaubwürdigkeit, die Überzeugungskraft entfaltet hat, um die Mehrheit der arbeitenden Citoyens dauerhaft für sich zu gewinnen, obwohl die Ausbeutungsrate eher größer als kleiner geworden ist.*

Ich werde zunächst den erstaunlichen *Aufstieg* beschreiben und anschließend versuchen, die Hauptgründe für die *Abwendung* vom Sozialismus zu benennen. Es sind dies

- die *Spaltung der sozialistischen Bewegung* in die sich bekämpfenden Flügel der revolutionären und der Reformsozialisten;
- die *abschreckende Entwicklung der Sowjetunion* und der dramatische Zerfall des »Realsozialismus«;
- die *erfolgreiche Korruption der Mehrheit – im Sinne einer anti-sozialistischen Verkleinbürgerlichung* – durch die Indoktrination, vor allem aber durch die *Wohlstandsproduktion* als Abfallprodukt des Kapitalismus;
- die schrittweise Selbstaufgabe der westlichen sozialistischen Organisationen der Arbeiterbewegung, ihre *Abwendung von der sozialistischen Zielsetzung*.

Fritz Vilmar – Jg. 1929; Prof. em. für Politikwissenschaft an der FU Berlin, Arbeitsschwerpunkte: Wirtschaftsdemokratie und Humanisierung der Arbeit, Theorie der Demokratisierung. Publikationen: F. Vilmar/K. O. Sattler: Wirtschaftsdemokratie und Humanisierung der Arbeit (1978); K. J. Scherer/F. Vilmar: Ökosozialismus (1986); (Hrsg.): Zehn Jahre Vereinigungspolitik (2000; 2002); S. Bollinger/F. Vilmar (Hrsg.): Die DDR war anders. Eine kritische Würdigung ihrer sozialkulturellen Einrichtungen (2002). Zuletzt in *UTOPIE kreativ*: Nichts dazugelernt, Heft 75 (Januar 1997).

1 Jean-Claude Izzo: Chourmo, Gallimard, Paris 1996: »Er mußte seine Schnauze halten, ... denn er war Kommunist gewesen, und der Kommunismus ist heute in der Welt nur noch ein Haufen kalter Asche.« (S. 31)

2 Eine umfassende Dokumentation der Entwicklungen, Strömungen, Theorien und Gestalten des Sozialismus findet sich im *Lexikon des Sozialismus*, hrsg. von Thomas Meyer, Karl-Heinz Klär, Susanne Miller, Klaus Novy und Heinz Timmermann (Köln 1986).

3 Vgl. Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung, Bd. II, Berlin 1955, S. 32-512. Erwähnt zu werden verdient aber auch eine heute fast vergessene, großartige historische Studie von Robert von Pöhlmann: Geschichte der sozialen Frage und des Sozialismus in der antiken Welt, München 1893 (3. Aufl. 1925).

4 Vgl. dazu Martin Leutzsch: Erinnerung an die Gütergemeinschaft. Über Sozialismus und Bibel, in: Richard Faber (Hg.): Sozialismus in Geschichte und Gegenwart, Würzburg 1994, S. 77-94. Über den historisch primär links-christlichen Kommunismus-Begriff schreibt der Autor: »Noch bevor die Begriffe ›Kommunismus‹ und ›Sozialismus‹ im 19. Jh. ihren festen Platz im politischen Diskurs finden, waren zwei christliche Gruppen, die mit Bezug auf die Urgemeinde Gütergemeinschaft praktizierten, als ›kommunistisch‹ etikettiert worden: die als Häretiker verfolgte Bewegung der *communelli* ... und ... die als *communistae* bezeichneten Hutterer des 16. Jahrhunderts«, a. a. O., S. 78.

### *Der Aufstieg*

Um das Ausmaß dieses weltgeschichtlichen Verlustes zu ermessen, ist vorab in groben Zügen der erstaunliche Aufstieg des Sozialismus<sup>2</sup> in Erinnerung zu rufen. Woher kam er? Ich kann hier nur auf seine uralten und seine neuzeitlichen Quellen verweisen, die Ernst Bloch emphatisch in Erinnerung gerufen hat.<sup>3</sup>

Vorab will ich vor allem an den nunmehr 2000 Jahre alten, von der Kirche stets eskamotierten revolutionären Ursprung des Christentums erinnern, an den vermutlich essenischen Kommunismus Jesu<sup>4</sup>, der sich im Gebot des urchristlichen Gemeineigentums niederschlug: »Kein einziger (der Gläubigen – F. V.) nannte ein Stück seines Besitzes sein ... Eigentum, sondern sie hatten alles als Gemeingut ... Es gab auch keinen Notleidenden unter ihnen; alle nämlich, welche Ländereien oder Häuser besaßen, verkauften diese, brachten dann den Erlös ... und stellten ihn den Aposteln zur Verfügung; davon wurde dann jedem nach seiner Bedürftigkeit zugeteilt.«<sup>5</sup>

Aufgebrochen ist der Sozialismus dann bereits im frühbürgerlichen Denken, also in den Zukunftsentwürfen eines Thomas Morus, und dann, seit dem 18. Jahrhundert, in alternativen Gesellschaftsmodellen (Owen, Fourier, Saint-Simon, Kropotkin, Weitling u. a.), welche die Gleichheit der Menschen und die gemeinschaftliche Verwaltung der Produktionsmittel zur Grundlage eines menschenwürdigen Zusammenlebens aller erklärten.<sup>6</sup> Auf dieser ideengeschichtlichen Basis vollzog sich dann seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts der erstaunliche Aufstieg der sozialistischen Arbeiterbewegung. Dieser hatte selbstverständlich seine soziale Grundlage im Anwachsen der Industriearbeiterschaft und, im Zuge der Mechanisierung der Landwirtschaft, sogar auch eines Agrarproletariats.

1875 war in Deutschland knapp die Hälfte der Erwerbstätigen – 3,5 Millionen – Arbeiter,  
1907 bereits 9,4 Millionen,  
1925 über 14 Millionen.<sup>7</sup>

In Ländern mit einer sich schrittweise in Richtung des allgemeinen Wahlrechts entwickelnden bürgerlichen Demokratie haben Arbeiterparteien und Gewerkschaften schon vor dem Ersten Weltkrieg, trotz Zensur und polizeistaatlicher Behinderungen, einen steilen Aufstieg genommen. Ohne schon an der Regierungsmacht beteiligt zu sein, haben sie, als mächtigste pressure group im bürgerlichen Staat, *die schrittweise Verabschiedung wichtiger Sozialgesetze erzwungen* und – entgegen den Unheilspropheten des »Ehernen Lohngesetzes« – Erfolge hinsichtlich der Löhne und Arbeitszeiten erkämpfen können. Bekannt ist Bismarcks Wort, man müsse diese Sozialgesetze verabschieden, »um der Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln zu nehmen«. Oft ist argumentiert worden, es habe Bismarck und den Bürgerlichen nichts genützt: die Sozialdemokratie sei dennoch von Reichstagswahl zu Reichstagswahl gewachsen.

Dieses Argument ist nur halb richtig. Zwar hat sich eine wachsende Zahl der Arbeiter durch die Sozialgesetzgebung durchaus nicht von der Treue zur Sozialdemokratie abbringen lassen – im Gegenteil: ihr Siegesbewußtsein wuchs von Jahr zu Jahr; ihre Stimmanteile im Reichstag wuchsen von 3 Prozent (1871) auf 20 Prozent (1890) und 35 Prozent (1912).<sup>8</sup>



*Aber: Niemals im 20. Jahrhundert entschied sich eine große und stabile Mehrheit des Volkes für den Sozialismus – weder durch Wahlen noch durch Revolution!*

Keine der beiden großen Visionen haben sich erfüllt: weder die von Karl Marx, daß der Sozialismus zum Sieg gelangen würde durch die revolutionäre Machtergreifung, die Diktatur des Proletariats, noch die von Ferdinand Lassalle, daß er nach der Erkämpfung des Allgemeinen Wahlrechts eintreten müsse, weil natürlich die Mehrheit des Volkes sozialistisch wählen würde.

Die von Marx prophezeite revolutionäre Zuspitzung der Klassenauseinandersetzung relativierte sich durch die allmählichen Erfolge der Arbeiterbewegung: Die organisierte Arbeiterschaft Europas blieb zwar zunächst bei ihrem marxistisch-revolutionären Endzeitglauben, erlebte aber zwischen 1890 und 1914, daß sich trotz der Klassenherrschaft des Kapitals *nicht* jene erwartete Zuspitzung ereignete, die schließlich »mit der Notwendigkeit eines Naturgesetzes« zur Revolution führen sollte: Es kam also nicht zu jener berühmten dialektischen Negation der Negation, nicht zur revolutionären Expropriation der Expropriateurs.

Vielmehr eröffneten schrittweise lohn- und sozialpolitische Verbesserungen<sup>9</sup> durchaus die *Perspektive auf eine reformpolitische Veränderung der Machtverhältnisse*.

Hier aber zeigte sich bereits am Beginn des Jahrhunderts eine schwerwiegende Barriere des sozialistischen Aufstiegs. Die Arbeiterschaft und vor allem die sozialdemokratischen Parteien verharrten weithin in einer Haltung des Abwartens, des dann so genannten »revolutionären Attentismus«<sup>10</sup>.

#### *Exkurs über kommunistische und christliche Naherwartung*

Es gibt dazu eine lehrreiche religionsgeschichtliche Parallele: Die Sozialisten verhielten sich wie die frühen Christengemeinden, bloß daß der »revolutionäre Attentismus« hier »eschatologische Naherwartung« heißt. Die Christen lebten, gemäß der eschatologischen Prophezeiung Jesu, in der Erwartung des großen Umsturzes, des Tausendjährigen Reiches Gottes (Basileia tou Theou). Dieselbe Utopie hieß bei den Sozialisten freilich nicht »Reich Gottes«, sondern »Reich der Freiheit«, Kommunismus. Für die Sozialisten war es wie 2000 Jahre zuvor für die Christen sehr schwer, diese eschatologische Naherwartung aufzugeben und sich auf die schrittweisen Erfolge im Hier und Jetzt einzustellen. Sich aktiv in die bestehende Gesellschaft einzubringen, galt lange als Verrat an der revolutionären Erwartung.

Wer, wie Eduard Bernstein schon 1899<sup>11</sup>, auf das Ausbleiben der endzeitlichen revolutionären Zuspitzung hinwies und die sozialistische Bewegung auf eine Reformpolitik umzustimmen versuchte, wurde als Häretiker, als Zweifler am Heiligen Geist der Marxschen revolutionären Naherwartung in Acht und Bann getan<sup>12</sup>.

Ich ziehe diese verblüffenden, bisher leider nie gründlich ausgearbeiteten Parallelen des Endzeit- und Umschlagsglaubens in der frühen Christenheit und in der Arbeiterbewegung nicht als bloß geistreich sein wollende Gedankenspielererei heran, *sondern weil diese große Selbsttäuschung der revolutionären Naherwartung im Sozialismus neben einem anfangs ermutigenden Zukunftsglauben*

5 Zitiert nach der Übersetzung von H. Menge, Stuttgart 1946, S. 186.

6 Vgl. Richard Saage: Utopische Profile, Band 1-4, Münster 2001ff. Vgl. dazu auch den Beitrag von Andreas Heyer in diesem Heft.

7 Vgl. Fritz Sternberg: Kapitalismus und Sozialismus vor dem Weltgericht, Köln 1951, S.25; 87.

8 Vgl. R. Leinert: Die preußischen Landtagswahlen, Berlin 1913, S. 10 ff. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder erhöhte sich von 280 000 (1891) auf 2 490 000 (1914).

9 Die jährlichen Realeinkommen der Arbeiter stiegen in Deutschland von 464 Mark (1855) auf 1083 Mark 1913. (Von 1810 bis 1855 »Verelendung« von 618 auf 464 Mark!)

10 Vgl. Dieter Groh: Negative Integration und revolutionärer Attentismus, Berlin 1973.

11 Vgl. Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Rolle der Sozialdemokratie, Berlin 1899.

12 In dem Werk ist eine Verteidigungsschrift von ihm als »Zuschrift an den Stuttgarter Parteitag der SPD von 1898« abgedruckt, worin er die Quadratur des Kreises versucht, sich als nicht im Widerspruch zu Marx stehend darzustellen und gleichzeitig auf seiner Kritik an dessen revolutionären Erwartungen zu bestehen: »Ich bin der Anschauung entgegengetreten, daß wir vor einem in Bälde zu erwartenden Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft stehen

und daß die Sozialdemokratie ihre Taktik durch die Aussicht auf eine solche bevorstehende große soziale Katastrophe bestimmen beziehungsweise von ihr abhängig machen soll. Das halte ich in vollem Umfang aufrecht ... Die Zuspitzung der gesellschaftlichen Verhältnisse hat sich nicht in der Weise vollzogen, wie sie das »Manifest« schildert (!). Es ist nicht nur nutzlos, es ist auch die größte Torheit, sich dies zu verheimlichen. Die Zahl der Besitzenden ist nicht kleiner, sondern größer geworden. Die enorme Vermehrung des gesellschaftlichen Reichtums wird nicht von einer zusammenschumpfenden Zahl von Kapitalmagnaten, sondern von einer wachsenden Zahl von Kapitalisten aller Grade begleitet. Die Mittelschichten ändern ihren Charakter, aber sie verschwinden nicht aus der gesellschaftlichen Stufenleiter. Politisch sehen wir das Privilegium der kapitalistischen Bourgeoisie in allen vorgeschrittenen Ländern Schritt für Schritt demokratischen Einrichtungen weichen ... Je mehr aber die politischen Einrichtungen der modernen Nationen demokratisiert werden, umso mehr verringern sich die Notwendigkeiten und Gelegenheiten großer politischer Katastrophen.«

13 Auch die Frauen glauben nicht mehr an das marxistische Dogma, daß mit der Abschaffung der ökonomischen Klassenherrschaft zugleich auch das Patriarchat abgeschafft würde, – nein: die studentischen Genossinnen vollzogen den Exodus aus dem SDS und gründeten den »Sozialistischen Weiberrat«, mit dem berühmten, fast amazonen-

*bald eine außerordentlich folgenreiche, in einem doppelten Sinn verhängnisvolle falsche Selbsteinschätzung und eine Glaubensspaltung produzierte*, die zum Mißerfolg, ja zur partiellen Selbsterstörung des Sozialismus wesentlich beitrug: Sein marxistischer Flügel immunisierte sich, in striktem Gegensatz zu seiner stets behaupteten Wissenschaftlichkeit, aber zugleich mit der ständigen Berufung auf den Besitz eben jener objektiven wissenschaftlichen Wahrheit, gegen jeden Zweifel an der revolutionären Selbstgewißheit (»wissenschaftlicher Sozialismus«) und diffamierte jahrzehntelang Andersdenkende. Diese Haltung entwickelte sich zu einem schweren Hindernis für eine konstruktive Weiterentwicklung sozialistischer Theorie und Praxis: Andersdenkende wurden als Häretiker verketzert, statt sie als politische Diskussionspartner zu achten.

Diese falsche Selbstgewißheit spaltete die internationale Arbeiterbewegung und behinderte insbesondere die von den Reformsozialisten (Braun, Bernstein, Jaures, die Fabier) geforderte entschiedene aktive Integration in die reformpolitische – vor allem: parlamentarische – Arbeit innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. In Deutschland wurde diese daher erst im Godesberger Programm der SPD von 1952 voll bejaht.

Die Aufstiegslinie des Sozialismus wurde im 20. Jahrhundert zunächst unterbrochen (1914-1945) durch *fast ein halbes Jahrhundert der Stagnation und der schweren Rückschläge*, veranlaßt durch Kriegs-, Elends- und Diktaturkatastrophen. Es bedürfte einer eigenen Untersuchung, um zu klären, wieso die beiden Diktaturen, die Stalinsche wie die Hitlersche, die sich beide zerstörerisch auf den Sozialismus auswirkten, als (national-)sozialistische aufgetreten sind – und damit übrigens beide, in pervertierender Weise, dem Sozialismus als der beherrschenden Idee des 20. Jahrhunderts ihren Tribut gezollt haben.

Aber nach dem Zweiten Weltkrieg (in den USA schon früher) folgte *eine etwa 30jährige Periode wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung*, die in England, in Skandinavien, aber zeitweilig auch in Frankreich und in Westdeutschland Welfare Economy, Mitbestimmung der Gewerkschaften, antiautoritäre und sozialistische Studenten- und Bürgerbewegungen, Mitte-Links-Regierungen, Bildung für alle und zeitweilig sogar Vollbeschäftigung mit sich brachte.

Eine neue reform- und ökosozialistische Theorie- und Strategie-debatte entfaltete sich auf sehr viel breiterer Basis: Es ging nicht mehr um die Kontrolle oder gar Sozialisierung der Produktionsmittel, sondern umfassender *um eine humanere Lebensqualität*: Gesamtgesellschaftliche Demokratisierung, Rettung der Umwelt, Humanisierung der Arbeit, Befreiung der Frau<sup>13</sup>. Es ist bezeichnend für diese »ökosozialistische« Theorie und Praxis, daß sie nicht mehr primär von der Arbeiterbewegung getragen wurde, sondern von den »Neuen Sozialen Bewegungen« und der Partei der Grünen.<sup>14</sup>

Aber natürlich ging es nicht zuletzt auch um einen reformsozialistischen Prozeß der demokratischen Umgestaltung der Wirtschaft. *Wirtschaftsdemokratie* wurde eine Zielvorstellung in ganz Europa.<sup>15</sup>

Wie gut ginge es uns, wenn wir noch –wie vor einem Vierteljahrhundert –in dem damaligen »wohlfahrtsstaatlich sozial aufpolierten Kapitalismus«<sup>16</sup> leben könnten und, ohne uns als hoffnungslose Nar-

ren vorkommen zu müssen, über die Notwendigkeit eines härteren oder die Chance eines weicheren Reformkurses in Richtung Klassenlose Gesellschaft streiten könnten. Natürlich zweifle ich nicht an der Ernsthaftigkeit dieses langen reformsozialistischen Disputs über die Notwendigkeit, die Formen und das Ausmaß der Sozialisierung. Aber heute erscheint mir jener reformsozialistische Streit doch fast wie ein Märchen aus uralten Tagen. Oder, zu meinem Thema zurückkehrend: als ein Beleg dafür, wie weit wir in den 70er Jahren im Voranschreiten zu einer schrittweisen sozialistischen Transformation waren – und auf welche triumphale, unangefochtenen Kapitalherrschaft wir seitdem zurückgeworfen sind.

### *Der Zusammenbruch*

Ich hatte bereits eine der sehr früh unheilvoll wirksam gewordenen Ursachen für den späteren Zusammenbruch genannt: *die Spaltung der Arbeiterbewegung in einen reformsozialistischen (als »reformistisch« und »revisionistisch« abqualifizierten) und einen revolutionären Flügel*. Der reformpolitische Flügel hatte seit den 20er Jahren und insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg bedeutende sozialpolitische, wirtschaftliche und bildungspolitische Erfolge, errang in etlichen Staaten Regierungsmacht und schien, nach Dahrendorfs Votum, zeitweilig das 20. Jahrhundert sogar als ein »sozialdemokratisches Jahrhundert« zu gestalten. Der revolutionäre Flügel dagegen blieb international erfolglos, trug aber durch seine nicht immanente, konkrete, sondern fundamentalistisch-prinzipielle Kritik seit dem Ersten Weltkrieg permanent zur Diskreditierung der sozialistischen Idee und Praxis bei und schwächte dadurch die Linke auf allen Ebenen.

Vor allem aber hat die angsterzeugende revolutionäre Ideologie, nicht zuletzt aufgrund der mächtigen Unterstützung seitens der Sowjetunion einer weltweiten antisozialistischen Einstellung und Propaganda siebzig Jahre lang Nahrung geliefert. Potenziert durch kapitalistische und kirchliche Horror-Szenarien, war diese kontraproduktive revolutionäre Agitation einer der wichtigsten Gründe für die Entscheidung *auch nicht-bürgerlicher* Wähler gegen die sozialistische oder auch nur die sozialdemokratische Option.

Damit komme ich zu einem *zweiten* Erklärungsansatz: Die Sowjetunion, von einer erschreckenden Anzahl westlicher Intellektueller jahrzehntelang (immer mit dem entschuldigenden Zusatz »trotz allem«) als welthistorisches sozialistisches Experiment verteidigt und idealisiert, ist in Wahrheit auch ohne die antikommunistische Greuelpropaganda der konservativen Medien zu einem abschreckenden Negativ-Bild einer sozialistischen Gesellschaft verkommen. Ich verweise hier nur

- auf die zunehmend scheiternde zentralistisch-planwirtschaftliche Organisation (die agrarwirtschaftlich sogar eine absolute Katastrophe, mit Millionen Hungertoten, darstellte)

- auf die *politische*, bis zum Tode Stalins den faschistischen Regimes an totaler Repression in nichts nachstehende Zwangsordnung und die *imperiale Herrschaft* sowohl über die nicht-russischen Völker der Sowjetunion wie über die Satellitenstaaten nach 1945 und

- auf die *ideologisch-kulturelle* Verkommenheit in Gestalt eines pseudo-religiösen marxistisch-leninistischen Dogmatismus.

haften Schlachtruf: »Man befreie die sozialistischen Eminenzen von ihren autoritären Schwänzen!«

14 Zusammenfassend dargestellt auf der Basis mehrerer Projektseminare in: Klaus-Jürgen Scherer, Fritz Vilmar (Hg): Ein alternatives Sozialismuskonzept: Perspektiven des Ökosozialismus, 3. Aufl. Berlin 1984, und Dies.: Ökosozialismus? Rot-grüne Bündnispolitik, Berlin 1986.

15 Fritz Vilmar, Karl-Otto Sattler: Wirtschaftsdemokratie und Humanisierung der Arbeit, Frankfurt-Köln 1978.

16 Vgl. Arnold Künzli: Der Demokratische Sozialismus auf der Suche nach seiner Identität, in: U. Gärtner, J. Kosta (Hsg.): Wirtschaft und Gesellschaft. Kritik und Alternativen. Festschrift für Ota Šik, Berlin 1979, S. 285 ff.

17 In einer empirischen Fallstudie haben wir festgestellt, daß das Verhältnis von Kultur- und Nachrichtensendungen einer öffentlich-rechtlichen Anstalt (ARD) zu einem Privatsender (RTL) 50:19 war, umgekehrt das Verhältnis anspruchloser Unterhaltungssendungen 15:44. Vgl. Fritz Vilmar: Das Politische System der Bundesrepublik Deutschland, Skript der FU Berlin, 2002, S. 45.

18 Vgl. Datenreport 1997, S. 87.

19 Die Berechnungen schwanken zwischen 52 % und 72,8 % Anteil der Arbeiterklasse unter den Erwerbstätigen. Vgl. B. Jahny, L. Wallmuth: Arbeit und Gesellschaft, Weinheim 1978, S. 210-230.

20 Die empirische Wahlforschung unterscheidet inzwischen 1) die Arbeiterklasse, 2) die Klasse der Beschäftigten mit ausführenden nicht-manuellen (Routine-)Tätigkeiten, 3) das Kleinbürgertum (kleine Selbständige mit und ohne Beschäftigte) sowie die »Dienstklasse« (»Service class«), die im Interesse ihrer Organisationen Macht hat oder Expertenwissen einsetzt. Nur die Kernklientel des Konflikts von Kapital und Arbeit, die Arbeiter, wählen noch überproportional SPD, aber der Anteil der Arbeiter an der Wahlbevölkerung sinkt, und die partielle Hinwendung von Teilen der »Dienstklasse« zur SPD geht einher mit deren Wendung zur »neuen Mitte«. S. Frank Brettschneider u. a. (Hrsg.): Das Ende der politischen Sozialstruktur? Opladen 2002.

Aus dieser Fehlentwicklung, die zweifellos durch die antisowjetische Politik des Westens mitverursacht worden war, konnte Gorbatschow die Sowjetunion nicht mehr herausführen.

Insgesamt ist also auch die Sowjetunion ein Beleg dafür, daß der Sozialismus im 20. Jahrhundert nicht etwa nur an der Übermacht der konservativen und kapitalistischen Politik gescheitert ist, sondern mindestens in gleichem Maße an seinen eigenen Strukturfehlern.

Nun zu den antisozialistischen »Erfolgen« der anderen Seite: Selbstverständlich haben *die herrschenden gesellschaftlichen Schichten* in der Welt, die Kirche, das Erziehungssystem, vor allem aber *das kapitalistische Weltwirtschaftssystem* alles in ihrer Macht Stehende getan, um zu verhindern, daß Lassalles so logisch klingende Vision wahr wurde: daß die nicht-besitzenden Massen den Sozialismus wählen werden, sobald das allgemeine Wahlrecht erkämpft ist. Ich nenne *die fünf wichtigsten konservativen Bremskräfte*:

1. Natürlich kommt zuerst, wenn von konservativ-kapitalistischer Übermacht die Rede ist, zur Sprache, was schon in der klassischen Arbeiterbewegung vulgär, aber treffend »Volksverdummung« genannt wurde, wobei die antisozialistische Agitation der (katholischen) Kirche, dokumentiert in den Sozialenzykliken (*Rerum novarum*, 1891, und *Quadragesimo anno*, 1931) als Verteufelung des »gottlosen« Sozialismus eine besondere Rolle spielte.

2. Im Zuge der Pseudo-Modernisierung wurde dann die klassisch-obrigkeitliche und speziell die kirchliche Opiatisierung zunehmend durch eine weniger greifbare ergänzt, die *konsumistische*. Massenkonsum und direkt konservative oder durch Desinformation konservativ wirkende Massenunterhaltung und das Sterben der Arbeiterpresse und sonstiger Formen einer sozialdemokratischen, nicht zuletzt auch genossenschaftlichen Alltagskultur, trugen wesentlich zum Verlust eines politischen Selbstbewußtseins bei. Diese Form der Verdummung, insbesondere durch das private Fernsehen<sup>17</sup>, bewirkt eine Entpolitisierung und Hinnahme des Status quo wahrscheinlich weniger durch ihre antigewerkschaftlichen und wirtschaftsliberalen Untertöne als durch *pure Desinformation* und den Verzicht auf alle sozialkritischen Einwände, die wahlpolitisch relevant werden könnten.

3. Was der Kapitalismus aber jenseits aller antisozialistischen Ideologieproduktion und konsumistischer Entpolitisierung als wahrscheinlich stärkste antisozialistische Bewußtseinsbildung produziert, ist ein *oberflächlicher Wohlstand*, wodurch der Ausbeutungsprozeß für die Mehrheit immer weniger protest- und wirkungslos fühlbar wird. Der mittlerweile erzeugte Reichtum erlaubt es, trotz Ausbeutung, die Mehrheit der Massen mit Einkommen zu versorgen, die bei vielen die Illusion einer quasi-klassenlosen Gesellschaft erzeugen und jedenfalls nicht länger den Impetus, eine sozialistische Alternative wählen zu sollen, zumal wenn diese sich in »realsozialistischen« Negativbildern darstellt.

Der Kapitalismus hat nicht etwa die Klassengesellschaft abgeschafft, aber er hat ihre Kanten abgeschliffen, er hat das Klassenbewußtsein der arbeitenden Massen in ein orientierungsloses Kleinbürgerbewußtsein umgeformt, das inzwischen auch die Mitte-Links-Parteien prägt. Deren Funktionäre sind von kleinbürgerlich angepaßten, aufstiegsillusionären Einstellungen geprägt und man-

gels autonomer sozialistischer Bildung unvermögend, als demokratische Avantgarde eine überzeugende antikapitalistische Reformkonzeption zu entwickeln.

4. Gleichzeitig vollzog sich ein Prozeß der Entproletarisierung: die allmähliche, schließlich aber weitreichende »Entleerung« der Fabriken, die Transformation der Industriegesellschaft in eine vorwiegend Dienste leistende. Gab es 1895 in Deutschland 58 Prozent Arbeiter, aber nur 8 Prozent Angestellte und Beamte, so sind heute nur noch gut die Hälfte davon (33 Prozent) Arbeiter, aber über 55 Prozent Angestellte und Beamte.<sup>18</sup>

Während marxistische Klassenanalysen noch in den 70er Jahren nicht müde wurden, vorzurechnen, daß die Lohnabhängigkeit der erwerbstätigen Massen zunehme<sup>19</sup>, trat nicht nur in der Ideologie, sondern zunehmend auch in der Arbeitssituation, in der arbeitsrechtlichen und Einkommensstruktur immer größerer Teile der Arbeitenden ein tiefgreifender Wandel ein: weg vom proletarischen und hin zum kleinbürgerlich-mittelständischen Lebensstil<sup>20</sup>. Dem Sozialismus wurde dadurch sein soziales und soziologisches Substrat faktisch entzogen.

5. Hinzu kommt die gewerkschaftspolitisch, aber auch reformpolitisch und nicht zuletzt reformsozialistisch *lähmende Wirkung der weltwirtschaftlichen relativen Stagnation seit Mitte der 70er Jahre* mit Wachstumsraten von 1 bis 3 Prozent, daraus folgender neuer Massenarbeitslosigkeit, jener industriellen Reservearmee, die schon immer die Gewerkschaftskraft vermindert hat und illusionär, aber durchaus wirksam den Neoliberalismus wieder in Mode gebracht hat.

Ich komme zum Fazit: Aufgrund der skizzierten Fehlleistungen sozialistischer Theorie und Praxis, im Zuge des neoliberalen Rollback und infolge der konservativen Indoktrination, Sozialstrukturveränderungen und politischen Machtwechsel vollzog sich seit Mitte der 70er Jahre eine Erosion vieler sozialstaatlicher und speziell auch wirtschaftsdemokratischer Einrichtungen und Zukunftsentwürfe. In den 90er Jahren kam es zum finalen Absturz der sozialistischen Programmatik, zu einer weitgehenden Implosion der Arbeiterbewegung: Abgesehen von einigen noch funktionierenden Strukturen einer weithin geschwächten Gewerkschaftsbewegung und einigen wichtigen, aber zunehmend von Privatisierung bedrohten sozialstaatlichen Errungenschaften *vollendet sich nun die Selbstaufgabe und damit der endgültige Zusammenbruch des Sozialismus*. Ich resümiere den »Haufen kalter Asche«:

Die programmatische führenden Kräfte der Linken verloren die intellektuelle Kraft und den anti-populistischen Mut, wirtschaftsdemokratische oder auch nur keynesianische und sozialstaatliche Alternativen aufrecht zu erhalten bzw. zu einem Gesamtkonzept weiterzuentwickeln. Beispiele dafür sind:

- die Aufgabe des Programms der französischen »union gauche«;
- die Aufgabe des wirtschaftsdemokratischen Grundsatzprogramms des DGB<sup>21</sup> und der SPD<sup>22</sup>;
- die Selbstaufgabe der *Labour Party* durch den Übergang zum Sozialliberalismus;
- die Marginalisierung der kommunistischen Parteien in Europa, de-

21 Die deutschen Gewerkschaften, die in der Nachkriegszeit das gründlichste wirtschaftsdemokratische Programm erarbeitet und bis in die achtziger Jahre lediglich aktualisiert hatten, haben, von begrenzten Mitbestimmungsforderungen abgesehen, drei Jahrzehnte lang fast nichts getan, um ihren wirtschaftsdemokratischen Forderungen öffentlich Geltung zu verschaffen. 1996 haben sie daraus sozusagen die Konsequenz gezogen, indem sie ihr neues Grundsatzprogramm von sämtlichen wirtschaftsdemokratischen Forderungen - außer einem pauschalen Gemeinplatz über »Aufbau der Mitbestimmung« (Abs. II.5) »reinigten«. Vgl. Fritz Vilmar: Konservatismus der Gewerkschaften, in: M. Greven (Hrsg.), Festschrift für Kurt Lenk, Baden-Baden 1994, S. 445-471.

22 Das *Berliner Grundsatzprogramm* der SPD hat derzeit in der SPD so viel Geltung wie die Bergpredigt in den Kirchen. Seine - gegenüber dem Godesberger Programm sogar expliziteren - wirtschaftsdemokratischen Aussagen werden ohne Zweifel der in Arbeit befindlichen »Aktualisierung« zum Opfer fallen.

23 Vgl. Heinz Timmermann: Eurokommunismus, in: Thomas Meyer u. a.: *Lexikon des Sozialismus*, Köln 1986, S. 162 f.

24 Klaus-Jürgen Scherer, Fritz Vilmar: Ein alternatives Sozialismuskonzept a. a. O.

25 Sie scheiterte schließlich 2002 an den verantwortungslosen Wahleskapaden linker Gruppierungen, die den fast absoluten linken Wahlsieg bei den Präsiden-

tenwahlen - es gab über 42 % Mitte-Links-Voten! - in eine Niederlage Jospins (mit 16 %) verwandelte.

26 Typisch die Teilprivatisierung der Renten (in Deutschland: »Riesterrente«) und der Verantwortung für die Arbeitslosen (»Hartz-Konzept«).

27 Eine Hoffnung, die das Unternehmertum selbst den noch bedenkenloser prokapitalistisch agierenden Konservativen nicht erfüllen konnte. Ein 1998er Memorandum der AAW belegt dies eindrücklich: 1980-94 stiegen die Einkommen aus Gewinnen und Vermögen von 251 Mrd. DM auf fast das Doppelte (486 Mrd.) jährlich, dabei sanken gleichwohl die Bruttoinvestitionen von 279 Mrd. auf 193 Mrd. und die registrierte Arbeitslosigkeit wuchs von 0,9 auf 2,6 Millionen: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum '98, Köln 1998, S. 250 ff.

28 Im traditionellen und besonders im revolutionär orientierten Sozialismus gab es eine verheerende Geringschätzung der (schon bei Marx als »bürgerlich« abqualifizierten) Demokratie. Kaum ein Satz linker Verächter der Demokratie konnte nach 1918, als diese erkämpft ward, verhängnisvoller irreleitend sein als dieser: »Demokratie das ist nicht viel - Sozialismus ist das Ziel!«.

ren seit den 70er Jahren unternommene, zaghafte Versuche der Demokratisierung und Emanzipation von der Sowjetunion (»Eurokommunismus«<sup>23</sup>) zu spät kamen und denen nach jahrzehntelanger anti-reformistischer Feindbildproduktion *die Wende zu einer glaubwürdigen links-sozialdemokratischen Reformpartei nicht gelungen ist.*

- das Scheitern rot-grüner theoretischer Regenerationsversuche im Zeichen des »Ökosozialismus«.<sup>24</sup>

- das Scheitern der französischen Politik der »gauche pluriel«, die Ende der 90er Jahre noch über bloße sozialliberale Positionen hinaus zu sozialstaatlicher Steuerung tendierte und die erfolgreichste Wirtschaftspolitik in Europa zustande brachte.<sup>25</sup>

Der Tragödie folgte Ende der neunziger Jahre das Satyrspiel: Der Sozialliberalismus eines Blair und Schröder wie auch der Grünen, aber auch der meisten Gewerkschaften verabschiedet sich kaltlächelnd von der demokratisch-sozialistischen Tradition und reduziert sich auf minimale sozialstaatliche Zusagen und beschäftigungspolitische ad-hoc-Programme, verbunden mit liberalen Privatisierungskonzepten<sup>26</sup> in dem Bemühen, den Kapitalismus eher noch besser als die Konservativen zu verwalten, ihn »innovativ« zu fördern und seine Profitchancen zu verbessern.<sup>27</sup>

Wir sind mit einem doppelten, *doppelt verheerenden politisch-ökonomischen Scheitern* an der Schwelle zu einer globalisierten Menschheitsgeschichte konfrontiert. Das besonders Verheerende angesichts der globalen politisch-ökonomischen Verelendung und der akuten Weltwirtschaftskrise ist die Tatsache, daß die Selbstaufgabe des Sozialismus sich in einer gesellschaftlichen Situation vollzieht, die nicht etwa durch eine Blüte, sondern durch das gleichzeitige hochgradige Scheitern *der Marktwirtschaft, also des Kapitalismus*, dieses angeblichen »Siegere der Geschichte«, gekennzeichnet ist: Wir haben also in der Tat vor uns die zugespitzte Situation eines doppelt katastrophalen Scheiterns. Nur daß der sozialistische Zusammenbruch offenkundig ist, der kapitalistische dagegen noch kaschiert wird mit allen Mitteln liberaler Meinungsmanipulation, Symptombehandlung, Krisenverschiebung und Lobpreisung der noch vorhandenen Wohlstandsinseln.

### Was tun?

Es stellen sich in dieser geistig-gesellschaftlichen Sonnenfinsternis für alle, die von der sozialistischen Idee einer Gesellschaft der Gleichen und Freien sich nicht verabschieden wollen, einige zentrale Aufgaben. Vorab aber müssen wir wirklich Ernst machen mit der Einsicht, daß der Sozialismus, von einigen wenigen gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Errungenschaften abgesehen, am Ende des 20. Jahrhunderts gescheitert ist. Und zwar - als *GESAMTKonzept* und *GESAMTBewegung*.

Das heißt: Die Idee einer sozialen, menschenwürdigen Gesellschaft muß aufgegeben oder aber *grundlegend neu* gedacht, neu konzipiert werden. Ich will versuchen, Ansätze dafür in *fünf Thesen* zur Sprache zu bringen:

1. Der Sozialismus ist nicht nur praktisch, sondern auch *theoretisch* tot. Er muß daher als »Ziel« für eine mehrheitsfähige Politik der sozioökonomischen Erneuerung aufgegeben werden. Sozialis-

mus ist in einer Weise konnotiert mit (a) Politik für die Arbeiter und (b) teilweise verheerenden politischen Fehlleistungen der Linken, daß er nicht mehr mehrheitsfähig ist, zumal die Arbeiterschaft nur noch ca. 25 Prozent der Bevölkerung ausmacht.

2. Mehrheitsfähig wäre dagegen ein politisches Programm, das den *heute* für die meisten Menschen existentiellen Sorgen und Wünschen Rechnung trägt – als da sind wirtschaftliche Stabilität, Abbau der Arbeitslosigkeit, soziale Gerechtigkeit, Rettung vor Umweltzerstörung.

Zur Zeit gibt es keinen weithin anerkannten Begriff für ein Alternativkonzept zum globalisierten Neoliberalismus wie auch zum etatistischen Sozialismus – das Scheitern beider ist aber weithin erkannt.

3. Ich schlage vor, die emphatische gesellschaftliche Substanzerweiterung des Demokratiebegriffs<sup>28</sup> aufzunehmen, die sich schrittweise herausgebildet hat. Leitbegriffe dafür sind: Soziale Demokratie, gesamtgesellschaftliche Demokratisierung und Wirtschaftsdemokratie.

Linke (Menschen, denen es um eine überlebensfähige Gesellschaft der Gleichen und Freien geht) werden viel Kraft und Zeit darauf verwenden müssen, sich auf einen oder zwei dieser Leitbegriffe zu einigen, die dann mit außerordentlichem Engagement und als führende Orientierungsprinzipien durchzusetzen sind. *Denn eine neue linke Koalition, national und international, ist unabdingbar.*

4. Mit dem Sozialismusbegriff werden auch die dogmatischen, als destruktiv erwiesenen Theoreme obsolet, wie das der *Revolution*, des *historischen Materialismus* oder des *Wissenschaftlichen Sozialismus*. Nicht obsolet aber wird, neben den Prinzipien sozialistischer Ethik, die *Marxsche Kritik des Kapitalismus*. Die Kritik des (selbst-) zerstörerischen und umweltfeindlichen Neoliberalismus ist daher als konstitutives Element in eine Theorie/Strategie der Wirtschaftsdemokratie aufzunehmen. In ihr wird auch der dogmatische Gegensatz von Markt- und Planwirtschaft aufgehoben<sup>29</sup>, wie die produktiven marktwirtschaftlichen Elemente in ein System der Globalsteuerung auf nationaler, bzw. weltwirtschaftlicher Ebene integriert werden.

5. Die Theorie und Strategie einer Neuen Gesellschaft, einer gesamtgesellschaftlichen Demokratisierung verhält sich kritisch zur traditionell-sozialistischen Vorstellung der Gesellschaftstransformation: Es kann sein, daß der Zusammenbruch des Sozialismus auch daraus folgte, daß dessen Sieg viel zu sehr als ein *großer Durchmarsch – Revolution, Wahlsieg, Massendemonstration – gedacht und versucht wurde*. Eine klassenlose, herrschaftsfreie Gesellschaft der Gleichen und Freien kann wahrscheinlich auf diesem Weg nicht erreicht werden, weil er die Menschen zu wenig in Richtung auf solidarische Koexistenz verändert. Sinnvoller erscheint es, ein radikal reformiertes, reformuliertes Konzept zur Gesellschaftstransformation ins Auge zu fassen, das an sehr frühe kommunitäre Sozialismuskonzepte anknüpft.<sup>30</sup> Es müßte der Idee der Graswurzelrevolution folgen: Aufbau, Ausbreitung und Kooperation Tausender, Zehntausender von Kleinen Netzen<sup>31</sup>, in teilautonomen Nachbarschaften<sup>32</sup>, vor allem aber: in selbstorganisierten kommunitären Lebens- und Arbeitsgemeinschaften, die nach dem Kropotkinschen Prinzip der

29 Ota Šik: *Humane Wirtschaftsdemokratie. Ein dritter Weg*, Hamburg 1979.

30 Rolf Canzen hat das Verdienst, eine ausführliche Kritik des »Staatssozialismus« aller Spielarten und eine Wiederaneignung der frühsozialistisch-anarchistischen Denktradition erarbeitet zu haben: *Weniger Staat, mehr Gesellschaft. Freiheit – Ökologie – Anarchismus*, 3. Aufl. Grafenau 1997. Eine Zusammenfassung findet sich in dem o. g. Sammelband über Perspektiven des Ökosozialismus: *Der utopische Sozialismus einiger Anarchisten und Frühsozialisten*, a. a. O., S. 392-463. Schon 1983 habe ich die sozialismustheoretische Vorrangstellung des Marxismus in Frage gestellt, – in: Wolfgang M. Mickel (Hsg.): *Handlexikon zur Politikwissenschaft*, München 1983, S. 466-471.

31 Die Zahl ist nicht aus der Luft gegriffen: Bei der Analyse der (west-)deutschen Selbsthilfebewegung zeigte sich, daß nicht 8 bis 10 000, sondern 50-60 000 soziale Selbsthilfegruppen mit ca. 600 000 Aktiven tätig waren: Brigitte Runge, Fritz Vilmar: *Handbuch Selbsthilfe. Gruppenberichte. 900 Adressen. Gesellschaftliche Perspektiven*, Frankfurt 1988.

32 Vgl. Fritz Vilmar: *Theorieansätze der Nachbarschaft als politische Einheit*, in: Brigitte Runge, Fritz Vilmar: *Handbuch ...*, a. a. O., S. 330-342.

Der hier veröffentlichte Text erscheint in einer erweiterten Fassung demnächst in: Ueli Mäder, Hans Saner (Hrsg.): Realismus der Utopie. Zur politischen Philosophie von Arnold Künzli, Zürich 2003.

Mutualität funktionieren und nach dem Grundsatz: »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinem Bedürfnis«. *In denen sich Sozialismus nicht ausbreitet durch Agitation und Massenbewegungen, sondern durch beispielgebendes Vorleben dessen, was attackiert auf die Fahnen geschrieben hat: Eine andere Welt ist möglich.*

Wenn der Sozialismus heute »ein Haufen kalter Asche« ist, so haben wir doch auch von einem mythischen Vogel gehört, von Phönix, der sich aus einem Haufen Asche zu neuem Leben erhoben hat. Was müßte das für ein Vogel sein?



STEPHEN ERIC BRONNER

## »Was tun?« und Stalinismus

Nach Friedrich Schiller ist die Weltgeschichte »das Gericht«, in dem die Welt »über sich selbst« urteilt – und über die Russische Revolution von 1917 hat sie ein ernüchterndes Urteil gefällt: Sie erwies sich des moralischen Kredits, den sie anfänglich genoß, als unwürdig; sie war unfähig, die in sie gesetzten Hoffnungen zu erfüllen oder gar die Opfer, die sie forderte, zu rechtfertigen. Die Aura, die sie einst besaß, ist ein dreiviertel Jahrhundert später zerstört.

Das heißt jedoch nicht, daß Wladimir Iljitsch Lenin – jene Gestalt, die wie keine andere die kommunistische Bewegung Rußlands geprägt hat – kein seriöser politischer Führer war, der nicht ernsthaft um die Lösung eines ganzen Komplexes ideologischer und organisatorischer Probleme gerungen hätte. Sein Konzept einer »Partei neuen Typus« hat nicht nur den Marxismus nachhaltig verändert, es wurde im Laufe der Zeit auch von den unterschiedlichsten politisch-sozialen Bewegungen übernommen. Indem es die Partei über das Proletariat erhob, zum eigentlichen revolutionären Subjekt der Geschichte erklärte und die Interessen von Partei und Staat in eins setzte, wurde das Avantgardekonzept der Partei zum perfekten Instrument des Staatsterrors. Bar jeder demokratischen Rechtfertigungsnot und umgeben vom Mythos der Wissenschaftlichkeit ermöglichte die »Avantgardepartei« eine Art Revolution, die direkt zur autokratischen Degeneration der politischen Sphäre führte. Die gesamte »Linke« hat einen hohen Preis für die Anmaßungen des Leninismus und seiner Organisationstheorie gezahlt; jener Theorie, die ihr Begründer 1902 unter dem – einem Roman Nikolai G. Tschernyschewskis (1828-1889) aus dem Jahre 1863 entlehnten – Titel »Was tun?« veröffentlicht hat.

Was sich später als die strategische Fehlentwicklung kommunistischer Politik schlechthin erweisen sollte, trat zu Beginn des 20. Jahrhunderts als taktische Antwort auf die Probleme der revolutionären Bewegung unter den spezifischen Bedingungen Rußlands ins Leben. Die drei tragenden Säulen des Russischen Reiches waren der Zar, die Kirche und die Geheimpolizei. Die Leibeigenschaft war erst 1863 abgeschafft worden, und, obgleich insbesondere Auslandsinvestitionen die Industrialisierung in einigen städtischen Enklaven vorantrieben, gab es in Rußland weder ein nennenswertes Proletariat noch eine nationale Bourgeoisie mit demokratischen Ambitionen. Die Bedingungen unterschieden sich also grundlegend von jenen in Westeuropa, wo sich eine machtvolle Arbeiterbewegung herausgebildet hatte, die immer stärker auf die Abschaffung der Monarchien

Stephen Eric Bronner – Jg. 1949; Professor für politische Wissenschaft und vergleichende Literaturwissenschaft an der Rutgers University, USA; veröffentlichte zahlreiche Bücher, von denen einige in Deutsch erschienen sind: »Augenblicke der Entscheidung: Politische Geschichte und die Krisen der radikalen Linken« (Suhrkamp); »Ein Gerücht über die Juden: Die ›Protokolle der Weisen von Zion‹ und der alltägliche Antisemitismus« (Propyläen); demnächst erscheint »Das Sozialismusprojekt« in deutscher Sprache.

Vgl. Friedrich Schiller: Was heißt und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte?, in: Schillers Werke in fünf Bänden, Berlin und Weimar 1976, Bd. 3, S. 273 ff.

W. I. Lenin, Was tun?, in: Werke, Bd. 5, Berlin 1955, S. 353-551.

Zur Wertung der Leninschen Arbeit durch die KPdSU zu Stalins Zeiten vgl.: Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) – Kurzer Lehrgang, Berlin 1951, S. 47ff.

W. I. Lenin: Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, in: Werke, Bd. 3, a. a. O., S. 7-692. Der Text entstand zwischen 1896 und 1899. Er erschien zuerst 1899, in zweiter Auflage 1908. Dem waren umfangreiche Arbeiten zu ähnlichen Themen vorausgegangen, so die Schrift *Zur sogenannten Frage der Märkte* von 1893 (Werke, Bd. 1, S. 65-116) und *Zur Charakteristik der ökonomischen Romantik* aus dem Jahre 1897 (Werke, Bd. 2, S. 121-264).

Vgl. W. I. Lenin: Die Entwicklung des Kapitalismus..., a. a. O., S. 18.

Lenins Vorstellungen entsprachen damit eher Nietzsches »Willen zur Macht« als der ökonomischen Theorie von Marx und Engels und der Parole des *Kommunistischen Manifests* »Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!«.

und ihre Ersetzung durch republikanische Herrschaftsformen drängte und die bedeutende Reformen erzwang. Die Frage »Reform oder Revolution« stand im Jahre 1898, als sich die *Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands* (SDAPR) gründete, jedoch überhaupt nicht. Ihr eher »orthodoxer« Flügel teilte die Idee des europäischen Marxismus, daß der Kapitalismus zunächst an die Grenzen seiner Entwicklungsfähigkeit stoßen müsse, ehe er durch eine proletarische Revolution überwunden werden könne. Dies hätte jedoch bedeutet, daß sich die SDAPR auf lange Sicht damit hätte begnügen müssen, den unendlich mühevollen Weg zu einer demokratischen Massenpartei mit mehr oder weniger verbindlichen Mitgliedschaftsbedingungen zu beschreiten. Ein anderer Flügel unter der Führung von Lenin setzte dem 1902 ein Konzept entgegen, das schließlich in *Was tun?* kanonisiert wurde.

Der 1870 in Simbirsk geborene Lenin entstammte einer bürgerlichen Familie. Tief geprägt wurde der Sechzehnjährige von der Hinrichtung seines Bruders Alexander, der an einem Mordkomplott gegen den Zaren beteiligt gewesen war. Mit Anfang Zwanzig wurde er infolge seiner Aktivitäten bei der Organisierung von Arbeitern in St. Petersburg verhaftet und von der Universität Kasan verwiesen, wo er Rechtswissenschaften zu studieren beabsichtigt hatte. Seine frühen Schriften waren eher unbedeutend. Darunter befinden sich Streitschriften gegen den Anarchismus und eine ziemlich langatmige Abhandlung über die ökonomisch-soziale Situation in Rußland aus dem Jahre 1899. Von einiger Bedeutung ist lediglich, daß in der zuletzt genannten Schrift – *Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland* – Lenin wieder und wieder betont, daß Rußland für eine Revolution reif sei. Die »objektiven« Bedingungen seien gegeben, allein die Entwicklung des »subjektiven« Faktors, eines entsprechenden politischen Bewußtseins, sei ungenügend entwickelt. Er ging davon aus, daß sich kapitalistische Strukturen unablässig ausbreiteten, daß sich ein kampfstarke Proletariat herausbilde, daß die aufstrebende Bourgeoisie zunehmend unzufrieden mit den herrschenden politischen Verhältnisse sei, daß die Bauern auf eine Landreform drängten und daß es unter den Nationalitäten gäre – diese Kräfte seien jedoch unorganisiert und daher nicht in der Lage, die Staatsmacht herauszufordern. Als 1917 tatsächlich die Russische Revolution ausbrach und Lenin darauf drängte, daß seine Avantgardepartei das Land über die »bürgerliche« Revolution hinaus zur »Diktatur des Proletariats« führe, berief er sich zur Rechtfertigung aber nicht auf jene früheren Annahmen, die sich auf eine Art »Stadientheorie« historischer Entwicklung stützten, sondern beschritt einen neuen Weg. Bis dahin hatten die europäischen Sozialdemokraten in Lenin vor allem einen ziemlich rüden und etwas sektiererischen Anhänger des orthodoxen Marxismus gesehen. In Wahrheit lagen die Dinge jedoch völlig anders. Die von ihm entwickelte Theorie der Parteiorganisation rechtfertigte nicht nur eine Revolution unter den Bedingungen ökonomischer Unterentwicklung, sondern auch die Schaffung autokratischer Diktaturen, die ihrer Natur nach weder proletarisch noch sozialistisch waren, jedenfalls nicht im Marxschen Sinne.

Darin bestand die *eigentliche* Wirkung von *Was tun?*: Der Marxismus wurde in sein Gegenteil verkehrt, indem der *politische Wille*

über die objektiven Bedingungen gestellt wurde; wirtschaftliche Reformen als möglicher Weg zur Erringung politischer Macht zurückgewiesen wurden und der fundamentale, von Marx, Engels, Bebel, Kautsky u.a. immer wieder betonte Zusammenhang von Sozialismus und Demokratie aufgelöst wurde.

Die Idee Lenins bestand darin, die um das unter elenden Bedingungen lebende Proletariat gruppierten, aber unorganisierten revolutionären Kräfte mit einer entschlossenen Führung auszustatten. In dieser Hinsicht unterschied er sich kaum von den mehr demokratisch gesinnten europäischen Marxisten. Was Lenin von letzteren trennte, war seine Einsicht, daß der Typ von Partei, der eher auf Reformen setzt, nicht jener Typ von Organisation sein könne, der eine Revolution zu führen und zu verteidigen vermag. Wenn der qualitative Unterschied zwischen wirtschaftlich-sozialen Verbesserungen und der Übernahme der politischen Macht ignoriert werde, führe das – aus der Sicht Lenins – zwangsläufig zur Ersetzung der Revolution durch Reformen und zur Dominanz von Opportunismus über Prinzipien. Dieser qualitative Unterschied sollte mit der Konzeption von der »Partei neuen Typus« in Theorie und Praxis verankert werden.

Bereits auf das *Kommunistische Manifest* geht der Gedanke zurück, daß für eine erfolgreiche Revolution ein Teil der herrschenden Klasse die Fronten wechseln und sich den Unterdrückten anschließen müsse. Marx und Engels wußten, daß die Bedingungen materieller Not es den Arbeitenden erschweren, die wirklichen Ursachen ihrer Lage zu erkennen. Lenin übernahm diese Auffassung und überspitzte sie sogleich. Er wußte zwar, daß die Autoren des *Manifests* sich an der französischen Revolution von 1789 orientiert hatten, also an einem damals hochentwickelten Land mit einem mächtigen Bürgertum. Lenin verstand das *Manifest* jedoch in erster Linie als Aufruf zur revolutionären *Tat*, durch die das Proletariat, das überall in Europa noch in der Minderheit war, in die »Schlacht für die Demokratie« geführt werden würde.

Lenin selbst wurde durch die französische Revolution inspiriert, wenn er zum Beispiel seine Genossen als »Jakobiner, die unverbrüchlich an der Seite des Proletariats stehen«, bezeichnete. Trotzdem war er aber davon überzeugt, daß sich in einem ökonomisch und sozial unterentwickelten Land revolutionäre Hoffnungen allein durch eine disziplinierte Partei unzufriedener Intellektueller verwirklichen lassen können. Die schwache und ideologisch ungefestigte russische Bourgeoisie war aus seiner Sicht völlig unfähig zur Führung einer demokratischen Revolution. Das Proletariat hingegen war zwar mutig genug, aber eben nur eine kleine Minderheit.

Eine erfolgreiche Revolution in einem kapitalistisch unterentwickelten Land erforderte – und das war möglicherweise Lenins wichtigste Erkenntnis – mehr als das gemeinsame Handeln von Bourgeoisie und Proletariat. Notwendig war die Einbeziehung der zahlenmäßig dominierenden Bauernschaft sowie von Teilen des Bürgertums. Angesichts der sehr unterschiedlichen Interessen dieser Kräfte bestand das offensichtliche Dilemma nun darin, daß eine demokratische Abstimmung über diese oder jene Frage unvermeidlich dazu geführt hätte, daß das Proletariat mit seinen Interessen unterliegt, während jedes Beharren auf dem Vorrang proletarischer Inter-

Karl Marx/Friedrich Engels:  
Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW,  
Bd. 4, S. 488 f.

W. I. Lenin, Was tun?,  
a. a. O.

essen einen Zerfall der Koalition zur Folge gehabt hätte. Deshalb – so schlußfolgerte Lenin – könne eine Revolution nur dann gelingen, wenn sie von einer Kraft angeführt würde, die *keiner* der sozialen Akteursgruppen Rechenschaft und Zugeständnisse schuldig sei. Oder anders gesagt: Die Schaffung einer revolutionären Allianz, die zwar die Interessen der Arbeiter privilegieren, mit diesen aber nicht identisch sei, erfordere eine »Partei neuen Typus«. Das (west)europäische Modell einer Massenpartei der Arbeiterklasse mit einer eher lockeren Struktur war dafür schlichtweg ungeeignet. Es war schon ungeeignet, um gegen ein brutales Regime und seine gefährliche Geheimpolizei den illegalen Widerstand zu organisieren. Allein eine *Avantgarde* aus »intellektuellen Berufsrevolutionären«, nach militärischem Vorbild hierarchisch organisiert und in Kleingruppen operierend, wäre in der Lage, die notwendige Geheimhaltung zu sichern, Kommunikationsstrukturen zu schaffen, politische Aktivitäten zu koordinieren, illegale Propagandamaterialien zu verteilen und vor allem die revolutionäre Vision in nicht-revolutionären Zeiten aufrechtzuerhalten.

Die »Avantgarde«-Idee war in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts nahezu überall anzutreffen. Lenins »Partei neuen Typs« war deshalb keine rein russische Erfindung. Hierin manifestiert sich vielmehr eine aufkommende modernistische Bewegung, die vor allem aus »avant-garde«-Gruppen, wie den deutschen Expressionisten oder den Futuristen in Italien, bestand, deren Mitglieder sich als Architekten der Zukunft verstanden und die vor allem humanistische Werte, künstlerische Ansichten und ästhetische Gefühle einte.

Die Helden der »avant-garde« waren Subjektivisten und Vitalisten, Vertreter der Lebensphilosophie wie Friedrich Nietzsche, der französische Philosoph Henri Bergson, der italienische Dichter Gabriele D'Annunzio (1863-1938) und andere. Gleichzeitig betraten neue Protagonisten der »Elite-Theorie« wie Robert Michels (1876-1936), Gaetano Mosca (1858-1941), und Vilfredo Pareto (1848-1923) die Bühne. Überall in Europa entstanden große Massenparteien, die zunehmend das politische Geschehen bestimmten, eine Tatsache, die den französischen Soziologen Gustave Le Bon 1895 veranlaßte, sein Buch *Psychologie der Massen* zu veröffentlichen, worin vom Anbruch eines neuen Zeitalters, dem »Zeitalter der Massen«, die Rede war.

Über die unmittelbaren Quellen für Lenins Idee einer Avantgardepartei herrscht Unklarheit. Fest steht nur, daß er sich mit allen geistigen Strömungen seiner Zeit kritisch auseinandersetzte und kaum Sympathien für die Vielzahl anarchistischer Gruppen in Rußland empfand. Die Anarchisten hingen aktionistischen Konzepten an, die alle mehr oder weniger darauf abzielten, den Funken, der den Aufstand der Massen auslösen sollte, durch Akte individuellen Terrors zu erzeugen. Gemeinsam war ihnen ferner, daß sie nicht über eine konkrete Strategie verfügten, die Klassenanalyse ablehnten und die Abschaffung des Staates anstrebten. Lenin hatte für all dies wenig Verständnis, aber es scheint so, daß – hier mögen manche anderer Meinung sein – er von den Anarchisten deren Organisationsform (hierarchisch aufgebaute Netzwerke aus kleinen »Zellen«) übernommen hat. Außerdem bewunderte er stets das – nach seiner An-

Vgl. zum Beispiel die Künstlergemeinschaft *Die Brücke* – auch wieder ein Name, der auf Nietzsche zurückgeht – die zwischen 1905 und 1913 in Dresden, später dann in Berlin existierte, sowie die Künstlergruppe *Der blaue Reiter*, die sich unter Leitung von Franz Marc und Wassily Kandinsky 1912 konstituierte, aber auch die expressionistische Bewegung, dokumentiert in der Zeitschrift *Die Aktion* u. a. m.

Lebensphilosophie: Philosophie der Lebensanschauung, die auf Nietzsche zurückgeht und deren Hauptvertreter Wilhelm Dilthey (1833-1911), Henri Bergson (1859-1941) und Georg Simmel (1858-1918) waren.

»Während alle unsere alten Anschauungen schwanken und verschwinden und die alten Gesellschaftsstützen eine nach der anderen einstürzen, ist die Macht der Massen die einzige Kraft, die durch nichts bedroht wird und deren Ansehen immer mehr wächst. Das Zeitalter, in das wir eintreten, wird ... das Zeitalter der Massen sein.« (Gustave Le Bon: *Psychologie der Massen*, Stuttgart 1982, S. 2)

sicht jedoch fehlgeleitete – »professionelle« Engagement dieser Revolutionäre. Genau diese Hingabe an die Vision der Revolution stellte allerdings sein berühmtes Pamphlet *Was tun?* in Frage.

Die »Revisionismus-Debatte« von 1898 in der *Sozialistischen Internationale* wurde insbesondere von Eduard Bernstein (1850-1932) provoziert. In einer Reihe von Essays hatte er herausgearbeitet, daß sich der europäische Kapitalismus stabilisiert hätte und das Proletariat nicht mehr zahlenmäßig wachsen würde. Da eine Revolution unter diesen Bedingungen nur das Werk einer Minderheit sein könne, wäre diese zwangsläufig autoritär und müsse daher abgelehnt werden. Der Marxismus müsse – so Bernstein – von Grund auf erneuert werden. Die Arbeiterklasse sollte nach Kompromissen mit anderen sozialen Kräften streben und zukünftig auf wirtschaftlich-soziale Reformen setzen, statt noch länger der zum Scheitern verurteilten Vision einer Revolution anzuhängen.

Lenin kritisierte dieses Konzept natürlich heftig. Aber in einem Punkt stimmte er den Argumenten Bernsteins inhaltlich wohl zu: Das Proletariat *an sich* war keine revolutionäre Kraft. Solange die Mitglieder der Arbeiterklasse sich selbst überlassen blieben, würde sich ihr ganzes Trachten auf ökonomisch-soziale Verbesserungen richten, und die Revolution geriete in Vergessenheit. Hier knüpfte Lenin beim »Papst des Marxismus«, Karl Kautsky, an, der der Partei eine Schlüsselrolle bei der Initiierung und Koordinierung der ideologischen und praktischen Aktivitäten der Arbeiterklasse zugewiesen hatte. Lenin zog aus dieser Position radikale Schlußfolgerungen. Die wichtigste Forderung in *Was tun?* lautet deshalb, daß das »Klassenbewußtsein« »von außen« in das Proletariat hineingetragen werden müsse, weil, wie die Geschichte aller Länder zeige, die Arbeiterklasse, wenn sie auf sich allein gestellt sei, lediglich »ein tradeunionistisches Bewußtsein« hervorzubringen vermöge.

Dies bedeutet, daß die Partei zum *eigentlichen* Akteur des *politischen* Wandels erklärt wurde – zum eigentlichen Hüter der revolutionären Vision. Sie allein sei in der Lage, »alltägliche« und »revolutionäre« Interessen zu vereinen sowie die, den jeweiligen historischen Umständen angemessenen ideologischen und politischen Strategien zu entwerfen und umzusetzen. Und es sei gerade dieses notwendige Maß an Flexibilität, das einen höchstmöglichen Grad an Disziplin und Zentralisation erfordere. Das war von Anfang an Lenins Auffassung, auch wenn – wie manche Historiker heute glauben machen wollen – das Leninsche Konzept vor der Revolution von 1917 nicht »wirklich« autoritär gewesen sei und die Partei in der Zeit des Bürgerkrieges zwischen »Roten« und »Weißen« desorganisiert und schwankend gewesen sein mag. Dies war mehr den historischen Umständen als der zugrundeliegenden Konzeption geschuldet. Das Konzept selbst findet vielmehr seinen tatsächlichen Ausdruck darin, wie die Partei mit ihren Gegnern umgeht, wie sie zur Rechtsstaatlichkeit steht, ob sie zivilgesellschaftliche »checks and balances«, bürgerliche Freiheitsrechte und Rechenschaftspflicht gegenüber der Basis akzeptiert.

Lenins Entwurf zielte auf eine Avantgardepartei mit pyramidalen Struktur, in der die einzelnen Zellen miteinander hierarchisch verbunden sein sollten. Die wichtigen Entscheidungen sollten an der

Vgl. Eduard Bernstein: »Probleme des Sozialismus«, in: *Die Neue Zeit*, 1896-1898, »Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie« (1899) und »Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich?« (1901).

W. I. Lenin, *Was tun?*, a. a. O., S. 409 ff. und 435 f.

Rosa Luxemburg schrieb über Lenins Arbeit »Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück« aus dem Jahre 1904 (Werke, Bd. 7, S. 199–430): »Das uns vorliegende Buch ... ist die systematische Darstellung der Ansichten der *ultrazentralistischen* Richtung der russischen Partei.« Sie rügte die von Lenin vertretene Auffassung heftig, als »die eines rücksichtslosen Zentralismus, dessen Lebensprinzip einerseits die scharfe Heraushebung und Absonderung der organisierten Trupps der ausgesprochenen und tätigen Revolutionäre von dem sie umgebenden, wenn auch unorganisierten, aber revolutionär-aktiven Milieu, andererseits die straffe Disziplin und die direkte, entscheidende und bestimmende Einmischung der Zentralbehörde in alle Lebensäußerungen der Lokalorganisationen der Partei.« (Rosa Luxemburg: Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie, in: Gesammelte Werke, Bd. 1, Zweiter Halbband, S. 425)

Leo Trotzki (1879–1940), russischer Politiker und Revolutionär, stand neben Lenin an der Spitze der frühen Sowjetmacht, ab 1925 schrittweise ausgeschaltet, 1940 ermordet. Trotzki hatte als erster – auf dem Parteitag der SDAPR von 1903 – auf das Problem des »Substitutionismus« in Lenins Parteikonzeption aufmerksam gemacht. Er kritisierte Lenins Ansinnen, die schwache russische Arbeiterklasse durch eine Partei substituieren zu wollen. Zwei Jahre später wurde Trotzki seiner eigenen Kritik allerdings untreu, als er in der Revolution von 1905 eine »Arbeiterregierung« forderte und damit Lenin »links« überholte.

Spitze getroffen werden, während den unteren Struktureinheiten eine beratende Funktion zugeschrieben wurde. Zwischen der Partei selbst und der Gesellschaft – zwischen »uns« und »denen« – bestand eine unüberbrückbare Kluft. In dieser Art »demokratischen Zentralismus« war es den Parteimitgliedern zwar erlaubt, um ihre Überzeugungen innerhalb der Partei zu kämpfen, aber gegenüber der Öffentlichkeit waren sie gezwungen, einheitlich die »Parteilinie« zu vertreten. Zu keiner Zeit bestand eine reale Verpflichtung zur Verantwortlichkeit gegenüber der Gesellschaft, und intern waren die individuellen Interessen der Mitglieder bedingungslos den Bedürfnissen der Partei untergeordnet. Es zeugt daher von einiger Voraussicht, wenn Rosa Luxemburg bereits 1903 den militärischen Geist des Leninschen Parteiverständnisses kritisierte und Trotzki seinen späteren Genossen »Substitutionismus« vorwarf: Zuerst tritt die Partei an die Stelle des Proletariats, dann wird die Partei durch das Zentralkomitee substituiert; schließlich wird ein einzelner »Diktator« das Zentralkomitee ersetzen.

Für Lenin war eine derartige Substitution allerdings legitim, weil er die Interessen von Partei und Arbeiterklasse *als identisch* ansah. Diese Auffassung geht sowohl auf Blanqui als auch auf Marx zurück. Durch die Identifizierung von revolutionärer Kraft und »richtigem« Bewußtsein mit der Partei wurde – vielleicht noch nicht für Lenin selbst, aber für seine Nachfolger – der Klassencharakter der Partei irrelevant. Jede soziale Gruppe oder Klasse konnte nunmehr als Parteibasis dienen. Damit wurde die Avantgardepartei zum beliebig ideologisch instrumentalisierbaren Objekt. Dieses oder jenes revolutionäre – oder auch konterrevolutionäre – Ziel konnte nun je nach Bedarf oder Kräftekonstellation mit Hilfe des demokratischen Zentralismus gegen ein anderes ausgetauscht werden. Darin liegt auch der Grund, weshalb Faschisten und religiöse Eiferer, aber auch Vertreter anderer Konzepte, das »Avantgarde«-Konzept so leicht für ihre Zwecke zu instrumentalisieren vermochten. Um Lenin Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, sei an dieser Stelle aber angemerkt, daß für ihn die Partei immer der »verlängerte Arm« der Arbeiterklasse war.

Lenins Theorie der Parteiorganisation mit ihrer Betonung der politischen Intervention stand zudem in bemerkenswertem Gegensatz zu den ökonomisch-deterministischen Elementen der Marxschen Theorie. Sie gab der gesamten linken Theorie eine eigenständige revolutionäre Wendung, und gerade dies beförderte ihre Verbreitung weit über Europa hinaus. Das Avantgarde-Modell wurde so zu einem überaus bedeutenden Vehikel für die anti-imperialistischen Kämpfe in den ökonomisch-sozial unterentwickelten Kolonialgebieten, in denen es keine demokratischen Traditionen gab. Dort hing der Erfolg des Befreiungskampfes oft allein davon ab, ob es gelang, eine klassenübergreifende »Einheitsfront« zu bilden. Auf diese Weise beeinflusste der Leninismus nahezu alle bedeutenden Revolutionen des 20. Jahrhunderts – von China und Algerien bis nach Kuba und Vietnam.

Lenin sah die Avantgardepartei als eine in sich geschlossene Gruppe von Berufsrevolutionären. Aber er versuchte stets zu sichern, daß die Partei dem Proletariat gegenüber rechenschaftspflichtig

blieb. Und in kritischen Perioden – wie zum Beispiel in den Krisen von 1917 und 1921 – öffnete er die Partei für neue Mitglieder. Die Interessen des Proletariats waren zudem der wesentliche Bezugspunkt für strategische Entscheidungen. Trotzdem blieb ein Grundsatz stets unangetastet: Die Partei hatte immer recht. Ihr blieb in jeder, wirklich jeder Angelegenheit das letzte Wort. Die Frage nach der Verantwortlichkeit gegenüber der Gesellschaft oder nach den Gefahren des »demokratischen Zentralismus« als Organisationsprinzip wurden nie ernsthaft erörtert. Das »revolutionäre Privileg« der Partei bestand im Beharren darauf, daß nur sie über das »richtige« Bewußtsein verfüge. Jede konkurrierende Partei oder Organisation mußte folglich Ausdruck »falschen Bewußtseins« sein, und zwar unabhängig davon, wie stark sie von der Arbeiterklasse unterstützt wurde. Die Bolschewisten behandelten ihre politischen Gegner auch allein unter Nützlichkeitsgesichtspunkten, nie von einer Position aus, die als »revolutionäre Toleranz« bezeichnet werden könnte.

Lenins Ethik beruhte auf dem Glauben, daß das Hauptinteresse der Partei die Revolution sei und daß diesem strategischen Ziel alle taktischen Maßnahmen unterzuordnen seien. Daraus resultierte ein rein instrumentelles Verhältnis gegenüber den Fragen von Legalität und Illegalität der Mittel, von Wahrheit und Lüge, von Gewalt oder Gewaltverzicht. Anders gesagt: Moral wurde zu einer Variablen des Klassenkampfes – moralisch war das, was den Interessen der Partei nützte, unmoralisch das, was ihnen im Wege stand. Daß die Wahl der Mittel auch die Resultate bestimmt, wurde dabei nie in Betracht gezogen. Dieser rigorose politische Stil unterschied Lenin und seine Nachfolger von allen anderen sozialistischen Bewegungen – Leon Blum hat dies später als Unvereinbarkeit in Gefühl und Moral bezeichnet. Ihr Ton, ihre Arroganz und die üblichen Schmäherungen waren den europäischen Sozialisten zutiefst fremd. Die Leninisten entwickelten eine eigenartige Identität, die sich auch auf das übertrug, was von ihnen als Sozialismus bezeichnet wurde. Ihr Glaube an die Partei war übersteigert und unerschütterlich. Die Unterordnung des Individuums unter die Parteiinteressen war bedingungslos und stützte sich auf den Glauben an ihre Mission – der Glaube allein reichte, mehr bedurfte es nicht. Dies alles findet sich ansatzweise oder explizit schon in *Was tun?*

Lenin hätte am Beispiel der Bourgeoisie wissen können, wie sich der Charakter von Klassen verändert, wenn sie erst die politische Macht an sich gebracht haben. Um den Freihandel zu sichern, wurden die revolutionären Intentionen des Bürgertums – repräsentiert von Denkern wie Jean-Jacques Rousseau (1712-1778) oder Thomas Paine (1737-1809) – nur allzu schnell durch die Bereitschaft zu Kompromissen mit autoritären Regimes verdrängt, die in Ideologen wie Herbert Spencer (1820-1903), Friedrich Naumann (1860-1919) oder Ernest Renan (1823-1892) ihr Sprachrohr fanden. Aber Lenin vermochte es nicht, diese Erkenntnisse aus der Vergangenheit auf die eigene Situation anzuwenden. Er sah keinen Grund für die Einführung institutionalisierter Kontrollen innerhalb der Partei. Für ihn waren die Kommunisten schon deshalb gegen Fehlentwicklungen gefeit, weil sie Kommunisten waren. Sie würden nie zulassen, daß Eigennutz Solidarität untergrabe oder soziale Utopien bürokratisch

Louis-Auguste Blanqui (1805 – 1881): französischer Revolutionär und utopischer Kommunist, der die gewaltsame Machtergreifung durch eine Verschwörerorganisation und die Notwendigkeit einer revolutionären Diktatur befürwortete. Vgl. dazu auch Joachim Höppner/Waltraud Seidel-Höppner: *Von Babeuf bis Blanqui*, Band 1, Leipzig 1975, S. 473 ff.

»Mit dieser Beziehung schafft die Sozialdemokratie einen ganz anderen Organisationstypus als die früheren sozialistischen Bewegungen, zum Beispiel die des jakobinisch-blanquistischen Typus. Lenin scheint dies zu unterschätzen, wenn er ... meint, der revolutionäre Sozialdemokrat sei doch nichts anderes als »mit der *Organisation des klassenbewussten Proletariats* unzertrennlich verbundene Jakobiner««. (Rosa Luxemburg, a. a. O., S. 427)

Leon Blum (1872-1950), französischer Politiker und Sozialist. 1936/37 Ministerpräsident der Volksfront-Regierung. »Erst als die Volksfront in Frankreich unheilbare Risse bekam und die Sozialisten sich gezwungen sahen, an den morgigen Tag zu denken, fand Leon Blum auf dem Boden seines Tintenfassens die geeignete Formulierung seiner moralischen Entrüstung.« Leo Trotzki: Ihre Moral und unsere (1938), in: <http://www.linksruck.de/litera/klassik/moral.htm>.

Lenin hält es für einen »Grundirrtum«, »daß man das politische Klassenbewußtsein der Arbeiter aus ihrem ökonomischen Kampf sozusagen von innen heraus entwickeln könne ... Das politische Klassenbewußtsein kann dem Arbeiter nur von außen gebracht werden, das heißt aus einem Bereich außerhalb des ökonomischen Kampfes ...«. (W. I. Lenin: *Was tun?*, a. a. O., S. 436)

Arthur Koestler (1905 – 1983), deutscher Schriftsteller, bis 1937 Mitglied der kommunistischen Partei, verfaßte Berichte und Romane in konzentrierter Sprache um ethische Probleme und Konflikte in der Politik, wandte sich aber besonders gegen jede individuelle Regung unterdrückende Formen des Totalitarismus zugunsten eines sozialen Humanismus; wurde mit seinem Roman *Sonnenfinsternis* (1940, dt. 1948) international bekannt. Manès Sperber (1905 – 1984), französischer Autor österreichischer Herkunft, bis 1937 Mitglied der kommunistischen Partei, dann Kritiker des Marxismus, bekannteste Arbeit *Wie eine Träne im Ozean* (1971).

»Die Aufständischen in Kronstadt verlangten, daß die bolschewistische Partei mit ihrer Diktatur Schluß mache und daß eine wirkliche Regierung durch die Sowjets wieder hergestellt

erstickt würden. Erst kurz vor seinem Tod begann er zu ahnen, daß die eigene Partei dabei war, bürokratisch zu entarten. Und das Ziel jeder Bürokratie ist ihr eigenes Wachstum; Bürokratien verfolgen letztlich ihre eigenen Interessen anstatt die ihrer Klienten. Obwohl Lenin vielleicht der Marxist war, der am engsten mit praktisch-politischen Prozessen verbunden war, erwies er sich in diesem Punkt als erstaunlich naiv. Die Eigendynamik bürokratischer Strukturen und die Notwendigkeit institutionalisierter Formen der Rechenschaftslegung und Kontrolle spielen in *Was tun?* keine Rolle.

Lenins Betonung des »richtigen Bewußtseins« als Privileg der Avantgarde rechtfertigte schließlich jede Willkür im Umgang mit Kritikern und später mit den neu hinzukommenden kommunistischen Regimes, während die Strukturen des demokratischen Zentralismus später mit noch schwerwiegenden Konsequenzen gegen Dissidenten innerhalb der Partei oder gegen rivalisierende Führer eingesetzt wurden. Lenin hat möglicherweise eine brauchbare Theorie für eine Parteiorganisation im Widerstand gegen ein herrschendes Regime entwickelt, ihre Überführung in eine Theorie der politischen Herrschaft hat sich jedoch als Desaster erwiesen. Dies bezeugen alle großen Romane über die Entwicklung des Kommunismus, von *Sonnenfinsternis* von Arthur Koestler, über *Wie eine Träne im Ozean* von Manès Sperber bis zu *Radek* von Stefan Heym. Dieselbe Logik, die die Revolution in Rußland möglich gemacht und ihr zum Sieg verholfen hat, verhinderte letztlich die Verwirklichung ihrer eigentlichen Ziele.

Nur unter dem Eindruck des revolutionären Erfolges der »kommunistischen« Partei – ein Begriff, den Lenin 1917 wieder eingeführt hat, um seine Organisation gegenüber sozialdemokratischen Parteien abzugrenzen – wird die Identifikation der Interessen von Partei und Staat überhaupt erst verständlich. Der erbitterte Bürgerkrieg von 1918 bis 1920 schuf zudem die Notwendigkeit der Einigung des Landes durch eine Organisation, die in der Lage war, gegen die widerstreitenden Interessen einen allgemeinen Willen durchzusetzen. Genau darin bestand ein Grundgedanke von *Was tun?* Die Avantgardepartei sollte über den partikularen Interessen einzelner Gruppen und Klassen stehen. Was jedoch für eine Partei, die eine Revolution anführt, noch möglich war, erwies sich für eine regierende Partei als unmöglich. Dies führte schließlich zur Einführung der Diktatur auch in der Hoffnung, damit zugleich eine neue, radikale Form von Demokratie durchzusetzen. Manche Apologeten und revolutionäre Romantiker beharren sogar noch heute darauf, daß die »Sowjets« oder die »Arbeiterräte«, die im Zuge der Revolution entstanden, solch eine neue Form der Demokratie gewesen seien. Das waren sie aber nicht. Denn von ihnen ging nie reale Macht aus und ihr Schicksal war in dem Moment besiegelt, als sie begannen, den bereits etablierten Parteienstaat demokratisch herauszufordern. 1921 ließ Lenin sie – und damit all ihr eventuell vorhandenes demokratisches Potential – im Zuge der Zerschlagung des Sowjets von Kronstadt blutig unterdrücken. Der kommunistische Staat war nunmehr die Inkarnation der Revolution und die kommunistische Partei der einzig legitime Herrscher. »Hochverrat« gegen die Partei – oder gar Widerstand gegen den Vorrang der Interessen der Sowjetunion – galt fortan als Hochverrat an der Revolution.



Die Hegemonie der kommunistischen Partei war von jetzt an unangreifbar. Die Unfähigkeit der Kommunisten, in irgendeinem anderen Land Europas die Macht zu ergreifen, trug zudem dazu bei, die Diktatur in der Sowjetunion zu verfestigen. Noch bevor Stalin an die Macht kam und seine Idee vom »Sozialismus in einem Land« propagierte, hatte sich die revolutionäre Avantgarde längst in den Hütern einer bürokratischen Ordnung verwandelt, deren größte Bedrohung von libertären Veränderungen ausging. Allein die Partei schien in der Lage, den »gesetzmäßigen« Triumph des Sozialismus unter vorkapitalistischen Bedingungen – die nicht des Sozialismus, sondern der industriellen Modernisierung bedurft hätten – zu garantieren. Der Zwang, Sozialismus und Modernisierung faktisch gleichzusetzen, durchzieht das gesamte kommunistische Experiment und erklärt nicht zuletzt seine Attraktivität für ökonomisch wie sozial unterentwickelte Länder. Aus diesem Zwang resultierte aber auch die Notwendigkeit, den Mythos der Unfehlbarkeit von Partei und Führung zu pflegen. Nur dadurch wurde es möglich, die wachsende Kluft zwischen der tristen Wirklichkeit und den schimmernden Utopien zu überspielen.

Wilde Intrigen prägten den Kampf um seine Nachfolge, noch bevor Lenin 1924 starb. Keiner unter den wichtigsten Rivalen wagte es jedoch, offen das Machtmonopol der Partei in Frage zu stellen. Demokratie verkam zur Forderung ausschließlich jener, die außerhalb der Machtzirkel standen. Was als revolutionäre Moral angesehen wurde, war abhängig von den Interessen der Partei. Und als sich die Kommunisten des Staates bemächtigt hatten, war es nur konsequent, daß nunmehr das als moralisch galt, was den Interessen des Staates diene. Zu diesem Zeitpunkt hatten die siegreichen Kommunisten bereits alle anderen Bewegungen ausgeschaltet, die möglicherweise in der Lage gewesen wären, das kommunistische Sozialismustheorem in Frage zu stellen oder institutionalisierte Kontrollen einzufordern.

Allerdings waren damit die »Sonder«-Interessen der Arbeiter, Bauern, Intellektuellen und anderer Gruppen keineswegs verschwunden. Sie verlagerten sich lediglich von der provisorischen Regierung in die Sowjets und in unterschiedlichste Interessengruppen sowie schließlich in die kommunistische Partei selbst. Stalin fand für dieses Problem seine eigene Lösung. Sicherlich wären in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts auch andere Wege jenseits des »totalitären« Regimes der dreißiger Jahre möglich gewesen. Aber in der Logik von *Was tun?* wäre *allein die Partei* in der Lage gewesen, sich für einen anderen Weg zu entscheiden.

Schon Hegel hat aufgezeigt, wie die Entwicklung von Institutionen nach ihrer Erschaffung einer Eigendynamik unterworfen wird, die weit mächtiger ist als der Einfluß äußerer Umstände. Ist die Partei erst einmal an der Macht und wird der demokratische Zentralismus radikal durchgesetzt, dann kann die Leninsche Parteitheorie dazu benutzt werden, alle Versuche abzuwehren, die Machtfülle eines tyrannischen Nachfolgers zu beschneiden. Sicherlich wurde das innerparteiliche Leben durch Stalin grundlegend verändert. Sein Dogmatismus, die Anwendung von Terror und der willkürliche Gebrauch von Macht waren zweifellos exzessiv. Die Gesamtheit dieser Veränderungen führte schließlich zu einem qualitative neuen Zu-

werde, so wie dies die Bolschewiki ursprünglich versprochen hätten. Sie forderten ferner, daß die wirtschaftlichen und politischen Unterdrückungsmaßnahmen aufhörten. Die Führer des Aufstandes waren zum Teil Anarchisten, zum anderen linke Kommunisten ... Der Aufstand wurde niedergeschlagen.« (Isaak Deutscher: Stalin. Eine politische Biographie, Berlin 1990, S. 290 f.)

»Das Proletariat braucht die Partei dazu, um die Diktatur zu erobern und zu behaupten.« (J. W. Stalin: »Über die Grundlagen des Leninismus«, in: Werke, Band 6, Berlin 1952, S. 159). 1925 hebt Stalin, Lenin zitierend, folgende Merkmale der Diktatur des Proletariats besonders hervor: »Die Diktatur bedeutet ... die uneingeschränkte, sich auf die Gewalt und nicht auf das Gesetz stützende Macht.« Und weiter: »Die Diktatur des Proletariats besteht aus den leitenden Weisungen der Partei samt der Durchführung dieser Weisungen durch die Massenorganisationen des Proletariats, samt ihrer Umsetzung in die Tat durch die Bevölkerung ... Zwischen den leitenden Weisungen der Partei und ihrer Umsetzung in die Tat liegen folglich der Wille und die Handlungen der Geführten ...« (J. W. Stalin: »Zu den Fragen des Leninismus«, in: Werke, a. a. O., Band 8, S. 26 f.).

Vgl. hierzu Isaak Deutscher: Stalin, a. a. O., S. 308 f.

Vgl. Leo Trotzki: Verratene Revolution, Zürich o. J., S. 95 ff.

So ist im *Schwarzbuch des Kommunismus* zu lesen:

»Stalin ging den Weg zu Ende, den Lenin eingeschlagen und Netschajew vorgezeichnet hatte: er benutzte extreme Mittel für eine extreme Politik.«

Stéphane Courtious:

Warum?, in: *Das Schwarzbuch des Kommunismus*, München/Zürich 1998, S. 823.

stand – zur Transformation von autoritärer Herrschaft in Totalitarismus. Es macht wenig Sinn zu behaupten, daß die realpolitischen Erfahrungen mit dem Leninismus irrelevant für die »authentische« Leninistische Partei seien, die zwar den Einparteiensstaat erfunden und Terror als legitimes Mittel politischer Taktik eingeführt hat, aber ursprünglich andere Absichten gehabt habe. Leninismus muß sicherlich nicht unter allen Umständen zum Totalitarismus führen, aber sobald die theoretischen Ideen von *Was tun?* angewandt werden, wird dies unausweichlich in einem Einparteiensstaat, mit zwar unterschiedlichen, aber durchweg schrecklichen Konsequenzen enden.

Die Geschichte gibt jeder Bewegung eine Chance auf Erfolg. Die Kommunisten haben ihre Chance *gehabt*. Von jetzt an haben die alten Entschuldigungen für immer ausgedient. Die von Kommunisten vorgebrachte Berufung auf die historische »Notwendigkeit« zur Rechtfertigung politischer Fehler und totalitärer Entgleisungen ist schlicht lächerlich. Ihre militante Art, die schwülstige Propaganda, die kruden Lügen und der willkürliche Gebrauch von Macht lasten noch immer wie ein Albtraum auf der Gegenwart. Versuche, die »Diktatur des Proletariats« – ein von Anfang an suspekter Begriff – wiederzubeleben, sind lediglich geeignet, die Kritik von allem, was irgendwie »links« ist, zu verstärken. Der Leninismus ist verbraucht. Seine Helden wurden geschlagen von Aktivisten mit einer demokratischen und humanitären Gesinnung. Gandhi, King, Mandela und Havel fordern uns heraus, über neue Organisations- und Kampfformen nachzudenken. Sie haben das Jahrhundert Lenins beendet. *Was tun?* ist nun lediglich eines unter vielen klassischen Büchern in den staubigen Regalen einer verwaisten Bibliothek.

AUS DEM AMERIKANISCHEN VON ARNDT HOPFMANN

FRANK RICHTER

## Für eine Rekonstruktion des historischen Materialismus

### *Geschichtsphilosophie und demokratischer Sozialismus*

Die programmatische Debatte in der PDS besitzt eine Dimension, über die bisher kaum reflektiert wird und über deren Wichtigkeit deshalb Unsicherheiten bestehen: ihre philosophische Grundlegung und die »Anwendung« solcher Grundlagen auf die Bestimmung und Diskussion strategischer Ziele. Ob und inwieweit die neue »Theorie« des demokratischen Sozialismus noch als Marxismus zu gelten hat und ob in ihr ein historischer Materialismus immer noch den angestammten Platz einnehmen müßte – ist weitgehend ungeklärt. Die oftmals eher plakative Inanspruchnahme von Termini wie *marxistisch, links, sozialistisch, reformerisch, modern* u. a. zeigt, wie unsicher wir uns auf diesem Feld bewegen.

Nachdem die Wendezeit irgendwann auch einmal die Frage auf die Tagesordnung brachte, ob man das Versagen des realen Sozialismus nur seinen Praktikern und nicht vielleicht wenigstens in Teilfragen auch seinen Klassikern anlasten müßte, war es wohl doch einfacher, die Behandlung der neuen Fragen nicht mit solchen bohrenden Urängsten und dann schließlich anstehenden Rechtfertigungen oder Abrechnungen zu belasten. Verständlich war dies allemal, und wenn man die Widersprüche unserer heutigen Welt in Betracht zieht, war die Tendenz, nun doch eher die Gültigkeit wichtiger marxistischer Thesen zu betonen als diese abzulehnen, schon irgendwie verständlich. Nachvollziehbar ist auch der Wunsch, in einer sich in Flügelkämpfen zerstreitenden Partei inhaltliche, möglichst eindeutige Kriterien zu besitzen, die es gestatten, falsche Positionen auszuschließen und die richtigen auszuwählen.

Im folgenden soll der Versuch unternommen werden herauszufinden, ob und in welchem Maße ein *historischer Materialismus* als Voraussetzung sozialistischer Politik immer noch erforderlich ist. Es gibt viele Fragen, über die heute so kontrovers diskutiert wird, daß man sich auch oder gerade als nichtreligiöser Mensch wenigstens den einen oder anderen Bezugspunkt wünscht, an dem man sich festhalten, orientieren kann. Wann beginnt menschliches Leben? Wie wird sich menschliches Leben künftig entwickeln? Gibt es wirklich eine gesetzmäßige Entwicklung der menschlichen Gesellschaft? Wird diese zu einer Gesellschaftsformation »Sozialismus« führen? Wie werden sich die verschiedenen Kulturen und Religionen künftig zueinander verhalten? Und nicht zuletzt: Welche Chancen besitzt ein weltanschaulicher Materialismus in der Zukunft?

Frank Richter – Jg. 1938; Prof. Dr. phil. habil., war bis 1991 im marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium an der Bergakademie Freiberg tätig. Forschungen und Publikationen zu philosophischen Fragen der Natur- und Technikwissenschaften; jüngstes Buch: *Philosophie in der Krise* (1991), zuletzt in *UTOPIE kreativ: Pluralität oder Pluralismus?* Heft 132 (Oktober 2001).

Die längst noch nicht beendete Aufarbeitung der Geschichte des Sozialismus in Theorie und Praxis hat die Bestimmung der Beziehung von Philosophie und den verschiedenen Wissenschaftsgebieten, besonders den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften, zu ihrem Element. Die schon bei den Klassikern ansetzende Verknüpfung von Theorie und Ideologie (im Sinne des Ausdrucks von Klasseninteressen) barg und birgt mancherlei Probleme, denen man erst recht nicht entkommt, wenn im Verlaufe der Entwicklung die Bestimmung eben jener Klasseninteressen mit einer Favorisierung von Parteiinteressen durcheinanderght und letztlich von diesen dominiert wird.

Unter solchen Bedingungen konnte auch marxistische Philosophie eine Gestalt erhalten, in der sie nie vorzukommen gedachte: als dogmatische Vorgabe an jegliches Denken und Handeln. Sie teilte damit das Schicksal fast aller Philosophien in der Geschichte, wo sie doch – aus eben diesem Grunde – eigentlich selber gar keine Philosophie mehr, sondern deren Aufhebung sein wollte. Es war ja sicher kein Zufall, daß Marx seine Hauptkraft auf die politische Ökonomie und nicht auf die Ausarbeitung eines »historischen Materialismus« bzw. einer Geschichtsphilosophie legte.

Die Fixierung des Philosophischen auf das Allgemeine, die allgemeinen Gesetze (Gesetzmäßigkeiten) in Natur, Gesellschaft und Denken vor allem durch Lenin rückte Philosophie erneut an die Spitze der Pyramide des Denkens. Stalinismus und die Ära danach änderten daran wenig – trotz punktueller Bemühungen, Philosophie im Sinne einer auf die Grundprinzipien des Menschen gehenden Fähigkeit des Denkens und des Denkenlernens zu begreifen und sie als einen echten Partner im komplexen Wechselspiel der verschiedenen sozialen Kräfte zu verstehen und zu praktizieren. Deshalb ist es sinnvoll, auch nach der Gestalt des historischen Materialismus zu fragen, die dieser im realen Sozialismus angenommen hatte, und es ist sicher genauso wichtig, über mögliche »Formänderungen« (Engels) dieses Materialismus nachzudenken, nachdem das Projekt eben dieser Form von Sozialismus als gescheitert angesehen werden muß.<sup>1</sup> Mit solchen Formänderungen, die natürlich immer eher inhaltliche Veränderungen hätten sein müssen, haben wir uns stets schwer getan. Bis heute!

Eine Erneuerung der PDS wie die Bestimmung eines Konzepts von demokratischem Sozialismus hat Konsequenzen in strategischer, programmatischer und theoretischer Hinsicht. Die bedeutende Rolle der Theorie ist dabei prinzipiell unbestritten, auch wenn es immer wieder Vorbehalte gegenüber einer anspruchsvollen und gründlichen theoretischen Debatte gibt.<sup>2</sup>

Es ist dies eine höchst komplizierte und verantwortungsvolle Aufgabe multi- und interdisziplinärer Art, die, sobald sie in die Sphäre des Strategisch-Programmatischen übergeht, nicht mehr allein den Theoretikern überlassen bleiben darf. Dazu sind Programmdiskussionen da.

Die Wechselwirkung von Strategie und Theorie ist nicht einfach mit leichter Hand zu konstatieren, sondern sie hat auch direkte Konsequenzen für die Theorie selber. Daraus ergibt sich heute unter anderem die Frage, ob und inwieweit sich eine »Theorie des demokratischen Sozialismus« noch als marxistische verstehen darf und

1 Die wichtige Frage, inwieweit Marx und Engels selber verantwortlich für dieses Scheitern sind, soll hier nicht ausgeführt werden. Das ist ein spezieller Aspekt, zu dem hier nur so viel gesagt werden soll: Geht man an die Entwicklung des Sozialismus in Theorie und Praxis evolutionstheoretisch heran, so muß man in verschiedenen Evolutionsetappen das Auftreten wirklich neuer, also noch nicht im Startpunkt bereits fertig ausgeprägter Entwicklungsrichtungen annehmen. Dennoch enthält Entwicklung immer auch einen gewissen präformativen Aspekt: Soll der Startpunkt für die Entwicklung nicht irrelevant sein, muß er bestimmte potentielle Entwicklungen bereits im Keim enthalten. Dazu gehört sicher in unserem Fall die Marx'sche Forderung von der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und damit die Unterstellung der Möglichkeit einer echten Volksdemokratie (die dann freilich von einer Diktatur des Proletariats durchgesetzt werden sollte, usw. usw.).

2 Vgl. die zum Teil theorieabstinenten Überlegungen zu einer Reformalternative der PDS in: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): ReformAlternativen: sozial – ökologisch – zivil, Berlin 2000, S. 157 ff.

sollte bzw. ob es möglich ist, wenigstens einen Bereich marxistischer Kerntheorie zu erhalten bzw. unter neuen Bedingungen zu reproduzieren? Die vielfach anzutreffende Erkenntnis, daß Marx mit seiner Kritik am Kapitalismus recht behalten habe, spricht zunächst für eine marxistische Gesellschaftstheorie auch in der Zukunft. Ob Marx gleichzeitig alle wesentlichen Ursachen für die heutige Situation damit bereits erfaßt hat und auch die erforderlichen Schlußfolgerungen und Konsequenzen damit adäquat beschrieben worden sind, ist aber eine zweite Frage. Diese wird man nicht mehr ganz so eindeutig beantworten wollen. Gleichzeitig ist es immer schwierig und mitunter auch verhängnisvoll, eine bestimmte Theorie zu streng auf den Namen ihres Schöpfers zu fixieren. Das erschwert Erkenntnisfortschritte und führt leicht zu Dogmatismus.

Im folgenden soll dies für das Gebiet der materialistischen Geschichtsauffassung bzw. des historischen Materialismus diskutiert werden. Dabei muß versucht werden, jenseits von vordergründigen Bezeichnungen die jeweiligen Grundthemen möglichst konkret zu bestimmen und Alternativen aufzuzeigen. Es darf also nicht erwartet werden, daß aus einer Diskussion geschichtsphilosophischer Fragen sofort Antworten auf die drängenden Probleme unserer Zeit gefunden werden. Es wäre schon viel geholfen, wenn es gelänge, bestimmte bisherige Grundvoraussetzungen dahingehend zu prüfen, ob sie nicht heute als *Vorurteile* oder schlechtweg als überholt anzusehen sind. Das brächte dann immerhin Raum für neue Überlegungen.

### *Grundzüge marxistischer Geschichtsphilosophie*

Wenn wir als den Grundgedanken von Marx den von der historischen Mission der Arbeiterklasse beim Sturz des Kapitalismus und der Errichtung des Sozialismus/Kommunismus als einer eigenständigen und völlig neuen Gesellschaftsformation nehmen, wird deutlich, daß strenggenommen alles Philosophieren im Marxismus diesem Gedanken untergeordnet ist. Insofern war der »historische Materialismus« eigentlich der Kernbereich marxistischer philosophischer Theorie, der die Voraussetzungen wie die Begründung des Marx'schen Konzeptes zu liefern hatte: Basis und Überbau, Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse, Klassen und Klassenkampf, Staat und Klasseninteressen, Gesellschaftsformation und Formationsabfolge, Gesetzmäßigkeit des historischen Prozesses, Analyse des Kapitalismus und entsprechende Konsequenzen für die Gestaltung des Sozialismus/Kommunismus usw. »Dialektischer Materialismus« im engeren Sinne, Erkenntnistheorie, Ethik und Ästhetik waren eigentlich nur Voraussetzungen, Propädeutik.

Wenn man in diesem Zusammenhang auf die Rolle der Geschichte für Gegenwart und Zukunft und die damit verknüpften Geschichtsdiskussionen in der PDS reflektiert<sup>3</sup>, kommen wir nicht umhin, die bisher dominierenden Vorstellungen auf den Prüfstand zu setzen:

Es gibt eine Objektivität des Geschichtsprozesses analog zu Naturgesetzen und naturgeschichtlicher Evolution.

Gesellschaftliche Gesetze existieren als Entwicklungsgesetze über den gesamten Formationsverlauf hinweg sowie als Strukturgesetze einzelner Formationen (zum Beispiel die Kapitallogik im Kapitalismus).

3 Vgl. Ernst Wurl: Macht und Last der Tradition. Das Exempel PDS, in: UTOPIE kreativ, Heft 141/142 (Juli/August 2002) und Ders.: Die öffentliche Geschichtsdebatte und die Linke – Tendenzen und Probleme, in: UTOPIE kreativ, Heft 145 (November 2002).

Es gibt eine dominante (primäre) Rolle der materiellen Produktion. Der Mensch als »ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse« findet in diesem Bereich zwar nicht seine ausschließliche, aber dennoch entscheidende Bestimmung.

Objektive Widersprüche in Gestalt von Klassegegensätzen sind die Triebkraft der Geschichte, was letztendlich die historische Mission des Proletariats bedingt.

Die bisherige Geschichte wird durch den Sozialismus/Kommunismus als neue Gesellschaftsformation abgeschlossen.

Geschichte bedeutet zumindest auf längere Distanzen hin Fortschritt, also Entwicklung vom Niederen zum Höheren.

Alle diese Prämissen traditionell-marxistischer Gesellschafts- und Geschichtsinterpretation sind in die Kritik geraten.<sup>4</sup> Sie scheinen einmal dem konkreten Geschichtsverlauf nicht oder wenigstens nicht immer zu entsprechen; außerdem sehen sie sich auch »interner Kritik« ausgesetzt – zum Beispiel das Gesetzesverständnis in Gesellschaft und Geschichte betreffend, die Objekt-Subjekt-Dialektik, das Sozialismusbild u. v. a. m. Die Situation ist kompliziert: Das bekannte Modell des »realen Sozialismus« ist als gescheitert anzusehen, gleichzeitig ist nicht absehbar, wie die »Kapitallogik« in ihrer verbreiteten Unlogik die globalen Menschheitsprobleme lösen soll. Der traditionelle historische Materialismus hat seine Überzeugungskraft eingebüßt, aber vergleichsweise produktive alternative Gesellschaftskonzepte stehen nicht zu Verfügung. Allorts wird vor neuen Utopien gewarnt, dennoch schreien die gegenwärtigen Entwicklungen geradezu nach einer neuen Utopie – als Voraussetzung und moralische Instanz für neue Gesellschaftsmodelle, die den anstehenden Forderungen einigermaßen entsprechen könnten.

Am Anfang steht eine entsprechende Ortsbestimmung. Danach kann man versuchen, bestimmte Theoriebestandteile zu rekonstruieren. Das ist schwierig, weil sie wiederum alle miteinander zusammenhängen und nicht getrennt voneinander behandelt werden dürften.<sup>5</sup>

Als Hauptaufgabe des historischen Materialismus könnte man die Zurückweisung bürgerlicher Gesellschaftskonzepte und die Begründung der historischen Mission der Arbeiterklasse ansehen.<sup>6</sup> Auch die journalistische Tätigkeit von Marx praktizierte einen historischen »Materialismus«, zunächst noch gekennzeichnet durch die Zurückführung ideologischer Verhältnisse auf *politische*. Dann kam die Orientierung auf die Produktionsweise hinzu, in Auseinandersetzung mit Feuerbach und den Junghegelianern. Die Herausgeber des zweiten Bandes der MEW betonen, die Grundidee des historischen Materialismus sei die Hervorhebung der Produktionsweise für die Entwicklung der Gesellschaft gegen die bisher herrschende idealistische Geschichtsauffassung: *Nicht Ideen, sondern wirkliche Menschen mit ihrer praktischen Gewalt machen Geschichte*.<sup>7</sup> Daraus resultiert die Rolle der Masse, des Volkes, des Proletariats: Nicht was der einzelne Proletarier sich vorstellt ist entscheidend, sondern was das Proletariat ist und »was es diesem *Sein* gemäß geschichtlich zu tun gezwungen sein wird«.<sup>8</sup> Weiter im Vorwort: Der Kommunismus sei die logische Schlußfolgerung aus der materialistischen Philosophie. Der »Kultus des abstrakten Menschen« bei Feuerbach wurde zurückgewiesen. Die Unvermeidlichkeit des Sieges des Kommunismus ergibt

4 Dagegen erweckt der Beitrag von Kay Müller: Abschied vom historischen Materialismus, in: *UTOPIE kreativ*, Heft 143 (September 2002), S. 831 als Kritik an Erhard Crome: Sozialismus als Politik, in: *UTOPIE kreativ*, Heft 139 (Mai 2002), S. 402 den Eindruck, als gäbe es noch einen historischen Materialismus, der ohne prinzipielle Korrekturen unverändert als stabiles Korrektiv konkreten gesellschaftlichen Wissens gelten könne.

5 Vielleicht sollten wir uns bei solchen Aufgaben des postmodernistischen Terminus der *Dekonstruktion* entsinnen. Im Unterschied zur *Rekonstruktion* macht diese auch vor den Fundamenten nicht halt, nimmt sie auseinander, vergleicht ihre Ansprüche mit den Wirkungen aufs Gesamtgebäude und versucht dann nach entsprechender Kritik, Brauchbares beim Neubau des Hauses zu verwenden. Ich höre freilich schon jene aufschreien, denen bereits eine *moderne* Sozialismusauffassung suspekt ist... (vgl. Fußnote 4).

6 Das begann systematisch mit der *Heiligen Familie* von 1845, fortgesetzt durch die *Deutsche Ideologie*, wobei über die Einordnung der *Pariser Manuskripte* von 1844 auch wieder zu reden wäre.

7 Vgl. Vorwort der Herausgeber zu MEW, Band 2, S. V/VI.

8 Karl Marx und Friedrich Engels: *Die heilige Familie*, in: MEW, Bd. 2, S. 38.

sich daraus, weil »das Privateigentum in seiner ökonomischen Entwicklung sich selbst das Grab schaufelt«<sup>9</sup>. Die Herausgeber zählen dies zu den Leitsätzen, auf denen die marxistische politische Ökonomie beruht.

9 Vgl. Vorwort, ebenda, S. VII.

Marx und Engels beginnen selber mit der These, daß der reale Humanismus in Deutschland keinen gefährlicheren Feind hat als den Spiritualismus oder den spekulativen Idealismus, der an die Stelle des wirklichen individuellen Menschen das Selbstbewußtsein oder den Geist setzt und mit dem Evangelisten lehrt: »Der Geist ist es, der da lebendig macht, das Fleisch ist kein Nütze.«<sup>10</sup> Damit sind die Weichen in Richtung *Materialismus* gestellt – und soweit scheint alles in Ordnung zu sein.

10 Karl Marx und Friedrich Engels: Die heilige Familie, a. a. O., S. 7.

Bestimmte Fragen und Unsicherheiten gab es jedoch schon zu DDR-Zeiten:

Warum haben Marx und Engels ihren historischen Materialismus im Sinne der *Deutschen Ideologie* nicht weitergeführt und warum gibt es im *Anti-Dühring* keinen historischen Materialismus, sondern neben Philosophie (im heutigen Sinne einer Ontologie), Dialektik und Erkenntnistheorie nur Ökonomie und Sozialismus-Theorie? Welchen Charakter besitzt *Das Kapital*? Wieso durfte Lenin seinerseits den historischen Materialismus als eine »allgemeine Soziologie« auffassen?

Ist der historische Materialismus im Sinne von Marx ökonomistisch, das heißt, überbetont und verabsolutiert er die Rolle ökonomischer Kategorien und Beziehungen?

Welches Determinismus- und Gesetzeskonzept liegt der Formationstheorie des Marxismus-Leninismus zugrunde (Gesetzmäßigkeit und Offenheit der Entwicklung)?

Läßt sich die Beziehung Materie/Bewußtsein, wie sie möglicherweise sogar falsch aus der Gegenüberstellung von Natur und Bewußtsein gewonnen wurde, wirklich auch auf die Gesellschaft anwenden (»Primat«)?

Können wir im Rahmen des historischen Materialismus zu einer adäquaten Persönlichkeitstheorie und zum Verständnis von universellen Menschenrechten gelangen, wenn wir der scharfen Polemik von Marx gegen Feuerbach bedingungslos folgen?

Es geht also um grundlegende Fragen nach der Basis menschlicher Gesellschaft und nach den Entwicklungsmechanismen, -triebkraften und -zielen menschlicher Entwicklung. Die genetische wie strukturelle Verbundenheit des Menschen mit der Natur (die ja selbst in der christlichen Schöpfungsgeschichte gegeben ist) hat natürlich ihre Konsequenzen hinsichtlich der Beziehungen von *Fleisch* und *Geist*. Die Notwendigkeit, die Lebensbedingungen durch harte Arbeit (»im Schweiß deines Angesichts«) erwerben zu müssen, macht letztendlich den unhintergehbaren Stellenwert der Ökonomie aus. Ob es wirklich erforderlich ist, die in der Wirtschaft durch den Menschen einzugehenden Beziehungen als *materiell* zu bezeichnen und ihnen gegenüber dem Bewußtsein der assoziierten Produzenten, ohne das Arbeit gar nicht zu denken ist, das *Primat* zuzusprechen, ist eine wichtige Frage und vielleicht sogar die *crux* bisherigen marxistischen Denkens.

Es geht dabei nicht nur um den ethischen Themenkreis, der mit dem Materialismusbegriff trotz langer Bemühungen innerhalb der

11 Vgl. Michael Brie, Michael Chrapa, Dieter Klein: Sozialismus als Tagesaufgabe, Berlin 2002, S. 88 ff.

12 Peter von Oertzen (Neues Deutschland, 15. Mai 2001, siehe auch: Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 46, Beilage Juni 2001, S. 15) kritisierte die PDS bzw. den Brie/Klein-Programmtext, hier werde die Gesetzmäßigkeit der Kapitallogik unzureichend reflektiert und die programmatischen Vorstellungen blieben damit Wünsche und eine Mogelpackung. Das Programm der SPD sei demgegenüber konsequenter und realistischer. Die Forderung Oertzens, die PDS müsse eine echte Alternative zur Kapitalverwertung anbieten, mutet da freilich selbst schon wieder inkonsequent und utopisch an.

13 »Auch im sozialen Leben gibt es wichtige Naturgesetze. Für sie scheint der Ausdruck soziologische Gesetze angemessen zu sein.« (Karl R. Popper: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Band 1, Tübingen 1992, S. 80).

14 Popper zum Beispiel bestreitet die Existenz derartiger Gesetze: »Aber es gibt Gründe, warum man besser täte, von historischen Gesetzen überhaupt nicht zu sprechen.« (Karl R. Popper: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Band 2, Tübingen 1992, S. 392).

marxistischen Denktradition immer noch kaum überzeugend zu bedienen ist, sondern um weitere Aspekte, die bisher eng, vielleicht zu eng mit dem Materiebegriff verbunden worden sind: die Beziehung von Ökonomie und Politik und darin eingeschlossen das Problem des marxistischen Menschenbildes wie das der sogenannten objektiven gesellschaftlichen, speziell ökonomischen Gesetze. Insofern hat das Ausbleiben des gesetzmäßigen Sieges des Sozialismus im Weltmaßstab nicht nur praktische Konsequenzen – es stellt den ganzen historischen Materialismus in Frage, der ja nicht nur fordert, die ökonomischen Beziehungen zu analysieren, sondern ihnen auch eine herausragende Rolle beimißt und diese durch die Zuspriechung eines Primats geradezu zu tabuisieren scheint.

### *Gesetzestheorie und Kapitallogik*

Wenn man sich entschließt, zu einem solchen komplexen Thema eine Debatte zu führen, dann ist normalerweise das Ergebnis offen. So auch hier. Um einige Anregungen zu geben, soll nachfolgend das Thema *Kapitallogik* in dem genannten Kontext erörtert werden.

In programmatischen Diskussionen spielt das Thema eine Rolle<sup>11</sup>, und nicht zuletzt Peter von Oertzen hat der PDS vorgeworfen, mit ihrer Forderung nach Bändigung der Kapitallogik eine Mogelpackung vorgelegt zu haben, die zudem grundlegenden marxistischen Positionen von der objektiven Rolle gesellschaftlicher, ökonomischer Gesetze widerspreche<sup>12</sup>. In dem Zusammenhang erinnern wir uns der Termini *Sachzwang* bzw. *Sachzwänge*, mit denen Beziehungen angesprochen werden, die man auch als gesetzesartig oder direkt als *Gesetze* bezeichnen könnte: Unter bestimmten Bedingungen ist eine bestimmte Konsequenz unausweichlich. Solche Gesetze gibt es natürlich auch in der kapitalistischen Wirtschaft.

Tatsächlich finden wir im gültigen Programm der PDS den Ausdruck *Kapitallogik* nicht, dafür ist aber die Rede von *Herrschaft des Kapitals* und dessen *zerstörerischer Entwicklungslogik*, von *Dominanz des Profitprinzips*, von einer zu überwindenden, *von Profit und Kapitalverwertung bestimmten Entwicklung der Volkswirtschaften und Gesellschaften*: Wenn wir *Kapitallogik* im marxistischen Sinne mit Wert- bzw. Mehrwertgesetz übersetzen, dann gehört dieses zu den Strukturgesetzen der Gesellschaft, über deren Existenz – von der benutzten Terminologie abgesehen – eigentlich keine großen Meinungsunterschiede bestehen. Selbst Karl R. Popper akzeptierte solche Gesetze<sup>13</sup>, die die Funktionsweise von Gesellschaftssystemen und ihrer wesentlichen Elemente bestimmen. Ob es darüber hinaus auch noch Entwicklungsgesetze gibt, die die Ablösung einer Formation durch eine andere bzw. eine ganze Formationsfolge determinieren, ist die andere, weitaus umstrittenere Frage.<sup>14</sup>

Beide Problemkreise gehen ineinander über, wenn zum Beispiel darüber diskutiert wird, ob und wie man ein objektives Gesetz wie eben die Kapitallogik »zähmen«, also regulieren oder beeinflussen kann, und wenn das dann als Bedingung oder Voraussetzung für eine entscheidende Veränderung der durch dieses Gesetz bestimmten Formation, also hier den Kapitalismus, begriffen wird, dann stehen mehrere Fragen – und zwar sowohl grundsätzliche, weltanschauliche, wie spezielle, auf bestimmte Entwicklungsetappen bezogene – im Raum:



Kann man so etwas mit objektiven Gesetzen wirklich tun?

Inwiefern sind Gesetze objektiv, wenn historische Akteure durch Beeinflussung oder gar Neusetzung von Bedingungen (für die Existenz dieses Gesetzes) Einfluß auf deren Verwirklichung nehmen können?

Ist es vorstellbar, daß man ein Gesetz wie die Kapitallogik beim Übergang in eine andere Gesellschaftsformation »abschaffen«, also die Bedingungen für seine Existenz aufheben kann? Hat die Existenz des realen Sozialismus eine solche Möglichkeit bewiesen oder widerlegt?

Was passiert mit objektiven Gesetzen im Rahmen von Entwicklungsprozessen?

Autoren wie Christa Luft nehmen ganz selbstverständlich an, daß das Kapitalgesetz gezähmt werden kann und muß – durch entsprechende Rahmenbedingungen, Steuergesetzgebungen u. a. m.: »Worum es aktuell geht, ist die Zurückdrängung und schließlich die Überwindung der Profitudominanz über Wirtschaft und Gesellschaft, die reale Durchsetzung der Sozial- und Gemeinwohlverpflichtung des Eigentums, wie es das Grundgesetz gebietet.«<sup>15</sup> Dem entspricht der Passus im Parteiprogramm der PDS von 1993, wo gefordert wird, die wirtschaftliche Entwicklung demokratisch zu steuern und zu kontrollieren, insbesondere eine aktive Industrie-, Struktur-, Regional- und Beschäftigungspolitik auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene zugunsten sozial und ökologisch verträglicher Wirtschaftsziele zu betreiben.<sup>16</sup> Dem widersprechen Autoren wie der Sozialdemokrat v. Oertzen, die den objektiven Charakter der Kapitallogik betonen, also eine Unaufhebbarkeit des entsprechenden ökonomischen Gesetzes der Kapitalverwertung annehmen. Uwe-Jens Heuer hält (mit Wolfgang Fritz Haug) soziale wie demokratische Regulierungen des Kapitalismus für fast so utopisch wie seine Abschaffung, legt sich dann aber doch auf das Ziel einer anderen, sozialistischen Gesellschaft fest.<sup>17</sup>

*Kapitallogik* ist ein eher weltanschaulich-programmatisch orientierter Begriff.<sup>18</sup> Als einzelwissenschaftlicher ökonomischer Begriff gibt es ihn gar nicht. Er muß deshalb auf diese Ebene hin übersetzt werden, und dann kann anschließend seine weltanschauliche Interpretation überprüft werden. Wo immer von *Kapitallogik* die Rede ist, geht es also zunächst immer um den (zu kritisierenden) ungezähmten Verwertungsprozeß des Kapitals, also den Drang hin zu Maximalprofit, wie auch um die Unterwerfung aller menschlicher Seinsbereiche unter den Verwertungsprozeß des Kapitals. Dazu sind das Privateigentum an Produktionsmitteln wie die Existenz eines freien Marktes (wesentliche) Bedingung.

Unter diesen Voraussetzungen kann *Kapitallogik* als das Grundgesetz der Kapitalbewegung verstanden werden: Unter den genannten Bedingungen verwertet sich Kapital maximal – auch in Bereichen, die man aus sozialistischer Sicht vor ihm schützen sollte, zum Beispiel Kultur, Gesundheits- und Bildungswesen. Gelegentlich wird auch vom *Kapitalprinzip* und nicht von einem *Gesetz* gesprochen, was wohl darin seine Ursache hat, daß es nicht möglich ist, jenen Zusammenhang auch als eine quantitative Beziehung zu bestimmen – was bei Gesetzen, wo variable Größen und Konstanten mathema-

15 Christa Luft: Zählung des Kapitals, in: Neues Deutschland, 29. 11. 2002, S. 13.

16 Partei des demokratischen Sozialismus: Programm und Statut, Berlin 1998, S. 16.

17 Uwe-Jens Heuer: Es gilt, den Weg von Gera zu bejahren und inhaltlich zu vertiefen, in: Neues Deutschland, 3. 1. 2003, S. 14.

18 Sieht man im Internet nach, findet man leicht über 300 Stellen, wo *Kapitallogik* zumeist im Sinne *Notwendigkeit der Erneuerung der Gesellschaft jenseits der Kapitallogik* verwendet wird.

tisch miteinander verknüpft sind, zumeist der Fall ist. So bleibt auch die allgemeine Formel des Kapitalkreislaufs  $G - W - G'$  im Qualitativen.

Bleiben wir beim *Gesetz*: Gesetze beschreiben Zusammenhänge, die von bestimmten Bedingungen abhängig sind. Kein Privateigentum an Produktionsmitteln und kein freier Markt – also auch kein Kapital im Marxschen Sinne und kein Gesetz der Kapitallogik. Existieren diese Bedingungen, dann existiert oder wirkt aber auch dieses Gesetz. Dabei gilt, daß jener Zusammenhang nur und nur unter den genannten Bedingungen gilt und daß andere Beziehungen in der Realität zwar existieren, hier aber nicht interessieren. Wenn wir dabei bleiben, daß Gesetze nicht nur Widerspiegelung objektiver Realität, sondern selber objektive Realität sind, dann müssen wir anerkennen, daß die objektiven Gesetze elementare Beziehungen sind und daß jeder Wirklichkeitsbereich komplexer ist, als jene Gesetze es sein können.

Da in der Realität immer zugleich auch andere Zusammenhänge existieren und relevant sind, als gerade in jenem Gesetz erfaßt, ist es dann eine ganz andere Frage, wie ein Gesetz unter jenen weitaus komplexeren Bedingungen wirkt, als für die es formuliert worden ist. Hier stoßen wir auf die Komplikation, daß Gesetze in der Realität immer auch unter begleitenden Bedingungen wirken, wodurch der Eindruck erweckt wird, daß sie nicht *rein* wirken, sondern *modifiziert*. Man könnte auch konsequenterweise sagen, daß sie überhaupt nicht wirken, wenn man auch ihre *quantitative* Seite für wesentlich hält. Wir haben das früher immer am Fallgesetz erklärt: Es ist für das Vakuum definiert und schon in Luft existiert es streng genommen nicht, denn die Wirkung der Luft müßte in das Gesetz eigentlich als Variable oder weitere Konstante neben der Gravitationskonstante eingeführt werden. Natürlich will niemand sagen, daß objektive Gesetze dann auf einmal nicht mehr existieren, also behelfen wir uns mit Ausdrücken wie »wirkt nicht rein«, »wird modifiziert« o. ä. Es ist auch wirklich nicht so einfach, die Angelegenheit sprachlich korrekt zu handhaben. Dabei haben diese Probleme nur die Philosophen, weil sie – im Unterschied zu den Physikern – die ganze Sache durch Verwendung von Begriffen wie *Existenz*, *Sein* und *Wesen* komplizieren. Sie können es aber auch nicht einfach lassen, weil sie diejenigen sind, die sich nach der Existenz von Gesetzen fragen und auch befragen lassen müssen.

Vielleicht hilft eine Analogie zu Naturgesetzen und ihrer Umsetzung in der Technik! Die Frage ist komplex und die Antwort wird es nicht minder. Aber es ist eine ganz einfache Frage, die uns ins Zentrum der Auseinandersetzung führt: Wenn ein Flugzeug nicht abstürzt, sondern fliegt, wozu es ja da ist, wird dann das Fall- bzw. Gravitationsgesetz verletzt? Analog dazu: Wenn die Kapitallogik nicht rein und allein in der Wirtschaft wirkt, wird sie dann aufgehoben oder verletzt? Die Vermutung liegt nahe, daß die hier genannten Unklarheiten auf einer Verwechslung von *Gesetz* und *Prozeß* (bzw. Zustand, wenn es sich nicht um einen in der Zeit ablaufenden Vorgang handelt) beruhen. Zunächst haben wir es ja immer mit Vorgängen oder Zuständen zu tun, um deren Erkenntnis und Beherrschung willen eine *Komplexitätsreduktion* vorgenommen wird: Die Vielzahl

innerer und äußerer Beziehungen des betrachteten Prozesses muß verringert werden, es werden wesentliche Kausalbeziehungen und Gesetze gesucht und schließlich auch gefunden. So ist die mathematische Bestimmung des Gravitationsgesetzes, wobei  $F$  die Gravitationskraft ist,  $m_1$  und  $m_2$  die Massen der beiden Körper,  $d$  die Entfernung zwischen diesen und  $G$  die Gravitationskonstante, ein typisches Beispiel dafür, wie aus einem komplexen Zustand, zum Beispiel unserem Sonnensystem, bestimmte Relationen in Form eines *Gesetzes* herausgegriffen werden. Diese Relationen sind eine Teilmenge der Relationen des betreffenden Systems und alle wissen, daß in diesem System weitere Relationen (Fliehkräfte, Drehimpulse, Rotationen, Strahlung, Wärmeaustausch, chemische Reaktionen u. a.) existieren, die von vorgenanntem Gesetz nicht erfaßt werden.

Wenn also trotz Existenz des Gravitationsgesetzes die Erde nicht in die Sonne stürzt, so liegt das daran, daß neben dem Gravitationsgesetz noch weitere Gesetze existieren, die dies verhindern, zum Beispiel Gesetze der Fliehkräfte. Beim Flugzeug kommen die Gesetze des dynamischen Auftriebes dazu. Natürlich wirkt das Gravitationsgesetz *dennoch*, denn die Erde würde sonst ins Weltall geschleudert oder das Flugzeug könnte nie landen. Insofern wäre es verkehrt, zu sagen, daß das Gravitationsgesetz *nicht mehr wirke* oder nur eingeschränkt wirke, modifiziert werde o. ä. Das Gravitationsgesetz sieht ja gerade von solchen Fliehkräften ab und es gilt, solange und insofern in einem bestimmten Raum schwere Massen existieren.<sup>19</sup> Logisch hat obige Formel die Struktur einer Wenn-dann-Beziehung, auch wenn dies nicht gleich offen zutage tritt: Wenn es solche Massen gibt, dann ist die Gravitationskraft zwischen ihnen von der Größe der Massen, ihrer Entfernung und von  $G$  abhängig.<sup>20</sup>

Auch Marx hat sich im *Kapital* mit dieser Problematik herumgeschlagen und es hat den Anschein, als sei er nicht ganz unschuldig an den beschriebenen Verwirrungen. Seine Bemerkungen zum *Tendenzencharakter* der Gesetze und zur *Modifikation* von Gesetzen deuten darauf hin, daß auch er im *Kapital* die Beziehung von Gesetz und Prozeß sprachlich nicht präzise faßt. So betont er:

Der Physiker sucht, den reinen Prozeß zu beobachten oder aber er stellt bestimmte Experimente unter solchen Bedingungen an, »welche den reinen Vorgang des Prozesses sichern«. Der Ökonom muß solche Experimente durch die Abstraktionskraft ersetzen.

»Es handelt sich um diese Gesetze selbst, um diese mit eherner Notwendigkeit wirkenden und sich durchsetzenden Tendenzen.«<sup>21</sup>

Dem Theoretiker Marx geht es also um den *reinen* Prozeß. Damit wird er das *ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft* meinen, das er in England für am weitesten ausgeprägt und entwickelt sieht. Wie der Physiker durch seine Experimente zur Gesetzeserkennung gelangt, kommt der Ökonom auf dem Wege der Abstraktion zum gleichen Ergebnis – zur Erkenntnis der Gesetze. Der reine Prozeß wird durch die Gesetze charakterisiert. An anderer Stelle spricht er vom »...absolute(n), allgemeine(n) Gesetz der kapitalistischen Akkumulation. Es wird gleich allen andren Gesetzen in seiner Verwirklichung durch mannigfache Umstände modifiziert, deren Analyse nicht hierher gehört.«<sup>22</sup> Die reinen, absoluten Gesetze werden durch mannigfaltige Umstände *modifiziert*, sagt Marx. Nun

19 Da die Objekte im mikrophysikalischen Bereich keine solche Massen sind, existiert dort auch das Newtonsche Gravitationsgesetz nicht. Das Bohrsche Atommodell (im Unterschied zum Rutherford'schen) benötigt zu seiner Darstellung andere Gesetze.

20 Es ist analog so auch in dem bekannten »Gesetz«: *Wenn heute Freitag ist, ist morgen Sonnabend*. Dieses Gesetz gilt an jedem Tag der Woche, also auch, wenn heute nicht Freitag ist. Daß heute nicht Freitag ist, ist eine Frage des realen Zustandes, der mit Hilfe dieses Gesetzes, jedoch *allein mit ihm* nicht umfassend erklärt und beschrieben werden kann.

21 Karl Marx: *Das Kapital*. Erster Band, in: MEW, Bd. 23, S. 12.

22 Ebenda, S. 674.

wirken Gesetze ja immer unter Bedingungen, die man auch wieder klassifizieren kann, zum Beispiel in wesentliche Bedingungen und Begleitbedingungen. Das Gesetz existiert in diesem Sinne nur dann, wenn entsprechende wesentliche Bedingungen existieren, hier vor allem Privateigentum an Produktionsmitteln. Werden diese Bedingungen aufgehoben, existiert auch das Gesetz nicht mehr. Von einer *Modifizierung* des Gesetzes kann also nicht gesprochen werden.

Haben wir die (realen) Begleitbedingungen im Sinn, zum Beispiel in Deutschland und England existierende historische Voraussetzungen oder auch Rechtsnormen, so beeinflussen diese zwar den konkreten ökonomischen Prozeß – eine Modifikation des entsprechenden ökonomischen Gesetzes liegt aber nicht vor. Wenn etwas modifiziert wird, dann ist es der konkrete Prozeß. Der Ausdruck Modifizierung setzt freilich voraus, daß es so etwas wie einen reinen, unverfälschten, nichtmodifizierten, originellen Prozeß überhaupt gibt. Den gibt es aber gar nicht, es sei denn, man idealisiert einen bestimmten gesellschaftlichen Zustand (wie hier England) und nimmt ihn als Maßstab, oder aber man bestimmt diesen als das reine Gesetz selber. Damit haben wir aber nur wieder jene m. E. *falsche* Identifizierung von Gesetz und Prozeß vor uns. Ob es sinnvoll ist, den konkreten historischen Prozeß als Modifikation der diesem zugrundeliegenden Gesetze aufzufassen, ist immerhin denkbar, führt aber wohl nur immer wieder in jene Verwirrung hinein, die wir doch eigentlich ausräumen wollen.

Gleiche Probleme bereitet uns in diesem Zusammenhang der Terminus *Tendenz*.

Der *Tendenzcharakter*, von dem Marx spricht, und dieser Ausdruck reicht bis heute in die marxistische Gesetzentheorie hinein, wird nicht jenen Modifikationen zugesprochen, sondern den Gesetzen *selbst*. Das verwundert, denn eigentlich ist es ja die Realität, sind es die Prozesse und Zustände, deren Verhalten im Verhältnis zum Gesetz »nur« als diesem entsprechende Tendenz erscheint.<sup>23</sup> Wenn Marx bereits im Vorwort zum Ersten Band des *Kapital* sichtbar macht, wie er den Gegenstand der politischen Ökonomie versteht und dabei die Rolle der Kapitalisten als Individuen ausdrücklich ausschließt<sup>24</sup>, obwohl der kapitalistische Reproduktionsprozeß natürlich ohne jene Individuen nicht funktioniert, so wird deutlich, daß man allein auf dieser Basis keine Strategie ausarbeiten kann. Sie kann dafür nur eine Grundlage liefern und sie ist durch theoretisches wie praktisches Wissen auf verschiedenen Ebenen zu ergänzen und so zu einem wirklichen Ganzen zu machen.

### *Zusammenfassung*

Diese Analyse macht deutlich: Marx verwendet in seiner Analyse der ökonomischen Struktur des Kapitalismus zum Teil Begriffe, die zu allgemeinen Verunsicherungen in ökonomie- wie geschichtstheoretischer Hinsicht führen können und geführt haben. Eine Lösung aktueller Fragen schließt, solange wir den Marxismus nicht einfach fallen lassen wollen, die Auseinandersetzung mit solchen Überlegungen ein. Gleichzeitig sind sie die einzige Möglichkeit, marxistische Gedankengänge heute noch lebendig zu halten und produktiv werden zu lassen.

23 Auch das sog. Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate spiegelt eine (in der Realität gegebene) Tendenz in einem nicht-tendenziellen Sinne wider.

24 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, a. a. O., S. 16.

Wenn wir durch unsere Analyse etwas herausgefunden haben, dann dies: Auch wenn die *Kapitallogik* ein objektives Gesetz darstellt, so spricht nichts dagegen, es im üblichen (alltäglichen wie politischen) Sinne des Wortes zu modifizieren. Man kann einem ungetrübten, liberalistischen Wirken der Kapitallogik Grenzen setzen wollen, und man ist nicht gezwungen, Konzepte zu entwickeln, in denen dieses Gesetz generell aufgehoben werden muß – etwa durch eine Gesellschaftsformation, in der die Existenzbedingungen für dieses Gesetz aufgehoben sind. Und ganz sicher ist keine dieser Forderungen ein »Verstoß« gegen den historischen Materialismus und damit der direkte Beweis für eine reformistische oder stalinistische Sozialismuskonzeption. Zunächst muß erst einmal geklärt werden, inwiefern die Kapitalverwertung für wirtschaftliches Wachstum erforderlich ist, welche Formen des Wachstums möglich und sinnvoll sind, inwiefern eine soziale bzw. ökosoziale Marktwirtschaft wissenschaftlich begründet werden kann usw. usf. Vorschnelle geschichtsphilosophische Urteile sind da fehl am Platze.

Gesetzeserkenntnis ist eine Form abstrahierenden Denkens, und die Anwendung solchen Wissens bedarf sofort einer Konkretisierung, soll es nicht bei der Aufstellung abstrakt-utopischer Zielsetzungen bleiben. Ob man ein solches Herangehen noch als *historischen Materialismus* verstehen kann, hängt davon ab, wie man diesen vorher gefaßt hat: Je einseitiger und unhistorischer, »mechanischer« er verstanden worden war, um so eher muß er aufgehoben werden. Man kann sich aber auch dafür entscheiden, ihn *rekonstruieren* zu wollen.

STEPHAN WOHANKA

# Ist die Vergangenheit für die Gegenwart verantwortlich? Geschichte als Interpretation

Die Interpretation, das Verständnis dessen, was Geschichte sei, was sie bewirke respektive bewirkte, erregt regelmäßig die Gemüter. Häufig wird dabei eine deutliche Sprache gesprochen – zwei Beispiele: »Angesichts der tatsächlichen Katastrophengeschichte (des Kapitalismus – St. W.) sind die Klarsichtigen der Vergangenheit Zeugen dafür, daß die falsche strukturelle Entwicklung nicht naturwüchsig notwendig war..., sondern eine Geschichte des Versagens der Verantwortlichen in Wissenschaft und Politik ist«<sup>1</sup>.

Und: Schuld an der mißlichen Lage der Menschheit sei »der Sieg einer politischen Logik, die Symptom einer schweren Kopfkrankheit und Hirnverseuchung ist, einer kollektiven Verblödung und moralischen Deformation«<sup>2</sup>.

Ja natürlich, es hat immer Kritiker der Zeitenläufe gegeben. Es wird sie auch weiterhin geben und sie werden sich auf frühere Kritiker desselben Phänomens stützen; die Kapitalismus- respektive Sozialismuskritik ist da nur ein Beispiel unter vielen. Können jedoch die früheren Kritiker, die »Klarsichtigen« also, so umstandslos als »Zeugen einer falschen Entwicklung« vereinnahmt werden? Oder kann die Gegenwart, so beklagenswert der oder die einzelne sie auch sehen mag, ebenso umstandslos als Produkt einer »kollektiven Verblödung und moralischen Deformation« angesehen werden?<sup>3</sup> Gab es früher mehr Klugheit und mehr Moral? Erhebliche Zweifel sind angebracht! Weiter: Haben die Klarsichtigen die dann folgende Entwicklung sozusagen »richtig« – aus Sicht des modernen Kritikers – voraussehen können? Positiv gewendet – hätte Geschichte »besser« gelingen können? Dann hätte man sie den damals Klarsichtigen überlassen müssen – wäre das aber gegangen?

Man könnte die Fragen leicht häufen, sie liefern alle auf zwei grundsätzliche Probleme hinaus:

Erstens kann menschliches Handeln und damit die spätere Zukunft vorweg genommen, *antizipiert* werden? Und – mittelbar daraus folgend:

Zweitens kann die Vergangenheit so leichthin »beschuldigt« werden, für eine »mißratene« Gegenwart verantwortlich zu sein?

## Zum ersten Problem

Zuerst zum Problem des *Antizipierens* von Zukunft. Nun mag das verwundern; im ersten Zitat ist die Rede von *vergangenem* Handeln und ich setze zukünftiges dagegen. Der Zusammenhang ist jedoch simpel: Geschichte ist ein Prozeß und das macht aus, daß vormalige

Stephan Wohanka – Jg. 1943; Dr. sc. oec., Seemann, Studium der Wirtschaftswissenschaften in Polen. Bis 1990 wissenschaftlich tätig an der Humboldt-Universität zu Berlin, seither Arbeit in verschiedenen ökologischen und sozialen Projekten, u. a. in Chile. E-Mail: stwohanka@aol.com

1 Johannes Heinrichs: Der Sprung aus dem Teufelskreis, Wien o. J., S. 146.

2 Christina Thürmer-Rohr: Vagabundinnen. Feministische Essays, München 1999, S. 27. Die Autorin meint damit nicht nur ökologische und soziale Verwerfungen, sondern auch die Existenz einer »vollkommenen Vernichtungsmaschinerie« – also die Existenz des Atomwaffenpotentials.

Zukunft stets zur späteren Vergangenheit wird; auch die heutige Vergangenheit war einmal Zukunft.

Im Radio hörte ich unlängst einem Kabarettisten zu, der sich über die Welt ausließ und feststellte, daß jeder Mensch ein *anderes* Paradies habe ... Als er einen Straßenfeger fragte, wie wohl dessen Paradies aussähe, sagte der: Ich stelle mir es so vor, daß dann die Hunde die Bürgersteige fegen und ich sie besch... – Es erheben sich zwei Fragen:

Können wir uns auf *dieses* Paradies verständigen – ich denke nein!

Können wir uns überhaupt auf *ein* »Paradies« einigen? – das ist *die* Frage!

Anders gefragt: *Wer* entscheidet, was *zukünftig* für die Menschen das Beste sei?<sup>4</sup> Es ist doch wohl so, daß letztlich *jede* Person oder auch Gruppe, Partei usw. *ihre* mehr oder weniger ausgelegene Vorstellung von dem hat, was für uns Menschen das Paradies sei, was für unsere Zukunft zu tun sei; das gilt auch für jedes andere Thema. Mit anderen Worten – es ist unbeschreiblich viel »guten Wissens« angehäuft bezüglich dessen, wie wir unsere Welt fürderhin gestalten sollten. Eben gestellte Frage nun präziser: *Wer* sollte aus dieser *Masse* besten Wissens die Option ausmachen, die die »richtige« ist? *Wie* entscheidet sich auf *gesellschaftlicher* (staatlicher) Ebene – ganz zu schweigen von der globalen, die aber immer wichtiger wird –, welche die für uns Menschen beste Option ist? Jedwedes ernsthafte Engagement für Veränderungen, für eine »andere« Zukunft also, wirft grundsätzlich die Schwierigkeit der *Entscheidungsfindung* über die Konzepte, den Weg, die Mittel zu deren Realisierung auf; es geht um die Schwierigkeit der Entscheidungsfindung in (über)komplexen Problemlagen.

Die Antwort liegt erst einmal darin, festzustellen, daß unsere Gesellschaft nach den Grundsätzen der *demokratischen Mitbestimmung* konstituiert ist.<sup>5</sup> Somit kommen den demokratisch legitimierten *Entscheidungsträgern*, den gewählten *Allround*-Politikern, derartige Entscheidungen zu. Die Entscheidungsfindungsprozesse sind bekannt: Die Politiker haben – ich unterstelle es – den Willen, Veränderungen durchzusetzen. Sie kennen die existierenden Optionen dafür jedoch nicht (ausreichend) bzw. überschauen sie nicht oder lassen Vorschläge erarbeiten. Sie bitten Fachleute um Hilfe, Darlegung, Beratung usw. Nach Anhörung der Fachleute sind wieder die Politiker am Zug – eben als diejenigen, die die Entscheidungen treffen!

Was heißt das? Es entscheidet doch die eingeschränkte Kompetenz der Politiker; Kompetenz hier sehr breit verstanden – von der rein fachlichen bis hin zu der politischen Fähigkeit, Beschlossenes umzusetzen. Anders gesagt, obwohl sich Politiker ihrer unzureichenden Befähigung bewußt sind – deshalb ja die Anrufung von Fachleuten –, kommen sie in die mißliche Lage, »*Meta*-Fachleute« abgeben zu müssen, die über die Vorschläge der Fachleute befinden und diese durchsetzen müssen. Und dieses Wechselspiel wiederholt sich permanent...

Die Menge der Entscheidungsträger könnte beliebig variiert werden – es bliebe immer dabei, daß *Ebene* (Entscheidungsträger) und *Metaebene* (Fachleute) in paradoxer Weise verquickt sind. Anders:

3 Vgl. auch. Christina Thürmer-Rohr: Die Stummheit der Gewalt und die Zerstörung des Dialogs, in: *UTOPIE kreativ*, Heft 143 (September 2002), S. 773-780.

4 Hier stütze ich mich teilweise auf Paul Watzlawick: Vom Schlechten des Guten oder Hekates Lösungen, München 1986, S. 102 ff.

5 Um den zu erwartenden Einwand gleich selbst zu entkräften – auch eine gar nicht bestrittene Notwendigkeit einer Qualifizierung ebendieser Demokratie steht vor dem gleichen Problem: Auch dafür gibt es eine große Anzahl von mehr oder minder qualifizierten Vorschlägen – welcher ist der richtige? Welcher sollte realisiert werden? Wer bestimmt das?

6 Derartige Selbstorganisationsprozesse oder auch System- bzw. Strukturinnovationen oder -veränderungen sind an folgende Prämissen gebunden: Um in einem System Strukturinnovationen entstehen zu lassen, muß notwendigerweise ein Potential bereitstehen oder dem System zugeführt werden. Dieses Potential kann in höheren Bewegungsformen sozialer Natur sein. Die Auslösung, die den Umschlag in die neue Systemstruktur einleitet, nimmt stets von einem konkreten *einzelnen* innerhalb des Systems ihren Ausgang. Notwendigerweise ist es die Individualität des konkreten einzelnen, die veranlassend wirkt. Das auslösende Einzelne besitzt also Eigenschaften, die es mit keinem anderen Einzelobjekt oder -vorgang teilt. Das wirkliche, absolute Einzelne ist wissenschaftlich nicht erfassbar. Der Auslösung muß, um überhaupt Registrierung zu finden, eine *Verstärkung* folgen. Die eingebrachte Individualität eines konkreten Einzelnen muß notwendig durch ein aufnahmebereites *Umfeld* unterstützt bzw. vervielfältigt werden ... *Immer dann, wenn dieser Bedingungskomplex vorhanden ist, organisiert das System aus sich heraus Strukturinnovationen.*

Siehe dazu: Uwe Niedersen: Determination und Innovation in selbstorganisierenden Prozessen, in: Beiträge

Die Suche nach Optionen für die Zukunft ist ein quasi *unendlicher Rekurs*. Sehen wir uns die politische Praxis an, so wird das höchst eindrucksvoll bestätigt: Eine Expertenkommission löst die andere ab, Gutachter und Kommissionen tagen permanent und in dem Wust von Material, welchen sie produzieren, finden sich kaum noch »Oberexperten«, geschweige denn Politiker zurecht, die allesamt recht widerstreitende Urteile zu ein und demselben Sachverhalt abgeben. Und – Veränderungen finden natürlich statt, wenn auch nicht die beabsichtigten! Denn inzwischen bleibt die gesellschaftliche Entwicklung natürlich nicht stehen, sie pflanzt sich über die *soziale Selbstorganisation*<sup>6</sup> fort – und zwar unter Einschluß der im sozialen Raum getroffenen oder unterlassenen Entscheidungen und deren Wirkungen – was dann auch unter anderem die Unendlichkeit der Suche begründet, weil sich sukzessive die Rahmenbedingungen verändern, aus denen die gewollten Veränderungen hervorgehen müßten. Dabei kann die spontane Entwicklung durchaus »in die richtige Richtung gehen«; anders – das *Richtige im Falschen* ist gegen Adorno durchaus *möglich*; ob sogar die Regel?

Wenn die Entscheidungsfindung mit der Demokratie nicht funktioniert – vielleicht ginge es mit einer *Diktatur* besser? Eine derartige Diktatur unterstellt, daß es grundsätzlich den »Paradies-Fachmann« gäbe, der wirklich im Besitz des Wissens auf dessen Gestaltung wäre. Zum Wohlergehen aller sollte dieser Mann – es wäre wohl ein Mann – herrschen! So gut, so schön, nur wer entscheidet darüber, daß genau er derjenige wäre mit dem »besten Wissen« und nicht ein anderer? Ein Super-Fachmann? Gäbe es den, dann müßte der auch über den Fachmann herrschen. Oder mehrere Fachleute (ein Gremium)? Dann gäbe es nach menschlichem Ermessen auch endlosen Streit, wer denn *der* Fachmann wäre.

Neben dem erneuten *Paradox des Rekursiven* käme ein Zweites hinzu: Unterstellen wir trotzdem einmal eine derartige Diktatur – sie könnte ja auch ohne obiges »Auswahlverfahren« durch brutale Machtergreifung zustande kommen – , was geschähe? Nur mit dem Wissen des Fachmannes um die zukunftsfähige Entwicklung oder der diktatorischen »Verordnung« von einer anderen Zukunft ist es nicht getan, beides muß den andersdenkenden und unwissenden Menschen auch vermittelt werden – wenn nötig, gegen deren Auffassungen, Willen. Und so dürfte der Diktator auch bewußt Unwahrheiten in den Dienst der (oder besser: *seiner*) Wahrheit stellen, jede individuelle Wahrheit müßte unterdrückt werden, es müßte letztlich der »neue Mensch« her! Es herrschte die totalitäre Apologie, gekoppelt mit Unterdrückung anderer Meinungen einschließlich deren Träger und – es ist nur ein Schritt bis zu deren physischer Vernichtung. Kommt uns das nicht bekannt vor? Der reale Sozialismus läßt grüßen! Er mündete auf der Suche nach *der* Zukunft der Menschheit in diese Apologie, diese letztlich untauglichen und menschenverachtenden Methoden.

Dieser schwerwiegende Vorwurf ist durch das zur *Diktatur* Gesagte schon einigermaßen begründet; ich will ihn im folgenden trotzdem nochmals kurz aufgreifen. Charles Fiterman, französischer Kommunist, ab 1975 Politbüromitglied der KPF sagt zum Scheitern des Sozialismus: »Kann es wirklich einen Meister geben, der in al-



lem recht hatte und bei dem nur alle Lehrlinge auf dramatische Weise gescheitert sind? Ich habe da heftige Zweifel ... Man muß sich aber auch fragen, was die messianischen Abweichungen genährt hat, die in wissenschaftlichem Gewand daher kamen und schließlich in Totalitarismus mündeten.«<sup>7</sup> Fiterman liefert ein Stichwort: »messianisch«, das – so denke ich – in ideengeschichtlicher und praktischer Hinsicht bezüglich des Sozialismus sehr erhellend ist, in der Debatte aber so gut wie keine Rolle spielt. Nach Franz Grillparzer mutieren »humane« Gesellschaftsentwürfe ohne »Divinität« zur »Bestialität«<sup>8</sup>. Auch Franz Werfel spricht davon, daß es »ohne Divinität keine Humanität gibt, so wie es ohne transzendental gebundene Menschenliebe keinen echten Sozialismus geben kann«<sup>9</sup>. Prophetische Worte – jedoch in einer von beiden nicht bedachten, ja gegenteiligen Weise! Gerade dem Messianischen, der Divinität kam die verhängnisvolle Rolle bei der »umfassenden Gestaltung des realen Sozialismus« zu: Grillparzers Trias paraphrasierend – durchlief dieser Sozialismus *ideell* und *praktisch* drei Etappen, Phasen: (1) *Humanität*, (2) *Divinität*, (3) *Bestialität*: Erst der *humane Ansatz* aus der *Marx'schen Kritik* des Kapitalismus des 19. Jahrhunderts und deren Verwandlung in eine Vision, eine Idee von einer »gerechten« Gesellschaft, dann das verhängnisvolle

Transzendieren, die *Verabsolutierung*, das »Totalstellen« der Idee zur einzig gültigen und allein zukunftsächtigen, ja regelrechten *Heilserwartung* einschließlich der *Vergötterung* ihrer »Träger«, ihre Verwandlung in die *Messiasse* der neuen Lehre, ja Religion (auf »wissenschaftlicher Basis«) wie *Lenin*, *Stalin*, *Mao Tse-Tung*, aber auch andere wie Ulbricht, Ceauşescu usw., verbunden mit dem »Bemühen«,

Andersdenkende auch gegen deren Willen mit dem »Guten« beglücken zu wollen<sup>10</sup>: »Du sollst keine anderen Götter haben neben mir«; Götter machen es nicht unterhalb eines Absolutheits- und Ausschließlichkeitsanspruches! Im Extremfall, in der stalinistischen Fassung des Sozialismus führte das bis zur *physischen Vernichtung* der Dissidenten im »Archipel Gulag«. Man kann es auch anders sagen: Anstatt die Divinität, das »Göttliche« und die Menschenliebe zu seiner Sache zu machen, *pervertierte* der reale Sozialismus beides.

Lotet man tiefer, so kommt ein – nur auf den ersten Blick überraschender – Befund ans Tageslicht: Es gibt grundsätzlich das »Gute« nicht, oder wenigstens nicht allein. Das *Streben* nach dem *Guten* ist – so *Lao-Tse* – für die *Erzeugung des Bösen* verantwortlich! Ein anderer Denker, *Chuang-Tse* sagt: »Wo es Bejahung gibt, gibt es Verneinung; wo es Verneinung gibt, gibt es auch Bejahung. Deshalb geht der Weise nicht einen solchen Weg, er erleuchtet vielmehr alles im Licht des Himmels«. Und im Buch *Tao De Jing* finden wir: »Wenn man das Gute als das Gute erkennt, dann ergibt sich daraus die Erkenntnis des Bösen«. Und auch Friedrich Nietzsche: »Und gerade durch die falsche Trennung ›gut‹ und ›böse‹ ist die Welt des Hassenswerthen, Ewig-zu-Bekämpfenden ungeheuer angewachsen.«<sup>11</sup> Die lateinische Maxim faßt bündig zusammen: Wer das *summum bonum* will, intendiert das *summum malum*.

Um zum Anfang des Punktes zurück zu kommen – die Suche nach »guten« Gesellschaftsmodellen zur Gestaltung der Zukunft, auch

zur Kritik der bürgerlichen Philosophie und Gesellschaftstheorie, Nr. 9. Wissenschaftliche Beiträge der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1988/6 (A 103), S. 38. Ein für uns Deutsche anschauliches Beispiel für eine durch soziale Selbstorganisation ausgelöste Struktur-, ja sogar Systemveränderung ist die sog. »Wende« in der damaligen DDR: Ein äußerlich (noch) gefestigt erscheinendes politisches System brach quasi über Nacht in sich zusammen. Vorbereitet wurde dieser Zusammenbruch – neben anderem – durch Aktionen von Bürgerrechtlern, oppositionellen Gruppen usw., die angesichts der schier unerschütterlichen Machtfülle des alten Systems sicherlich häufig beinahe verzweifelt – wie heute so mancher Ökoaktivist oder »Alternativer«. Aber gerade diese *unmittelbar wirkungslosen* Aktionen waren die »sozialen Energien«, die den Wandel möglich machten.

7 Charles Fiterman: Es ist Zeit, die Spaltung der Linken zu beenden, in: J. Reinert (Hg.): Was kommt von Links?, Wien 1998. S. 147.

8 Nach Joachim Kardinal Meisner in einer Predigt im Hohen Dom zu Breslau am 08.10.1996; siehe auch: Paul Watzlawick: Vom Schlechten ..., a. a. O.

9 Nach Alma Mahler-Werfel: Mein Leben, Hamburg 1960, S. 245.

10 »Der Sozialismus habe das Paradies auf Erden angestrebt, jedoch das Menschlichste im Menschen, seine freie Entwicklung, vergewaltigt.« So zitiert Markus Wolf einen

»Freund zum gescheiterten Sozialismusversuch« anlässlich der Vorstellung seines Buches *Freunde sterben nicht*. Zitiert nach: *Thüringische Landeszeitung*, 1. 11. 2002.

11 Vorstehende Zitate siehe Herbert Mainusch: Nicht das Gute, nicht das Böse, in: FAZ, 28. 11. 1998.

12 Ich möchte *Utopie* so verstehen: »Sie befindet sich am Horizont – sagt Fernando Birri –. Ich nähere mich zwei Schritte, sie entfernt sich zwei Schritte. Ich laufe zehn Schritte und der Horizont rennt zehn Schritte weiter. Soviel wie ich auch gehen mag, ich werde sie nie erreichen. Wozu dient die Utopie? Dafür dient sie: Uns am Laufen zu halten.« Nach Eduardo Galeano: *Apuntes para el fin de siglo*, Santiago de Chile 1997, S. 96.

13 Humberto Maturana: Was ist erkennen? Serie Piper 2289, München 1994, S. 164.

14 Ich verdanke die Kenntnis dieses Paradoxons Heinz v. Förster: *Aisthesis. Wahrnehmung heute oder Perspektiven einer anderen Ästhetik*, Leipzig 1990, S. 434 f.

Utopien<sup>12</sup> fallen darunter, ist eine *genuin* menschliche Verhaltensweise. Jedoch kann vermutet werden, daß der Versuch, das »beste« oder auch *ein* gutes Modell aus deren Masse heraus finden zu wollen, scheitert: Wir können die Vielzahl der widerstreitenden Optionen, Pläne, Konzepte nicht umstandslos auf eine/n »reduzieren«; es sei denn durch »*planlosen demokratischen Opportunismus*«, was dann zugleich deren höchst unvollkommene, kompromiß-beladene, mal zügigere, mal langwierige – jedoch in der Regel gesellschaftlich *nachhaltige* – Realisierung einschließt. *Zukunft ist nicht zu antizipieren!* Andernfalls besteht offensichtlich die große Gefahr, daß Gesellschaften, denen ein Modell bezüglich ihrer Zukunftsgestaltung *oktroiiert* wurde, *entgegen* der ursprünglichen Intension ebendieses Modells in einem sozialen Desaster enden. Zum mindesten legt das Scheitern des realen Sozialismus dies eindrucksvoll nahe. Humberto Maturana hat offenbar gleiches im Sinn, wenn er schreibt: »... möchte ich die Zukunft nicht planen und glaube, daß die andauernden Projekte der »Zukunftssicherung« schon unsägliches Leid über die Menschheit gebracht haben«<sup>13</sup>.

Und nun das überaus Pikante: Glaubte ich wie die Anhänger des Marxismus an »Gesetze in der Geschichte« – könnte ich das Scheitern des Sozialismus für ein derartiges Gesetz halten ... ich komme später darauf!

#### *Zum zweiten Problem*

Kann die Vergangenheit »beschuldigt« werden, für eine »mißratene« Gegenwart verantwortlich zu sein?

Um mich besser verständlich zu machen, will ich argumentativ einen gewissen »Umweg« gehen – und zwar mittels eines Paradoxons<sup>14</sup>, daß nämlich prinzipiell *nicht* entscheidbare Fragen die sind – und das ist das Paradoxon –, die gerade aufgrund dieser Eigenschaft der Nichtentscheidbarkeit entscheidbar sind und *vice versa*; und das mit weitreichenden Konsequenzen.

Die Frage: ist 987654321 durch 5 restlos teilbar oder nicht? ist eine *entscheidbare* Frage, über deren Antwort *ich* nicht entscheiden kann. Wie das? Ihre Beantwortung folgt der mathematischen Logik und es macht keinen Unterschied, ob die zu teilende Zahl eine, zehn, hundert oder hunderttausend Stellen hat. Und so kann ich Fragen aus anderen Wissensgebieten häufen, die genau so schwer (oder leicht) zu beantworten sind unter der Voraussetzung, daß ihre Entscheidbarkeit resp. Antwort an Formen, an Muster gebunden ist wie Syntax, Arithmetik, die schon erwähnte mathematische Logik oder auch andere Logiken. Um bei obigem Beispiel zu bleiben, über eine Teilbarkeit von Zahlen durch andere Zahlen kann ich nicht »frei« entscheiden, ich bin dem allgemein verbindlichen mathematischen Regelwerk verpflichtet, es sei denn, ich stellte mich außerhalb desselben mit dem Resultat, daß ich für alle anderen unverständlich bliebe. Mit anderen Worten – entscheidbare Fragen sind durch die »Spielregeln«, die ihre Beantwortung quasi »vorgeben«, beantwortet.

Und es gibt *nicht* entscheidbare Fragen: »Gibt es Gott?« ist dabei sicherlich die schwierigste. Oder aber: »Gibt es eine objektive Welt?« Für ihre Beantwortung gibt es keine vorgegebenen, formalen Lösungskriterien. Und gerade deshalb kann *ich* die Antworten auf

derartige Fragen entscheiden; ich bin dabei *letztlich* auf mich gestellt. Bleiben wir bei der zuletzt aufgeworfenen, so wird ein Konstruktivist sie anders beantworten als ein Materialist – der erste verneint sie, der zweite bejaht sie und beide werden für ihre Antwort ein ganzes in sich logisch strukturiertes Gerüst von Argumenten errichten bzw. darauf zurückgreifen können. Diese Argumente werden aber den anderen nicht in jedem Falle überzeugen, da der jeweilige Ausgangspunkt für diese Konstrukte grundsätzlich differiert und eine Einigung darüber oft schwierig ist. Diese Einigung ist sogar häufig unmöglich, weil die theoretische Differenz zu derartigen Fragen mehr als nur »philosophischen« Charakter hat, das heißt, sie tangiert ganz fundamentale persönliche Einstellungen und Wertungen, die den Protagonisten als nicht verhandelbar erscheinen. Wie gesagt: Lösungsformalisten gibt es nicht oder sie greifen hier nur bedingt resp. werden in den Dienst der eigenen Anschauung gestellt. Und gerade das Fehlen dieser Formalisten machen diese grundsätzlich nicht entscheidbaren Fragen zu – für mich und auch jeden anderen – (frei) entscheidbaren!

Bleibt da nicht die moderne (Natur)Wissenschaft in unzulässiger Weise unberücksichtigt? Ich denke – nein! Es ist zwar heute mit ihrer Hilfe möglich, einiges oder gar vieles, sogar Grundlegendes zu selbst schwierigsten Problemen beizutragen, es bleibt aber auch bei diesen Antworten (heute noch) häufig ein Residuum an fundamental Strittigem; beispielsweise in der Gentechnologie. Dieses »fundamental Strittige« hat neben der – im obigen Sinne – nicht entscheidbaren Frage der »Weltanschauung« seine Ursache auch darin, daß – wie Albert Einstein in einem Gespräch mit Werner Heisenberg sagt – »es unmöglich ist, nur beobachtbare Größen in eine Theorie aufzunehmen. Es ist vielmehr die Theorie, die entscheidet, was man beobachten kann«<sup>15</sup>. Heisenberg schreibt später: »Die Naturwissenschaft beschreibt und erklärt die Natur nicht einfach so, wie sie ›an sich‹ ist, sie ist vielmehr ein Teil des Wechselspiels zwischen der Natur und uns selbst ... Was wir beobachten, ist nicht die Natur selbst, sondern die Natur, die unserer Art der Fragestellung ausgesetzt ist.«<sup>16</sup>

Alles in allem – wir sehen die »Welt«, deren Bestandteil wir sind, nicht voraussetzungslos, wir haben immer schon ein persönliches Bild (Theorie) von ihr im Kopf. Um es noch zugespitzter zu sagen – *ich* bin eine grundlegende Ursache *meines* Erkennens von der Welt. Es kommt so insgesamt dazu, daß – wie oben schon andeutet – die Antworten auf nicht entscheidbare Fragen viel über die antwortende Person aussagen – frei nach dem Motto: Sag mir, wie du die Welt siehst und ich sage dir, wer du bist ... Der Antwortende hat damit einen (gewissen) Grad an Freiheit, aber auch an Verantwortung für seine Entscheidung übernommen.

Und das hat Folgen ... Meist gehen die Kontrahenten trotz ihres Meinungsunterschiedes ja mehr oder weniger friedlich auseinander. Offensichtlich beherzigen sie – zumindest intuitiv – folgendes Dilemma: Wenn es im subjektiven, »metaphysischen« Ermessen liegt, welches wiederum durch die eigenen komplexen Lebensumstände und -geschichte determiniert ist, wie ein Mensch die Welt sieht, dann kann es *prinzipiell keine einheitlichen*, das heißt für alle Betrachter

15 Zitiert nach Paul Watzlawick: Selbsterfüllende Prophezeiungen, in: Paul Watzlawick (Hg.): Die erfundene Wirklichkeit, München 1981, S. 97.

16 Werner Heisenberg: Physik und Philosophie, Berlin 1973, S. 60 und 40.

ein für allemal verbindliche Antworten, Bewertungen, Sichten sozialer und natürlicher Phänomene und namentlich historischer Abläufe, Geschehnisse usw. geben. Diese Bewertung hängt immer von *meiner* Sicht auf diese Zusammenhänge ab – und die des anderen kann genauso »richtig« sein wie die meine. In der Anerkennung dessen liegt also ein entscheidender Ansatz für menschliche *Toleranz!*

### *Und die Geschichte?*

Folgt Geschichte nun einer »politischen Logik«, logischen Gesetzen<sup>17</sup> also, oder bahnt sie sich »naturwüchsig« immer wieder eigene Pfade? Das Paradox der entscheidbaren resp. nicht entscheidbaren Fragen hierauf angewandt – die eben gestellte Frage zum Geschichtsverständnis muß als eine *nicht* entscheidbare erkannt werden; ihre Beantwortung folgt keiner »Spielregel«, keinem Algorithmus und liegt so beim jeweiligen Betrachter.

Läßt man die Geschichtsinterpretation Revue passieren, dann zeigt sich auch schnell, daß Historiker, oder breiter, Denker tatsächlich sehr differenziert vorgehen. Da gibt es das sich rein äußerlich »neutral« gebende Postulat Leopold v. Rankes, die Geschichtsschreibung solle zeigen, »wie es eigentlich gewesen« sei, ja »Geschichte ist die Wirklichkeit«<sup>18</sup>. Andere glauben, in der Geschichte durchaus organische Strukturen und deterministische Züge zu erkennen, während noch andere jede historische Gesetzmäßigkeit leugnen. Ihrer Auffassung nach sind Sinn und Logik in der Geschichte nicht »objektiv« vorhanden, sondern werden erst durch die sie Interpretierenden hineingetragen. Für erstgenannte Auffassung stehen sicherlich in erster Linie Marxisten – aber nicht nur, auch Oswald Spengler beispielsweise hing ihr an. Und da verwundert es auch nicht, daß er sein Hauptwerk *Untergang des Abendlandes* mit der fulminanten These einleitet: »In diesem Buch wird zum ersten Mal der Versuch gemacht, Geschichte vorauszubestimmen«.<sup>19</sup> So wurde dann auch folgerichtig gefragt: »Wenn das kein Marxismus von rechts ist – wie sollte er dann anders lauten?«<sup>20</sup>

Der Protagonist für die zweite Betrachtungsweise ist Theodor Lessing, der sein Hauptwerk dann auch konsequenterweise *Geschichte als Sinngebung des Sinnlosen* nennt. Das Buch erschien 1919. Interessanterweise fällt seine Entstehungszeit im Ersten Weltkrieg mit der von Spenglers Buch (2 Bde., 1919, 1922) zusammen. Das ist ideengeschichtlich von einiger Bedeutung, da beide Nietzsche tief verpflichtet sind, beide aber – wie schon angedeutet – zu diametral unterschiedlichen Auffassungen kommen.

Lessing leugnet jede historische Gesetzmäßigkeit: »Die wohlbekannte Unvermeidbarkeit der historischen Fakta ist nichts anderes als Forderung der Vernunft. Nachdem das Unerwartete, Widersinnige, Absurde, Abrupte, plötzlich eingebrochen und Ereignis geworden ist, wird der Mensch immer Gründe suchen und immer Gründe finden, daß alles habe kommen müssen, wie es eben kam ... So liegt aller Geschichte eine *logification post festum* zugrunde, was auch immer auf Erden geschehen mag«.<sup>21</sup>

Für seine These von der Nichtexistenz historischer Gesetze gibt Lessing viele Beispiele, die aufs unterhaltsamste die Rolle des Zu-

17 Wobei zu unterstellen ist, daß diese »Logik« auch keine »außerirdische« oder besser »außermenschliche« ist – denn wie sagt Kant: »Der Verstand schöpft seine Gesetze nicht aus der Natur, sondern schreibt sie ihr vor«. Und ich denke, gleiches trifft auch auf »Gesetze« des Sozialen zu. Immanuel Kant: Prolegomena zu jeder künftigen Metaphysik, in: Werke Bd. IV, Berlin 1911, S. 294.

18 Zitiert nach Theodor Lessing: Wortmeldungen eines Unerschrockenen, Leipzig und Weimar 1987, S. 239.

19 Zitiert nach Paul Noak: Die Zukunft als Dekadenz, in: Günther Rühle (Hg.): Bücher, die das Jahrhundert bewegten, Frankfurt/Main 1980, S. 38.

20 Ebenda.

21 Zitiert nach Jörg von Uthmann: Wider die rückwärts gewandten Propheten, in: Günther Rühle (Hg.), a. a. O., S. 44.

falls in der Geschichte illustrieren, um nur eines zu nennen: »Hätte der Vater *Mirabeaus* seinen hoffnungslos vorbeigerateten Sohn nach den holländischen Besitzungen verschickt, woran ihn wiederum nur ein zufälliger Erlaß Ludwig des XVI. im letzten Augenblick hinderte, so wäre die französische Revolution in ganz andere Bahnen gekommen...«.<sup>22</sup>

Auch Jacob Burckhardt sagt in dem Aufsatz *Glück und Unglück in der Weltgeschichte*, daß die Bewertung vergangener Ereignisse ausschließlich vom Blickwinkel des späteren Betrachters abhängt.<sup>23</sup> Die Konsequenz dessen: Ob es gut war oder schlecht, daß die Französische Revolution und auch die Oktoberrevolution siegten, wird von einem Royalisten und einem Demokraten, einem Anhänger Stalins und einem Opfer Stalins durchaus unterschiedlich beurteilt. Und ein solcher Betrachter wird auch stets die Fakten resp. deren Interpretation liefern können, die genau seine Auffassung stützen und letztlich eine übereinstimmende Feststellung darüber verhindern, »wie es eigentlich war«. Dieses subjektive Moment der Geschichtsbetrachtung im Sinne schreibt Lessing: »Und hätte Napoleon recht mit dem bekannten Ausspruch ›l'histoire c'est la fable convenue‹, so beanspruchte doch ebendiese Übereinkunfts-fabel *die Wirklichkeit* (im Sinne von Geschichte – St. W.) zu heißen«<sup>24</sup>. Friedrich Schlegel hat das ebenfalls sehr schön als »Willensschaft« statt Wissenschaft apostrophiert.<sup>25</sup> ... Hinzu kommen mag manchmal vielleicht auch noch das *Vage*, das sich häufig gerade dann einstellt, wenn man die Dinge präzise auf den Punkt bringen will.

Spricht Heinrich von der historischen Entwicklung als »nicht notwendig naturwüchsiger«, dann neigt er deutlich dem ersten Standpunkt zu; dann ist »seine« Geschichte, seine Auffassung von Geschichte eine eher deterministische und damit »objektive«. Was folgt, liegt auf der Hand – wenn Geschichte deterministisch ist, also nach historischen Gesetzmäßigkeiten abläuft, kann sie grundsätzlich nicht als verfehlt kritisiert werden! Ein »Gesetz« kann nicht fehlen – es sei denn, man trüge die Kausalität des Bewußtseins in die des Seins! Jemanden für in der Vergangenheit Liegendes »schuldig« zu sprechen, ist dann unsinnig, denn die Geschichte ist so abgelaufen, wie sie abgelaufen ist; ich komme darauf zurück. – Und das ist auch das Dilemma der Sozialismus-Apologeten: Wenn das Wirken historischer Gesetze unterstellt wird, dann ist auch der Sozialismus »gesetzmäßig« gescheitert; oder sollte da gerade einmal das Gesetz nicht »gewirkt« haben? Kaum glaubhaft!

Doch damit allein nicht genug. Es ist von »falscher struktureller Entwicklung« bzw. einer »Geschichte des *Versagens* der Verantwortlichen in Wissenschaft und Politik« bezüglich des modernen Kapitalismus die Rede. Nun – ob es gut ist oder schlecht, daß der Kapitalismus die strukturelle Ausprägung erfahren hat, die er jetzt hat und die die Grundlage seiner zukünftigen Entwicklung bildet, darüber urteilen unterschiedliche Betrachter differenziert. Noch deutlicher in ihrer Kritik ist Christina Thürmer-Rohr, wenn sie gar »eine schwere *Kopfkrankheit* und *Hirnverseuchung*« beklagt. Starker Tobak, deftiger geht's eigentlich nicht mehr; wird es damit aber auch richtiger? Nicht unbedingt, wobei die Autorin *volens volens* einen Fingerzeig gibt, wo zu suchen sei – in unseren Köpfen! Dort

22 Ebenda, S. 45.

23 Dieser Aufsatz ist ein Kapitel in Burckhardts *Weltgeschichtlichen Betrachtungen*, Leipzig o. J.

24 Zitiert nach Theodor Lessing, a. a. O., S. 230.

25 Zitiert nach Jörg von Uthmann, a. a. O., S. 45.

26 Dieses »Stimmung-Sein« wurde in Europa überdeutlich im Kontext mit dem Supergau von Tschernobyl 1986. Da der Mensch bekanntlich über kein Organ zur Feststellung, gar Messung von Radioaktivität verfügt, waren die zum Teil traumatisierten Menschen in den Anrainerstaaten auf die offiziellen oder auch offiziellen Verlautbarungen angewiesen. Warnten die vor dem Genuß bestimmter Lebensmittel, brach deren Verbrauch weitgehend ein, gaben dieselben Quellen Entwarnung, wurden diese Lebensmittel wieder konsumiert, um tags darauf wieder auf dem Index zu stehen. Woran sollte man sich auch halten, wenn nicht an die – durch die sich ständig widersprechen Urteile von »Fachleuten« – erzeugten Stimmungen, auch wenn man sich dadurch einem »Wechselbad der Stimmungen« aussetzte?

27 Christina Thürmer-Rohr: Vagabundinnen, a. a. O., S. 26.

28 Hubert Markl: Pflicht zur Widernatürlichkeit, in: *Der Spiegel*, Heft 48/1995, S. 206.

sollten wir aber weniger nach »Krankheit« und »Verseuchung« forschen, sondern auf *Stimmungen* – daher auch der Begriff »Endzeitstimmung« als Bewertung des gegenwärtigen Zustandes der Welt – achten, die uns bewegen! Diese sind insoweit Kopfgeburten, als daß sie mentale *Reflexe* auf jeweils spezifische Situationen unseres Alltags sind, auf die konkrete Lage, in die jede/r von uns gestellt ist.<sup>26</sup> Diese Lage wiederum ist in ihren großen Zügen geprägt von dem *geschichtlichen* Prozeß, in dem sich die Menschheit »befindet« und der sich doch offensichtlich *unabhängig* vom menschlichen Wollen »realisiert«; auch die »Klarsichtigen« hatten offenbar keinen Einfluß. ... Dieser Prozeß hat über die gesamte Entwicklungsgeschichte und namentlich über die Wirkungen von Wissenschaft, Technik und Ökonomie zu dem konkreten Hier und Heute geführt. In und mit diesem Konkreten leben wir Menschen, nehmen es wahr und vermengen es mit unseren (ethischen Wert)Vorstellungen, unseren Auffassungen davon, »wie die Dinge sein sollten« (wieder der Kopf) – was dazu führt, daß quasi jede/r eine *eigene* Meinung von den Dingen und auch von der Geschichte hat – und diese Meinungen widersprechen sich, wie schon oben hergeleitet.

Lese ich das in Rede stehende Zitat unter *diesem* Gesichtspunkt, liegt ein gänzlich anderer Schluß nahe und – mir nicht nachvollziehbar – spricht die gleiche Autorin eine Seite *vor* obiger Einlassung davon, daß »wir uns weder in der Krise noch bereits in der Hölle befinden. Diese Gegenwart ist kontinuierlich vorbereitet worden in einer jahrtausendelangen Entwicklung...«<sup>27</sup>. *Hier* ist wohl eher die »Lösung« zu sehen: Der *gegenwärtige* Zustand der Welt, des Kapitalismus ist in jedweder Hinsicht – und beklage oder lobpreise ich ihn – nicht mehr und nicht weniger als die Geschichte bzw. die »jahrtausendelange Entwicklung« in ihrer *heutigen* Gestalt; das *Hier und Heute ist nicht mehr und nicht weniger als der historische Prozeß in seiner Gegenwärtigkeit!* Es hat nicht so kommen müssen, aber es ist so gekommen – warum, weiß niemand.

Hubert Markl schreibt, daß »es ein Denkfehler (ist), diese Exzesse der Kulturentfaltung (Vergiften der Felder mit Pestiziden, Trockenlegen von Feuchtgebieten usw. – St. W.) als unnatürlich zu betrachten. Wenn etwas genuin zu unserem natürlichen Speziescharakter gehört, so unsere Kulturfähigkeit. Mit seiner Kultur ... entfaltet der Mensch immer nur seine Natur. Die Kulturgeschichte ist nichts anderes als die Naturgeschichte...«<sup>28</sup>. Das spricht unbedingt dafür, den Begriff »*Katastrophengeschichte*« in Frage zu stellen! Die Geschichte ist deshalb keine Katastrophe, weil sie das Ergebnis – ich wiederhole es – eines urwüchsigen, von uns Menschen nicht »verantwortbaren«, jedoch von unserem Handeln getragenen Progresses ist, der mit der Vertreibung aus dem biblischen Paradies (streng genommen noch im Paradies, aber das führte hier zu weit) begann. Damals wurden wir Menschen zwar in eine »Freiheit« entlassen, ja erlangten Bewußtsein über uns selbst, um dennoch nicht autonomer Schöpfer des eigenen Seins zu sein; wir sind immer noch »natürlich« abhängig. Diesem Progreß ist kein objektives Ziel eigen, er ist selbstorganisatorisch, er ist *Geschichte einer Geschichte einer Geschichte*; mit anderen Worten – *unsere Geschichte passiert uns immerwährend!* – »Katastrophe« beschrieb jedoch gleich »Krise« einen Zustand, der früher oder später wieder in die ursprüng-

liche »Norm« gelangte, bei möglichen quantitativen und auch qualitativen Veränderungen *innerhalb* der Norm. Interpretiere ich Heinrichs und andere richtig, dann hätte der historische Prozeß die Menschheit aber offensichtlich in eine Lage geführt, die eben *nicht* die Wiederherstellung der Norm, sondern eigentlich deren »Ablösung« nahe legte! Ablösung deshalb in Anführungszeichen, weil – wenn meine These *nur* im »uns nur passierenden Geschichte« richtig ist – ja auch diese *nur* im Rahmen des selbstorganisatorischen Prozesses »Geschichte« möglich wäre und nicht willentlich herbeigeführt werden kann! Es käme einer vorweg genommenen Zukunft gleich – dazu ist oben alles gesagt.

Und ich meine auch, daß die Geschichte durchaus Erfreuliches »produziert« – denke ich nur daran, was in Sachen *Freiheit* der kapitalistischen Ordnung gegenüber den feudalen Abhängigkeiten Imponierendes gelang. Mit der Durchsetzung kapitalistischer (Produktions-)verhältnisse entstanden die sozialen Voraussetzungen zur Installierung einer historisch neuen politischen Form – der der *bürgerlichen Demokratie*. Deren Grundlage ist bei aller auch weiterhin notwendigen Kritik die erstmalig in der Geschichte Realität gewordene *formelle Gleichheit* aller als konkurrierende Marktteilnehmer (oder auch »Warenbesitzer«), die das wahre *Subjektsein* der Menschen begründet. Subjektsein heißt, in genereller Gleichheit einer einzigen und dazu juristisch kontrollierten zentralen politischen Macht *unterworfen* zu sein mit einem erheblichen Gewinn an persönlicher *Selbstbestimmung* und (politischer) Freiheit – ein an Gewicht für unsere heutige Welt kaum zu überschätzender Tatbestand! Zumindestens in den entwickelteren Ländern nicht nur des Nordens war die durchschnittliche Lebenserwartung der Erdenbürger niemals vorher so lang wie heute, ging es niemals vorher so vielen Menschen wirtschaftlich so relativ gut, konnten viele der bis in die Neuzeit grassierenden verheerenden Epidemien ausgetilgt werden oder gab es niemals vorher bessere Möglichkeiten, die auf uns gekommenen Schätze des menschlichen Kulturerbes weltweit zu besichtigen und vieles mehr.

Man könnte nun sofort in einen Disput über den *Preis* dieses Fortschritts eintreten – richtig, es wäre nur ein anderes Thema.

Abschließend will ich meinen Rigorismus bezüglich der Ablehnung von Zukunftsantizipation etwas »aufweichen«, denn ich denke schon, daß über das *bewußte* Erleben und Gestalten der *Gegenwart* eine *gewisse* Beeinflussung der Zukunft möglich ist. Mit der Einschränkung, daß Ziele, Intensionen nicht so eintreten werden, wie wir sie bedacht haben und bei gewisser, mal stärkeren, mal schwächeren Bestimmtheit durch Vergangenes kann die »Offenheit« der Zukunft durchaus mit etwas Bedacht »aufgefüllt« werden; die Welt bleibt auf alle Fälle nicht so, wie sie ist! Wir, jede/r einzelne von uns muß den gegenwärtigen oder jeweiligen Zustand der Welt *nicht* so hinnehmen wie er ist! Durch unser – über die Freiheit *riskant* gewordenes – *Handeln* haben wir doch einen gewissen Einfluß auf die Gestalt(ung) der Welt. Der *Zufall* spielt dabei wohl eine große Rolle ... Das ist aber alles schon wieder ein anderes Kapitel.

Die *Quintessenz*: Wenn Geschichte aus Interpretation besteht<sup>29</sup>, dann sind alle Debatten über sie zum Scheitern verurteilt – sie haben keine Lösung. Es bleibt bei der An- respektive Einsicht des respektive der einzelnen und dem, was er/sie daraus macht.

29 »Denn die Menschen müssen heute mit dem gelüfteten Geheimnis ihrer Geschichte leben. Demzufolge niemals das Gefundene wird, was gesucht wurde, demzufolge niemals das Erreichte werden kann, was Ziel aller Anstrengungen ist, demzufolge niemals eine Vollendung dort gelingt, wo sie angestrebt wird, demzufolge niemals das Entscheidende intentional und instrumental zustande kommt, sondern auf indirekte, unwahrscheinliche Weise. Es ist die Stunde des offensichtlichen Scheiterns der instrumentellen Vernunft auf allen Gebieten ihrer Wirksamkeit.« Dietmar Kamper: *Unmögliche Gegenwart. Zur Theorie der Phantasie*, Berlin 1992, S. 27.

## ANDREAS HEYER

# Politische Utopien der europäischen Neuzeit

Es ist kaum überraschend, daß es vor allem rechtskonservative Kreise und Autoren waren, die ab 1990 und nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus in Mittel- und Osteuropa das Ende der politischen Utopie verkündeten. Es war ein ziemlich einfaches Verhältnis, das hier konstruiert wurde: Der Sozialismus sei nichts weiter als der Versuch der Umsetzung utopischer Visionen gewesen und deshalb mußte er zwangsläufig scheitern. Was entsteht, wenn man versucht, Utopien umzusetzen, dies sieht man in den Staaten des Ostblocks.

Wer sich jedoch etwas gründlicher mit politischen Utopien beschäftigt, wird sehr schnell merken, daß dieses Verhältnis so nicht konstruiert werden kann. Vielmehr reagierten die politischen Utopien seit Platon und Morus auf Defizite der jeweiligen Herkunftsgesellschaft der Autoren und konfrontierten diese mit einem imaginären Gegenbild, das dem Selbstanspruch nach besser und funktionsfähiger, häufig auch gerechter und lebenswerter war als die eigene Gesellschaft.

Der Politikwissenschaftler und Historiker Richard Saage hat seit Beginn der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts mehrfach darauf aufmerksam gemacht, daß die politische Utopie nicht nur ein entscheidender Teil abendländischen Denkens ist, sondern darüber hinaus auch den Rahmen bereitstellt, innerhalb dessen auch heute noch die liberale und kapitalistische Demokratie hinterfragt werden kann und muß. Eine Gesellschaft die meint, auf Utopien verzichten zu können, verzichtet nicht nur auf ihre eigene abendländische Tradition, sie negiert darüber hinaus die Möglichkeit und Notwendigkeit der Kritik an dem bisher Erreichten. Eine Gesellschaft, in der Utopien nicht mehr möglich sind, hat, um mit Francis Fukuyama zu sprechen, tatsächlich ihr Ende der Geschichte erreicht.

Richard Saage unternimmt mit seinem Werk zu den bedeutendsten utopischen Texten der Neuzeit den breit angelegten Versuch, einem großen Leserkreis die wichtigsten utopischen Entwürfe seit der Renaissance vorzustellen und diese in vergleichenden Studien ausführlich zu kommentieren. Insgesamt umfaßt das Werk vier Bände, welche seit dem Jahr 2000 innerhalb der Reihe *Politica et Ars* im LIT-Verlag Münster erscheinen und teilweise bereits in der Zeitschrift UTOPIE kreativ vorabgedruckt worden sind.

Mit dem ersten Band *Utopische Profile. Renaissance und Reformation* hat Richard Saage seine über zehnjährige Forschung zu den frühen politischen Utopien der Neuzeit bilanziert.

Der Band umfaßt thematisch ein weites Gebiet. Denn Saage behandelt hier nicht nur die politischen Utopien der Renaissance und Re-

Andreas Heyer – Jg. 1974; studierte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg Politikwissenschaften und Jura. Er ist zur Zeit wissenschaftlicher Mitarbeiter am politikwissenschaftlichen Institut der Hallenser Universität.

Richard Saage – Jg. 1941: Politikwissenschaftler an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Vorgestellt werden die vier Bücher:  
Utopische Profile: Renaissance und Reformation, Band 1, Münster 2001, 256 S. (30,90 €);  
Utopische Profile: Aufklärung und Absolutismus, Band 2, Münster 2002, 360 S. (30,90 €);  
Utopische Profile: Industrielle Revolution und Technischer Staat im 19. Jahrhundert, Band 3, Münster 2002, 409 S. (30,90 €) und



formation, sondern erbringt zugleich den Nachweis, daß sich die neuzeitlichen Utopien aus verschiedenen, zum Teil sehr viel älteren Quellen speisen. Er führt in diesem Zusammenhang nicht nur den antiken utopischen Diskurs und mit Platon den herausragendsten Denker der griechischen Welt an, vielmehr erörtert er auch den Diskurs um die ideale Stadt als eine Quelle utopischen Denkens. Hinzu tritt, daß er das utopische Denken als per se politisch begreift, so daß er es deziert gegen chiliastisches und metaphysisches Denken abgrenzt. Eine seiner zentralen Thesen ist in diesem Sinne, daß die utopischen Gemeinwesen immer auch säkulare Gemeinwesen sind bzw. zumindest einen säkularen Anspruch haben. Es ist dies ein Trend im utopischen Denken, der dann im 18. Jahrhundert in der Lage ist, sogar den radikalen Atheismus in die utopische Tradition zu integrieren.

Insgesamt behandelt Saage nach diesen einleitenden Bemerkungen fünf Klassiker des utopischen Denkens, die ihre Utopien im 16. und frühen 17. Jahrhundert entwarfen. Dem Werk von Thomas Morus kommt dabei ein entscheidender Stellenwert zu. Denn nicht nur gab sein 1516 veröffentlichtes Werk *Utopia* der ganzen Gattung seinen Namen. Saage analysiert dieses Werk als Prototyp der Gattung utopischer Texte. An Morus müssen sich – nach Saage – alle anderen Utopisten messen lassen, was allerdings heißt, daß genauso zu überprüfen ist, in welchen Ansichten sie Morus folgen, wie nicht übersehen werden darf, wo sie Morus modifizieren oder gar über diesen hinausgehen. Dieses Verfahren bietet, wie das Buch aufzeigt, einerseits den Vorteil der Bewertung und Einordnung der utopischen Texte, andererseits ermöglicht es dem Leser aber auch, den Gehalt der Utopien und ihren originären Anspruch nachzuvollziehen.

Durch diesen Verweis auf Morus ist es Saage möglich, einen Begriff der politischen Utopie zu entwickeln, der explizit gegen Ernst Bloch (*Prinzip Hoffnung*) gerichtet ist. Denn nach Saage kann man den Kern des utopischen Diskurses nur dann erkennen, wenn man genau benennt, was politische Utopien sind, und nicht wie Bloch alles unter den Begriff Utopie faßt: vom Tagtraum über chiliastische Heilserwartungen bis hin zu apokalyptischen Vorstellungen und Märchen. Saage hat, dies ist sein Verdienst, die Utopien in der Analyse zu ihrem politischen Anspruch zurückgeführt, der von den jeweiligen Autoren intendiert war.

Neben Thomas Morus hat Saage Tommaso Campanella, Johan Valentin Andreae, Francis Bacon und Gerrard Winstanley als Klassiker des politischen utopischen Denkens der frühen Neuzeit behandelt und ihre Werke analysiert. Dabei wurde den einzelnen Utopisten jeweils ein eigenständiges Kapitel gewidmet, das neben der Biographie auch Hinweise zu weiteren Werken des Autors enthält. Danach analysiert Saage dann jeweils den utopischen Text, wobei er besondere Schwerpunkte bei den Themen politisches System, Wirtschaft, Stellung zum Gemeineigentum und Regelung der Sexualität setzt. Hinzu tritt die Analyse des implizierten Geltungsanspruches der utopischen Konstrukte. Möglich werden diese Untersuchungen, da Saage die utopischen Gemeinwesen als ganz bewußte Antworten der Autoren auf Probleme und Konflikte ihrer eigenen Zeit versteht. Die Studien Saages werden solchermaßen auch zu einer Ideengeschichte des 16. Jahrhunderts, die interessante Aufschlüsse über ideengeschichtliche Zusammenhänge, Traditionen und Neuerungen vermittelt.

Utopische Profile: Widersprüche des 20. Jahrhunderts, Band 4, Münster 2003, ca. 300 S. (30,90 €).

»Das Dilemma der Utopieforschung in den deutschsprachigen Ländern besteht darin, daß sie sich bis auf den heutigen Tag nicht hinreichend ihres Gegenstandes vergewissert hat. Der Stein des Anstoßes ist das ungeklärte Verhältnis zwischen Chiliasmus und Utopie.« (Richard Saage: Utopische Profile, Band 1, S. 7)

»Der der vorliegenden Darstellung zugrundeliegende Utopiebegriff steht ... quer zur sozialwissenschaftlichen Prognostik wie sie von der Futurologie oder vom Marxismus entwickelt wurden. Von beiden Ansätzen unterscheidet sich die klassische Utopietradition dadurch, daß sie sich der Bedingungslogik von Wenn-Dann-Sätzen entzieht. In dem Maße, wie sie den fiktiven Zustand einer gewünschten oder gefürchteten Gesellschaftsformation den sozialen Bedingungen der Ausgangslage ihres Autors als Alternative konfrontiert, überläßt sie nicht der historischen Entwicklung, wie die Sozietät der Zukunft aussehen wird.« (Ebenda, S. 11)

Über die Klassiker des utopischen Denkens hinaus werden auch noch andere Autoren und Werke behandelt, vor allem solche, die eine Verbreitung verschiedener utopischer Topoi verbürgen oder Trends begründen, die sich dann in späteren Utopien wiederfinden lassen. Zu nennen sind hier beispielsweise Rabelais, Stiblin, Eberlin und vor allem Montaigne. Saage hat mit Montaigne denjenigen Denker in die Nähe des utopischen Denkens gestellt, der neben Las Casas als einer der ersten den Typus des »edlen Wilden« (bon sauvage) argumentativ verwendete. Dieser »edle Wilde« wird bei Montaigne zum Anlaß, über das Verhältnis von Kultur und Natur oder von Zivilisation und sogenanntem Barbarentum zu reflektieren. Die zentrale Frage Montaignes ist dabei, ob die Wilden oder Kannibalen denn tatsächlich so kannibalisch seien. Sind nicht die Verbrechen der zivilisierten Welt um einiges schlimmer?

Diese Frage Montaignes findet sich im utopischen Diskurs des 18. Jahrhunderts wieder, so etwa bei Denis Diderot. Richard Saage hat diese Zeit, die Periode von der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts in dem zweiten Band der *Utopischen Profile* behandelt. Der Verweis auf Montaigne und Diderot und die von diesen vorgenommene Hinterfragung der Zivilisation evidiert für uns noch einmal den kritischen Anspruch des utopischen Denkens, genauso wie die Aktualität. Eine Zivilisation, die nicht selbstreflexiv ist, wird sehr schnell aggressiv. Und verdeutlicht nicht auch unsere heutige Sprache diese Aggressivität, die längst ihrer Potentialität entwachsen ist? Der zweite Band der *Utopischen Profile* behandelt den thematischen Raum der Epoche der Aufklärung und des Absolutismus. Neben den genannten Autoren analysiert Saage unter anderem die politischen Utopien von Vairasse, Foigny, Fontenelle, Fénelon, Lahontan, Morelly, Mercier und Réstif. Das utopische Denken ist, dies verdeutlicht die Aufzählung, spätestens um 1700 vor allem in Frankreich angesiedelt, also in dem Land, in welchem der Konflikt zwischen absolutistischer Herrschaftspraxis und entstehendem Bürgertum am deutlichsten hervortrat und sich neben den Utopien auch in anderen zahlreichen Texten niederschlug. Vor allem die Kritik an der eigenen Zeit tritt nun, unter Rekurs auf Morus und Bacon, in den Vordergrund als Kritik an der Kirche als Institution, an der Ständegesellschaft, der Privilegienstruktur, der Scheinmoral, der Dekadenz und der Art politischer Willensbildung.

Daneben finden aber auch andere Autoren und Werke dieser Zeit Eingang in die Analyse, so zum Beispiel der bis heute noch gelesene Johann Gottfried Schnabel *Insel Felsenburg*, dessen Werk ja bekanntermaßen zu den Lieblingsbüchern von Arno Schmidt zählte und der mit diesem Werk den einzig nennenswerten deutschsprachigen Beitrag innerhalb der europäischen Literatur um 1700 veröffentlichte. Trotz dieser Hegemonie Frankreichs innerhalb des utopischen Diskurses kann Saage den Nachweis erbringen, daß das utopische Denken dennoch Teil des europäischen Selbstverständnisses dieser Zeit insofern ist, als sich in verschiedenen Ländern (Rußland, England, Deutschland etc.) utopische Texte finden lassen und gerade der gemeinsame Rekurs auf die utopische Tradition sowie die gegenseitige Lektüre diese Texte nachhaltig prägten. Im 18. Jahrhundert setzt die Entwicklung ein, daß Utopien zu viel gelesenen Büchern werden und sich damit aus den intellektuellen Zirkeln befreit haben.

Mit dem dritten Band *Industrielle Revolution und Technischer Staat im 19. Jahrhundert* liegt inzwischen eine komplexe Überblicksdarstellung zur utopischen Gedankenwelt im 19. Jahrhundert vor. Das Spektrum reicht hier von den frühen industriegesellschaftlichen Ansätzen Saint-Simons über die großen Utopien von Robert Owen und Charles Fourier bis hin zu den schwärmerischen Vorstellungen Bellamys und den interessanten Arbeiten von Hertzka. Dabei wird deutlich, daß sich der Fokus utopischer Ansätze im 19. Jahrhundert auf den Topos des »technischen Staates« konzentriert. Die Entfesselung der Technik und der Naturwissenschaften wird mit dem Fortschritt gleichgesetzt und verbürgt in den Utopien des 19. Jahrhunderts dem Anspruch nach oftmals die Funktionsfähigkeit der Utopie. Neben technischen und staatssozialistischen Ansätzen finden sich hier aber auch utopische Entwürfe, in die der Genossenschaftsgedanke Eingang fand und welche gesellschaftliche Eigentumskonzeptionen mit egalitären Verteilungskonzepten zu verbinden versuchten. Hinzu treten aber auch Ansätze der Warnung vor der Technik und ihren Folgen und der Propagierung eines Ideals mittelalterlicher Lebenswelten. Besonders hervorzuheben ist das Kapitel über die utopischen Experimente. Dies zum einen, weil hier das Feld der theoretischen Spekulation verlassen und deutlich gemacht wird, welchen praktischen Wert utopische Vorstellungen haben, inwieweit sie umsetzbar sind. Zum anderen aber auch, weil es ein »entscheidendes epochenspezifisches Merkmal des utopischen Diskurses« im 19. Jahrhundert ist, daß »seine fiktiven Entwürfe zur konkreten Verwirklichung drängten.« (S. 354) Entscheidend ist in diesem Zusammenhang aber die These Saages, daß diese Versuche der Verwirklichung nicht über das Schicksal, die innere Logik oder den Wert der niedergeschriebenen Utopie entscheiden.

Darüber hinaus ist zu erkennen, daß mit dem 19. Jahrhundert die Utopie nun endgültig zur literarischen Bestseller-Literatur wird. Die gewaltige Wirkung der Utopien von Fourier, Owen, Bellamy und Wilde ist kaum zu überschätzen. Geschuldet ist diese breite Wirkung der utopischen Texte der noch engeren Verknüpfung von Tagespolitik und utopischem Ideal bzw. kritischer Zeitdiagnose. In den Utopien des 19. Jahrhunderts ist der utopische Text oftmals Teil des politischen Prozesses, versinnbildlicht er doch eine politische Meinung oder Parteistrategie.

Die Reihe wird ihren Abschluß finden mit einem vierten Band *Utopische Profile des 20. Jahrhunderts*. Geplant ist dessen Erscheinen für das Jahr 2003. Thematisch wird dieser Band sich der Moderne und ihren Herausforderungen zu stellen haben, erschienen doch im 20. Jahrhundert die bekannten negativen Szenarien von Samjatin (*Wir*), Huxley (*Schöne neue Welt*), und Orwell (1984) ebenso wie ökologische (Callenbach: *Ökoptia*) und feministische (*Piercy: Frau am Abgrund der Zeit*) Utopien.

Das utopische Denken hat seit 1516 eine Entwicklung durchlaufen, die innerhalb der neuzeitlichen Ideengeschichte einzigartig ist. Es ist der einzige Diskurs, der dank der Fähigkeit der ihn bestimmenden Autoren zur Reflexivität und zur Selbstkritik immer wieder in der Lage war, auf die jeweilige Moderne zu reagieren und diese kritisch zu hinterfragen. In diesem Sinne ist die Aktualität des utopischen Denkens evident, wie eine Lektüre der Bücher von Saage aufweisen kann.

»Es geht um die Frage, wie das utopische Denken auf einen sozio-technischen Umbruch reagierte, der welthistorisch ohne Vorbild ist, zugleich aber auch in Gestalt der wissenschaftlich-technischen Zivilisation voraussichtlich alle zukünftigen gesellschaftlichen Evolutionen prägen wird.« (Richard Saage: *Utopische Profile*, Band 3, S. 1)

»Vor allem ... hat der utopische Diskurs des neunzehnten Jahrhunderts Fragen aufgeworfen, die erst im ›Zeitalter der Extreme‹ (Hobsbawm) unter spezifisch neuen Bedingungen beantwortet wurden. ... Hatte die Neuinterpretation der Triade ›Wissenschaft/ Technik‹, ›Arbeit‹ und ›Bedürfnisse‹ auch im zwanzigsten Jahrhundert Bestand? Und konnte das geschichtsphilosophische Fortschrittsdenken ... den Katastrophen des modernen Totalitarismus standhalten? Es handelt sich ... um erkenntnisleitende Probleme, welche in Band IV der *Utopischen Profile* zu behandeln sind.« (Ebenda, S. 376)

ULRICH BUSCH

## Vergessene Utopien: Friedrich Nietzsches Vision vom Übermenschen

Da der Titel dieser Zeitschrift zugleich *Programm* ist, gehört die kreative Auseinandersetzung mit Gesellschaftsentwürfen, -vorstellungen und -visionen, kurz Utopien, zu ihrem ureigensten Anliegen. Im Rückblick – vergleiche insbesondere die Hefte 64, 85/86, 89, 93 bis 95, 97 bis 102, 105, 107, 108, 111, 112, 114, 117, 118 und 121/122, aber auch 123 und 129/130 – ist erkennbar, daß diesem Anliegen in der Vergangenheit durchaus Rechnung getragen worden ist, ohne daß das Thema damit bereits erschöpft worden ist. So fehlen wichtige Aspekte: Zum Beispiel die Re-Transformation der *Idee* des Sozialismus bzw. Kommunismus nach ihrem Versagen in der Praxis von einer *Ideologie* mit wissenschaftlichem Anspruch in eine *Utopie*. Dies tangiert weniger die philosophische Methodologie von Marx und Engels sowie deren ökonomische Analyse und Kritik der kapitalistischen Gesellschaft, sehr wohl aber ihre Zukunftsvorstellungen und Voraussagen in Hinblick auf eine postkapitalistische Gesellschaft.

Ein zweiter Punkt betrifft die *nichtsozialistischen* bzw. -kommunistischen Utopien und die Analyse ›reaktionärer‹ Zukunftserwartungen und Visionen im Entwicklungsprozeß der menschlichen Gesellschaft, ein Feld, das in den Veröffentlichungen bisher weitgehend ausgeklammert wurde. Eine Ausdehnung des Betrachtungsfeldes könnte hier zu einer geistigen Horizonsweiterung beitragen. Zudem ist zu erwarten, daß sich bei einem unvoreingenommenen Vorgehen überraschende Befunde zeigen, neue Verbindungen sichtbar werden und alte Überzeugungen möglicherweise an Kraft verlieren.

*Utopien*, verstanden als *Idealbilder* gesellschaftlicher Verhältnisse, als *Wunschbilder*, die unter den gegebenen Bedingungen nicht verwirklichtbar sind, also in eine *andere Zeit* verweisen, sind vorweggenommene Entwicklungsszenarien der Zukunft, im positiven wie im negativen Sinne. Es gibt hiervon unendlich viele – von Platons »Politeia« über Thomas Morus' »Utopia« (1516), Tommaso Campanellas »Sonnenstaat« (1623) und Francis Bacons »Neu-Atlantis« (1627) bis hin zu Aldous Huxleys »Brave New World« (1932), Georges Orwells »1984« (1948) und Stanislaw Lems »Eden« (1971). Auch Goethes berühmte Faust-Vision: »Auf freiem Grund mit freiem Volke stehn!« (Faust II, 5. Akt) gehört hier her, ebenso wie Marx' Vorstellung eines »Vereins freier Menschen, die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten« (MEW 23, S. 92) – eine *Idee*, die er sich »zur Abwechslung« einmal vor Augen führte, deren detailliertere Ausführung aber wohlweislich unterblieb.

Ulrich Busch – Jg. 1951;  
Doz. Dr. oec. habil., Finanz-  
wissenschaftler; Redakteur  
von *UTOPIE kreativ*.  
Veröffentlichungen zur  
Wirtschaftspolitik und  
Gesellschaftstheorie.  
Zuletzt in *UTOPIE kreativ*  
zu Nietzsche: »Friedrich  
Nietzsche und die DDR«,  
Heft 118 (August 2000),  
S. 762-777; »Nietzsche –  
der gute Europäer« (Rezen-  
sion), Heft 129/130 (Juli/  
August 2001), S. 763-765.

Einige dieser Idealbilder und Wunschträume fanden Eingang in einschlägige Veröffentlichungen und werden dort breit referiert, andere hingegen nicht. Zu diesen – unabsichtlich oder absichtlich – vergessenen Utopien gehört die Vision vom *Übermenschen*.

Der Begriff »Übermensch« weist eine über 2000jährige Geschichte auf. Entstanden, wie zahlreiche andere Visionen und Mythen auch, in der Antike (Lukian), dann lange vergessen und in der Renaissance schließlich wiederentdeckt (Tasso; Ariost), spielte die Vorstellung, der Mensch könne über sich hinauswachsen und zum Übermenschen werden, vor allem bei Heinrich Müller und dann in der deutschen Klassik und Nachklassik eine Rolle, so bei Herder, Goethe, v. Hippel und Jean Paul. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war es dann Friedrich Nietzsche, der dieses »Bild« aufnahm und zum Zentralbegriff seiner Gesellschaftsutopie machte. Seitdem fungiert es gewissermaßen als Gegenentwurf zu der auf sozialer Gleichheit, Freiheit und allgemeiner Wohlfahrt beruhenden sozialistisch/kommunistischen Utopie. Ob dieser Gegensatz tatsächlich besteht oder nur konstruiert ist, würde eine eingehendere Beschäftigung mit beiden Entwürfen zeigen, eine komparative Analyse ihrer jeweiligen Genesis und tragenden Aussagen. Diese steht jedoch aus.

Auf jeden Fall handelt es sich bei der *Idee* vom Übermenschen um eine breit angelegte und historisch verwurzelte eschatologische Utopie: »Was Nietzsche im Übermenschen sieht, bleibt – als Bild – unbestimmt« schreibt Karl Jaspers. »Das Gewicht des Gedankens liegt in der Stellung der Aufgabe. Aber auch diese kann nur unbestimmt angegeben werden.«

Es ist daher nicht verwunderlich, daß es bis heute unterschiedliche, ja gegensätzliche Auffassungen darüber gibt, wie Nietzsches Utopie »politisch« einzuordnen sei: Während der orthodoxe Marxismus keinen Zweifel daran läßt, daß es sich hierbei um eine imperialistische und präfaschistische Idee handelt (vgl. Lukács, Malorny u. a.), sieht der *nietzscheanische Sozialismus* in der Vision des Übermenschen vor allem eine »assoziative Verbindung Nietzsches mit dem Sozialismus« (Aschheim). Beide, so argumentiert zum Beispiel Helene Stöcker, Nietzsche wie auch der Sozialismus, verfolgten »das gemeinsame Ziel einer emanzipierten Menschheit«.

Nietzsches Idee vom Übermenschen ist neben der sozialistisch/kommunistischen Sozialutopie die wichtigste Utopie der Moderne, was allein schon Grund genug ist, sie ernst zu nehmen. Ihre Vernachlässigung in der Utopie-Literatur stellt ein kaum zu entschuldigendes Defizit dar. Dies gilt nicht nur für diese Zeitschrift, sondern gleichermaßen auch für die diesem Thema gewidmete sozialwissenschaftliche Fachliteratur. So erwähnt zum Beispiel Richard Saage Nietzsches Übermenschen-Vision mit keinem Wort. Demgegenüber finden sich bei Ernst Bloch zahlreiche Hinweise auf Nietzsche, unter anderem auch im Kontext moderner Utopiekonzeptionen. – Sollte dies nicht ein Grund mehr sein, dieser Frage gelegentlich etwas gründlicher nachzugehen?

Als hilfreich hierfür könnten sich einige Publikationen erweisen, die jetzt, drei Jahre nach dem bucherträchtigen Nietzsche-Jubiläum, auf den Markt gelangt sind: Erstens das *Jahrbuch der Nietzsche-Gesellschaft*, Band 9, welches im Berliner Akademie Verlag erschie-

Der Begriff des Übermenschen (»Hyperanthropus«) findet sich zuerst bei Lukian (120-180), daran anknüpfend dann bei verschiedenen Autoren der Renaissance. In Deutschland findet der Begriff im 17. Jahrhundert, zum Beispiel bei Heinrich Müller, verbreitet Verwendung sowie in der Klassik und im gesamten 19. Jahrhundert (vgl. dazu: Brockhaus Enzyklopädie in 24 Bänden, 19. Auflage, Band 22, Mannheim 1993, S. 540f.; Deutsches Wörterbuch von Jacob und Wilhelm Grimm, Band 23, Nachdruck der Ausgabe von 1936, München 1984, S. 417ff.; R. M. Meyer: Der Übermensch. Eine wortgeschichtliche Skizze, in: Zeitschrift für deutsche Wortforschung, Jg. 1 (1901).

Vgl. Johann Wolfgang Goethe: Urfaust. Erste Szene: Nacht, Zürich 1999 (Haffman), S. 36; Ders.: Faust. Erster Teil: Nacht, in: Goethes Werke in zwölf Bänden, Band 4, Berlin und Weimar 1966, S. 157; Ders.: Zueignung, in: ebenda, Band 1, S. 4.

Karl Jaspers: *Nietzsche*, Berlin/New York 1981, S. 168.

Heinz Malorny: Zur Philosophie Friedrich Nietzsches, Berlin 1989, S. 103 ff.; Ders.: Friedrich Nietzsche, ein Jahrhundert nach seinem Tode ein Klassiker der Philosophie?, Philosophische Gespräche 4, hrsg. von Helle Panke e.V., Berlin 2001, S. 12f. Steven E. Aschheim: Nietzsche und die Deutschen. Karriere eines Kults, Stuttgart/Weimar 2000, S. 168 ff. Das Zitat von Helene Stöcker findet sich auf S. 170.

Richard Saage: Politische Utopien der Neuzeit, Darmstadt 1991; Ders.: Utopische Profile, Band 1 bis 3, Münster 2001 und 2002.  
Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung, Frankfurt a. M. 1985, S. 1101, 1108, 1114 ff.

Besprochen werden nachstehende Titel:  
»Nietzscheforschung«  
*Jahrbuch der Nietzsche-Gesellschaft* Band 9, herausgegeben von Volker Gerhardt und Renate Reschke, Akademie Verlag Berlin 2002, 412 S. (64,80 €) (I);

Jürgen Backhaus, Wolfgang Drechsler (Eds.): *Friedrich Nietzsche: Economy and Society*, Dordrecht, Boston u.a. 2003 (Kluwer) (im Erscheinen).  
Dieser Band enthält Beiträge von Wolfgang Drechsler, Peter Senn, Marcel Meerhaeghe, Hugo und Erik Reinert, Jürgen Backhaus, Sophus Reinert, Ulrich Busch, Günter Krause, Rainer Kattel und Otto Kaiser.

Tilman Buddensieg:  
*Nietzsches Italien*, Verlag Klaus Wagenbach Berlin 2002, 256 S. (29,50 €).

Karl Jaspers zählt die »Idee des Übermenschen« neben dem Gedanken der »ewigen Wiederkehr«, der »Metaphysik des Willens zur Macht« und dem »radikalen Durchdenken des Nihilismus« zu den tragenden Grundgedanken im Werk Nietzsches (Karl Jaspers: *Nietzsche*, Berlin/New York 1981, S. 104).

nen ist, zweitens der Sammelband *Friedrich Nietzsche: Economy and Society*, welcher (demnächst) bei Kluwer in Boston erscheinen wird und drittens der außerordentlich schön gestaltete Band *Nietzsches Italien* von Tilman Buddensieg, der bei Klaus Wagenbach verlegt wurde.

Das Jahrbuch zur *Nietzscheforschung* gehört inzwischen neben den renommierten *Nietzsche-Studien* zu den bedeutendsten, dem Werk Nietzsches gewidmeten Periodika. In der neuesten Ausgabe sind hauptsächlich die Beiträge dreier Konferenzen abgedruckt, der Internationalen Tagung der Nietzsche-Gesellschaft, die im Oktober 2001 in Naumburg stattfand, des Dortmunder Nietzsche-Kolloquiums vom Juli 2001 und der Nietzsche-Werkstatt Schulpforta vom September 2001. Darüber hinaus enthält der Band eine Reihe von Aufsätzen und Rezensionen.

Hier sollen vor allem jene Beiträge interessieren, die etwas mit der Utopie vom Übermenschen zu tun haben. Dies gilt namentlich für den Aufsatz von Karen Joisten, worin die in Nietzsches Vision zum Ausdruck kommende »Überwindung der Anthropozentrität« als eine aktuelle philosophische Herausforderung behandelt wird: »Es geht darum, mit Nietzsche ernst zu machen und seine durch Zarathustra ausgesprochene Forderung, nämlich die der Überwindung des Menschen zugunsten des Übermenschen zu deuten und sie für unsere Zeit fruchtbar zu machen. Ja es geht darum, in ihr den Appell zur Überwindung der Anthropozentrität zu erfassen, der uns mehr denn je, nicht zuletzt durch die Entwicklung in der Gentechnik, der Robotik, der KI-Forschung, der Nanotechnik und der Medientheorie philosophisch herausfordert.« (I, S. 31)

Im weiteren Verlauf ihrer Analyse deutet sie die Vision Nietzsches als »eine Art *inhumane Utopie*« (S. 33). Als Beleg dafür führt sie zahlreiche Textstellen, insbesondere aus dem *Zarathustra*, an, die sich freilich – wie immer bei Nietzsche – mannigfach widersprechen. Der entscheidende Punkt ist dabei, daß Nietzsche als Konsequenz seiner Übermenschenphantasie den Menschen zur »Brücke« zwischen Tier und Übermenschen degradiert, das heißt, ihn als letzten Zweck allen Strebens und Tuns in Frage stellt bzw. aufgibt.

Aber, was heißt das eigentlich, »Überwindung des Menschen«? Offensichtlich geht es hierbei nicht um eine »von außen vorgenommene, instrumentelle Bearbeitung des bisherigen Menschen«, betont die Autorin. »Überwindung meint bei Nietzsche vielmehr Selbstüberwindung, zielt demnach auf das verschiedene Ja-Sagen zu sich selber und dem mit diesem verbundenen Appell zur Selbstentdeckung, Selbstgestaltung und Selbsterhöhung« (S. 35). Und weiter: »Der Gang zu sich selber als dem schaffenden Selbst bedeutet keinen Rückzug in die harmonische Innenwelt ..., es meint vielmehr, daß der Mensch sich der schwierigen Aufgabe stellt, permanent sich selbst zu schaffen, um darin »über sich hinaus zu schaffen« (Friedrich Nietzsche: *Also sprach ...*, a. a. O., S. 40)«. (I, S. 36). Mit dieser Wendung, welche die Idee des Übermenschen letztlich als Selbstüberwindung des Menschen interpretiert, als *Persönlichkeitsentwicklung*, wird die anthropologische Dimension dieser Utopie zugunsten einer vermeintlich transanthropologischen überwunden. Dabei ist »das Woraufhin des schaffenden Menschen der Mensch selber und

in ihm und durch ihn hindurch der Übermensch ... Im Über-sich-hin-aus-Schaffen richtet sich der Mensch auf das ihm kraft des Willens zur Macht mögliche Höhere, das zunächst einen innermenschlichen Abstand anzeigt, der schließlich zu einer Verwirklichung des ... Übermenschen führen kann« (S. 36). Es zeigt sich hierin: »Die Überwindung des Menschen ist das Sich-selbst-Schaffen des Menschen...« (S. 37). Der Übermensch ist mithin nichts anderes als »die Verwirklichung der höchsten Möglichkeit des Menschen und er stellt die konsequente Fort- und Weiterentwicklung der strukturellen Verfaßtheit des Menschen dar« (ebd.).

Fast ist man geneigt, Nietzsches Sehnsucht nach dem Übermenschen in die Nähe der *anderen* Utopie, der Vorstellung von der »freien Entwicklung eines jeden« zu rücken, wäre da nicht der Nachsatz, wodurch sich beide Entwürfe fundamental voneinander unterscheiden. Denn die Verwirklichung von Nietzsches Vision hätte mitnichten die individuelle Entwicklung zur Bedingung für die »freie Entwicklung aller«. Eher ist das Gegenteil zutreffend.

Nichtsdestotrotz faßt Karen Joisten Nietzsches Forderung des Übermenschen als »eine der größten philosophischen Herausforderungen« des 21. Jahrhunderts auf. Man wird angesichts der aktuellen Provokationen der Gentechnik und Medienkultur nicht umhinkommen, sich mit dieser Utopie auseinander zu setzen. Dies wird deutlich, wenn man die vielfältigen Anregungen, die dieser Text hierzu bereithält, kritisch aufnimmt.

Im Unterschied zur Naumburger Tagung, die Nietzsches Anthropologie gewidmet war, beschäftigte sich das Dortmunder Kolloquium mit den Denkmotiven Friedrich Nietzsches. Kurt Jauslin zum Beispiel behandelt unter dem Titel »Als-ob gegen An-sich« den Zusammenhang von Ästhetik und Kontingenz. Volker Ebersbach schreibt in einem lesenswerten Essay Originelles über »Nietzsche und das ›Elitäre‹« (S. 105 ff.) Bekanntlich verwendete Nietzsche den Begriff des Elitären selbst nicht; ungeachtet dessen findet er jedoch gerade auf sein Denken Anwendung wie auf keines sonst. Ebersbach untersucht nun, sprachlich brillant, welche Aussagen sich bei Nietzsche mit Termini wie *Adel*, *Aristokratie*, *vornehm*, *nobel*, *Rang*, *Rangordnung* usw. verbinden (S. 107 f.). Daran an schließt sich eine *Satyr-Geschichte*, sehr geeignet, um bestimmte Wahrheiten aus Nietzsches Philosophie herauszulocken und deren Motivation aufzuzeigen.

Auch in diesem Text fällt die Betonung der Traditionslinie auf, in welcher sich Nietzsches Denken bewegt. Ebersbach nennt hier vor allem deutsche Romantiker adliger Herkunft (Arnim, Novalis, Fouqué, Chamisso, Eichendorff) – Nietzsche selbst sah sich ja gerne als Nachfahre eines polnischen Adelsgeschlechts. Insgesamt erlaubt diese genealogische Sicht einen gänzlich anderen Blick auf den Philosophen – Nietzsche in der Tradition von Arnim, Eichendorff, Fouqué usw. – als beispielsweise die von Georg Lukács vertretene Linie (Schelling, Schopenhauer, Kierkegaard, Nietzsche), die dann fortläuft über Simmel, Spengler, Jaspers, Jünger und Heidegger bis hin zu Baeumler, Klages, Rosenberg und Hitler. – Nietzsche als Erbe der Romantik! Hiervon ausgehend läßt sich auch der Vision vom Übermenschen eine neue utopische Lesart abgewinnen. Der *Über-*

»Der Mensch ist ein Seil, geknüpft zwischen Thier und Übermensch, – ein Seil über einem Abgrund. Ein gefährliches Hinüber, ein gefährliches Zurückblicken, ein gefährliches Schaudern und Stehenbleiben. Was groß ist am Menschen, das ist, daß er eine Brücke und kein Zweck ist: was geliebt werden kann am Menschen, das ist, daß er ein *Übergang* und ein *Untergang* ist.« (Friedrich Nietzsche: *Also sprach Zarathustra*, Vorrede, in: *Kritische Studienausgabe*, Werke, Band 4, München 1999, S. 16 f.)

»An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.« (Karl Marx, Friedrich Engels: *Manifest der Kommunistischen Partei*, in: *MEW*, Band 4, S. 482).

Georg Lukács: *Die Zerstörung der Vernunft. Der Weg des Irrationalismus von Schelling zu Hitler* (1953), Berlin und Weimar 1984.

*mensch* wird damit ein Begriff, der »weder empirisch gewonnen noch auf eine praktische Verifizierbarkeit hin überprüft, rein denkerisch erschlossen wie das Atom Demokrits, eine Vision, eine Utopie, ein Rätsel, ja eine platonische Idee!« (I, S. 121).

Ein anderer Text, der Aufmerksamkeit verdient, ist der Aufsatz von Anatol Schneider: *Nietzsches ökonomisch-philosophisches Manuskript*. Die im Titel vorgenommene Anspielung auf Marx' berühmte Arbeit aus dem Jahre 1844 kommt nicht von ungefähr: In der Tat wird hier behauptet, daß Marx und Nietzsche Vertreter ein und derselben »theoretischen Grundlinie des 19. Jahrhunderts« seien, welche sich dadurch auszeichnet, daß bei der Entlarvung falscher Geltungsansprüche des dominierenden Bewußtseins das Augenmerk vor allem auf dessen »ökonomische Ursprünge« zu richten sei (I, S. 343).

Als Unterscheidungsmerkmal wäre jedoch gleichermaßen zu betonen, daß Marx dies (nach 1848) dann auch konsequent getan hat, während es bei Nietzsche bei entsprechenden Absichtserklärungen blieb; er sich also vornehmlich mit den Ausformungen des Bewußtseins befaßt hat und die materielle Sphäre unbeachtet ließ.

Ein weiterer Unterschied ist in bezug auf das Verhältnis von Metaphysik, Ökonomie und Zeit auszumachen. Während Marx die Analyse der bürgerlichen Gesellschaft von ihren ökonomischen Grundlagen her ganz in den Dienst ihrer revolutionären Überwindung stellte, stellt sich bei Nietzsche »die Umwandlung des Zeiterlebens als Aufwertung der Vergangenheit im menschlichen Bewußtsein dar und damit als Aufhebung der Möglichkeit sowohl von Gegenwart als auch von Zukunft im emphatischen Sinne« (S. 348). Hieraus leitet sich dann auch Nietzsches »bedeutende Umorientierung« her, die nicht zuletzt »die Streichung jeden politischen Bezuges zu einer gerechten gesellschaftlichen Verfassung bedeutet« (S. 349).

Bemerkenswert ist, daß Schneider in seinem Essay bis zum Kern der bürgerlichen Ordnung vordringt: zum Eigentum. Anknüpfend an Heinsohn/Steiger konstruiert er einen Gedankengang, in welchem Nietzsche als ein früher Vertreter einer eigentums-, geld- und zins-theoretischen Erklärung der Welt vorgeführt wird. Dabei zeigt sich, so Schneider, daß Nietzsches Analyse »derart tief ansetzt, daß sie von einer Position, wie die klassische Ökonomie sie vorschlägt, gar nicht mehr erreicht werden kann ...« (S. 353). Ähnlich argumentieren Heinsohn/Steiger, wenn sie das *Tauschparadigma* als traditionelle Erklärungsgrundlage für Geld und Zins verwerfen und stattdessen archaische Schuldverhältnisse setzen. Bei Nietzsche wird der Gedanke weitergeführt bis zur Erklärung der Religion: »die durch Schulden bei Menschen charakterisierte Privateigentumswirtschaft« hat so die Idee »der Schuldigkeit des Menschen«, welche das Christentum prägt, erst hervorgebracht (S. 358). So interessant und anregend, wie dieser Text ist, richtig vertraut scheint der Autor mit dem Stoff aber nicht zu sein. So zitiert er ungenau (Ottmar statt Otto) und verwechselt ständig Leihen mit Borgen, was umgangssprachlich vielleicht kaum auffällt, in einem wissenschaftlichen Text aber nicht toleriert werden kann.

Ein ebenfalls gleichermaßen interessanter wie anregender Text stammt aus der Feder von Aldo Venturelli und ist dem Verhältnis des

Vgl. Gunnar Heinsohn, Otto Steiger: Eigentum, Zins und Geld. Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaft, Zweite, durchgesehene Auflage, Marburg 2002. Vgl. auch die Besprechung dieses Buches in *UTOPIE kreativ* 147 (Januar 2003), S. 86-88.

»Die starke Resonanzwirkung, der sich die Linke als mutmaßliche Haupttriebskraft des historischen Fortschritts einst erfreuen konnte, ist heute unleugbar verloren. Abgesehen von nebensächlichen politischen Erfolgen scheint gegenwärtig eine Akustik des leeren Raums und das plötzliche Befinden in der unbequemen Rolle, Rest der Vergangenheit und nicht mehr Vorwegnahme der Zukunft zu sein, die theoretische Ausarbeitung der gesamten Linken zu kennzeichnen, auch wenn man einige vielversprechende Ansätze zur Erneuerung nicht vergessen darf ... Eine gekreuzte historisch-philologische Deutung von Marx und Nietzsche macht es möglich, aus neuen Perspektiven jene entscheidende Konstellation der Moderne zu beleuchten, die sich auf ihren Namen berufen hat wie auf zwei entgegengesetzte, aber sich ergänzende Pole.« (Aldo Venturelli, S. 387 f.)



italienischen Neomarxismus zu Nietzsche gewidmet. Eingangs wird auch hier die geistige Verwandtschaft »zwischen dem Autor des *Kapitals* und ... dem Autor der *Fröhlichen Wissenschaft*, als zwei untrennbare Momente des modernen Denkens« (I, S. 382), hervorgehoben. Im folgenden beschreibt der Autor dann, welche Positionen unter italienischen Linken bezogen werden, nachdem Lukács' Nietzsche-Interpretation, worin dieser einseitig als Begründer des modernen Irrationalismus dargestellt wird, überwunden worden ist. Der Autor beschreibt drei Positionen: Die erste setzte sich zum Ziel, »die Beziehungen zwischen den innovativsten Erfahrungen der historischen Avantgarde und einer deutlicheren Auffassung der Poetik des Realismus« zu analysieren. Die zweite Position entwickelte eine Interpretation Nietzsches »mit der Perspektive einer utopischen Befreiung«. Die dritte Position versucht, Nietzsches Denken in ein »negatives Denken« einzugliedern, als Gegensatz zum dialektischen Denken (S. 382 f.).

Der Band »Friedrich Nietzsche (1844-1900): Economy and Society« beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Nietzsches Verhältnis zur Ökonomie und zu Fragen des Rechts sowie mit bestimmten Aspekten der sozialwissenschaftlichen Nietzsche-Rezeption. Er ist insofern bemerkenswert, da die Fragestellungen hier in der Regel aus der Sicht der Fachdisziplinen behandelt werden, und nicht etwa von Nietzsche-Spezialisten. So spielt die Sicht auf Nietzsche und sein Werk in vielen Beiträgen eine wichtige Rolle, ebenso der Einfluß Nietzsches auf die Entwicklung der jeweiligen Theorie, ihre Sprache und bestimmte Wahrnehmungsmuster. Der Band ist ein überzeugendes Beispiel, wie stark Nietzsches Denken und Sprache die moderne Gesellschaftstheorie geprägt hat. Ihm sollte, gerade als »Außensteiter« unter den Nietzsche-Büchern, Aufmerksamkeit zuteil werden.

Nach den beiden opulenten wissenschaftlichen Bänden empfiehlt es sich, zur Entspannung und Abwechslung das Büchlein *Nietzsches Italien* zur Hand zu nehmen und den Philosophen auf seinen Reisen durch italienische Landschaften und Städte zu begleiten. Bekanntlich war die Sehnsucht der Dichter und Denker jenseits der Alpen nach dem Land, wo die Zitronen blühen, schon immer groß. Mancher schaffte es bis Venedig, mancher bis Rom und Neapel. Zumeist aber blieb es bei ein oder zwei Reisen. Nur wenigen, unter ihnen Nietzsche, war es vergönnt, ihr halbes Leben im Süden zu verbringen. Vorliegendes Bändchen gibt Kunde davon: Aber Nietzsche machte keine Ferien in Italien, auch keine Bildungs- oder Studienreisen wie einst Goethe oder Jacob Burckhardt. Er *lebte* in Italien, er fühlte sich hier nicht als Tourist, sondern als Bürger.

So wie er sich nicht als Deutscher, sondern immer als »Europäer« sah, fühlte er sich in Venedig als »Venezianer« und in Genua als »Genueser«. Er lebte und schrieb dort – und man merkt es vielen seiner Werke an, daß sie nicht in Naumburg oder Weimar entstanden sind. Trotzdem waren die Italienaufenthalte auch Bildungsreisen. Zumal Nietzsche die »Bildung des Auges« für wichtiger hielt als jede andere Bildung (III, S. 25).

Nietzsche war in Genua und Rom, in Venedig und Turin »ein Meister des auswählenden, ich-bezogenen Sehens« (S. 39). Er ver-

»Wir modernen Menschen müssen alle viel unserer geistigen Gesundheit wegen reisen: und man wird immer mehr reisen, je mehr gearbeitet wird. An den Reisenden haben sich also die zu wenden, welche an der Veränderung der allgemeinen Ansichten arbeiten. Aus dieser bestimmten Rücksicht ergibt sich aber eine bestimmte Form der Mittheilung: denn dem beflügelten und unruhigen Wesen der Reise widerstreben jene lang gespannenen Gedankensysteme, welche nur der geduldigsten Aufmerksamkeit sich zugänglich zeigen und wochenlange Stille, abgezogenste Einsamkeit fordern.« (Nietzsche: Nachgelassene Fragmente, in: Kritische Studienausgabe, Band 8, S. 473 f).

mochte in »sichtbaren und fühlbaren Vorgängen« zu denken, »nicht in Gedanken«, wie er selbst meinte. Unübersehbar ist aber auch, daß er die Dinge so sah, wie sie sich ihm im Kontext seiner Ideen darboten, das heißt, keineswegs vorurteilsfrei. Bezeichnend dafür ist seine Wertung architektonischer Leistungen: Er würdigte sie einzig als »Gesichter« und »Abbilder« selbstherrlicher Menschen. Die eigentlichen Schöpfer der Genueser Paläste waren für ihn zum Beispiel nicht die Baumeister, sondern allein die Bauherren, die dem Bauwerk ihren Stempel aufgedrückt haben (S. 45). Er sah in ihnen vor allem »Kultstätten des Großen Menschen« – womit wir wieder bei der Idee des Übermenschen wären.

Ein besonderes Verhältnis hatte Nietzsche zu Venedig. Es ist »der einzige Ort auf Erden«, den er wirklich liebte, bekannte er 1887 gegenüber Franz Overbeck. Nietzsche besuchte Venedig zwischen 1880 und 1887 fünfmal und blieb jedes Mal einige Wochen, ja Monate, insgesamt waren es 163 Tage. Neben Genua, Nizza und Turin gehörte die Stadt der Kanäle und Brücken zu seinen bevorzugtesten Aufenthaltsorten. Was faszinierte ihn so sehr an Venedig? War es die Lage der Stadt, halb auf dem Land, halb im Meer? War es ihre besondere kulturelle Identität, halb Okzident, halb Orient? War es der Zauber ihrer morbiden Schönheit? Oder die einstige Bedeutung der Serenissima? War es das Geheimnisvolle und Tragische der langsam im Meer versinkenden Stadt? Der Gesang der Gondoliere in den warmen Sommernächten? Das melancholische Adagio, das er einst an der Rialtobrücke gehört hatte und das ihn »zu Tränen bewegte«? – Wahrscheinlich alles zusammen, die Rückwärtsgewandtheit und Zukunftsverlorenheit Venedigs zog ihn an, ebenso die besondere geographische Lage der Stadt und die ständige Gefahr, die davon ausgeht, sowie die Kunstsinnigkeit und Schönheit der Venezianer. Zwischen Abendland und Orient gelegen und seit Jahrhunderten abgeschnitten vom Strom der Zeit, von den Revolutionen in Europa ebenso wie von der technischen Entwicklung, war Venedig für Nietzsche so etwas wie »ein geweihter Ort«. Venedig bedeutete ihm mehr als jede andere Stadt. Die Welt, meinte er, sei hier »vergessen«. In dem »phantastischen Zwielficht« der Lagune fühlte er sich als »verstanden«. Mehr jedenfalls als in Basel, Rom, Neapel, Nizza oder Turin. In Venedig entstanden eine Reihe bedeutender Arbeiten, so Teile des *Zarathustra* und der *Genealogie*«. Auch sein schönstes Gedicht, das *Gondellied*, wurde hier erdacht. Nicht zuletzt sei das *Grablied Zarathustras* erwähnt, wozu Nietzsche durch den Blick auf die Toteninsel San Michele inspiriert worden war, als er 1880 direkt gegenüber, »frei wie am Meere« gelegen, eine Wohnung bezogen hatte. Die detailgetreue Beschreibung dieser Wohnung, ihrer Lage und ihres jetzigen Zustandes (S. 70 ff.), gehört zu den besten Teilen des Buches.

Rom dagegen war »kein Ort« für den Philosophen, es war die Stadt des Papstes und des Scirocco; beides war ihm zuwider. Einzig den Petersdom und die Via Appia ließ er gelten, als Monumente und als Kunstwerke. Aber: »In der Kunst können heilige Mittel einen niederträchtigen Zweck heiligen«, notierte er in bezug auf die christliche Kunst (S. 114). Mit Nizza dagegen, der »lauten Franzosenstadt«, verband ihn einiges: die Lichtfülle, deren »elektrifizierende

Aber mit Venedig verband ihn noch mehr: Hier hatte Richard Wagner 1858 den *Tristan* komponiert, ein Werk, das Nietzsche außerordentlich schätzte. Und hier, in Venedig, war der Maestro 1883 im Palazzo Vendramin gestorben. In der Lagunen-Stadt lebte und arbeitete auch Nietzsches Musikerfreund Peter Gast, ein Anti-Romantiker, den er besuchte und für dessen »Löwen-Musik« er sich einsetzte. Venedig und die Musik: Für Nietzsche war dies eins. »Wenn ich ein andres Wort für Musik suche, so finde ich immer nur das Wort Venedig« – lesen wir im *Ecce homo*. Nietzsche liebte Venedig, aber er sah die Stadt auch als Gleichnis: »Hundert tiefe Einsamkeiten bilden zusammen die Stadt Venedig – dies ist ihr Zauber. Ein Bild für die Menschen der Zukunft.«

Wirkung« er beschrieb, das Italienische der Vorstädte, das ihn an Genua erinnerte, die einmalig schöne Lage der Stadt. Im ganzen gesehen dürfte er sich hier aber eher unwohl gefühlt haben: »Während man den ›Piccolo Santo‹, den distinguierten ›Professore‹ in Genua, in Sils Maria und in Turin zuvorkommend, respektvoll und mit Fürsorge umgab, tuschelte man in Nizza über seine ›etwas ärmliche Finanzlage‹« (S. 162).

Seine letzte Residenz in Italien war Turin – »es war von Anfang an *seine* Stadt und *sein* Lebensraum für *seine* Arbeit« (S. 169). Zahlreiche Briefe und andere Bekenntnisse gibt es darüber, wie wohl sich Nietzsche in Turin gefühlt hat. Buddensieg hat es verstanden, in seinem Text eine glückliche Auswahl zu treffen. Auch wird überzeugend herausgearbeitet, was Nietzsche an Turin so sehr begeistert hat. Es war dies nicht zuletzt die Architektur, insbesondere der Turmbau (Mole) von Alessandro Antonelli, ein Riesenbau, den Nietzsche als Zeichen einer neuen Zeit bewundert hat. Der Frohsinn Nietzsches in Turin, seine »Erntezeit«, stand jedoch bereits im Zeichen der drohenden Katastrophe. »Dieses Bewußtsein des Verhängnisvollen«, schreibt Buddensieg, »liegt allem ›Heiteren‹ dieser Turiner Monate zugrunde.« (S. 190)

Nietzsche starb bekanntlich elf Jahre später in Weimar. Sein »eigentlicher« Tod ereignete sich jedoch am 3. Januar 1889 in Turin, als er dem Wahnsinn verfiel und Italien für immer verlassen mußte.

WOLFGANG SABATH

Festplatte.

Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,  
Journalist und Autor, Berlin.

*O. d. U., 7. April 2003.*

Ich weiß nicht, ob Soldaten im e-Mail-Zeitalter noch »Briefe von der Front« an die »Lieben zu Hause« verfassen und ob sie, im Fall des Falles angehalten sind, wegen der in Kriegen anbefohlenen besonderen Geheimhaltung ihre jeweiligen Aufenthaltsorte zu verschweigen – O. d. U. – Ort der Unterkunft.

Es scheint, zu dem Krieg, den wir nun seit Wochen bequem im Fernsessel verfolgen, ist alles schon gesagt und verkommentiert. Und es könnte sein, daß er – wenn Sie diese Zeilen lesen, vorbei ist – Bagdad hat dann vielleicht schon einen Hohen Kommissar und Saddam Hussein schmort in der Hölle oder in Nordkorea. Noch aber wird gebombt und geclustert, was das Zeug hält – und niemand fragt mehr nach den Kriegsgründen. Nicht einmal die Kriegsmoderatoren des deutschen öffentlich-rechtlichen Fernsehens kommen noch auf die Idee, bei ihren in Bagdad oder im Nordirak stationierten Kollegen während der Direkt-schaltungen nachzufragen, ob denn »die Alliierten« nun schon Lager mit irakischen Massenvernichtungswaffen (ich erinnere: der Hauptgrund für den Feldzug!) aufgespürt hätten. Keiner fragt mehr nach. Vor einiger Zeit hatte der Wissenschafts-Kommentator des *Tagesspiegel* behauptet, wenn die Amerikaner nichts fänden, hätten sie ein Problem. Wie sich zeigt, haben sie keines. So kann man sich irren.

Inzwischen geht es längst darum, das Fell zu verteilen. Und es deutet sich an, daß genau das eintreten wird, was die Amerikaner offenbar nicht begreifen, weiß der Teufel warum: eine Destabilisierung der Region. Wie von unabhängigen Analysten vorhergesagt. Am 7. April verbreitete *dpa* aus Ankara die Meldung, der iranische Außenminister sei zu Besuch und sich mit seinem türkischen Amtskollegen einig ge-

wesen, daß im Nordirak ein unabhängiger Kurdenstaat entsteht. Und beide Außenminister kündigten an, sich wegen dieser Frage auch mit den Syern ins Benehmen setzen zu wollen. Es bedarf wenig Phantasie, sich vorzustellen, was da künftig noch »abgehen« wird ...

In der *Bild am Sonntag* fragte der deutsche Unternehmensberater Roland Berger US-Regierungsberater Richard Burt, welche Rolle Europa beim Wiederaufbau des Irak zu spielen hätte. Burt gestand Europa eine Mitbeteiligung zu, schränkte aber ein, daß »dabei aber sichergestellt werden (muß), dass Großbritannien, Spanien und Polen – die Partner der Koalition – aus diesem Wiederaufbau den größten Gewinn ziehen können.« Wer Großmacht ist, braucht keine Moral.

Durch diese Antwort mag sich Roland Berger in seinem Frust auf die Bundesregierung bestärkt gefühlt haben: kein Krieg – keine Aufträge. Vor vier Wochen hatte Berger nämlich zu einigen hundert deutschen Persönlichkeiten (und solchen, die sich für Persönlichkeiten halten) gehört, die – unter der Federführung des Vereins Atlantik-Brücke e.V. – in einer ganzseitigen Anzeige im New Yorker *Aufbau* (The Transatlantic Jewish Paper) Amerika ihrer Solidarität versichert und ihre Regierung wegen der Differenzen mit der Bush-Regierung anzählten. Die Namensliste unter der Anzeige ist nur bedingt überraschend, es tauchen in ihr nur wenige auf, die ich dort nicht vermutete (was aber auch daran liegen könnte, daß ich mich hinsichtlich der Entwicklung von Politcharakteren nicht ernsthaft genug auf dem laufenden gehalten habe ...); zu den von mir in der Aufbau-Anzeige Unvermuteten gehören zum Beispiel Monika Griefahn, Claudia Roth und Gesine Schwan. Letztere könnte – als Rektorin der Europa-Universität in Frankfurt/Oder – aus Solidarität mit der Kriegspartei ihrer polnischen Nachbarn auf die Liste geraten sein. Das ist, natürlich, pure Vermutung. Ansonsten aber stehen unter der Anzeige nur Namen der deutschen Elite, die wir dort zu erwarten haben: Es fehlt kaum ein Wahlspenden-Betrüger, es fehlt keiner der bedeutenden deutschen Steuerhinterzieher, und auch die Repräsentanten der Kampf- und der in ihr publizierenden Professorenschaft – die groben wie die feinsinnigen – sind selbstredend vertreten. Eine Auswahl: Baring, Burda, Gafron, Gauck, Leisler Kiep, Kohl, Noelle, Oetker ...

Doch sollte diese Anzeige nicht zu Fehlschlüssen verleiten: Die Zeitung nämlich, in der sie erschien, ist gegen den Krieg: Eine Woche später – vierundzwanzig Stunden vor Ablauf des Ultimatums – erklärte sich die Redaktion in einem Aufmacher auf der 1. Seite ohne Wenn und Aber gegen den Krieg. Das ist insofern bemerkenswert, als sich Bush der Zustimmung auch der für jeden amerikanischen Präsidenten wahlpolitisch so wichtigen amerikanischen Juden sicher sein kann. Wieviel Leser wird den *Aufbau* seine Kriegsunwilligkeit kosten?

Drei Stichpunkte zur deutschen Innenpolitik: Gregor Gysi bockt immer noch und ward letztes nicht einmal auf dem Friedens-Sonderparteitag der PDS gesichtet, aber das alles interessiert nun bald wirklich keinen mehr; Kanzler Schröder kommt nicht recht damit voran, die Ergebnisse von hundert Jahren deutscher Gewerkschaftsbewegung seinen neoliberalen Vorsagern zu opfern (die Gewerkschaften stören); die Kriegsvettel Angela Merkel wurde ihrer Sache auch innenpolitisch insofern gerecht, als sie an einem Sonntagabend in vollendet christlicher Nächstenliebe aus dem Fernseher suppte, mit der Neuregelung der Bezüge für Arbeitslose solle auch »Druck ausgeübt werden«. Danke.

Christoph Butterwegge  
(unter Mitarbeit von Lüder Meier):  
Rechtsextremismus,  
Verlag Herder Freiburg i. B. 2002,  
191 S. (9,90 €) (I)  
Detlef Joseph:  
Nazis in der DDR.  
Die deutschen Staatsdiener  
nach 1945 – woher kamen sie?,  
edition ost im Verlag Das Neue  
Berlin Berlin 2002, 218 S.  
(12,90 €) (II)

Es ist wieder ruhig geworden um den Rechts-extremismus. Die Welle rechter Gewalt in Deutschland, namentlich im Osten, ist nach ihrem spektakulären Höhepunkt 2000/2001 etwas abgeflaut. Öffentlich spielt eher der Streit um die V-Leute des Verfassungsschutzes eine Rolle: Haben sie nur getreulich über rechtsextremistisches Verhalten informiert oder selbst als agents provocateurs die ganze Angelegenheit angeheizt? Nicht nur der laufende NPD-Verbotsprozeß gibt Spekulationen reichlich Nahrung. Ähnlich ruhig ist es um die rechtsextremistischen Parteien in Westeuropa geworden, die in die Regierungen von Österreich, Italien, Dänemark oder den Niederlanden gewählt worden sind. Der »Aufstand der Anständigen« ist nicht zuletzt deshalb gescheitert, weil wichtige Positionen der Rechts-extremisten ihren Platz »inmitten der Gesellschaft« haben. Diese Positionen – namentlich jenes: »Das Boot ist voll« – gehören zum akzeptierten Selbstverständnis »demokratischer« Parteien.

Christoph Butterwegge, Politikwissenschaftler an der Uni Köln, hat als Kenner der Materie das Verdienst, mit seinem jüngsten Band griffig und ideal vor allem für Lehrende Grundlagen und Mechanismen des Rechts-extremismus erfaßt zu haben. Berechtigt kritisiert er, daß dieses »komplexe Phänomen« sich zwar nach Ideologien, Organisationen und Gewalttaten unterteilen läßt. In der einschlägigen Literatur würde aber meist das Schwergewicht auf den organisierten Rechts-extremismus gelegt und die ideologischen Grundlagen vernachlässigt: Rassismus, Natio-

nalismus, Biologismus, Sozialdarwinismus, Sexismus, Autoritarismus und Militarismus. Der Autor wendet sich zudem jenen oft ausgeblendeten Strukturen zu, »die deren Umsetzung in Politik bzw. politische Gewalt ermöglichen« (I/S. 9).

Er untersucht Ausländer- bzw. Fremdenfeindlichkeit und Xenophobie, Rassismus und Ethnozentrismus, Rechtsradikalismus, -extremismus und -populismus sowie Neofaschismus und -nazismus in ihrer historischen Entstehungsgeschichte, theoretischen und politischen Einordnung. Seine Arbeitsdefinition: »*Rechtsextrem* nennen wir Strömungen und Bestrebungen, die – häufig unter Androhung und/oder Anwendung von Gewalt – demokratische Grundrechte einzuschränken bzw. ganz abzuschaffen, in der Regel sozial selbst benachteiligte, sich aufgrund körperlicher Merkmale wie Hautfarbe, Körperbau oder Haarbeschaffenheit, der Herkunft, weltanschaulichen, religiösen oder sexuellen Orientierung nach unterscheidbaren, von der gültigen »Standardnorm« abweichende Minderheiten auszugrenzen, auszuweisen oder – im Extremfall – auszurotten und jene Kräfte auszuschalten oder zu schwächen suchen, die für deren Integration, das Ziel der gesellschaftlichen Emanzipation und Mechanismen demokratischer Partizipation eintreten.« (I/S. 22) Mit diesem weiten Begriff werden unterschiedliche Spielarten erfaßt, die partiell bis in etablierte Parteien hineinwirken. Er schließt damit jene »populistischen« Strömungen ein, die entsprechende Ziele vertreten, wobei »Populismus« mehr auf Art und Weise der Politmachart und -propaganda abzielt denn auf die schillernden Inhalte. Dagegen hält der Autor die vor allem in der früheren DDR-Literatur verwendeten Begriffe von Neofaschismus und -nazismus für nur bedingt geeignet. Allerdings: Mit ihnen »wird ... sehr präzise eine Teilmenge des gegenwärtigen Rechtsextremismus bezeichnet, die sich vom Rest durch Traditionalismus, besondere Militanz und größeren Fanatismus unterscheidet. Nicht jeder Rechtsextremist ist demnach ein Neonazi, jeder Neonazi allerdings ein Rechtsextremist.« (I/S. 24/25)

Einen breiten Raum nimmt die Suche nach Deutungsmustern für das Funktionieren von Rechtsextremismus ein, die unmittelbar Feld der theoretischen und politischen Auseinan-

dersetzung sind. Es werden sechs typische Muster aufgezeigt. Entscheidend ist, daß sie alle jene Ursachen ausgrenzen, die in der Gesellschaft insgesamt liegen. Sie seien »(pseudo) wissenschaftliche Konzeptionen«, die dafür sorgen, daß dieses Problem »nie auch nur ansatzweise gelöst oder eingedämmt« wurde (I/S. 101). Vor 1989 wurde der Rechtsextremismus als »historisches Auslaufmodell« oder »jugendliches Rowdytum« bagatellisiert, gar als Zeichen der Normalisierung anerkannt, mit einer Extremismustheorie die Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus vorgenommen. Mit dem Ende der DDR und der sichtbaren Anfälligkeit Ostdeutschlands für rechtsextremistische Aktivitäten und Gewalttaten wurde das Deutungsspektrum erweitert. Rassistisch motivierte Jugendgewalt erschien nun als Desintegrationsphänomen der »Risikogesellschaft«; es wurde über Rechtsextremismus als Nebenfolge gesellschaftlicher Benachteiligung reflektiert, die sich in »Jugendprotest« und »Protestbewegung« manifestieren; Gewalt wird als Produkt fehlender oder falscher Erziehung erklärt, an dem linke, 68er-sozialisierte Lehrer schuld seien.

Butterwegge stellt dem ein Erklärungsmodell gegenüber, das in komplexer Form die kapitalistische Gesellschaft in ihrer neoliberalen Ausformung für das Erstarken bzw. Wiedererstarken rechtsextremistischer Positionen, Haltungen, Ideen und Strukturen verantwortlich macht. (Standort-)Nationalismus, Rassismus und rechte Gewalt finden so ihre Erklärung in der »Konkurrenz als Triebkraft des kapitalistischen Wirtschaftssystems«, der Globalisierung als »neoliberale(r) Modernisierung nicht nur des Wohlfahrtsstaates, sondern fast aller Bereiche der Gesellschaft sowie bestimmte(r) Erblasten der politischen Kultur. Der modernisierte Rechtsextremismus stellt eine ideologische Mixtur marktradikaler Ideen ... und einer neuartigen Form des Nationalismus dar.« (I/S. 120) Ein besonderes Feld von Argumentation und Ursachensuche ist, das zeigen bereits Wandel und Erweiterung der Deutungsmuster nach 1989, der scheinbar nahtlose Übergang der DDR-Gesellschaft mit ihrem sozialistischen Anspruch und diktatorischen Verhältnissen zu einer Teilgesellschaft, die im Rahmen einer demokratisch verfaßten Gesellschaft sichtbar rechtsextremistisches Denken und

Handeln, nicht zuletzt brutale Gewaltakte mit Toten und »national befreite Zonen« zuläßt. Auch hier geht der Autor kritisch mit vorherrschenden Deutungen um. Ostdeutscher Rechtsextremismus reduziert sich für ihn nicht auf ein Produkt der »Wende« bzw. Wiedervereinigung, noch ist er »ausschließlich eine politische Hypothek des SED-Regimes« (I/S. 86). Allerdings bezieht er auch das autoritäre und (wohl in geringerem Maße) ein unterstelltes nationalistisches und ausländerfeindliches Erbe der DDR ein, ohne dabei die neuen gesellschaftlichen Bedingungen aus ihrer Verantwortung zu entlassen.

Detlef Joseph, in der DDR Rechtsprofessor, sucht seine Auseinandersetzung mit jenen Wissenschaftlern und Politikern, die plakativ einem »verordneten Antifaschismus« und einer ungenügenden Auseinandersetzung mit dem faschistischen Erbe in der DDR die Schuld für rechtsextremistische Gewalt in Ostdeutschland geben. Dagegen will er Fakten setzen. Überzeugend verweist er auf die antifaschistische Stoßrichtung des heute gern ausgeblendeten kommunistischen Widerstands mit den ersten Opfern des NS-Regimes und auf die antifaschistischen Ziele der Umwälzungen nach 1945 hin. Kommunisten wie Sozialdemokraten und bürgerliche Demokraten konnten dort mit wohlwollender und tatkräftiger Unterstützung einen radikalen Elitewechsel organisieren, die verantwortlich gemachten sozialökonomischen Grundlagen des Faschismus ausmerzen und jene volkdemokratischen Strukturen etablieren, die verhindern sollten, daß jemals wieder der Faschismus eine Chance bekommt. Da dies aber mit den Praktiken einer anderen Diktatur verbunden war, konnten genau jene Ansätze sich nicht entfalten, die für eine dauerhafte demokratische Verankerung so wichtig gewesen wären. Diese Dialektik deutlich zu machen, ist leider des Autors Sache nicht. Zudem übernimmt er sich in vielen Passagen, denn er sucht nicht allein die Auseinandersetzung mit den theoretischen Grundlagen einer Kritik an dem »verordneten Antifaschismus«, sondern will dies auch am praktischen Verlauf der Entnazifizierung in Ost wie West belegen. Er bezieht deshalb berechtigt, wenn auch nicht akribisch und immer überzeugend, den Umgang der beiden deutschen Staaten mit dem

NS-Erbe und ihren einstigen Kadern ein. Denn gerade die Zweideutigkeiten des DDR-Umgangs, der sich nicht nur gegen Nazis, sondern auch gegen andere politisch als Feinde Verdächtige richtete, machte die Angelegenheit so angreifbar. Was Joseph zu den Säuberungen der einstigen Funktionseliten in beiden deutschen Staaten von NS-Aktivisten schreibt, ist lesenswert. Auch die Erinnerung an deren schließlich weitgehend reibungslose Integration in die westdeutschen Eliten ist außerordentlich wichtig. Nur neigt er angesichts oft unberechtigter Angriffe auf die DDR-Praxis immer wieder zur Polemik, ohne in jedem einzelnen Fall akribisch die Fakten aufzuzeigen, warum ehemalige NSDAP-Mitglieder in der DDR eine politische Heimat und Verantwortung finden konnten. Wichtig sind selbstredend seine Hinweise auf bürokratisch vollzogene Masseneintritte zu Hitlergeburtstagen und ähnlichen, von den betroffenen Personen nicht nachvollziehbaren Dingen. Ebenso berechtigt ist der heute weitgehend ausgeblendete Verweis auf die Anstrengungen der sowjetischen Besatzungsmacht wie der DDR, ehemalige Nazis in eine gesellschaftliche Entwicklung zu integrieren und nicht nur auszugrenzen.

Josephs Buch macht bei allen Nachteilen deutlich, daß es zwar manche Ungereimtheiten im DDR-Antifaschismus gegeben hat, daß aber der unmittelbare Prozeß der antifaschistischen Säuberungen und des Umgangs mit den Nazis nicht die direkte Ursache für rechts-extremistische Aktivitäten nach 1989 sein konnte. Eine andere Frage, der sich Joseph im gewählten Kontext hätte stellen müssen, ist jedoch die nach einer differenzierten, bis in die Familien hineingetragenen Auseinandersetzung mit dem deutschen Faschismus und seinen durchaus auch integrativ-korumpierenden Aspekten. Daran scheiterte aber das Land der »historischen Sieger« mit seinen zu oft ritualisierten Ehrungen zumal in seinen letzten Jahrzehnten. Die DDR-Jugend verlor nicht nur die sozialistischen Ideale, sie hatte auch einen sinkenden Bezug zum antifaschistischen Selbstverständnis ihres Landes. Es ist auch die Frage nach dem Umgang von SED, Sicherheitsorganen und Gesellschaft mit jenen zumindest in den achtziger Jahren zu beobachtenden »systemkritischen« Positionen Jugendlicher, die

mit Rückgriff auf NS-Symbolik und -Inhalte Opposition praktizierten.

Butterwegge sucht bewußt nach Gegenstrategien für Politik und Pädagogik/Sozialpädagogik. Er macht deutlich, daß Bildungsarbeit – wozu auch jene Informationen von Joseph gehören müßten – allein nicht ausreicht. Emotionen müssen geweckt werden. Vor allem aber bedarf es des Brechens mit der neoliberalen Standortlogik und den sozialökonomischen Ursachen, die zum Rechtsextremismus führen.

STEFAN BOLLINGER

Michael Hardt, Antonio Negri:  
EMPIRE. Die neue Weltordnung,  
Campus Verlag Frankfurt/  
New York 2002,  
462 S. ( 34,90 €)

›Empire‹ definieren die Autoren das »politische Subjekt, das den globalen Austausch reguliert, die souveräne Macht, welche die Welt regiert«. »Mit dem globalen Markt und mit globalen Produktionsabläufen entstand eine globale Ordnung, eine neue Logik und Struktur der Herrschaft – kurz, eine neue Form der Souveränität.« (S. 9) Damit grenzen sie sich prinzipiell von Konzepten ab, die Globalisierung auf die Vollendung des kapitalistischen Weltmarkts reduzieren. Die fundamentale Neuheit imperialer Herrschaft erklären Hardt/Negri aus drei grundlegenden Veränderungen – der Globalisierung selbst, der Veränderung der Produktionsweise und der Veränderung der tätigen Subjekte. So haben wir es hier mit einer komplexen Gesellschaftsanalyse und Epochenkritik zu tun. Schließlich fragen die Autoren nach dem Widerstand der Beherrschten, nach Alternativen zum ›Empire‹. Sie wollen zeigen, wie die grundlegenden Wandlungen der letzten Jahrzehnte parallel und in gegenseitiger Beeinflussung verlaufen. Teil I analysiert die gegenwärtige politische Konstitution und führt tragende Begriffe ein. Teil II und III untersuchen die Herausbildung des Kapitalismus und den Übergang von seiner industrieökonomisch-fordistisch-nationalstaatlichen Form zur informationsökonomisch-



toyotisch-globalisierten Form. Dies wird auch als Übergang von der Moderne zur *Postmoderne* bezeichnet. Damit geben die Autoren beiden Begriffen einen eigenen, noch diskussionsbedürftigen Inhalt. In Teil II werden die Passagen der Souveränität und in Teil III die der Produktion dargestellt. Teil IV ist dem Untergang und Fall des Empire, dem ›Gegen-Empire‹ gewidmet.

Bestimmende Übergänge sind die der Weltordnung insgesamt: Sie geht über vom *Imperialismus* zum *Empire*; auf *rechtlichem* Gebiet wird das *internationale* Recht überwölbt vom *supranationalen*, Macht wandelt sich von *Disziplinarmacht* zur Kontrollmacht, das *Ordnungsprinzip der Hierarchie* wird verdrängt durch *Netzwerke*, das *Ontologische* tendiert von *Transzendenz* und *Dialektik* zu *Immanenz* und *Hybridität*; Produktion geht über von der *Industrialisierung* zur *Informatisierung* und lebendige Arbeit wird vorrangig zu *immaterieller* Tätigkeit.

In allen diesen Übergängen decken die Autoren Gemeinsames auf: Räumliche und qualitative Grenzen werden jeweils überschritten und durchlässiger. Es entsteht Hybridität an Stelle von »reinen« Identitäten. Daß durch solche Übergänge eine neue Qualität der Herrschaft und Ausbeutung entsteht, wird zunächst am Beispiel der nationalstaatlichen Souveränität, des Imperialismus und des Kolonialismus dargelegt:

Kapitalistische Herrschaft bezieht sich anfänglich auf bestimmte Territorien. In diesem ›Raum‹ schafft die souveräne Macht Ordnungen, reguliert zunächst politisch die inneren ökonomischen und kulturellen Prozesse. Grenzziehungen, Innen-Außen-Beziehungen, Oben-Unten-Beziehungen sind dabei für die nationalstaatliche Souveränität bestimmend. Die Kapitalverwertung verlangt zugleich das Überschreiten solcher Grenzen, um Absatzmärkte, Rohstoffquellen, Kapitalanlage, koloniale Herrschaft zu sichern. Die Macht über andere Territorien ebenso wie die Kontrolle der Waren- und Kapitalströme werden allein mit nationalstaatlichen Mitteln realisiert. Im vorigen Jahrhundert ist die Kolonialherrschaft zusammengebrochen, es bildeten sich multinationale Konzerne und supranationale Regulationsorgane und global organisierte Produktionen heraus. Damit ist das Souverä-

nitätsmonopol der Nationalstaaten gebrochen, Macht gewinnt eine gewisse ›Ort-Losigkeit‹. (Von aktuellster Bedeutung sind die Rolle der UNO und die der Hegemonialmacht USA.)

Analoge Grenzziehungen und Kontrollmechanismen wirken in der Industriegesellschaft innerhalb der Nationalstaaten – Familie, Fabrik, Gefängnis, Klinik (Foucault). Hier bildet sich die zweite Veränderungslinie, die der Produktionsweise: Im Zuge der Informatisierung und durch das neue Gewicht immaterieller Arbeiten werden Funktionen der Herrschaft und Kontrollmacht – Planung, Organisation, Wissenschaft, Kommunikation – immer stärker Bestandteil von Produktion. Die schon in Ansätzen vorhandene ›Biomacht‹ wird so perfektioniert – im Interesse des Kapitals und der Ausbeutung. Macht realisiert sich nicht primär als Hobbes'scher Leviathan, der über allen thronet, sondern als ›Produktion‹ von Subjekten mit ihren Lebensbedürfnissen und Denkweisen gemäß den Kapitalverwertungsbedingungen. Vorrang immaterieller Arbeit und Biomacht bedeuten auch, daß Ökonomisches, Politisches und Kulturelles, Basis und Überbau sich fortschreitend durchdringen und tendenziell zusammenfallen.

In einer dritten Wirkungslinie verändern sich Verhalten der Arbeitenden, ihre Subjektivität, ihre Fähigkeiten, Bedürfnisse, Forderungen, historischen Potenzen. Hard/Negri verweisen insbesondere auf Mobilität und Flexibilität im weitesten Sinne und auf die Leitfiguren des Arbeiters. Im historischen Wandel dieser Leitbilder reflektieren sich alle anderen ›Passagen‹. In dem neuen Proletariat der ›gesellschaftlichen Arbeiter‹ wachsen die Potenzen heran, Biomacht schließlich im eigenen Interesse zu gestalten. Mit diesem Gedankengang ist der Begriff der ›Multitude‹ verbunden. Er ist wohl eher als ›Vielheit‹ zu übersetzen denn mit ›Menge‹. Die Autoren wollen sich von den Begriffen ›Volk‹ wie ›Masse‹ abgrenzen. Volk wurde von der Kontrollmacht gesetzt, dabei die Klassenwidersprüche überdeckend. Masse wird als Aggregat der von der Kontrollmacht genormten und überwachten Menschen gesehen. Die Multitude gewinnt mit der Globalisierung neue Möglichkeiten, ihr eigenes Begehren zu verwirklichen. »Das Biopolitische ist, vom Standpunkt des Begehrens aus betrachtet,

nichts anderes als konkrete Produktion, menschliche Kollektivität in Aktion ... Von Begehren getragene Produktion ist Generation ... und die Akkumulation einer Macht, welche in die kollektive Bewegung singulärer Wesen einbezogen wird. ... In Wahrheit sind wir die Herren dieser Welt, weil unser Begehren und unsere Arbeit sie fortwährend neu erschaffen.« (S. 394)

Damit haben Hardt/Negri ein defensives Verhalten zur Globalisierung überwunden. Sie wenden sich der Frage zu, welche neuen Möglichkeiten und Bedingungen für die Transformation der Gesellschaft mit dem ›Empire‹ entstehen – welche Subjekte in welchen Territorien mit welchen Formen und Graden der Organisiertheit können das Gegen-Empire schaffen? Lenin hatte Marx' Vorstellung von der Revolution in den fortgeschrittensten Ländern ›aufgehoben‹. So stellt sich nun die Frage nach den neuen Kampfformen aus der Theorie vom ›Empire‹ heraus. Sie wollen dabei keine konkreten Organisationsmodelle vorgeben (ist dies weise Zurückhaltung oder ein Defizit des Buches?). Sie umreißen vielmehr die Grundforderungen, auf die sich die Kämpfe richten – Recht auf Weltbürgerschaft, Recht auf sozialen Lohn (wie steht es um eine neue Werttheorie?), Recht auf Wiederaneignung. Erinnernd an Gramsci wird ihnen ›die Kontrolle über Sprache, Bedeutung und die Kommunikationsnetzwerke im politischen Kampf zu einer immer zentraleren Frage.« (S. 410)

Die Autoren waren bemüht, die großen gesellschaftskritischen Diskurse der letzten Jahrzehnte aufzunehmen. Hauptmangel dabei ist, daß oft verabsolutiert wird. Die empirisch belegte Differenzierung, die Darstellung, in welchen Weisen und Kräfteverhältnissen die gegensätzlichen Tendenzen ineinander verschachtelt sind, kommt zu kurz. In entscheidenden Abschnitten freilich gelingt dies – etwa im Abschnitt zur ›Pyramide der globalen Konstitution‹ (S. 320-324). Die herausragende Qualität des Buches liegt in dem komplexen, integrativen und offensiven Herangehen. Das löste bereits mit der englischen Ausgabe 2000 intensive Diskussionen aus. Einschätzungen reichen vom Verriß bis zu seiner Begrüßung als neues Paradigma und Manifest der Linken. ›Empire‹ sollte begriffen werden als Herausforderung zur kritischen Aneignung und wei-

teren Untersuchung auf vorgegebenem Niveau. Die RLS hat die Herausforderung aufgegriffen (<http://www.rosaluxemburgstiftung.de/Einzel/empire/Index.htm>).

DIETRICH WAHL

**Hans-Jürgen Wirth:**  
**Narzissmus und Macht.**  
 Zur Psychoanalyse  
 seelischer Störungen in der Politik,  
 Psychosozial-Verlag Gießen 2002,  
 439 S. (24.90 €)

Ich lese den Titel und bin neugierig: *Narzißmus und Macht* – was für ein aufregendes Thema. Wem fallen dazu nicht Gestalten seiner Umgebung ein: Chefs, Lehrer/innen, Nachbarn... Gespannt schlage ich das Buch auf, aber schon der Blick ins Inhaltsverzeichnis bringt Ernüchterung und dämpft die Vorfreude. Präsentiert als mächtige Narzißten werden die üblichen Verdächtigen: Slobodan Milosević, Joseph Fischer, Helmut Kohl und Uwe Barschel – die typischen und altbekannten Vertreter der männlichen dominanten Macht also. So wird im Grunde genommen nur eine Art von Macht untersucht, die aber gleich viermal. Was völlig fehlt, aber zum Bild unbedingt gehören würde, das sind subtilere Machtmechanismen oder auch die nicht weniger narzißtischen und mächtigen Frauen. Mich hätte beispielsweise brennend interessiert, welche psychische Veranlagung unsere grüne Soldatenmutter Angelika Beer bewog, sich für spezielle Bundeswehr-Puffs an der Front auszusprechen, um dort »unseren Jungs« mit sauberen deutschen Sex-Dienstleisterinnen die Wehrkraft zu erhalten.

Psychoanalyse ist spannend und erhellend, Ethnopschoanalyse birgt meist Erkenntnisse von bestechender Klarheit – was Hans-Jürgen Wirth hier aber als merkwürdige Mischung beider präsentiert, ist oftmals schlichtweg ärgerlich. Beispiel: Milosević mag »es so empfunden haben, als befehlige er nicht nur die serbischen Truppen im Kosovo, sondern auch die Nato-Bomber, hatte *er* doch die Angriffe provoziert, und lag es doch zu jeder Zeit des Kosovo-Krieges in *seiner* Macht, die Bombardements sofort zu beenden.«

In solchen Formulierungen steigert der Autor den ja möglicherweise vorhandenen Narzißmus noch ins unendliche, dank des anscheinend vorhandenen Glaubens an die Allmacht einer einzigen Person offenbart sich aber eher etwas über Klischees und Propaganda als über Milosević und über tatsächliche politische Kräfteverhältnisse.

Was für Möglichkeiten ein Publizist hat, seine narzißtisch-mächtigen Elemente auszuüben, zeigt sich auch an anderer Stelle: So bezeichnet der Autor den früheren Joschka Fischer als »feistes Schweinsgesicht« und »konturlosen Fleischkloß«. Es ist sicher gut für die innere Ausgeglichenheit, sich mal abzureagieren – als Stil einer solch wissenschaftlich daherkommenden Auseinandersetzung jedoch stört es einfach nur.

Anspruch des Autors ist es, die Verflechtungen von persönlichen psychischen Dispositionen und gesellschaftlich politisch erlangter Macht aufzuzeigen. Das gelingt ihm nur unzureichend, denn sein Blick liegt zu sehr auf den untersuchten vier Männern. Das Umfeld, in dem sie agieren, wird nur als graue Masse dargestellt. Dadurch wirken die Karrierewege geradlinig und quasi gottgegeben. Damit bestätigt Wirth die Selbstdarstellung des Narzißten, anstatt sie zu dekonstruieren.

STEFANIE HOLUBA

Christoph Butterwegge u. a.:  
Themen der Rechten –  
Themen der Mitte. Zuwanderung,  
demographischer Wandel  
und Nationalbewusstsein,  
Leske und Budrich Opladen 2002,  
288 S. (15 €)

Ausgehend von der inzwischen zum Allgemeinplatz gewordenen Aussage, daß »Rechtssein« kein »Identitätsmerkmal sozialer Randgruppen darstellt«, sondern daß die Erscheinungsformen und Wirkungsmöglichkeiten des Rechtsextremismus »nicht vom politischen Diskurs der gesellschaftlichen Mitte getrennt, vielmehr nur in Verbindung damit begriffen werden können« (S. 7), wird hier die Nähe aktueller Debatten der politischen Mitte zur extremen

Rechten untersucht. Untergliedert in die drei Themenschwerpunkte *Zuwanderung in der Diskussion*, *Diskurse zu (Leit-) Kultur, Nation und Volk* und *Rechtsextremismus im Zerrspiegel von Wissenschaft, Politik und Medien* beschäftigen sich neun Aufsätze unterschiedlicher Autoren damit, inwieweit Themen der »politischen Mitte« zu Diskursen der extremen Rechten geworden sind bzw. inwiefern ultrarechte Positionen Einzug in die »politische Mitte« halten. Fazit der Aufsätze ist die Beobachtung, daß es immer mehr ideologische Schnittmengen zwischen der extremen Rechten und der politischen Mitte gibt. Diese Schnittmengen kristallisieren sich beispielsweise an Debatten um eine »deutsche Leitkultur«, oder der »Nationalstolzdebatte« heraus, die im Oktober 2001 Laurenz Meyer mit dem Satz, »Stolz, ein Deutscher zu sein« – bislang Parole der extremen Rechten – lostrat. In diesen Debatten wurden Begriffe und Diskurse »normalisiert«, so daß sie hoffähig werden. Deutlich wird der Rechtsruck im Umgang mit den Vertriebenenverbänden. Samuel Salzborn zeichnet in seinem Aufsatz »Ein neuer deutscher Opferdiskurs. Zur Bedeutung der Vertriebenenverbände« nach, wie diese Verbände in den letzten Jahren zu positiven Stichwortgebern in politischen Diskursen werden konnten und ihre Positionen zum Beispiel im Zusammenhang des geplanten Zentrums gegen Vertreibungen zunehmend selbstverständlicher vertreten konnten. Die Aussagen sind innerhalb eines Normalisierungsdiskurses zu betrachten, der darauf drängt, einen Schlußstrich unter die Auseinandersetzung mit deutscher Schuld im Nationalsozialismus zu setzen. Die Vertreibungsoffer werden in einer Verkehrung historischer Realitäten mit der Massenvernichtung der europäischen Juden verglichen und diese dabei relativiert. Die Etablierung eines »eigenen« Opferstatus der deutschen Vertriebenen läßt die eigene Schuld und Verantwortung ausblenden.

Ein weiteres Beispiel ist die Walser-Bubis-Debatte und ihre Rezeption in den Medien, die Sehnsucht nach einem Schlußstrich unter den Nationalsozialismus und dem Bekenntnis zur Schuld, und nicht mehr permanent mit der deutschen Schande, der »Auschwitzkeule«, konfrontiert werden zu wollen.

Dieser Tenor läßt sich aus allen genannten gesellschaftlichen Diskursen herauslesen. Sei

es das Behaupten einer deutschen Leitkultur, sei es das Bedürfnis, »stolz auf Deutschland« zu sein bzw. sein zu dürfen: Die Entwicklung einer politischen Nationalisierung muß im Kontext einer Erinnerungsabwehr und dem Bedürfnis nach einer »Normalisierung« und damit Versöhnung mit der deutschen Geschichte gesehen werden. Auf den Punkt bringt das folgende Aussage Gerhard Schröders kurz nach dem Regierungswechsel 1998: »Das Deutschland, das wir repräsentieren, wird unbefangen sein, in einem guten Sinne vielleicht sogar deutscher sein« (S. 132). Dieser Rahmen wird besonders in Alexander Häuslers Beitrag zur »Nationalstolz«-Debatte gesetzt. Es wird deutlich, daß für Deutschland nach wie vor Grundlagen eines völkischen Nationalismus wirkungsmächtig sind.

Deutlich wird in den Aufsätzen, wie stark sich Grenzen dessen verschoben haben, was gesellschaftlich sagbar und tragbar ist. Deutlich wird auch, daß es zunehmend schwieriger wird, Positionen der extremen Rechten von denen der »politischen Mitte« zu unterscheiden. Leerstelle bleibt in der detaillierten Analyse ultrarechter Positionen jedoch oftmals, daß sich rechte oder gar ultrarechte Positionen auch in linken Kreisen finden. Auch die Grünen haben sich an der Nationalstolzdebatte beteiligt, auch die PDS proklamiert einen positiven Bezug der Linken auf die Nation. Insofern finden sich die traditionell von der (extremen) Rechten besetzten Felder um Nation, deutsche Identität, Volk auch in linken Parteien und Strömungen wieder. Nach wie vor gibt es eine Bezugnahme auf problematische Begriffe wie »Volk« oder »Nation«, die insbesondere in Deutschland nicht getrennt von ihrer historischen und aktuellen Wirkungsmächtigkeit betrachtet werden kann.

In einigen Aufsätzen zieht sich ein seltsam unkritischer Bezug auf Multikulturalismus und die aktuelle rot-grüne Zuwanderungspolitik durch. Janine Cremer behauptet in ihrem Aufsatz, daß das Thema Zuwanderung erst nach dem Regierungswechsel im Herbst 1998 »konstruktiv diskutiert wurde« (S. 43). Inwieweit eine zunehmende Ökonomisierung der Migration, wie in der Einführung der Green-Card und in der Diskussion um die Einwanderungsgesetze deutlich wurde, konstruktiv sein

soll, bleibt unklar. Seit Rot-Grün hat sich an den Lebensbedingungen von Migranten nichts verbessert, im Gegenteil!

Das Konzept des Multikulturalismus ist inzwischen aus unterschiedlichsten Richtungen zu Recht kritisiert worden, insofern mutet dessen kritiklose Verwendung naiv an.

ANETTE DIETRICH

## Heinrich-Böll-Stiftung/ Werner Schulz (Hrsg.):

### Der Bündnis-Fall.

Politische Perspektiven 10 Jahre  
nach Gründung des Bündnis 90,  
Edition Temmen Bremen 2001,  
201 S. (12,50 €)

Der Anlaß für die Herausgabe des Sammelbandes durch die grün-nahe *Heinrich-Böll-Stiftung* war zwar der zehnte Jahrestag der Umwandlung der Listenverbindung *Bündnis 90* in die Partei *Bündnis 90* im September 1991. Doch im Mittelpunkt der Erinnerungen und Betrachtungen steht der Untergang des *Bündnis 90* in den (West-)Grünen, der mit der Vereinigung von *Bundespartei Die Grünen* und *Bündnis 90* 1993 eingeleitet wurde. Ein Ereignis, das sich nun zum zehnten Mal jährt. Weitgehend aus dem Gedächtnis der Zeitgenossen verdrängt ist dabei, daß der Vereinigung zu *Bündnis 90 / Die Grünen* die Fusion der *Grünen Partei in der DDR* mit der *Bundespartei Die Grünen* am 2. Dezember 1990 vorausgegangen war und zum Menetekel für die spätere Vereinigung mit dem *Bündnis 90* geworden war, hatten doch die *West-Grünen* in kurzer Zeit die *Ost-Grünen* ohne bemerkenswerte Rückstände verdaut. Freilich konnte auf der Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) in Neumünster im Frühjahr 1991 die Mitbegründerin der *Grünen Partei in der DDR*, Christine Weiske, mit einer kämpferischen, antikapitalistisch akzentuierten Rede ihre Mitbewerberinnen um das Amt der Bundessprecherin austreten, doch auf den folgenden BDK hielt ihr (westdeutscher) Ko-Sprecher Ludger Volmer die politisch richtungweisenden Reden, während sich ihre Rolle auf das Überreichen von Blumen reduzierte.

Die Protagonisten des *Bündnis 90* aus *Demokratie Jetzt*, *Initiative Frieden & Menschenrechte* sowie Teilen des *Neuen Forums* wollten es anders machen – anders als die *DDR-Grünen* und ganz anders als die *DDR-Blockparteien*, die so schnell unter die Rockschöbe von *CDU* und *FDP* gekrochen waren. Es sollte ein Zusammengehen auf gleicher Augenhöhe werden; *Bündnis 90* sollte sich nicht »wie Zucker im grünen Tee« auflösen (Werner Schulz, S. 138). Das Politikverständnis der Wendejahre, insbesondere ein am Idealbild der Runden Tische orientiertes Modell parteiübergreifender Konsensbildung, sollte ebenso in die gemeinsame Partei Eingang finden wie die Kritik an Parteienkonkurrenz und politischer Polarisierung. Mit dem Grundkonsens-Papier von 1993 wollte man eine gemeinsame wertorientierte Partei schaffen. Doch dieser Grundkonsens, der die politischen Grundwerte der Partei beschrieb, die unterschiedliche Geschichte und Kultur von *Grünen* und *Bündnis 90* würdigte und die inhaltliche Grundlage der neu gegründeten Partei werden sollte, ist – so mutmaßt Marianne Birthler, die ehemalige brandenburgische Bildungsministerin und jetzige Chefin der Gauck-Behörde, – den meisten Mitgliedern der Partei im Westen wahrscheinlich nicht einmal bekannt (S. 185).

Rund ein Jahrzehnt nach dem Vereinigungsparteitag ist der Rückblick von melancholischen bis bitteren Tönen gezeichnet. »Statt eines gemeinsamen bündnisgrünen Aufbruchs zu neuen Ufern konstatieren viele der Mitgründer von damals, daß am Ende die ostdeutschen Bürgerbewegungen kaum nachhaltige Spuren in der vereinigten Partei hinterlassen haben«, schreibt Ralf Fücks, Vorstand der *Heinrich-Böll-Stiftung*, im Vorwort. Das gelte für Programm und Politikverständnis wie für das politische Personal. Was als exemplarisches Gegenmodell zur bloßen Auflösung der *DDR* in die Bundesrepublik angelegt war, sei doch in das gleiche Fahrwasser wie die »Wiedervereinigung« geraten. Vom Osten sei kaum Eigenständiges geblieben, »außer ein paar auffallend kluger, selbständiger Köpfe, die es aber schwer hatten, in einer fremden politischen Kultur nach oben zu kommen und sich dort zu halten« (S. 7).

Hauptursache für die Marginalisierung des *Bündnis 90* in der grünen Partei ist seine geringe Verankerung in der ostdeutschen Teils-gesellschaft. In ihr fehlen weitgehend jene Milieus, die den Humus für das Aufblühen der *Grünen* im Westen bildeten. Das originäre Kernthema der *Grünen* – die Ökologiefrage – ist im Massenbewußtsein durch wirtschaftlichen Niedergang und hohe Arbeitslosigkeit in der Werteskala auf einen der hinteren Ränge verbannt worden. Zudem war die Entwicklung bereits zur ersten freien Volkskammerwahl im März 1990 über die Bürgerbewegungen, die als Katalysatoren für den Massenprotest gegen die selbstherrliche *SED*-Führung im Herbst 1989 gewirkt hatten, hinweg gegangen. Die Bürgerbewegungen und die *Ost-Grünen* »betätigten sich im Herbst 1989 zwar als Türöffner für einen neuen politischen Raum in Ostdeutschland, aber die Politik haben andere gemacht« (S. 157), stellt Hans-Jochen Tschiche, 1994 bis 1998 Fraktionsvorsitzender der *Bündnisgrünen* im Landtag von Sachsen-Anhalt, fest. Die Tatsache, daß die *Bündnisgrünen* in den neuen Bundesländern in keinem Landtag (mehr) vertreten sind und lediglich ganze 3 500 Mitglieder aufweisen können, nagt kontinuierlich an der innerparteilichen Stellung der ostdeutschen Landesverbände. »Je stärker der ostdeutsche Teil der Partei schwächelt, umso mehr geht sein Einfluß in der Gesamtpartei zurück« (S. 159), konstatiert Tschiche. Und Werner Schulz analysiert: »Trotz aller Wahlniederlagen, etlicher Ansatzpunkte und Strategiedebatten wurde der Parteaufbau Ost nie als eine Gemeinschaftsaufgabe, sprich Überlebensfrage der Partei begriffen.« (S. 139) Ohne einen »selbsttragenden Aufschwung« bleibt aber der grüne Osten am Tropf der Mutterpartei und wird überdies so wahrgenommen: In ihrem Politikstil, in ihrer Sprache, ja in ihrer ganzen Kultur und in ihrem Personalangebot erscheinen die *Bündnisgrünen* in Neufünfland als Westpartei. Obgleich die *Grünen* bei der Bundestagswahl 2002 in Ostdeutschland Stimmen hinzugewinnen konnten, hängt heute über ihnen das Damokles-Schwert einer Regionalpartei West.

JOCHEN WEICHOLD

## WOLFRAM ADOLPHI

### War Dictatorship

The war of the United States and Great Britain against Iraq, started on March 20th, 2003, is a war against the majority of the peoples, against the majority of States, against the United Nations and against international law. On April 9th, Bagdad is under US control. In looking back on the war, its short duration and the pictures of happy people tempt to justify it afterwards. But justifying this war means to prepare the next one. It obscures our view on peaceful alternatives and on the character of the new US strategy of omnipotent world rule. The author discusses the essentials of this strategy, its development since the Gulf war in 1991, the misuse of the terrorist attacks of September 11th, 2001 in giving reasons for it, and the worldwide protest against what he calls the war dictatorship. Europe, he thinks, can break this dictatorship by exclusively peaceful, non-military means.

## CHRISTOPH BUTTERWEGGE

### Migrants, Multi-Cultural Society and Right-Wing Extremism in the Mass Media

The article reflects a concept of media theory that attempts to explain the role played by mass media in ›ethnicizing‹ society, in ›culturalizing‹ politics and in ›depoliticising‹ socio-economic conflicts. It analyses how immigrants and their descendents are portrayed as ›aliens‹, the picture painted by German journalists of the ›multi-cultural society‹ and their portrayal of organised right-wing extremism, racism and nationalism as concepts casting doubt on peaceful co-existence between German and ethnic minorities.

## RONALD LÖTZSCH

### Contradictions in Germany's Policy Toward Minorities

In the policies of the Federal Republic concerning minorities, there is a serious contradiction between the treatment of autochthonous minorities on the one hand and that of allochthonous minorities on the other. Only the former – the Sorbs, Danes, Frisians, Sinti and Roma – are officially acknowledged as ethnic or national minorities having their rights anchored in the constitutions of the Laender Brandenburg, Saxony and Schleswig-Holstein. The several million allochthonous minorities, consisting of immigrants, are pressured to assimilate.

## FRITZ VILMAR

### »... Nothing But a Pile of Cold Ashes«

The author deals with the concept of socialism which, for more than a century, was the centre of political and intellectual life, but now has become nothing more than a pile of cold ashes. He questions why this could happen and what caused the failure of socialism as a concept. He concludes by saying that the idea of a socially just and humane society should either be completely abandoned or entirely re-invented. He opts for the latter and makes a number of suggestions as to how to achieve this goal.

## STEPHEN ERIC BRONNER From Leninism to Stalinism

»World history is the court for the world's verdict«, wrote Friedrich Schiller, and history has rendered a chilling verdict on the Russian Revolution. Stephen Bronner explores in his article why and how the Lenin's organizational theory presented in *What Is To Be Done?* shaped the development of socialism, not only in the Soviet Union but wherever Vanguard-Parties took power anywhere in the world. The Leninist concept of the »party of a new type« began as a tactical response to the needs of revolutionary activism in the imperial Russian context but it paved the way in the end for an autocratic dictatorship, that historically developed into totalitarianism – i. e. Stalinism. History provides every movement, or so it is said, with but one chance at success: the communists had their chance. Leninism is exhausted. Its heroes have been overtaken by militants – such as Gandhi, King, Mandela, and Havel – with a more democratic spirit and a more humanitarian vision.

## STEPHAN WOHANKA Is the past responsible for the present? – History as an interpretation

The comprehension of what history is supposed to be, what it produces and whether it proceeds according to its own inherent rather than »objective« laws, is often debated. This article tries to furnish proof that »what was« cannot be conclusively and unambiguously discernible, but corresponds to subjective opinion. The same historical event is therefore judged variously by different observers. History is a process relevant only to itself. It can neither be anticipated nor held responsible in retrospect for alleged »failures«. History, in the final analysis, is »interpretation«. This is why debates about history can never be resolved.

## FRANK RICHTER For a reconstruction of historical Materialism

In handling the relationship between historical materialism and the programmatic discussions taking place within the *Left*, the article attempts to arrive at a more precise description of what role such a historical materialism should play today. The author stresses the hypothesis that many explanations and predictions concerning capitalism and socialism are based on antiquated or inaccurate philosophical theses and notions about laws of society and history, in general, as well as in regards to particular social orders. The example logic of capital is used to discuss the theoretical possibility of modifying or »taming« objective social laws, e. g. the basic capitalistic laws of economy such as the law of value and its preponderance over all social areas. If we differentiate between law and the complexities of reality, the concepts of violation or abolition of objective laws takes on a new meaning: Human activity is always a constructive intercourse with laws.

# UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

# kreativ

## Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von 30000 Zeichen, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

## Impressum

Herausgegeben von der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

ULRICH BUSCH (V.i.S.d.P.),

WOLFRAM ADOLPHI, THOMAS GERLACH,

ARNDT HOPFMANN, ULLA PLENER,

MARTIN SCHIRDEWAN, JÖRN SCHÜTRUMPF,

MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, DIETMAR WITTICH

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

Tel.: 030- 44 310-157/130/123, Fax-181/122

Internet: [www.utopiekreativ.de](http://www.utopiekreativ.de)

E-Mail: [utopiekreativ@rosalux.de](mailto:utopiekreativ@rosalux.de)

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,

10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

## Preisliste für frühere Hefte

|                  |    |        |
|------------------|----|--------|
| Heft 1 bis 110:  | je | 1 €    |
| Heft 111 bis 134 | je | 2,50 € |